

Sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz 1941–1945

Dokumente zu den
Lebens- und Arbeitsbedingungen
in Norddeutschland



Wallstein

Während des Zweiten Weltkriegs gab es in fast jedem Ort in Deutschland Arbeitskommandos mit Kriegsgefangenen, vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, bei Bauvorhaben und in Industriebetrieben. Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen erfolgte unter Missachtung der Bestimmungen der Internationalen Genfer Konvention und war durch brutale Behandlung, Unterversorgung, schlechte Arbeitsbedingungen und eine hohe Todesrate gekennzeichnet.

Mit der Edition wird der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in seiner ganzen Breite dokumentiert. Die ausgewählten Quellen vermitteln einen umfassenden Eindruck von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gefangenen und dem Handeln von Wehrmacht, Zivilverwaltung und Arbeitgebern. Die Auswahl basiert auf der Auswertung umfangreicher Quellenbestände in einschlägigen Archiven und bezieht sich geographisch auf den Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen, der weitgehend identisch mit dem heutigen Bundesland ist. In diesem Gebiet waren bis zu 65.000 sowjetische Kriegsgefangene gleichzeitig im Einsatz.

Die Dokumentation wird durch eine ausführliche wissenschaftliche Darstellung und kommentierende Einführungen ergänzt.

ISBN 978-3-8353-1227-2



9 783835 312272

Eine umfassende Dokumentation
zum Arbeitseinsatz und
Lebensalltag der sowjetischen
Kriegsgefangenen in Niedersachsen
1941–1945.

Die Herausgeber

Rolf Keller, geb. 1956, 1999 bis 2004
Vertreter des Landes Niedersachsen
im deutsch-russischen Forschungs-
projekt »Sowjetische Kriegs-
gefangene«, 2000 bis 2008 Leiter
des Recherche- und Ausstellungs-
projektes »Kriegsgefangenenlager«
im Rahmen der Neukonzeption
der Gedenkstätte Bergen-Belsen,
seit 2004 Abteilungsleiter in der
Stiftung niedersächsische Gedenk-
stätten, Celle. Veröffentlichungen
u. a.: Sowjetische Kriegsgefangene
im Deutschen Reich 1941/42.
Behandlung und Arbeitseinsatz
zwischen Vernichtungspolitik und
kriegswirtschaftlichen Zwängen
(2011)

Silke Petry, geb. 1963, 2004 bis 2009
Wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Stiftung niedersächsische Gedenk-
stätten im Projekt »Neugestaltung
der Gedenkstätte Bergen-Belsen«,
seit 2012 wissenschaftliche Mit-
arbeiterin in der Dokumentations-
stelle Widerstand und Verfolgung
1933–1945 auf dem Gebiet des
Landes Niedersachsen der Stiftung
niedersächsische Gedenkstätten,
Celle.

SCHRIFTENREIHE DER
STIFTUNG NIEDERSÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN

Band 2

Sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz 1941-1945

*Dokumente
zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen
in Norddeutschland*

Eingeleitet und herausgegeben von
Rolf Keller und Silke Petry



WALLSTEIN VERLAG

Diese Veröffentlichung wurde gefördert
vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2013

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagfoto: Sowjetische Kriegsgefangene

des Arbeitskommandos X C 6011 mit Bewachung beim Appell
auf dem Hof Plate in Klein Lessen (Kreis Grafschaft Diepholz), ca. 1942.
Die Gefangenen arbeiteten beim Wegebau und bei der Moorkultivierung.
Ihre Unterkunft befand sich im Speichergebäude im Hintergrund rechts.

Stadtarchiv Sulingen

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-1227-2

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Organisation des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen..	12
2.1 Arbeitsverwaltung in Deutschland 1927-1945	12
2.2 Arbeitsverwaltung und Kriegsgefangenenlager im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen	15
3. Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen...	23
3.1 Organisatorische Grundlagen	23
3.2 Dimensionen des Arbeitseinsatzes 1941-1945	27
3.3 Einsatzbereiche der sowjetischen Kriegsgefangenen	31
3.4 Verpflegung, medizinische Versorgung, Krankheit und Tod . .	41
3.5 Lagersicherung, Bewachung, Flucht	46
3.6 Strategien der Leistungssteigerung	51
3.7 Widerstand und Kollaboration	53
4. Dokumente.....	57
4.1 Organisation und Durchführung des Arbeitseinsatzes.....	57
4.2 Unterbringung der Gefangenen	117
4.3 Bewachung.....	148
4.4 Verpflegung.....	155
4.5 Krankheit und Tod.....	189
4.6 Entlohnung	235
4.7 Massnahmen zur Leistungssteigerung	259
4.8 Schlaglichter zur Arbeits-und Lebenssituation.....	276
4.9 Flucht.....	312
4.10 Widerstand und Kollaboration	345
5. Anhang	360
Übersicht der Dokumente	360
Register der Arbeitskommandos und Einsatzorte	373
Zuordnung der Archive und Dokumente	375

1. Einleitung

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat der Zweite Weltkrieg in eine neue Phase ein. Das «Unternehmen Barbarossa» war kein Eroberungsfeldzug im herkömmlichen Sinne, sondern ein «Vernichtungskrieg» gegen einen Staat, der nach der nationalsozialistischen Weltanschauung als Hort des «bolschewistischen Judentums» und «Todfeind des nationalsozialistischen Deutschland» galt. Adolf Hitler hatte am 30. März 1941 seine Generäle entsprechend eingestimmt: «Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. [...] Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren.»¹

Den sowjetischen Soldaten, die in deutsche Gefangenschaft gerieten, wurde von vornherein eine Behandlung nach den Grundsätzen der Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen von 1929 verwehrt. Sie wurden als «unnütze Esser» und «gefährliche Elemente» angesehen; ihr massenhafter Tod war Teil des strategischen Kalküls der NS-Führung und der Wehrmacht.

Die Siegesgewissheit der deutschen Führung war so gross, dass keine Notwendigkeit gesehen wurde, sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Ausserdem fürchtete die NS-Führung eine kommunistische Infiltrierung des deutschen Volkes durch die gefangenen Rotarmisten, die als «Träger der bolschewistischen Weltanschauung» galten. Hitler hatte daher den Transport sowjetischer Kriegsgefangener in das Reichsgebiet ursprünglich generell abgelehnt. Erst auf Drängen von Industrie und Reichsarbeitsministerium, die auf den strukturellen Arbeitskräftemangel in der Kriegswirtschaft hinwiesen, machte er Zugeständnisse, legte jedoch im Sommer 1941 eine Höchstzahl von vorerst 120.000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet fest. Ihr Arbeitseinsatz wurde als vorübergehend angesehen und als «notwendiges Übel» bezeichnet.

Zu Beginn des Feldzugs eroberte die deutsche Wehrmacht schnell grosse Gebiete der Sowjetunion, im Herbst 1941 kam der Vormarsch jedoch zum Stehen; die Blitzkriegsstrategie war gescheitert. Der Bedarf an Waffen und Munition stieg aufgrund der Situation an der Front drastisch an, gleichzeitig wurden immer mehr deutsche Arbeiter zur Wehrmacht eingezogen. In dieser Situation befahl Hitler am

1 Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 336.

31. Oktober 1941 den «Grosseinsatz» der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Kriegswirtschaft.

Verantwortlich für die Unterbringung, Bewachung und Versorgung der Kriegsgefangenen war die Wehrmacht. Diese hatte im Reichsgebiet besondere «Russenslager» eingerichtet, die zunächst jedoch lediglich aus einer von Stacheldraht und Wachtürmen umgebenen Freifläche bestanden. Feste Unterkünfte für die Gefangenen gab es kaum, und Erdhöhlen oder -hütten waren teilweise bis in den Winter 1941/42 hinein der einzige Schutz vor der Witterung. Die hygienischen Verhältnisse waren völlig unzureichend. Folglich traten Epidemien auf: zunächst die Ruhr, später Typhus und Fleckfieber. Infolge der «Hungerrationen», die ihnen die Wehrmacht verabreichte, setzte bei den Gefangenen schnell der körperliche Verfall ein, so dass sie durchweg kaum einsatzfähig waren. Dennoch wurden sie «auf Arbeitskommando» geschickt.

Von etwa drei Millionen Soldaten der Roten Armee, die bis Ende 1941 in deutsche Gefangenschaft gerieten, sind bis zum folgenden Frühjahr etwa zwei Millionen ums Leben gekommen. Von den 500.000 zum Arbeitseinsatz nach Deutschland transportierten sowjetischen Kriegsgefangenen starb jeder zweite.

Das Massensterben der Gefangenen stellte sich nun als grosses Problem für die Kriegswirtschaft heraus. Um die nunmehr als Arbeitskräfte unverzichtbaren Gefangenen einsatzfähig zu erhalten, ordnete die Wehrmachtführung im März 1942 eine bessere Verpflegung und Behandlung an. Wenn sich daher auch die Lebenssituation der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Folge allmählich besserte, wurden sie weiterhin wesentlich schlechter behandelt als die übrigen Kriegsgefangenen im Gewahrsam der Wehrmacht. Bis zum Kriegsende dominierten ideologisch motivierte Rahmensetzungen eine nach ökonomisch-pragmatischen Gesichtspunkten ausgerichtete Politik, so dass die sowjetischen Gefangenen bis Kriegsende lebensfeindlichen Existenzbedingungen ausgesetzt waren. Ihr Einsatz in der deutschen Kriegswirtschaft unter vorsätzlicher Missachtung kriegsrechtlicher und völkerrechtlicher Konvention muss eindeutig als Zwangsarbeit bewertet werden.² Brutale Behandlung, schlechte Verpflegung, mangelhafte Bekleidung, unzureichende medizinische Versorgung und katastrophale Arbeitsbedingungen führten zu Entkräftung, Krankheiten, Arbeitsunfällen und einer hohen Sterblichkeit unter den sowjetischen Kriegsgefangenen.

Von den 5,3 bis 5,7 Millionen sowjetischen Soldaten, die im Verlauf des Krieges 1941 bis 1945 in deutsche Gefangenschaft gerieten, starben mindestens 2,6,

2 Vgl. zur Kategorisierung Marc Spoerer, Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001, insbesondere S. 16f.

möglicherweise bis zu 3,3 Millionen. (???) Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren neben den Juden und der sowjetischen Zivilbevölkerung die grösste Opfergruppe der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Ihr Schicksal ist nach 1945 in Deutschland und der Sowjetunion jahrzehntelang von Öffentlichkeit und Forschung ignoriert worden. Obwohl es in Tausenden von Orten Arbeitskommandos gab und heute zahlreiche Kriegsgräberstätten von der un menschlichen Behandlung Zeugnis geben, waren die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen in der deutschen Erinnerungskultur in den Nachkriegsjahrzehnten kaum präsent.

Während das System der Konzentrationslager der SS und ihrer Aussenlager in den letzten Jahrzehnten intensiv untersucht worden ist, steht die Forschung zum wesentlich grösseren Lagerkosmos der Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht und den Arbeits- und Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen allgemein noch am Anfang.³

Mit dieser Quellenedition werden erstmals Dokumente zur Organisation und Praxis des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen vorgelegt. Die Veröffentlichung basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes „Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Lagersystem der Wehrmacht auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen“, das die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten dank der Förderung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur in den Jahren 2010 bis 2012 durchführen konnte. Im Rahmen dieses Projekts wurden umfassende Archivrecherchen zur Erschliessung einschlägiger Quellenbestände zum Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen durchgeführt. Diese haben gezeigt, dass nicht allein in staatlichen oder kommunalen Archiven, sondern oft auch an entlegenen Stellen wie Heimatstuben oder Privatsammlungen durchaus umfangreiches relevantes Material überliefert ist. Die Edition enthält knapp 200 Dokumente, die zum grössten Teil erstmals veröffentlicht werden. Urheber der Schriftstücke sind Dienststellen der Wehrmacht, Zivilverwaltung, Polizei und Gestapo sowie Betriebe und Privatpersonen. Es werden ausschliesslich Quellen präsentiert, die sich auf den Raum Niedersachsen/Bremen

3 Eine Überblicksdarstellung zum Thema Wehrmacht und Kriegsgefangene liefert Rüdiger Overmans, Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2. Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945. Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, Stuttgart 2005, S. 729-875. Zum Thema Behandlung und Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. Christian Streit, Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, 4. Auflage Bonn 1997; Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998; Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011.

beziehen. Sie dokumentieren die Umstände des «Russeneinsatzes» und die Politik und die Handlungen der unmittelbar Beteiligten an den konkreten Einsatzorten als auch auf der Ebene der Regierungen der Länder und Provinzen, der Arbeitsverwaltung und der Wehrmachtdienststellen in Norddeutschland.⁴ Die Mehrzahl der Dokumente stammt aus den Beständen der Staatsarchive in Niedersachsen und Bremen. Hinzu kommen Quellen aus dem Bundesarchiv, dem Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, verschiedenen kommunalen Archiven sowie Museen oder Gedenkstätten.

Die Edition enthält ausschliesslich zeitgenössische Dokumente. Erinnerungsberichte von ehemaligen Gefangenen, Wehrmachtangehörigen oder anderen Beteiligten und Augenzeugen, die oft erst Jahrzehnte später entstanden sind, wurden dagegen nicht berücksichtigt. Die Edition spiegelt somit die Perspektive der «Täterseite» und dokumentiert im Wesentlichen das Verhalten und die Einstellungen der Beteiligten auf deutscher Seite. Darüber hinaus vermitteln die Dokumente jedoch auch ein differenziertes Bild vom Alltag und den Arbeitsbedingungen der Gefangenen.

Die Herausgeber haben versucht, aus dem zur Verfügung stehenden Quellenfundus eine repräsentative Auswahl zusammenzustellen. Aufgrund der fragmentarischen und uneinheitlichen Überlieferung können jedoch nicht alle Beteiligten und nicht alle thematischen Aspekte gleichermaßen dokumentiert werden. Einschlägige Bestände der Wehrmacht und der Arbeitsämter sind nur bruchstückhaft überliefert. Da die Zivilverwaltung zumeist nur mittelbar an der Organisation des Arbeitseinsatzes beteiligt war, findet sich in Kommunal- und Staatsarchiven einschlägiges Material in der Regel nur dort, wo Strassenbauämter, Wasser- und Bodenverbände, Stadtverwaltungen oder Forstämter sowjetische Gefangene beschäftigt haben. Unterlagen der privatwirtschaftlichen Arbeitgeber sind in den Staatsarchiven kaum zu finden. Insofern werden relativ viele Dokumente aus dem Bereich der staatlichen Forstämter und anderer öffentlicher Arbeitgeber wiedergegeben, während Unterlagen von Betrieben und Konzernen sowie der Wehrmacht dagegen eher unterrepräsentiert sind.

Die Dokumente sind nach Themenbereichen und jeweils in chronologischer Reihenfolge geordnet. In der Regel werden einzelne Schriftstücke wiedergegeben, gelegentlich auch zusammenhängende Korrespondenzen. Die Dokumente sind

4 Die Edition ergänzt damit in thematischer und geographischer Hinsicht die von Andreas Hilger, Rüdiger Overmans und Pavel Polian herausgegebene Dokumentation, in der u.a. die zentralen Befehle und Richtlinien der NS-Führung oder des Oberkommandos der Wehrmacht zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen enthalten sind: *Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitation sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkriegs*, Paderborn 2012.

pro Kapitel fortlaufend nummeriert und jeweils mit einer Überschrift versehen, die den Inhalt charakterisiert.

Die graphische Gestaltung der Abschriften wurde weitgehend vereinheitlicht und vereinfacht. Der Kopf enthält Absender, Adressat und Datum. Aktenzeichen, Telefonnummern und Bezüge auf vorangegangene Erlasse oder Anordnungen wurden nur aufgenommen, wenn sie zum Verständnis der Quelle unentbehrlich sind. Ebenso wurde auf die Wiedergabe der mitunter umfangreichen Verteiler verzichtet. Der Text der Schriftstücke wird in der Regel im vollen Wortlaut wiedergegeben, anderenfalls ist dies durch Auslassungszeichen in der Abschrift kenntlich gemacht. Sofern es sich in Ausnahmefällen lediglich um einen Auszug aus einem längeren Dokument handelt, ist dies in der Überschrift angegeben. Für die Abschriften gilt die zeitgenössische Rechtschreibung, wobei eindeutige Schreibfehler stillschweigend korrigiert wurden, die Zeichensetzung jedoch nur dort, wo es dem inhaltlichen Verständnis oder dem Lesefluss dient. Vom Verfasser vorgenommene maschinen- oder handschriftliche Korrekturen wurden übernommen, ohne dass dies angemerkt wird. Vom Urheber versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen der Herausgeber infolge unlesbarer Textstellen sind in eckigen Klammern eingefügt. Absätze sind durch Einzüge kenntlich gemacht. Die Schreibweise der Orte und die Zuordnung der Landkreise, Länder und Provinzen erfolgte nach dem Stand 1941-1945. Wo sie für das inhaltliche Verständnis notwendig sind, wurden im Dokumententeil Anmerkungen und Erläuterungen eingefügt. Handschriftliche Unterschriften sind kursiv gesetzt.

Dem Dokumententeil ist eine thematische Einführung mit wesentlichen Informationen zur Organisation und Praxis des Arbeitseinsatzes sowie den Existenzbedingungen der sowjetischen Kriegsgefangenen vorangestellt, die von den Herausgebern verfasst wurde und bisher nicht publizierte Ergebnisse des Forschungsprojekts «Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Lagersystem der Wehrmacht auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen» enthält.

2. Organisation des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen

2.1 Arbeitsverwaltung in Deutschland 1927-1945

Die Arbeitsverwaltung im Deutschen Reich war bis in den Zweiten Weltkrieg hinein nicht an den politischen Grenzen der Länder und Provinzen ausgerichtet, sondern vielmehr nach wirtschaftlichen und verwaltungsmässigen Gesichtspunkten organisiert. Mit der grundlegenden Neuordnung der Arbeitsverwaltung durch das Reichsgesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927 waren die bis dahin bestehenden 23 Landesarbeitsämter unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte teilweise zusammengefasst und ihre Zahl auf 13 reduziert worden. Gleichzeitig wurde das Gebiet des Deutschen Reiches in 13 grosse Wirtschaftsgebiete aufgegliedert.¹ Eines davon war das «Wirtschaftsgebiet Niedersachsen», das nach dieser massgebenden Reform die Provinz Hannover, die Länder Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sowie die Hansestadt Bremen umfasste. Der Bezirk des Landesarbeitsamtes (LAA) Niedersachsen mit Sitz in Hannover war nahezu deckungsgleich mit dem Wirtschaftsgebiet Niedersachsen und weitgehend identisch mit den heutigen Bundesländern Niedersachsen (das erst am 1. November 1946 durch die Britische Militärregierung gegründet wurde) und Bremen.²

Die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter auf regionaler bzw. lokaler Ebene wurden gleichzeitig in die ebenfalls neu eingerichtete Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RAfAuA) eingegliedert. Auf allen drei Ebenen der Arbeitsverwaltung – Reichsanstalt, Landesarbeitsämter, regionale und

1 Siehe Friedrich Syrup, Die Deutsche Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im ersten Jahr, in: Internationale Rundschau der Arbeit, Heft I, Band I, Januar 1929, S. 15 ff.

2 Die wesentlichen topographischen Abweichungen: Zum Bereich des LAA Niedersachsen gehörten auch der Arbeitsamtsbezirk Blankenburg, dessen Gebiet dem gleichnamigen braunschweigischen Landkreis entsprach und heute zum grössten Teil im Bundesland Sachsen-Anhalt liegt, und die heute schleswig-holsteinische Insel Helgoland. Der Arbeitsamtsbezirk Stadthagen (Land Schaumburg-Lippe) wurde im Februar 1943 dem Landesarbeitsamt Westfalen zugeschlagen. Gleichzeitig wurde der Arbeitsamtsbezirk Stade, für den bis dahin das Landesarbeitsamt Nordmark zuständig war, dem Landesarbeitsamt Niedersachsen zugeordnet, und der Landkreis Münden aus dem Arbeitsamtsbezirk Kassel (LAA Hessen) in den Arbeitsamtsbezirk Göttingen eingegliedert.

lokale Arbeitsämter – gab es Selbstverwaltungsorgane mit Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften.³

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde das Prinzip der Selbstverwaltung, Dienstleistung und Arbeitsvermittlung schrittweise abgebaut, und die Arbeitsverwaltung durch die Schaffung zentraler und gleichgeschalteter Strukturen zu einem Instrument der Lenkung, der Kontrolle und des Zwangs umfunktioniert. Die Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane wurden zunächst auf den Präsidenten der Reichsanstalt übertragen, die Reichsanstalt selbst im Zuge fortschreitender Konzentration und Gleichschaltung in das Reichsarbeitsministerium eingegliedert. Durch Erlass vom 21. Dezember 1938 wurden die Aufgaben und Befugnisse des Präsidenten der Reichsanstalt auf den Reichsarbeitsminister übertragen und die Hauptstelle in Berlin mit der Abteilung II C (Arbeitsvermittlung und Arbeitseinsatz) des Reichsarbeitsministeriums (RAM) zur neuen Hauptabteilung V vereinigt. Die Landesarbeitsämter und die regionalen Arbeitsämter wurden als Reichsbehörden dem RAM unmittelbar unterstellt.⁴ Diese Zentralisierung war «Ausdruck des notwendigen Kontrollniveaus eines totalitären Regimes».⁵

Eine effektive Arbeitseinsatzlenkung sollte nicht zuletzt der Mitte der 1930er Jahre beginnenden Kriegsvorbereitung dienen. Die 1936 gebildete Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan unter der Leitung von Hermann Göring war «der erste Versuch, durch staatliche Lenkung und Kontrolle bestimmter Wirtschaftsbereiche die geplante Kriegsführung unabhängig von Rohstofflieferungen aus dem Ausland zu machen».⁶

Im Verlauf des 2. Weltkrieges verschärfte sich die Arbeitsmarktlage zunehmend und der Druck, alle Arbeitskraftreserven zu mobilisieren und für die Kriegswirtschaft, insbesondere für die Rüstung, nutzbar zu machen, führte zu weiteren Reformen und einer zunehmenden Konzentration und Radikalisierung der Arbeitsverwaltung. Durch einen einheitlich geregelten und zentral gesteuerten Arbeitseinsatz sollten die Produktivität der Kriegswirtschaft sichergestellt und das Rüstungsprogramm weiter vorangetrieben werden. Die «Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz»,

3 Vgl. Friedrich Syrup, Die Deutsche Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, S. 15 ff.; Stefan Frank, Anpassungen der deutschen Arbeitsverwaltung und Arbeitsmarktpolitik 1927-2005. Pfadabhängigkeit und Reformen. Schriften aus der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Band 1, Bamberg 2008, S. 57 f.

4 Ute Vergin, Die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung und ihre Funktionen beim Fremdarbeiter(innen)einsatz während des Zweiten Weltkriegs, Diss. phil. Osnabrück 2008, S. 124; Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiss (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1998, S. 130 h

5 Stefan Frank, Anpassungen der deutschen Arbeitsverwaltung, S. 105.

6 Ute Vergin, Die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung, S. 174.

Bestandteil von Görings Vierjahresplanbehörde, erhielt 1941 zunächst umfangreiche Befugnisse des Reichsarbeitsministers im Bereich des «Russeneinsatzes».⁷ Am 21. März 1942 wurde schliesslich Fritz Sauckel als «Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz» eingesetzt und mit weitreichenden Kompetenzen im Bereich der «Menschenbewirtschaftung» ausgestattet.⁸ Seine Aufgaben «umfassten die Gesetzgebung und Verwaltung auf den Gebieten des Arbeitseinsatzes und der Lohnpolitik. Sauckel übernahm damit die für das NS-Regime wichtigsten Zuständigkeitsbereiche des Reichsarbeitsministeriums und der bei der Vierjahresplanbehörde eingerichteten Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz.»⁹

Auf der mittleren Ebene der Arbeitsverwaltung erfolgte während des Krieges eine Neugliederung durch die Anpassung der Arbeitsamtsbezirke an die Gaugrenzen. Am 27. Juli 1943 wurden die bestehenden Landesarbeitsämter durch so genannte Gauarbeitsämter ersetzt.¹⁰ Im Bezirk des bisherigen Landesarbeitsamtes Niedersachsen nahmen die drei Gauarbeitsämter Weser-Ems in Bremen, Osthanover in Lüneburg und Südhannover-Braunschweig in Hannover den Dienst auf. Ihnen wurden die Arbeitsämter in ihren Bereichen zugeordnet, deren Zuschnitt bereits im Februar 1943 den Gaugrenzen angeglichen worden war.¹¹ Gleichzeitig

7 Mit der Leitung der «Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz» beauftragte Göring im November 1941 den Ministerialdirektor Werner Mansfeld, Abteilungsleiter im RAM, als Vertreter des erkrankten Staatssekretärs Syrup. Siehe Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1941, Bd. II, Berlin 1985, S. 198 f.

8 Erlass Hiders über den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 21.3.1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 5029.

9 Andreas Kranig, Nationalsozialistische Arbeitsmarkt- und Arbeitseinsatzpolitik, in: Hans-Peter Benöhr (Hrsg.), Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversorgung in der neueren deutschen Rechtsgeschichte, Tübingen 1991, S. 209. Die Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz wurde durch Göring am 27.3.1942 aufgelöst. Siehe auch Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/ Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im Nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 35.

10 Andreas Kranig, Nationalsozialistische Arbeitsmarkt- und Arbeitseinsatzpolitik, S. 209. Die Bezirke der Gauarbeitsämter wurden den Reichsverteidigungs- und Gaubezirken angepasst.

11 Runderlass des Reichsarbeitsministeriums (RAM) betr. Organisation der Gauarbeitsämter vom 19.8.1943, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv, Hann. 180 Hildesheim Nr. 5029; siehe auch Ute Vergin, Die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung, S. 132; Vorwort zum Bestand «Landesarbeitsamt Niedersachsen» (Hann. 275) im Niedersächsischen Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, <http://aidaonline.niedersachsen.de> (November 2012).

vereinigte Sauckel als «Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz» die neu geschaffenen Gauarbeitsämter mit den Dienststellen der «Reichstreuhänder der Arbeit».¹² Damit war eine einheitliche Struktur der Arbeitsbehörden geschaffen und ausserdem der Einfluss der NSDAP auf den Arbeitseinsatz gestärkt worden.

2.2 Arbeitsverwaltung und Kriegsgefangenenlager im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen

Bereits zu Jahresbeginn 1939 hatten zwischen Vertretern des Oberkommandos der Wehrmacht und des Generalbevollmächtigten der Wirtschaft Gespräche hinsichtlich der Einrichtung von Kriegsgefangenenlagern im Reichsgebiet und eines umfassenden Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen stattgefunden, um auf diese Weise den durch die anstehende Mobilisierung zu erwartenden Fehlbedarf an Arbeitskräften zu kompensieren.

Zu Kriegsbeginn im September 1939 war der Arbeitseinsatz der Gefangenen organisatorisch weitgehend geregelt. Die Wehrmacht stationierte in jedem Wehrkreis eines oder mehrere Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager (Stalags) für einfache Soldaten und Unteroffiziere, die nach Ankunft und Registrierung in der überwiegenden Mehrzahl als Arbeitskräfte herangezogen wurden.¹³ Die Vermittlung der Gefangenen an die Arbeitgeber erfolgte durch die Arbeitsämter. Die Stalags richteten an den Einsatzorten der Gefangenen externe Arbeitskommandos

12 Der Reichstreuhänder der Arbeit war eine am 19.5.1933 per Reichsgesetz geschaffene Instanz, die für die Erhaltung des betrieblichen Arbeitsfriedens zu sorgen hatte und bei Unruhen in Betrieben zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft vermitteln sollte. Insgesamt wurden 22 Treuhänder eingesetzt, die dem Reichsarbeitsministerium direkt unterstellt waren. Sie traten an die Stelle der im Mai 1933 zerschlagenen Gewerkschaften. Die Reichstreuhänder wurden auch mit Aufgaben des Ausländereinsatzes betraut. Sie waren zum Beispiel für den Arbeitseinsatz in den Betrieben, für die Förderung von Anlernmassnahmen und Massnahmen zur Leistungssteigerung zuständig. Siehe dazu Heinz Lampert, Jörg Althammer, Lehrbuch der Sozialpolitik, Berlin, Heidelberg 2007, S. 102ff; Ute Vergin, Die nationalsozialistische Arbeitsverwaltung, S. 145 ff.

13 Das Reichsgebiet war von der Wehrmacht in 17 Wehrkreise eingeteilt (Stand 1941). Die Wehrkreiskommandos waren u.a. für die Rekrutierung und Ausbildung der Ersatztruppen sowie für die Kriegsgefangenenlager in ihrem Bereich zuständig. Der «Kommandeur der Kriegsgefangenen» im jeweiligen Wehrkreis fungierte als Vorgesetzter der Lagerkommandanturen, der Bewachungseinheiten sowie der Kriegsgefangenen und war für die Umsetzung der vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegebenen Befehle und Richtlinien sowie die Einhaltung der Richtlinien der Genfer Konvention verantwortlich.

ein und waren für deren Organisation, Überwachung und Verwaltung zuständig. Jedem Stalag im Reichsgebiet wurde ein «Arbeitseinsatzbezirk» zugewiesen, dessen Umfang sich in der Folgezeit zwar teilweise veränderte, aber in der Regel immer einen festgelegten Teilbereich des Landesarbeitsamtes abdeckte, in dem sich das Stalag befand.¹⁴

Wehrmacht und Arbeitsverwaltung hatten allerdings unterschiedliche Bereichseinteilungen, so dass die Landesarbeitsamtsbezirke das Gebiet mehrerer Wehrkreise berührten. Das Landesarbeitsamt Niedersachsen musste den Einsatz der Kriegsgefangenen in seinem Zuständigkeitsbereich mit drei verschiedenen Wehrkreiskommandos koordinieren: VI in Münster, X in Hamburg und XI in Hannover.¹⁵

Umgekehrt wurden die meisten Wehrkreise von den Grenzen mehrerer Landesarbeitsämter durchschnitten. Der Wehrkreis XI deckte grosse Bereiche der Landesarbeitsamtsbezirke Niedersachsen und Mitteldeutschland ab. Im Herbst 1939 waren hier die Stalags XI A Altengrabow (LAA Mitteldeutschland) und XI B Fallingbistel (LAA Niedersachsen) eingerichtet worden. Von hier aus wurden zunächst polnische, anschliessend französische, belgische, britische und serbische Kriegsgefangene in den Arbeitseinsatz gebracht und verwaltet. Im Frühjahr 1941 wurden im Wehrkreis XI zusätzlich zwei so genannte Russenlager eingerichtet: das Stalag XI C (311) Bergen-Belsen und das Stalag XI D (321) Oerbke. Diese waren für den Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Wehrkreis zuständig. Während das Stalag XI D Oerbke die Gefangenen für den Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen im westlichen Teil des Wehrkreises XI stellte, befanden sich die Arbeitskommandos des Stalag XI C Bergen-Belsen im östlichen Teil des Wehrkreises im Bereich des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland.¹⁶

14 Bei der Einteilung der Arbeitseinsatzbereiche waren neben den Wehrkreisgrenzen die politischen Grenzen und die Grenzen der Arbeitsverwaltung ausschlaggebend.

15 Im Bereich des Wehrkreises VI lagen die Arbeitsamtsbezirke Nordhorn und Osnabrück sowie der südliche Teil des Bezirks Leer (Kreis Aschendorf-Hümmling); im Bereich des Wehrkreises X befanden sich die Arbeitsamtsbezirke Bassum, Brake, Bremen, Celle, Emden, Lüneburg, Oldenburg, Unterweser (mit Sitz in Wesermünde), Vechta und Wilhelmshaven sowie der nördliche Teil des Bezirks Leer, der jeweils westliche Teil der Bezirke Nienburg und Verden und das Arbeitsamt Soltau aus dem Bezirk Uelzen; im Bereich des Wehrkreises XI waren die Arbeitsamtsbezirke Alfeld, Blankenburg (1942 vom Arbeitsamt Goslar übernommen), Braunschweig, Göttingen, Goslar, Hameln, Hannover, Helmstedt, Hildesheim, Northeim, Uelzen (ohne Soltau), Stadt des KdF-Wagens (1942 neu eingerichtet), Stadthagen und Watenstedt-Salzgitter (1941 neu eingerichtet) sowie der jeweils östliche Teil der Bezirke Nienburg (Kreis Neustadt am Rübenberge) und Verden (Kreis Fallingbistel) lokalisiert.

16 Hier handelt es sich um einen Ausnahmefall. In der Regel waren die zuständigen Stammlager in ihrem jeweiligen Arbeitseinsatzbezirk stationiert. Da jedoch das ursprünglich am Standort Altengrabow geplante «Russenlager» für den Einsatzbereich Wehrkreis XI/LAA Mittel-

Die vom übrigen Kriegsgefangenenwesen getrennte Organisation des «Ruseneinsatzes» war jedoch nur von kurzer Dauer. Zum 1. Dezember 1941 übernahm das Stalag XI A Altengrabow die Arbeitskommandos des Stalag XI C Bergen-Belsen und das Stalag XI B Fallingbommel diejenigen des Stalag XI D Oerbke.¹⁷ Nunmehr waren wieder zwei Stalags für den Arbeitseinsatz aller Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI zuständig. Das Lager Oerbke wurde zu einem Zweiglager des unmittelbar benachbarten Stalag XI B umfunktioniert; das Lager Bergen-Belsen diente bis Januar 1945 als zentrales Lazarett für sowjetische Kriegsgefangene im westlichen Teil des Wehrkreises XI, so dass eine grosse Zahl von Kranken aus den Arbeitskommandos im Bereich des LAA Niedersachsen dort eingeliefert wurde.

Der Wehrkreis X lag im Bereich der Landesarbeitsämter Nordmark und Niedersachsen. Im September 1939 wurde in Sandbommel das zunächst einzige Stalag im Wehrkreis X eingerichtet.¹⁸ Im Zusammenhang mit dem Frankreich-Feldzug 1940 kamen zwei weitere Lager hinzu. Dem Stalag X A Schleswig wurde der Bereich des Landesarbeitsamtes Nordmark und dem Stalag X C Nienburg der Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen zugeordnet. Das Stalag X B Sandbommel behielt seine Funktion als zentrales Aufnahme- und Verteilerlager für den Wehrkreis X, hatte jedoch keinen eigenen Arbeitseinsatzbezirk mehr. Kriegsgefangene aus dem Stalag Sandbommel wurden, wenn sie in den Arbeitseinsatz geschickt wurden, je nach Standort des Kommandos zum Stalag X A Schleswig oder X C Nienburg versetzt.¹⁹ Schleswig und Nienburg waren so genannte Schattenlager, die selbst keine Kriegsgefangenen aufnahmen, sondern lediglich für die Organisation und Verwaltung des Arbeitseinsatzes der Gefangenen in ihrem Bereich zuständig waren. Im Sommer 1941 kam das Stalag X D (310) Wietzenried als Aufnahme- und Einsatzlager eigens für sowjetische Kriegsgefangene hinzu und richtete in den folgenden Monaten im gesamten Wehrkreis X mehr als 200 Arbeitskommandos ein.

Im Herbst 1941 erfolgte eine Neuorganisation des Arbeitseinsatzes im Wehrkreis X: Während das Stalag X A Schleswig für den Bereich des Landesarbeitsam-

deutschland nicht eingerichtet wurde, übernahm das Stalag XIC diese Funktion. Welches Landesarbeitsamt letztlich für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen zuständig war, richtete sich also nicht nach dem Standort des jeweiligen Stalag, sondern nach dem Einsatzgebiet der Arbeitskommandos.

17 Siehe Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich, S. 180 ff.

18 Zusammenstellung des OKW/Abt. Kriegsgefangene über den in den Lagern vorhandenen Bestand an Kriegsgefangenen vom 18.9.1939, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW19/2141.

19 Mitteilung des Wehrkreiskommandos X vom 5.7.1940 an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis X über die Arbeitsbereiche der Stalags A, B und C, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 135 B Nr. 195.

tes Nordmark zuständig blieb, wurde der Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen zwischen dem Stalag X B Sandbostel und dem Stalag X C Nienburg aufgeteilt. Gleichzeitig übernahmen diese Lager die Arbeitskommandos des «Russenslagers» Wietzendorf in ihrem Zuständigkeitsgebiet. Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden je nach Einsatzort zum 7. November bzw. 1. Dezember 1941 entweder zum Stalag X B Sandbostel (Bereich zwischen Elbe und Weser), zum Stalag X C Nienburg (Weser-Ems-Gebiet einschliesslich Bremen) oder zum Stalag X A Schleswig (Schleswig-Holstein und Hamburg) versetzt.²⁰ Wietzendorf wurde zu einem Zweiglager des Stalag X B umgewandelt und diente noch bis Sommer 1943 als zentrales Lazarett für sowjetische Kriegsgefangene im Wehrkreis X.

Der Wehrkreis VI deckte den Bereich des Landesarbeitsamtes Westfalen und Teilgebiete der Landesarbeitsämter Rheinland und Niedersachsen ab. Für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen im niedersächsischen Bereich waren seit 1939 die Stalags VI B Neu-Versen und VI C Bathorn im Emsland zuständig. Diese nahmen ab Sommer 1941 auch sowjetische Kriegsgefangene auf, da das «Russenslager» im WK VI, das Stalag VI K (326) Senne, überlastet war, und stellten zeitweise sowjetische Gefangene für alle drei Landesarbeitsämter im Wehrkreis.²¹ Nach Auflösung des Stalag VI B Neu-Versen im Mai 1942 organisierte allein das Stalag VI C Bathorn den Gefangeneneinsatz im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen.

Während 1941 allein die «Russenslager» X D (310) Wietzendorf und XI D (321) Oerbke sowie die Stalags VI B Neu-Versen und VI C Bathorn für den «Russeneinsatz» im Bereich des LAA Niedersachsen zuständig waren, organisierten ab dem Frühjahr 1942 bis zum Ende des Krieges somit die Stalags VI C Bathorn, X B Sandbostel, X C Nienburg und XI B Fallingbostel den Arbeitseinsatz aller Kriegsgefangenen in diesem Gebiet. Die Einsatzbereiche dieser Lager blieben auch nach der Ablösung des LAA Niedersachsen durch die Gauarbeitsämter Weser-Ems, Osthannover und Südhannover-Braunschweig im Sommer 1943 im Wesentlichen unverändert.²²

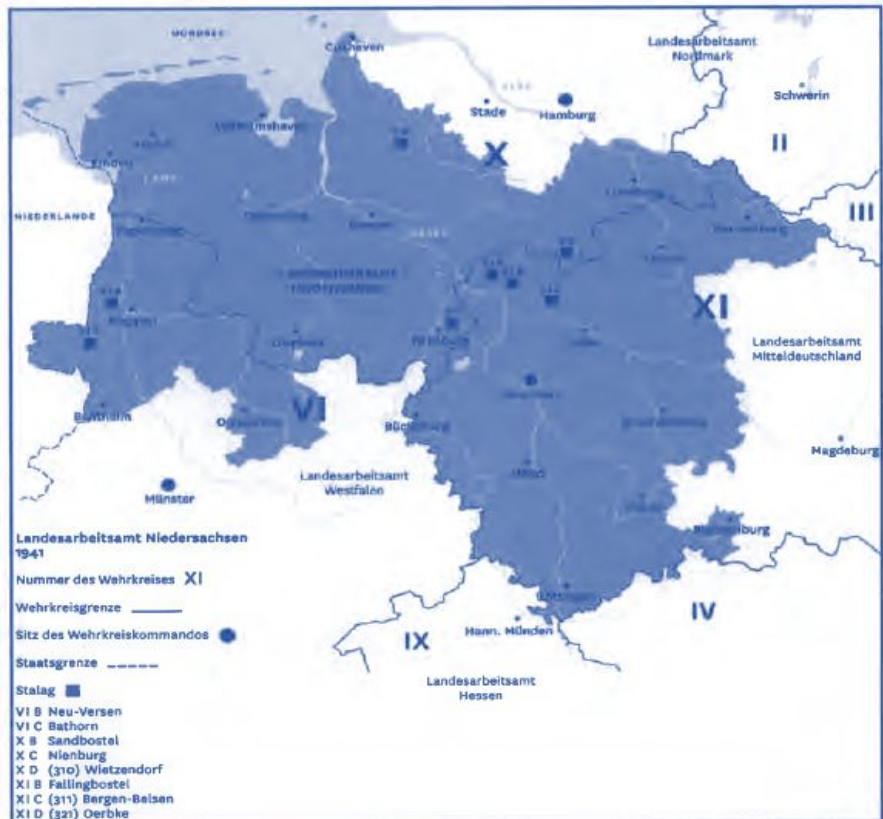
20 Siehe Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich, S. 176 und 362.

21 Ebd., S. 172 F und 188; Runderlasse 800/40 des RAM für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung vom 13.7.1940, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 5029.

22 Ausnahmen: Im Februar 1943 wurde der Arbeitsamtsbezirk Stade, für den bis dahin das Stalag X A zuständig war, dem Stalag X B zugeordnet. Das Land Schaumburg-Lippe wurde im Dezember 1944 in den WK VI eingegliedert; die Zuständigkeit für die Arbeitskommandos in diesem Bereich wechselte vom Stalag XI B Fallingbostel zum Stalag VI K (326) Senne. Gleichzeitig wurde der Regierungsbezirk Osnabrück in den WK X eingegliedert; in diesem Zusammenhang wurde das Stalag VI C in Stalag 308 umbenannt, behielt jedoch die Zuständigkeit für die Arbeitskommandos im bisherigen Einsatzgebiet.

Karte I

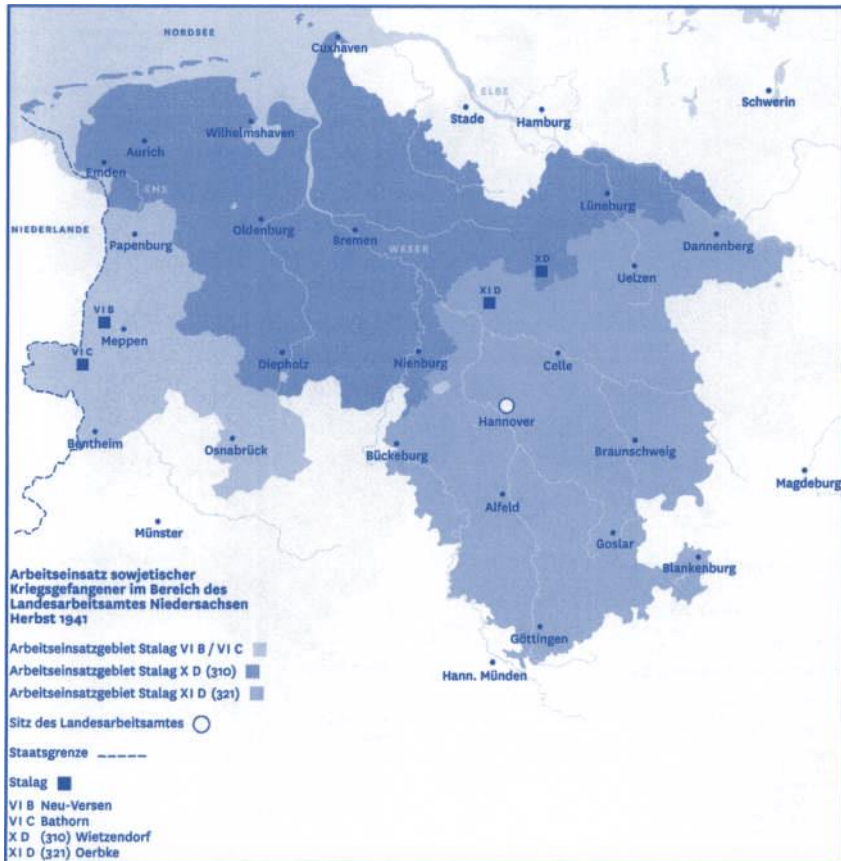
Landesarbeitsamt Niedersachsen 1941



Graphik: *büro fuchsundhase*, Hannover
© Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Karte II

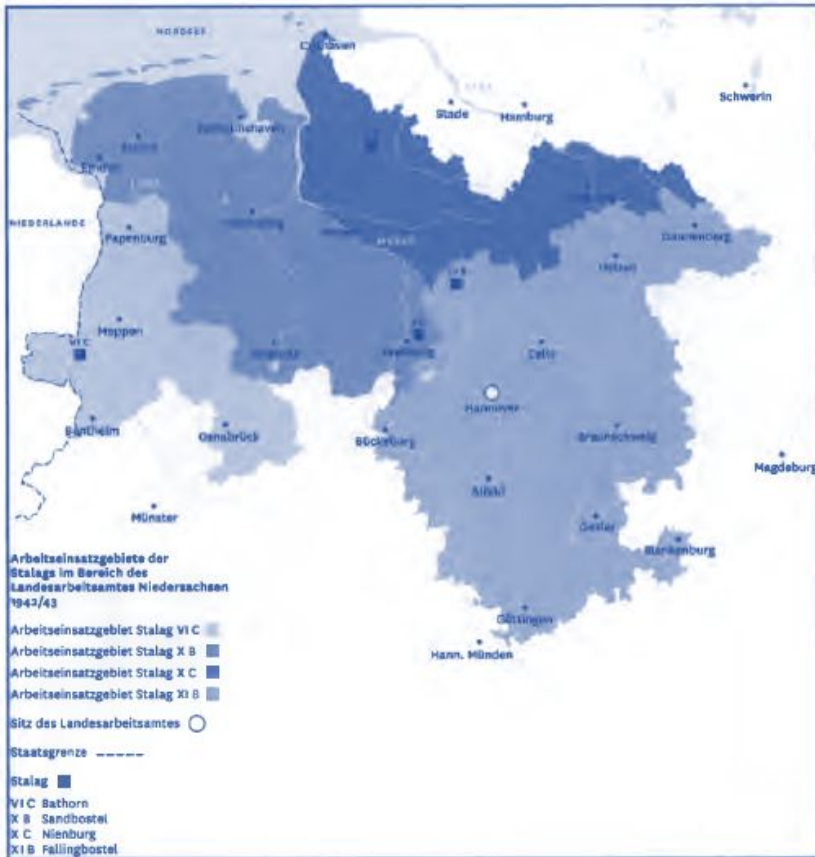
Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen, Herbst 1941



Graphik: *büro fuchsundhase, Hannover*
 © Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Karte III

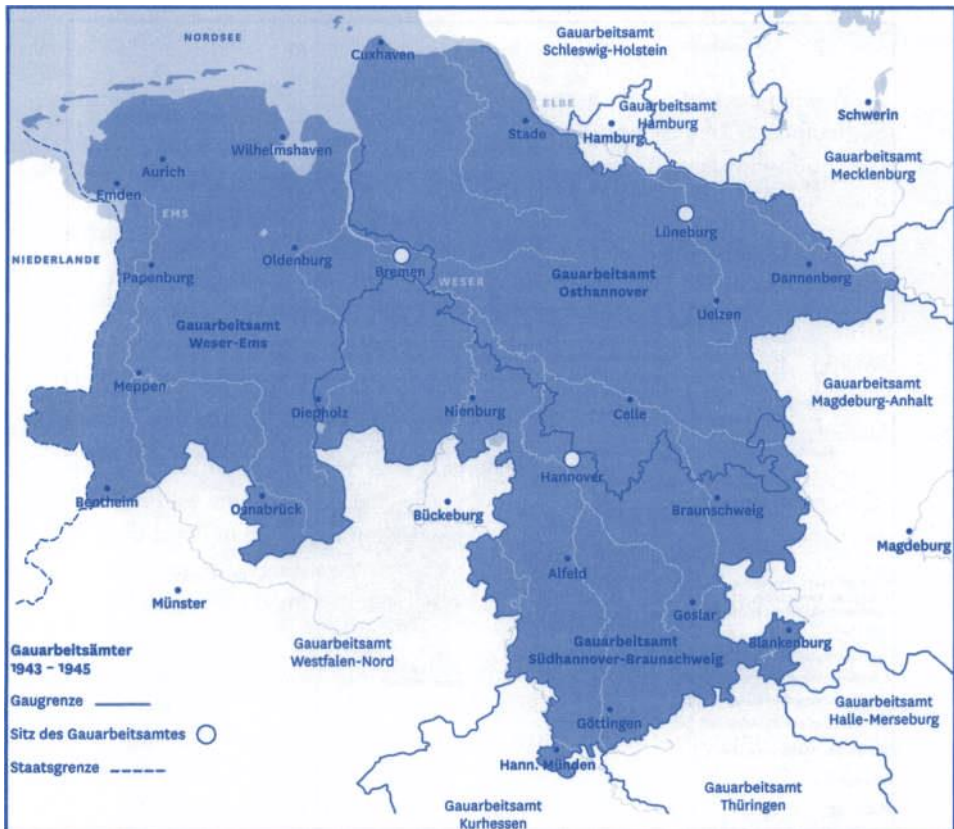
Arbeitseinsatzgebiete der Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager im Bereich des Landesamtes Niedersachsen 1942/43



Graphik: *büro fuchsundhase, Hannover* © Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Karte IV

Gauarbeitsämter 1943-1945



Graphik: *büro fuchsundhase, Hannover*

© Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

3. Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen

3.1 Organisatorische Grundlagen

Im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen bzw. der Gauarbeitsämter Südhannover-Braunschweig, Osthannover und Weser-Ems gab es zwischen 1939 und 1945 schätzungsweise 5.000 Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos. Stalags, Arbeitskommandos und Lazarette bildeten ein Lagersystem, das von Wehrmacht, Zivilverwaltung und Arbeitgeberern unterhalten und genutzt wurde.

Der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen in der deutschen Wirtschaft erfolgte auf Weisung und durch Vermittlung der Arbeitsämter. Aufgrund sowohl ideologischer als auch sicherheitsrelevanter Bedenken lag die Verteilung der sowjetischen Kriegsgefangenen zunächst jedoch in alleiniger Verantwortung der Wehrmacht. Die örtlichen Arbeitseinsatzbehörden konnten für den Einsatz im zivilen Bereich zwar Vorschläge einbringen, die Entscheidung lag allerdings bei den Wehrmachtsdienststellen. Ab Frühjahr 1942 galten auch für den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen die allgemeinen Bestimmungen, so dass die Arbeitsverwaltung nun weitgehend selbstständig über die sowjetischen Kriegsgefangenen im zivilen Einsatz verfügen konnte.¹

Jedes Arbeitskommando war als verwaltungsorganisatorische Einheit militärischer Bestandteil des Mannschafts-Stammlagers und unterstand allein dessen Kommandanten. Als Vertreter des Kommandanten war für die Betreuung der Arbeitskommandos, die oft über ein grosses Gebiet verstreut waren, in festgelegten Bezirken jeweils ein Kontrolloffizier eingesetzt.² Zu dessen Aufgaben gehörten Einrichtung und Abnahme der Lager bzw. Unterkünfte für Arbeitskommandos, Verhand-

1 Merkblatt für Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen vom November 1941, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 127 Neu Nr. 2745; Merkblatt für Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen vom Mai 1942, in: Ebd. 91 N Nr. 284; siehe auch Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich, S. 176.

2 Merkblatt für Arbeitskommandos vom Juli 1941, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 174 Neustadt Nr. 3096; Merkblatt für Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen vom November 1941, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 127 Neu Nr. 2745; Merkblatt für Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen vom Mai 1942, in: Ebd., 91 N Nr. 284.

lungen mit den Arbeitgebern über Unterbringung, Verpflegung und Bezahlung der Gefangenen sowie deren Einsatz und Umsetzung in Verbindung mit dem Arbeitsamt.³

Wer als Arbeitgeber Kriegsgefangene beschäftigen wollte, hatte eine schriftliche Anforderung an das örtlich zuständige Arbeitsamt zu richten. Dieses prüfte die Dringlichkeit des Einsatzes und das Vorhandensein geeigneter Unterkünfte und leitete den Antrag an das «federführende Arbeitsamt» weiter. Als solches bestimmten die Landesarbeitsämter in der Regel dasjenige, in dessen Bezirk sich das jeweilige Stalag befand.⁴ So war beispielsweise das für den Kreis Fallingbostal zuständige Arbeitsamt Verden auch federführendes Arbeitsamt für den Arbeitseinsatzbezirk des Stalag XI B Fallingbostal. Um eine reibungslose Organisation der Arbeitsvermittlung zu gewährleisten, sandten die federführenden Arbeitsämter Vermittlungsfachkräfte in die Kriegsgefangenenlager, die eng mit dem Leiter der Gruppe Arbeitseinsatz der Lagerkommandantur zusammenarbeiteten und die Zuteilung der Kriegsgefangenen gemäss der Bedarfsanmeldungen der Arbeitsämter koordinierten.⁵

Ein arbeitsrechtliches Verhältnis bestand zwischen dem Arbeitgeber und den Kriegsgefangenen nicht. Ein Rechtsverhältnis gab es nur zwischen dem Reich und dem jeweiligen Unternehmer, welches einseitig durch die Bedingungen des OKW geregelt wurde, die der Unternehmer zu akzeptieren hatte. Streitigkeiten, zum Beispiel über die Höhe der von dem Unternehmer an das Reich zu zahlenden Vergütung, konnten demzufolge nicht gerichtlich entschieden werden.⁶ Ab März 1942 wurden daher zwischen dem Unternehmer und dem Stalag keine Verträge mehr abgeschlossen.⁷ Das Stalag war nur mehr verpflichtet, dem Unternehmer die für den Arbeitseinsatz und für die Überlassung von Kriegsgefangenen geltenden Be-

3 Stellv. Generalkommando XI. A.K. (Wehrkreiskommando XI) vom 9.1.1943 betr. Kontrolloffiziere, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306.

4 Runderlass 800/40 des RAM vom 13.7.1940 betr. Einsatz von Kriegsgefangenen, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 5029.

5 Stellv. Generalkommando VI. A.K. vom 9.10.1939 betr. Richtlinien für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 675 Nr. 1061.

6 «Kein Arbeitsverhältnis bei Überlassung von Kriegsgefangenen an Unternehmer» vom 2.3.1943, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 211 Nr. 259. Aus dem Dokument gehen Verfasser und Empfänger nicht hervor.

7 Bis dahin wurden zwischen dem Stalag und dem Unternehmer so genannte Überlassungsverträge abgeschlossen. Siehe Hans Küppers/Rudolf Bannier, Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der Sowjet-ussischen Kriegsgefangenen. Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsministeriums, Berlin 1942, S. 90 f.

dingungen bekannt zu geben, die dieser schriftlich anzuerkennen hatte. Ausserdem hatte der Unternehmer die Anzahl der ihm zugewiesenen Kriegsgefangenen zu bestätigen.

Für die Überlassung bzw. die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen zahlte der Arbeitgeber festgesetzte Vergütungssätze an das Stammlager, nicht an die Gefangenen selbst. Aus diesen Beträgen trug das Stalag die Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Stellte der Arbeitgeber diese hingegen selbst, konnte er die dafür festgelegten Sätze von dem «Stalagentgelt» abziehen. Für Krankheitstage wurde zwar keine Arbeitsvergütung an das Stalag abgeführt, aber Unterkunft und Verpflegung mussten so lange bezahlt werden, bis der Gefangene wieder an den Arbeitsplatz zurückkehrte oder in das Stammlager bzw. ein Lazarett verlegt wurde. Einen Anspruch auf Ersatz des Gefangenen hatte der Arbeitgeber nicht.⁸

Einen Teil des an das Stalag zu zahlenden Betrages erhielten die Kriegsgefangenen als «Lohn» ausgezahlt, allerdings nicht in Reichsmark, sondern in Form des so genannten Lagergeldes. Dies sollte nicht zuletzt die Durchführung von Fluchten erschweren. Mit dieser «Kriegsgefangenenwährung» konnten die Gefangenen über lagereigene Verkaufsstellen Waren des täglichen Bedarfs beziehen. Für die sowjetischen Kriegsgefangenen war ein Arbeitslohn zunächst nicht vorgesehen.⁹ Ab Mitte November 1941 erhielten aber auch sie eine geringe Entlohnung, die von der Verwaltung des Kriegsgefangenenlagers entweder gutgeschrieben oder an den Gefangenen für notwendige Anschaffungen ausgezahlt wurde.¹⁰

Ab dem 1. Oktober 1944 gab es kein Lagergeld mehr – bis zu 30 RM des monatlichen Verdienstes konnte den Gefangenen nun ausgezahlt werden, der Rest

8 «Merkblatt für die allgemeinen Bedingungen, die für den Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Arbeitskräften Geltung haben», ohne Datumsangabe, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 660 Kupferhütte, Acc. 22/95 Nr. 3.

9 OKW vom 29.9.1941 betr. Entlohnung, in: Bundesarchiv Berlin, NS 6/335.

10 OKW vom 14.11.1941 betr. Entlohnung, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 20-11/14. Die finanziellen Aufwendungen des Unternehmers an das zuständige Mannschafts-Stammlager wurden für alle Kriegsgefangenen gleich welcher Nationalität einheitlich berechnet. Von dieser Vergütung erhielt aber der sowjetische Kriegsgefangene, nach einem Merkblatt des Stalag XI B Fallingb. über «Lohnabrechnungen für den Einsatz von Kriegsgefangenen» vom 1.10.1942, zum Beispiel in Industrie- und Handwerksbetrieben einen arbeitstäglichen Grundlohn von nur 0,20 Reichsmark (RM) gegenüber 0,70 RM bzw. 0,52 RM, die den französischen und polnischen Kriegsgefangenen ausgezahlt wurden; in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburgs L 135 Nr. 310; Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 275 Nr. 279.

wurde gutgeschrieben. Auch nach dem Fortfall der Lagerwährung durften die Kriegsgefangenen jedoch nur in den Magazinen der Wehrmacht einkaufen.¹¹

Die Festsetzung der Arbeitslöhne unterlag bis Kriegsende ständigen Änderungen. Hinzu kam, dass für bestimmte Branchen, zum Beispiel für die Land- und Forstwirtschaft, für Landeskulturarbeiten, für den Bergbau oder für das Bauwesen besondere Lohnbestimmungen galten und zudem in manchen Arbeitsbereichen Leistungs- und Schwerarbeiterzulagen gewährt wurden. Dies hatte zur Folge, dass zuweilen eine gewisse Unübersichtlichkeit herrschte und die Arbeitgeber häufig Probleme bei der Abrechnung mit dem Stalag hatten.

Zivilen Personen, Vertretern von Behörden und Institutionen war es bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich nicht gestattet, Kriegsgefangenenlager zu betreten, dazu zählten in der Regel auch die Unterkünfte der Arbeitskommandos. Hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen entschied das OKW im September 1941, dass Besuche auf Vertreter der Arbeitseinsatzbehörden beschränkt bleiben müssten.¹² Ende 1941 wurden diese Vorgaben insoweit gelockert, als grundsätzliche Bedenken des OKW zwar fallengelassen wurden, in jedem Einzelfall jedoch unter Angabe der Gründe ein «Stalag-Ausweis» beim jeweiligen Stammlager beantragt werden musste. Die Stalag-Kommandanten entschieden von Fall zu Fall und lehnten Anträge auf Betreten der Lager bzw. Unterkünfte häufig ohne nähere Begründung ab.¹³

Mit steigender Zahl der in Deutschland eingesetzten Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter bei gleichzeitigem Mangel an geeigneten Unterkünften entwickelten sich ab Sommer 1942 an vielen Orten unternehmerische Kooperationen zur Unterbringung und Verpflegung ausländischer Arbeitskräfte. Mehrere Firmen, die Ausländer beschäftigten, bildeten im Zusammenwirken mit den Kommunalverwaltungen, den Aussenstellen des Rüstungsministeriums oder den Wirtschaftskammern «Arbeitsgemeinschaften», die Architektenbüros und Bauunternehmen mit der Errichtung von Sammellagern beauftragten. Das federführende Mitglied der Arbeitsgemeinschaft übernahm die Verwaltung und den Zahlungsverkehr. Die Aufwendungen für den Bau und die Kosten für den Lagerunterhalt (Ausstattung, Verpflegung und Bewachung) wurden anteilig auf die Mitgliedsfir-

11 Mitteilung des OKW vom 12.9.1944 über den Fortfall des Kriegsgefangenen-Lagergeldes, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 59/142.

12 Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI vom 18.9.1941 an den Regierungspräsidenten in Osnabrück, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez 101, Acc. 8/66 Nr. 70.

13 OKW vom 16.11.1942 betr. «Besuche von Angehörigen staatl. Behörden und Parteidienststellen in Kriegsgefangenenlagern und Arbeitskommandos», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 353 Nr. 599 T 65.

men umgelegt.¹⁴ In Oldenburg übernahm beispielsweise die «Arbeitsgemeinschaft russische Kriegsgefangene» im September 1942 das Lager Müllers Parkhaus von der staatlichen Strassenbauverwaltung und organisierte den Lagerbetrieb und den Einsatz der rund 100 sowjetischen Kriegsgefangenen bei verschiedenen Betrieben in der Stadt. Ein Jahr später übernahm die Arbeitsgemeinschaft auch die Verwaltung des Lagers Krückeberg. Geschäftsführer der AG war der Unternehmer Hüppe.¹⁵ In Hannover wurde im November 1942 die «Lagergemeinschaft e.V.» gegründet, eine Interessengemeinschaft verschiedener hannoverscher Firmen. Zweck war «die Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten (Baracken u. Lager) in der Stadt Hannover und ihrer näheren Umgebung für ortsfremde Arbeiter und Kriegsgefangene der Rüstungsindustrie. Dazu gehörte auch die gemeinsame Verwaltung dieser Lager sowie die Verpflegung, Betreuung und Bewachung der Zwangsarbeiten»¹⁶ Ebenfalls 1942 wurde in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer ein «Gemeinschaftslager der Braunschweiger Industrie» errichtet.¹⁷

3.2 Dimensionen des Arbeitseinsatzes 1941-1945

Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen war ein wichtiger Produktivfaktor in der deutschen Kriegswirtschaft. Seit Kriegsbeginn 1939 gab es Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt, so dass die Beschäftigung von Kriegsgefangenen von Beginn an eine grosse Bedeutung hatte. Die Genfer Konvention erlaubte den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen, wenn dieser nicht unmittelbar im Zusammenhang mit Kampfhandlungen und der Kriegsproduktion stand.

Das Scheitern des Blitzkriegskonzepts im Feldzug gegen die Sowjetunion führte durch die zunehmende Einberufung von Rüstungsarbeitern zur Wehrmacht bei gleichzeitig stark wachsendem Bedarf an Waffen und Munition zu einer dramatischen Zuspitzung des Arbeitskräftemangels. Dies führte dazu, dass entgegen der ursprünglichen Planung auch die sowjetischen Kriegsgefangenen verstärkt in der deutschen Wirtschaft eingesetzt wurden. Zusätzlich versuchte die NS-Führung den Arbeitskräftemangel durch den massiven Einsatz der weiblichen Bevölkerung

14 Vgl. Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft, S. 146 f.

15 Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, Best 136, Nr. 17032 und 17072.

16 «Zwangsarbeit», in: <http://www.erinnernundzukunft.de> (Januar 2013).

17 Vgl. Gudrun Fiedler und Hans-Ulrich Ludewig (Hrsg.), Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945, Braunschweig 2003, S. 140-144.

sowie ziviler Zwangsarbeiter vor allem aus Polen und der Sowjetunion zu kompensieren. Laut Angaben des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz standen im August 1944 den 22,939 Millionen «inländischen Arbeitern und Angestellten» (davon 11,144 Millionen Frauen) 5,783 Millionen «zivile Ausländer» und 1,930 Millionen Kriegsgefangene gegenüber. Knapp 6,5 Prozent der Arbeitskräfte in Deutschland waren somit Kriegsgefangene. Die grössten Kontingente stellten die sowjetischen (631.559) und die französischen Soldaten (599-907).¹⁸

Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet begann Ende Juli 1941. Am 1. Dezember 1941 waren bereits 222.000 sowjetische Kriegsgefangene «auf Kommando».¹⁹ Infolge des Massensterbens in den folgenden Monaten sank ihre Zahl bis März 1942 zunächst auf 187.000,²⁰ stieg dann jedoch rasch auf 455.000 im September 1942.²¹ Im Januar 1943 meldete die Wehrmacht 546.000,²² im Mai 1944 schliesslich 652.000 sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz.²³

Die zahlenmässige Entwicklung des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen in Niedersachsen ist nur fragmentarisch dokumentiert. Die nahezu vollständig überlieferten monatlichen Berichte des LAA Niedersachsen enthalten diesbezüglich nur sporadisch statistische Angaben. Von den Gauarbeitsämtern Weser-Ems und Südhannover-Braunschweig liegen einige Zahlenübersichten aus den Jahren 1943 und 1944 vor, die nach Nationalitäten aufgeschlüsselt sind, während solche vom GAA Osthannover völlig fehlen. Das Jahr 1945 ist überhaupt nicht dokumentiert. Die sonstigen vorliegenden Zahlenwerke zum Kriegsgefangenen-einsatz aus dem Reichsarbeitsministerium und der Wehrmachtverwaltung liefern nur punktuell vergleichbare Angaben über die sowjetischen Kriegsgefangenen im Bereich des LAA Niedersachsen bzw. der Gauarbeitsämter.

Das zunächst monatlich, später in grösseren Abständen vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Zahlenwerk «Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich» enthält nur bis Juli 1942 sowie ab 1944 Angaben über den Kriegsgefangenen-einsatz in den Bereichen der einzelnen Landesarbeitsämter bzw. Gauarbeitsämter; le-

18 Der Beauftragte für den Vierjahresplan/Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz (Hrsg.), *Der Arbeitseinsatz im Grossdeutschen Reich*, Nr. 10 vom 31.10.1944.

19 Übersicht der Abteilung Kriegsgefangene im OKW, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 450.

20 Übersicht des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition vom 29.9.1942, in: Bundesarchiv Berlin, R 3901/20173.

21 Ebd.

22 OKH/Generalquartiermeister: «Übersicht über Bestand und Einsatz an sowj. Kriegsgefangenen» vom 31.1.1943, in: Bundesarchiv Berlin, R 3901/20229.

23 «Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kr. Gef. nach dem Stand vom 1.5.1944», in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 2/v. 2623.

diglich im Zeitraum Januar bis Juli 1942 sind für jedes Landesarbeitsamt auch die Nationalitäten der Kriegsgefangenen aufgeschlüsselt. Im Oktober 1940 waren danach im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen 83.694 französische und polnische Kriegsgefangene beschäftigt.²⁴ Im Verlauf des Jahres 1941 stieg die Zahl vor allem durch den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen von 92.522 im Mai²⁵ auf 121.000 im November.²⁶ Ende Januar 1942 waren infolge der hohen Todesrate unter den sowjetischen Kriegsgefangenen nur noch 114.688 Kriegsgefangene im Einsatz, darunter 19.963 sowjetische Gefangene.²⁷ Bis Ende Juli 1942 stieg die Gesamtzahl der beschäftigten Kriegsgefangenen im Bereich des LAA Niedersachsen auf 118.613, darunter 70.389 französische und 27.484 sowjetische Gefangene.²⁸

Im Februar 1944 waren in den Bezirken der Gauarbeitsämter Weser-Ems, Osthannover und Südhannover-Braunschweig insgesamt 144.442 Kriegsgefangene im Einsatz.²⁹ Die Zahl der sowjetischen Gefangenen lässt sich nicht feststellen, da entsprechende Angaben für das Gauarbeitsamt Osthannover fehlen. Sie lag bei etwa 40.000: Das GAA Südhannover-Braunschweig meldete mit Stand 15. Februar 1944 insgesamt 71.226, davon 21.482 französische und 20.525 sowjetische Gefangene,³⁰ das GAA Weser-Ems 24.813, darunter 13.891 französische und 8.571 sowjetische Gefangene,³¹ im Bereich des GAA Osthannover waren insgesamt 38.003³² und damit schätzungsweise 10.000 bis 12.000 sowjetische Kriegsgefangene im Einsatz.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1944 dürfte die Zahl analog der allgemeinen Entwicklung noch gestiegen sein, so dass im Bereich der genannten Gauarbeitsämter insgesamt bis zu 160.000, davon etwa 50.000 sowjetische Kriegsgefangene gleichzeitig im Einsatz gewesen sein dürften. Hinzu kommen einige Tausend sowjetische Gefangene, die für militärische Zwecke direkt von der Wehrmacht als «Hilfspersonal» (vor allem bei der Flak und in Baubataillonen) eingesetzt und in

24 Reichsarbeitsministerium (Hrsg.), Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Nr. 14 vom 21.7. 1941.

25 Ebd.

26 ‚Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich‘ Nr. 1/2 vom 20.1.1942.

27 Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Nr. 5 vom 5.3.1942. Dies war die absolut grösste Zahl sowjetischer Kriegsgefangener im Vergleich aller Landesarbeitsämter im Reich. Mit 17 Prozent lag auch ihr Anteil an der Gesamtzahl aller eingesetzten Kriegsgefangenen erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 11 Prozent.

28 Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Nr. 17 vom 5.9.1942.

29 Der Arbeitseinsatz im Grossdeutschen Reich, Nr. 4/5 vom 31.5.1944.

30 Der Arbeitseinsatz im Gau Südhannover-Braunschweig. Statistisches Mitteilungsblatt des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig, Nr. 3 vom 25.3.1944, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 275 Nr. 125.

31 Ebd.

32 Der Arbeitseinsatz im Grossdeutschen Reich, Nr. 4/5 vom 31.5.1944.

den Statistiken der Zivilbehörden nicht aufgeführt waren, da diese Gefangenen nicht über die Arbeitsämter vermittelt wurden, sondern zum Ersatzheer gehörten. Hierzu fehlen konkrete statistische Angaben.

Wie die Statistiken der Arbeitsverwaltung ermöglichen auch die Unterlagen der Wehrmacht nur bedingt eine Ermittlung der Dimensionen des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen im Bereich des LAA Niedersachsen. Die nahezu vollständig überlieferten monatlichen statistischen Übersichten der Abteilung Kriegsgefangene im OKW weisen zwar durchgehend die Zahl der vom jeweiligen Lager verwalteten Gefangenen getrennt nach Nationalitäten aus, in der Rubrik «Arbeitseinsatz» ist allerdings nur die Gesamtzahl aller beschäftigten Gefangenen des jeweiligen Stammlagers angegeben, so dass für die sowjetischen Gefangenen nur Annäherungen möglich sind. In den Stammlagern, deren Einsatzbereiche im Gebiet des LAA Niedersachsen bzw. der späteren Gauarbeitsämter Weser-Ems, Südhannover-Braunschweig und Osthannover lagen, waren am 1. Dezember 1941 nach Angaben des OKW 39.077 sowjetische Kriegsgefangene registriert. Bis zum 1. April 1942 war ihre Zahl auf 25.752 gesunken und stieg bis zum 1. Dezember wieder auf 51.451.³³ Am 1. Dezember 1943 waren in den Lagern 56.783 sowjetische Gefangene registriert,³⁴ am 1. Juni 1944 bereits 63.417³⁵ und am 1. November 1944 dann die Höchstzahl von 74.095.³⁶ Zum 1. Januar 1945 war sie wieder auf 69.709 gesunken.³⁷ Spätere Angaben liegen nicht vor.

Legt man die für das ganze Reichsgebiet dokumentierte Beschäftigungsquote von 80 bis 85 Prozent zu Grunde,³⁸ so kann auf dieser Basis geschätzt werden, dass sich im Bereich des heutigen Landes Niedersachsen gegen Ende des Jahres 1944 bis zu 60.000 sowjetische Kriegsgefangene gleichzeitig im Arbeitseinsatz befunden haben (inklusive der als Hilfspersonal bei der Wehrmacht eingesetzten Kontingente, die von den Statistiken der Arbeitsbehörden nicht erfasst wurden).

33 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW *GIN*. 450.

34 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 451.

35 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 452.

36 Ebd.

37 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 453.

38 Am 1.5.1944 waren nach Angabe des OKW von insgesamt 767.104 sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet 651.719 im Arbeitseinsatz, d.h. rund 85 Prozent; siehe: Übersicht der Abteilung Kriegsgefangene im OKW, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 452; «Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kr. Gef. nach dem Stand vom 1.5.1944», in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 2/v. 2623.

3.3 Einsatzbereiche der sowjetischen Kriegsgefangenen³⁹

Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet war im Sommer 1941 trotz des dringenden Bedarfs an Arbeitskräften noch mit starken Einschränkungen verknüpft. Er wurde als «notwendiges Übel» bezeichnet und als eine vorübergehende Erscheinung betrachtet. Hitler hatte die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Deutschland zum Einsatz kommen sollten, Anfang August 1941 auf 120.000 begrenzt. Diese sollten vornehmlich von der Wehrmacht beschäftigt werden, ausserdem in Kolonnenarbeit bei Kultivierungs- und Bauprojekten möglichst in abgelegenen Gebieten – in erster Linie zur Ablösung französischer Kriegsgefangener, die in die Rüstungsindustrie umgesetzt werden sollten.

Als weitere Vorbedingung für den Arbeitseinsatz forderte das Reichssicherheitshauptamt die Eliminierung der «untragbaren Elemente» unter den Gefangenen, zu denen insbesondere Politoffiziere, Parteifunktionäre und Juden gezählt wurden. Ab August 1941 führten Einsatzkommandos der Gestapo daraufhin in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht in den Stammlagern «Aussonderungen» durch, denen 38.000 der bis Jahresende 1941 nach Deutschland transportierten 500.000 sowjetischen Gefangenen zum Opfer fielen. Die Ausgesonderten wurden in Konzentrationslagern von der SS ermordet.⁴⁰

Die ersten Arbeitskommandos mit sowjetischen Kriegsgefangenen im Bereich des LAA Niedersachsen wurden Anfang August 1941 eingerichtet. Der Einsatz war entsprechend den Richtlinien des OKW anfänglich auf Wehrmachtstandorte, Kultivierungsvorhaben, Reichsbahnbaustellen, den Kanalbau, Strassenbauvorhaben, den Braunkohletagebau sowie die Torfindustrie beschränkt. Gemäss den Vorgaben wurden die ersten Arbeitskommandos des Stalag XI D (321) Oerbke im August 1941 beispielsweise beim Fliegerhorst Fassberg, der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Bergen und Wehrmachtdienststellen in Quernum bei Braun-

39 In diesem Abschnitt werden weitgehend bisher nicht publizierte Ergebnisse des Forschungsprojekts «Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Lagersystem der Wehrmacht auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen» wiedergegeben. Zum Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen allgemein vgl. Rolf Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*; Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Bonn 1997.

40 Vgl. zu den Aussonderungen allgemein: Reinhard Otto, *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42*, München 1998; zu den Aussonderungen in den Lagern in Nordwestdeutschland vgl. Rolf Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 110-142.

schweig, Klein Schöppenstedt oder Tramm eingerichtet. Auch das Stalag X D (310) Wietzendorf stellte Gefangene zunächst vornehmlich für die Wehrmacht zur Verfügung: Auf der Insel Langeoog wurden mehr als 400 Gefangene für Bauvorhaben der Wehrmacht herangezogen (Strassenbau, Arbeiten an der Luftwaffenbasis, Bunker- und Flak-Stellungsbau), in Wilhelmshaven setzte die Kriegsmarine mindestens ebenso viele Gefangene beim Bau eines neuen Hafenbeckens ein. In der Munitionsanstalt Zeven wurden sowjetische Gefangene bei der Granatenherstellung beschäftigt.

Eines der grössten zivilen Einsatzgebiete lag im Landkreis Diepholz. Nach Angaben des Landrates waren dort im Sommer 1941 etwa 3.000 sowjetische Kriegsgefangene bei Kultivierungsarbeiten im Gebiet des Dümmer Sees und der Hunteniederung eingesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt war der Strassenbau. Öffentliche Bauvorhaben konnten oftmals nur durch den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener durchgeführt werden – so auch der Bau der Umgehungsstrasse Oldenburg und der Ausbau der Reichsstrassen 69 und 213 bei Wilhelmshaven. Diese Massnahmen hatten vornehmlich militärische Bedeutung. Ziel war eine bessere Verkehrsanbindung des Marinestützpunktes Wilhelmshaven und der Flugplätze an der Küste. Auch die Gefangenen des Arbeitskommandos in Bockhorn im Kreis Friesland mussten für das Strassenbauamt Oldenburg arbeiten. Hier ging es um die Verbesserung der Verbindung zwischen den Orten Varel und Neuenburg inklusive einer Ortsumgehung für Bockhorn (heutige B 437).

In Einzelfällen wurde bereits im Sommer 1941 auch die Industrie berücksichtigt: Der erste Beleg für ein Arbeitskommando im Wehrkreis VI datiert vom 5. August 1941 mit der Versetzung von Gefangenen zum Amazonenwerk (Fabrikation von Landmaschinen) in Gaste im Kreis Osnabrück. Im Nordwesten war die Torfindustrie ein wichtiger Einsatzbereich. Anfang September 1941 wurden in Papenburg im Kreis Aschendorf-Hümmling und Schwegermoor im Kreis Wittlage Arbeitskommandos für den Torfabbau eingerichtet.

Als nach Aufhebung der ursprünglichen Beschränkung der Gefangenenzahlen ab Ende September 1941 eine zweite Welle von Transporten im Reichsgebiet eintraf, wurden zahlreiche neue Arbeitskommandos eingerichtet. Nun wurden die Gefangenen auch in Steinbrüchen, in Industrie- bzw. Rüstungsbetrieben (z.B. Reichswerke «Hermann Göring» im Salzgittergebiet, Volkswagenwerk Fallersleben) und auf Grossbaustellen (Pulverfabrik Liebenau, Okertalsperre) beschäftigt. Nach einer Reduzierung der Mindestzahlen für die Arbeitskolonnen der Gefangenen wurde auch der Einsatz in der Forstwirtschaft praktikabel, und als sich die Einbringung und Weiterverarbeitung der Ernte im Herbst 1941 mangels Arbeitskräften stark verzögerte, wurden sowjetische Kriegsgefangene notgedrungen auch in der Landwirtschaft und in den Zuckerfabriken beschäftigt.

Die Arbeitskommandos befanden sich gemäss der Vorgabe, die sowjetischen Kriegsgefangenen abgesondert von Gefangenen anderer Nation, deutschen Arbeitern und der Zivilbevölkerung einzusetzen, vor allem in entlegenen Gebieten, in kleineren Orten oder an der Peripherie der Grossstädte. Allerdings gab es bereits im August 1941 auch Arbeitskommandos innerhalb grösserer Städte, z.B. bei den Düngekalkwerken und bei der Saline in Lüneburg. Der Einsatz in den Grossstädten Hannover und Braunschweig erfolgte allerdings erst nach Lockerung der Bestimmungen im Jahr 1942. Die Vorgabe, die Gefangenen möglichst von deutschen Arbeitern und von der Zivilbevölkerung abzuschirmen, konnte jedoch an kaum einem Einsatzort eingehalten werden. Die Deutschen waren von Beginn an Augenzeugen des Geschehens.

Neben den ideologisch bedingten Restriktionen beeinträchtigten Krankheiten, Seuchen und vor allem die unzureichende Verpflegung der Gefangenen bis zum Frühjahr 1942 einen effektiven und umfassenderen Arbeitseinsatz. Schon seit August 1941 wurde die Entsendung von Gefangenen in die Arbeitskommandos immer wieder durch Ruhrepidemien in den Stammlagern verhindert. Im Oktober 1941 setzte infolge der unzureichenden Versorgung der Gefangenen ein Massensterben ein, das bis zum folgenden Frühjahr andauerte. Davon waren auch die Arbeitskommandos betroffen; an einigen Orten betrug die Todesrate wie in den Stammlagern über 50 Prozent. Darüber hinaus wurden viele Gefangene, in einigen Fällen auch ganze Arbeitskommandos, aufgrund Unterernährung und daraus resultierender körperlicher Schwäche und Krankheit oder wegen des Ausbruchs von Seuchen in die Stammlager zurückgeschickt oder in die Lazarette Bergen-Belsen, Wietzendorf und Sandbostel verlegt. Ab Ende November 1941 waren die Stammlager zudem wegen einer Fleckfieberquarantäne monatelang gesperrt, so dass in dieser Zeit keine Ersatzkräfte gestellt werden konnten. Die Zahl der arbeitsfähigen sowjetischen Kriegsgefangenen sank daher beständig, während gleichzeitig die Arbeitskräfteanforderungen der Arbeitsämter stiegen.⁴¹

Gleichzeitig nahm die militärische und kriegswirtschaftliche Lage eine zunehmend kritische Entwicklung. Als erkennbar wurde, dass der Krieg in der Sowjetunion nicht so schnell siegreich zu beenden war wie erhofft, sondern stattdessen immer neue personelle und materielle Ressourcen forderte, befahl Hitler auf Drängen der Vertreter von Arbeitsbehörden und Wirtschaft Ende Oktober 1941 den

41 Vgl. Bericht des LAA Niedersachsen über die Einsatzlage im Dezember 1941 vom 10.1.1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 12A Neu 18, Nr. 783.

«Grosseinsatz» der sowjetischen Kriegsgefangenen.⁴² Nun wurde der Einsatz unter strengen Sicherheitsauflagen auch in der Rüstungsindustrie und im Bergbau freigegeben. Am 24. Dezember betonte ein «Führerbefehl» schliesslich nochmals die Bedeutung des «Russeneinsatzes»: «Die Zuführung Sowjet. Kr.Gef. in die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ist für die Aufrechterhaltung der Rüstungskapazität und für die Leistungsfähigkeit unserer Kriegswirtschaft nunmehr entscheidendes Problem geworden.»⁴³ Eine Verbesserung der Ernährung sollte die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit sichern. Die Stammlager sollten nach arbeitsfähigen Gefangenen «durchkämmen» und die Schwachen in «Aufpappelungslagern» wieder zu Kräften gebracht werden. Die daraufhin ergriffenen Massnahmen konnten das Massensterben jedoch nicht aufhalten. Etwa die Hälfte der 1941 nach Deutschland verbrachten sowjetischen Kriegsgefangenen kam bis Ende des Winters 1941/42 ums Leben.

Am 24. März 1942 erliess das OKW neue Bestimmungen zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trugen. In den einleitenden Passagen hiess es programmatisch: «Die Notwendigkeit vermehrten Arbeitseinsatzes der sowj. Kr.Gef. macht eine neue Regelung ihrer Behandlung notwendig.»⁴⁴ Diese hatte sich nun dem Ziel grösstmöglicher Produktivität unterzuordnen. Die allgemeinen Lebensbedingungen und die Ernährung sollten zu diesem Zweck verbessert werden. Um die Gefangenen möglichst vielseitig beschäftigen zu können, wurden die Einsatzbedingungen allgemein gelockert.

Das Landesarbeitsamt Niedersachsen formulierte im April 1942 folgende Prioritätensetzung: «Im Kriegsgefangeneneinsatz steht mit Beginn der Frühjahrsbestellung die Landwirtschaft neben der Rüstungswirtschaft wieder stärkstens im Vordergrund.»⁴⁵ Der Einsatz neuer Kräfte lief zu Jahresbeginn 1942 allerdings nur zaghaf an, und die Erfahrungen mit den Überlebenden des Hungerwinters waren oft niederschmetternd: In Hilligensehl/Kreis Fallingbostal wurde ein französisches Meliorations-Arbeitskommando von sowjetischen Gefangenen abgelöst, «die körperlich derart hinfällig waren, dass sie kaum eine Hacke heben konnten und zum Teil in den Dränggräben besinnungslos umfielen.»⁴⁶ Von 150 sowjetischen Gefangenen, die Ende Februar 1942 zum Wehrmachteinsatz nach Tannhausen bei Au-

42 OKW-Befehl betr. «Kriegsgefangenen-Einsatz in der Kriegswirtschaft» vom 31.10.1941, in: Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberger Dokument EC-194.

43 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, R 3/4034.

44 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/v. 278.

45 Bericht des Präsidenten des LAA Niedersachsen über die Einsatzlage im März 1942 vom 7.4. 1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 12A Neu 18, Nr. 783.

46 Schreiben des Kreisbaumeisters Fallingbostal an die Landbauaussonstelle Nienburg vom 28.6. 1943, in: Kreisarchiv Heidekreis Bad Fallingbostal, 4 KV Fai. Nr. 223.

rich geschickt wurden, starben 48 bereits auf dem Transport oder in den ersten Tagen nach der Ankunft; am 1. April lebten nur noch 67 Gefangene.⁴⁷

Erst nach dem Eintreffen neuer Gefangenentransporte aus dem Osten im Frühjahr/Sommer 1942 erhielten die Unternehmen wieder in grösserer Zahl arbeitsfähige sowjetische Kriegsgefangene zugewiesen. Im Juli wurden im Bereich des LAA Niedersachsen 3.800 sowjetische Gefangene «neu eingesetzt und zwar im Wesentlichen in der Rüstungsindustrie und in der Forstwirtschaft».⁴⁸ Die Zahl der sowjetischen Arbeitskommandos des Stalag X C stieg beispielsweise von 81 Kommandos im Januar 1942 auf 145 im August 1942; die Gesamtzahl der Gefangenen dieser Kommandos wuchs von 6.174 am 10. April auf 13.923 am 14. August 1942.⁴⁹

Im Laufe des Jahres 1942 bildeten sich infolge der kriegswirtschaftlichen Lage Einsatzbereiche heraus, deren Versorgung mit Arbeitskräften vordringlich war. Insgesamt fand eine Verlagerung des Gefangeneneinsatzes hin zum Bergbau, zur Eisen- und Stahlerzeugung sowie zur Rüstungsproduktion statt. Die Landeskulturarbeiten, der Autobahnbau und andere als nicht «kriegswichtig» geltende Projekte wurden dagegen weitgehend eingestellt.

Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Bergbau unter Tage war zunächst nicht zugelassen, obwohl die Reichsvereinigung Kohle diesen schon im Juni 1941 vehement gefordert hatte. So kamen die Gefangenen vorerst nur im Braunkohlentagebau zum Beispiel im Raum Helmstedt zum Einsatz. Das Verbot wurde zwar noch im Herbst 1941 aufgehoben, der umfassende Einsatz unter Tage begann jedoch erst im Folgejahr: Von Juni bis September 1942 stieg die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen im Kohlebergbau von 7.399 auf 61.896.⁵⁰ Im Mai 1944 wurde mit 168.456 eine Höchstzahl erreicht.⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt war rund ein Viertel aller sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland im Kohle- und Erzbergbau beschäftigt, insbesondere im Ruhrgebiet und in Schlesien, in geringem Umfang auch in Niedersachsen (Deister, Bückeberge, Salzgittergebiet, Harz). Die

47 Bericht von Alfred Rohlf, Mai 1984, über das Kriegsgefangenenlager Tannenhäusen, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 241 Msc., Nr. A 208; Schreiben des Lagerarztes des Stalag X C an die Staatlichen Gesundheitsämter im Bereich des Stalag X C vom 10.4.1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 79 Nr. 3970.

48 Bericht des Präsidenten des LAA Niedersachsen über die Einsatzlage im Juli 1942 vom 7.8. 1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 12A Neu 18 Nr. 783.

49 Schreiben des Lagerarztes des Stalag X C an die Staatlichen Gesundheitsämter betr. «Arbeits-einsatz sowj. Kriegsgefangener» vom 10.4.1942, 13.5.1942 und 14.8.1942 mit tabellarischen Übersichten der Arbeitskommandos und Gefangenzahlen, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 79 Nr. 3970.

50 Christian Streit, *Keine Kameraden*, S. 273.

51 Ebd., S. 280.

elementare kriegswirtschaftliche Bedeutung der Kohleförderung und der notorische Arbeitskräftemangel in diesem Bereich führten dazu, dass ständig Gefangene aus Arbeitskommandos auch in Niedersachsen für den Bergbau abgezogen wurden.

Einen logistischen Engpass stellte der Mangel an Transportraum im Strassen-, Schiffs- und vor allem Bahnverkehr dar. Am 3. Juni 1942 erliess der Reichsverkehrsminister daher eine Anordnung zur «Beschleunigung des Transportmittelumlaufs». Die Ladefristen im Güterverkehr sollten verkürzt, der Güterumschlag rund um die Uhr und auch an Wochenenden durch den verstärkten Einsatz vor allem sowjetischer Kriegsgefangener gewährleistet werden.⁵² In der Folge wurden insbesondere auf Bahnhöfen, bei Speditionen und an Kanalhäfen so genannte Be- und Entladekolonnen eingerichtet. Bis 1945 stellten die sowjetischen Kriegsgefangenen die zahlenmässig stärkste Gruppe in diesem Einsatzbereich.

Obwohl Offiziere nach den Bestimmungen der Genfer Konvention nicht zur Arbeit herangezogen werden durften, wenn sie dies nicht ausdrücklich selbst wünschten, verfügte das OKW am 4. Juli 1942 den Arbeitseinsatz der sowjetischen Offiziere ohne Rücksicht auf den militärischen Dienstrang bis zum vollendeten 45. Lebensjahr.⁵³ Daraufhin wurden im Bereich des Stalag XI B Fallingb. 44 besondere Offiziers-Arbeitskommandos eingerichtet. Auch im Bereich der Stalags X B Sandb. und X C Nienburg gab es solche Kommandos. Im Dezember 1944 betrug die Zahl der sowjetischen Offiziere im Arbeitseinsatz im Reichsgebiet knapp 44.000, im Bereich Niedersachsen rund 4.570.⁵⁴

Ab April 1943 wurden sowjetische Kriegsgefangene auch als «Behelfspersonal» bei der Luftabwehr in den Flakbatterien der Luftwaffe und der Marine eingesetzt. Kurz darauf wurden auch die zum Fronteinsatz abgezogenen deutschen Soldaten in den Bau- und Pioniereinheiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine durch sowjetische Kriegsgefangene ersetzt. So wurden beispielsweise die Gefangenen der 2. Marine-Bau-Bereitschaftsabteilung ab September 1943 beim Grossbauprojekt der U-Boot-Bunkerwerft «Valentin» in Farge und die Gefangenen des Bau- und Arbeitsbataillons XI der Luftwaffe bei Reparatur- und Ausbaurbeiten

52 Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez. 201, Acc. 16U65 Nr. 108; Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hannover 122a Nr. 7063.

53 Nürnberger Dokument NG 1383; vgl. auch Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion Hannover vom 8.7.1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, RW 20-11/15.

54 Übersicht der Abteilung Kriegsgefangene im OKW, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 6/452 (Stalag V C Bathorn: 261, X B Sandb. 120, Stalag X C Nienburg: 1038, Stalag XI B Fallingb. 3140 Offiziere).

auf verschiedenen Flugplätzen eingesetzt. Da sie in Wehrmachteinheiten dienten, erhielten diese Gefangenen eine bessere Verpflegung als ihre Kameraden im zivilen Einsatz.

Die Schwerpunkte des Arbeitseinsatzes waren regional stark unterschiedlich. Im Bereich des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig waren im Mai 1944 von 20.763 eingesetzten sowjetischen Gefangenen 4.068 in der Landwirtschaft, 4.067 in der Eisen- und Stahlgewinnung und -Verarbeitung sowie 2.292 im Maschinen- und Fahrzeugbau beschäftigt. Es folgten der Hoch- und Tiefbau mit 1.749 und der Bergbau mit 1.488 Gefangenen. In der Forstwirtschaft arbeiteten 1.223, bei der Reichsbahn 1.091, in der Baustoffindustrie 1.087 und in der Holzverarbeitung 932 Gefangene.⁵⁵ Insbesondere wegen der Vielzahl der Industriestandorte war die Zahl der Kriegsgefangenen in dieser Region wesentlich höher als im Bereich des Gauarbeitsamtes Weser-Ems, wo sich 10.698 sowjetische Gefangene im Einsatz befanden. Hier war die Landwirtschaft mit 4.718 Gefangenen der mit Abstand grösste Sektor, gefolgt vom Maschinen- und Apparatebau (1.540), der Torfindustrie (1.101) der Eisen- und Stahlindustrie sowie Metallwarenherstellung (995) und dem Baugewerbe (63s).⁵⁶ Das Forstgewerbe und die Holzverarbeitung spielten im Nordwesten dagegen nur eine marginale Rolle. Eine ähnliche Verteilung dürfte in dem ebenfalls vorrangig landwirtschaftlich geprägten Gebiet des Gauarbeitsamtes Osthannover geherrscht haben, für das keine Detailangaben zu den sowjetischen Gefangenen vorliegen.

Insgesamt sind im Bereich des LAA Niedersachsen bzw. der späteren Gauarbeitsämter Weser-Ems, Osthannover und Südhannover-Braunschweig etwa 1.800 bis 2.000 Arbeitskommandos mit sowjetischen Kriegsgefangenen eingerichtet worden, die meisten davon in der Land- und Forstwirtschaft.⁵⁷ Hier handelte es sich vorwiegend um kleine Kommandos mit etwa 20 bis 25 Gefangenen. Arbeitgeber waren die einzelnen Bauernschaften und Forstämter, die häufig auch die Lager einrichteten und betrieben. Von dort aus wurden die Gefangenen auf die einzelnen Höfe in der Umgebung bzw. an die verschiedenen Arbeitsstellen im Forst verteilt. In den grossen Betrieben der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie gab es Kommandos mit 300 bis 650 Gefangenen. Grosse Kommandos fanden sich auch im Baugewerbe, im Bergbau und im Maschinen- und Anlagenbau. In den meisten

55 Der Arbeitseinsatz im Gau Südhannover-Braunschweig, Statistisches Mitteilungsblatt des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig, Nummer 6 vom 25.6.1944, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 275 Nr. 125.

56 Der Arbeitseinsatz im Gau Weser-Ems, Statistisches Mitteilungsblatt des Gauarbeitsamtes Weser-Ems, Nummer 6 vom 25.6.1944, in: Landesbibliothek Oldenburg.

57 Im Rahmen des Forschungsprojekts «Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Lagersystem der Wehrmacht auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen» konnten rund 1.700 Arbeitskommandos ermittelt werden (Stand Dezember 2012).

DER ARBEITSEINSATZ DER SOWJETISCHEN KRIEGSGEFANGENEN

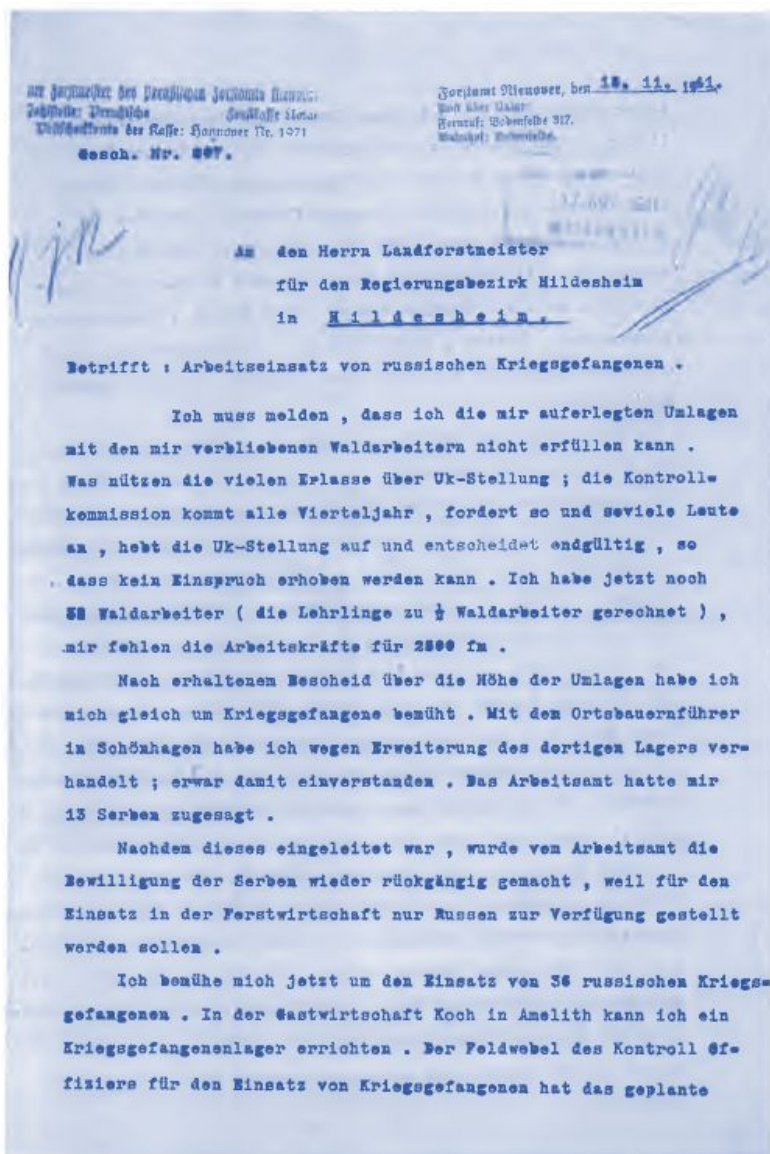


Abb. 1-3: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180
Hildesheim Nr. 17305

Lager besichtigt und hat seine Vorschläge über den erforderlichen Ausbau gemacht ; das Lager muss ja vom Kontrolllefixier abgenommen werden . Der Zimmermeister Fischer stellt einen Kostenanschlag über die auszuführenden Arbeiten auf . Da der Saal durch eine Trennwand verkleinert werden muss , werden sich die Kosten mindestens auf 1000 RM stellen . Hierzu kommen noch die übrigen Kosten für 2 Kessel , Waschgeschirr, Essgeschirr , Becken , Strohsätze pp . Arbeitsgerät soll nach Möglichkeit von den Waldarbeitern angekauft werden (abgelagte Sägen pp) .

Der Einsatz der Russen wird sich recht teuer stellen und die Leistungen werden gering sein . Ich bitte zu überprüfen , ob der Einsatz der russischen Kriegsgefangenen für die Waldarbeit , so wie er vorgesehen ist , überhaupt viel Zweck hat . Die Russen kommen vollkommen unterernährt aus den Gefangenenlagern an . In Bodenfelde haben sie sich Regenwürmer und Schnecken aufgeklaut und haben diese verschlungen , um ihren Hunger zu stillen . Mit den vorgesehenen Rationen (2½ Pfund Kartoffeln , 320 Gramm Brot und 20 Gramm Fleisch am Tag) können die unterernährten Leute ihr Leben fristen , aber keine Arbeit leisten . Auf Antrag kann eine geringe Schwerarbeiterzulage genehmigt werden . Zusätzliche Lebensmittel (namentlich Kartoffeln nach Ablieferung des Solls) sind im Handel kaum mehr zu haben , da schon darüber verfügt ist .

Die Russen erhalten nur Holzschuhe und haben meist keine Strümpfe , damit sollen sie bei Frost und Schnee die weiten Wege machen und 8 Stunden arbeiten . Da keine Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden und man sich mit den Russen nur durch Zeichensprache verständigen kann , gehen unnötig viele Arbeitskräfte durch ständige Arbeitsanweisung und Kontrolle verloren . Die Russen sollen geschlossen eingesetzt werden und können nicht ,

wie bei den Serben geplant , auf die einzelnen Kotten zum Holzrücken verteilt werden .

Wenn die Russen auskömmlich ernährt werden (der Holzhändler Stüber in Bodenfelde beschäftigt 28 russische Kriegsgefangene und verabreicht täglich je Mann acht Pfund Kartoffeln und Steckrüben) sollen die Russen teilweise recht brauchbar sein . So wie der Einsatz aber vorgesehen ist , halte ich ihn eher für einen Nennschuh , als für eine Förderung der Arbeit .



Bereichen gehörten bis zu 100 Kriegsgefangene zu einem Arbeitskommando, zum Beispiel beim Güterumschlag, im Nahrungsmittelgewerbe mit den grossen Zuckerfabriken oder in der Forstwirtschaft. Vergleichsweise kleine Kommandos mit bis zu 20 Mann arbeiteten zum Beispiel in den Autoreparaturwerkstätten in Hannover und Braunschweig.⁵⁸ Beim Wehrmachteinsatz reichte die Spanne von 10 bis 20 Gefangenen bei einzelnen Flakbatterien bis hin zu mehr als 1.000 Gefangenen in den Baubataillonen.

3.4 Verpflegung, medizinische Versorgung, Krankheit und Tod

Für die Verpflegung der Kriegsgefangenen war die Wehrmacht verantwortlich. Laut Genfer Konvention sollten Kriegsgefangene die gleichen Rationen erhalten wie die Ersatztruppen des Gewahrsamstaates. Unter dem Vorwand, dass die Sowjetunion dem Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929 nicht beigetreten sei, wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen eine dem Abkommen entsprechende Ernährung jedoch vorenthalten. Sie erhielten eine völlig unzureichende Verpflegung, was dazu führte, dass sie kaum arbeitsfähig waren. In einem Brief vom 6. September 1941 an den Oberpräsidenten in Hannover beschrieb der Landrat des Kreises Grafschaft Diepholz den Zustand der sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Landkreis für verschiedene Meliorationsarbeiten eingesetzt waren: «Die russischen Gefangenen kamen in stark ausgehungertem Zustande hier an. Ihre körperliche Verfassung war derart, dass man Zweifel haben musste, ob sie überhaupt in der Lage waren, einen Spaten zu tragen, geschweige dann 10 Stunden lang schwere körperliche Arbeiten in den Meliorationen auszuführen. Ich habe zunächst eine Woche lang versucht, die Russen mit den vom Oberkommando der Wehrmacht festgelegten Verpflegungssätzen arbeiten zu lassen. [...] Ich habe mich mehrfach persönlich davon überzeugt, dass die Arbeitsfähigkeit der Russen tagsüber von Stunde zu Stunde sichtbar nachliess und dass sie nachmittags häufig völlig erschöpft umfielen.»⁵⁹

Obwohl im Oktober 1941 zumindest für das Reichsgebiet die Rationen minimal heraufgesetzt wurden, reichten die Sätze nicht aus, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Gefangenen wiederherzustellen. Fleisch und Fett wurden zwar um wenige Gramm heraufgesetzt, doch war dies nur die Hälfte dessen, was die übrigen Kriegsgefangenen erhielten. Gefangene, die nicht arbeiteten, sollten gar

58 Auswertung der Datenbank «Arbeitskommandos im Bezirk des LAA Niedersachsen 1941-1945»: Dokumentationsstelle der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle.

59 Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 122a Nr. 7061.

kein Fleisch mehr bekommen.⁶⁰ Damit war nach Einschätzung des Wirtschaftsstützungsamtes hinsichtlich der Ernährung die Voraussetzung für einen effektiveren Arbeitseinsatz geschaffen, vor allem da den sowjetischen Kriegsgefangenen mit dem Erlass nun auch Schwerarbeiterzulagen zuerkannt wurden.

Um den Gesundheitszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen zu verbessern und damit deren Arbeitsleistung zu erhöhen, gingen manche Unternehmer dazu über, zusätzliche Lebensmittel aufzukaufen und die Gefangenen über die vorgegebenen Sätze hinaus zu verpflegen. Das Stalag VI B Neu-Versen riet am 3. Dezember 1941 Arbeitgebern für die Gesundheit der Gefangenen selbst zu sorgen, indem sie diese zusätzlich mit Pferde- und Freibankfleisch ernährten.⁶¹

Am 2. Dezember 1941 richtete der Landrat in Cloppenburg die dringende Bitte an den Minister des Innern in Oldenburg, einen Wehrmachtssanitätsoffizier nach Cloppenburg zu entsenden, da in den vielen kleinen Lagern mit sowjetischen Kriegsgefangenen im Landkreis Todesfälle «am laufenden Band» festzustellen seien.⁶² Vorausgegangen war ein Bericht des Leiters des Gesundheitsamtes über Fleckfiebererkrankungen bei dem Wachpersonal des Arbeitskommandos 5599 in Lönningen-Helmighausen. Die hygienischen Verhältnisse waren so katastrophal, dass das Lager Ende November/Anfang Dezember 1941 wegen Fleckfieber und völliger Verlausung gesperrt wurde.⁶³ Die Aufregung, die in der Bevölkerung und Verwaltung wegen des Auftretens von Fleckfieber entstand, war vor allem bedingt durch die Furcht vor Ansteckung.

Für die allgemeine Hygiene und Vorbeugung von Epidemien waren die Desinfektions- und Badebaracken in den Stammlagern von grösster Wichtigkeit. Sie dienten vor allem der Bekämpfung der Kleiderläuse, die als Überträger des Fleckfiebers gefürchtet waren. Gegen diese gefährliche Infektion gab es noch keinen wirksamen Impfstoff, so dass ausschliesslich präventive Massnahmen ergriffen werden konnten, um die Verbreitung der Krankheit zu verhindern. Das Stalag X B Sandbostel besass bereits seit Anfang 1940 eine eigene Desinfektionsanlage, in den «Russenlagern» waren solche Einrichtungen jedoch nicht vorhanden. In Wiet-

60 Erlass OKW vom 8.10.1941 betr. «Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 231-2 A Nr. 1577.

61 Stalag VI B Neu-Versen am 3.12.1941 an «alle Unternehmer die Sowjet. Kr.Gef. beschäftigen», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep., Acc. 2000/049 Nr. 326.

62 Schreiben des Landrates in Cloppenburg vom 2.12.1941 an den Minister des Innern in Oldenburg betr. «Ausbruch von Fleckfieber», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 16125.

63 Bericht des Leiters des Gesundheitsamtes vom 1.12.1941 an den Minister des Innern in Oldenburg, in: Ebd.

zendorf kamen zunächst mobile Anlagen zum Einsatz; in Oerbke nutzte man zunächst die Anlage im benachbarten Stalag XI B Fallingbostal, bevor die eigene Entlausung Ende 1941 in Betrieb genommen werden konnte. Allerdings reichten die Kapazitäten nicht aus, um die Verbreitung der Kleiderlaus wirksam zu bekämpfen.⁶⁴ Am 18. Dezember 1941 ordnete das OKW deshalb an, die Gefangenen nicht nur vor der Verlegung in die Arbeitskommandos in den Stalags zu entlausen, sondern auch am Einsatzort entsprechende Massnahmen durchzuführen.⁶⁵

Die Hauptursache für die zahlreichen Todesfälle unter den sowjetischen Kriegsgefangenen in den Arbeitskommandos war jedoch nicht das Fleckfieber, sondern letztendlich die Entkräftung durch eine völlig unzureichende Verpflegung. Bei vielen Gefangenen, die bereits vollständig ausgezehrt waren, trug das Fleckfieber allerdings wesentlich zur weiteren Schwächung und daher mittelbar zum Tode bei. Das bestätigte der Amtsarzt der Stadt Wilhelmshaven am 12. Dezember 1941 in einem Schreiben an den Minister des Innern in Oldenburg. Von 18 Todesfällen innerhalb einer Woche im Lager «Schwarzer Weg» in Wilhelmshaven seien 10 auf Unterernährung und Körperschwäche zurückzuführen. Ausserdem befänden sich «in dem Lager noch 14 an Fleckfieber erkrankte russische Kriegsgefangene», «von denen jedoch nur noch 3 Fieber haben, während die andern bereits fieberfrei sind.»⁶⁶

Kranke und nicht mehr arbeitsfähige Gefangene wurden in der Regel aus den Arbeitskommandos in das Stammlager zurückgebracht. Die Transportkosten wurden dem Unternehmer durch die Wehrmacht erstattet.⁶⁷ Erkrankte ein Gefangener im Arbeitseinsatz und bedurfte einer ärztlichen Behandlung, wurde er in das nächste zuständige Kriegsgefangenenlazarett eingewiesen. Die kranken sowjetischen Gefangenen aus den Arbeitskommandos und Stalags im WK X wurden zunächst grundsätzlich in das Lazarett Wietzendorf verlegt. Falls schwere Erkrankungen einen längeren Transport vorerst nicht zuließen, konnte die Unterbringung in einem

64 Vgl. Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich, S. 287 f.

65 OKW vom 18.12.1941 betr. «Herstellung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der sowj.Kr. Gef.», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez 303, Acc. 19/56 Nr. 229.

66 Schreiben des Gesundheitsamtes in Wilhelmshaven vom 12.12.1941 an den Minister des Innern in Oldenburg betr. «Fleckfieber-Erkrankungen im russischen Kriegsgefangenenlager», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 16125.

67 «Merkblatt für die allgemeinen Bedingungen, die für den Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Arbeitskräften Geltung haben» ohne Datumsangabe, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 660 Kupferhütte, Acc. 22/95 Nr. 3.

Reserve-Lazarett erfolgen, zum Beispiel in Rotenburg.⁶⁸ Später wurden die Kranken aus den Bereichen der Stalag X B und X C hauptsächlich in das Lazarett Sandbostel sowie in die Reservelazarette Rotenburg, Cloppenburg und Friesoythe eingeliefert. 1944 machte die Wehrmacht das Lazarett in Rohrsen, einem Zweiglager des Stalag X C Nienburg, zum Sterbelager für unheilbare TBC-Kranke.⁶⁹ Im westlichen Teil des Wehrkreis XI war Bergen-Belsen als zentrales Lazarett und Wolfenbüttel als Reservelazarett für die sowjetischen Kriegsgefangenen zuständig. Die erkrankten sowjetischen Kriegsgefangenen innerhalb des Wehrkreises VI im Bereich des LAA Niedersachsen wurden in das Lazarett des Stalag VI K (326) in Staumühle auf dem Truppenübungsplatz Senne und ab 1944 auch in das Lazarett im Lager Wesuwe (Emsland) eingewiesen.

Gegen Ende des Krieges wurden viele sowjetische Kriegsgefangene unter anderem wegen Transportproblemen auch in den Wehrmachtlazaretten und in zivilen Krankenhäusern am Ort oder in der Nähe der Arbeitskommandos behandelt, um sie möglichst schnell wieder in den Arbeitseinsatz zurückführen zu können.

Der Hauptgrund für die weiterhin hohe Sterblichkeit unter den sowjetischen Kriegsgefangenen blieb auch in den letzten Kriegsjahren die ungenügende Ernährung. Zu Beginn des Jahres 1943 hatte sich der Gesundheitszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen erneut derart verschlechtert, dass das Wehrkreiskommando VI in Münster schwere Beeinträchtigungen für die Rüstungsproduktion befürchtete. Gefangene, die in einem «einigermassen guten körperlichen Zustand zugeführt worden sind», seien körperlich «so heruntergewirtschaftet, dass sie bei Rücklieferung in die Reviere der Mannschaftslager und der K.Gef. Lazarette wegen Entkräftung zugrunde gehen.»⁷⁰ Den Grund sah das Wehrkreiskommando unter anderem darin, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen oft nicht die Verpflegungssätze erhalten würden, die ihnen zustünden. Vorwürfe dieser Art wurden immer wieder von verschiedenen Seiten erhoben. So bat beispielsweise der Reichsforstmeister den Landesforstmeister in Hannover um Stellungnahme hinsichtlich der Beschwerden von sowjetischen Kriegsgefangenen im Rahmen einer Betriebsprüfung des Forstamtes Coppenbrügge, «dass sie die am schwarzen Brett ange-

68 Kommandantur des Stalag X D: «Merkblatt über den Sanitätsdienst bei den russischen Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos», 1941, in: Archiv der Gedenkstätte Lager Sandbostel.

69 Auswertung der Datenbank «Arbeitskommandos im Bezirk des LAA Niedersachsen 1941-1945» der Dokumentationsstelle der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle.

70 Wehrkreiskommando VI vom 25.5.1943 betr. «Arbeitsleistungen der K.Gef. im Arbeitseinsatz», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, Dep. 59 B Nr. 1871.

schriebenen Nahrungsmittel nur erhielten, wenn vom Stalag eine Kontrolle durchgeführt würde.»⁷¹

Eine merkliche Verbesserung der Ernährungssituation trat – zumindest auf dem Papier – erst im Juli 1944 ein, als der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft anordnete, im Interesse der Erhaltung und Steigerung der Arbeitsfähigkeit die Verpflegungssätze der sowjetischen Kriegsgefangenen denjenigen der übrigen Kriegsgefangenen anzugleichen.⁷² Die Sicherstellung der Versorgung in erforderlicher Menge war in den letzten Kriegsmonaten allerdings generell problematisch, so dass die Sterberate unter den sowjetischen Kriegsgefangenen bis Kriegsende hoch blieb.

Die zahlreichen Sterbefälle in den Arbeitskommandos waren somit in erster Linie eine Folge der nicht ausreichenden Ernährung der Gefangenen. Weitere Faktoren waren mangelnde Hygiene, schlechte Bekleidung und unzureichende Unterbringung sowie die in der Regel harte Arbeit. Die hauptsächlichen Todesursachen waren Entkräftung und Tuberkulose.

Starb ein sowjetischer Kriegsgefangener in einem Arbeitskommando, wurde er in der Regel auf dem nächstgelegenen zivilen Friedhof beerdigt. Die Kommunen waren zur Bestattung der Leichen sowjetischer Kriegsgefangener verpflichtet, wenn dies von Wehrmachtseite gefordert wurde. Die Kosten erstattete das jeweils zuständige Stalag. Im Oktober 1941 wies der Reichsminister des Innern per Erlass darauf hin, dass verstorbene sowjetische Kriegsgefangene in einfachster Weise und Kosten sparend beizusetzen seien. Ein Sarg war für die Bestattung der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht vorgesehen, lediglich eingehüllt in Teer- oder Asphaltpapier sollten die Gefangenen unauffällig in Einzel- oder Gemeinschaftsgräbern beigesetzt werden.⁷³ Die persönlichen Daten des Verstorbenen sowie die genaue Grablage wurden festgehalten und an das zuständige Stalag übermittelt.

Häufig erfolgte die Bestattung auch auf jüdischen Friedhöfen. Der jüdische Friedhof in Oldenburg beispielsweise war bis 1943 Bestattungsort für die in den Arbeitskommandos in der Stadt verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. In einigen Städten oder bei grossen Bau- und Rüstungskomplexen musste jedoch wegen der hohen Zahl der Todesfälle eigens ein neuer Friedhof angelegt werden, wie

71 Schreiben des Reichsforstmeisters an den Landesforstmeister in Hannover vom 13.7.1944, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17316.

72 Erlass des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 26.7.1944 betr. «Verpflegung der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Ostarbeiter (Ostarbeiterinnen)», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 75 b Nr. 619.

73 Schnellbrief des Reichsministers des Innern vom 27.10.1941 betr. «Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 102a Nr. 295.

zum Beispiel in Bremen, Liebenau/Steierberg, Salzgitter, auf der Insel Langeoog oder in der Stadt des KdF-Wagens (Wolfsburg). Die ersten zehn Toten der Arbeitskommandos in Helmighausen, Meerdorf und Röpke an der Reichsstrasse 213 im Kreis Cloppenburg wurden zunächst auf dem katholischen Friedhof in Lönningen bestattet, bis die Gemeinde Helmighausen bei Häufung der Todesfälle ein Grundstück am Ortsrand als Begräbnisstätte zur Verfügung stellte, auf dem bis zum Frühjahr 1942 weitere 97 sowjetische Kriegsgefangene bestattet wurden.

Auf diese Weise wurden auf zahlreichen kommunalen und jüdischen Friedhöfen sowie eigens angelegten Grabstätten Tausende in den Arbeitskommandos verstorbene sowjetische Kriegsgefangene beerdigt.

3.5 Lagersicherung, Bewachung, Flucht

Arbeitgeber, die sowjetische Kriegsgefangene beschäftigen wollten, mussten besondere Sicherheitsauflagen der Wehrmacht für deren Unterbringung erfüllen. Das Lager bzw. die Unterkunft war mit einem doppelten Stacheldrahtzaun abzugrenzen, wobei die Umzäunung alle Anlagen einschliessen und gleichzeitig weit genug entfernt von anderen Gebäuden oder Bäumen angebracht werden sollte, um ein Überklettern des Zaunes zu verhindern. Die Unterkünfte, insbesondere Baracken, sollten innen so beschaffen sein, dass Fussböden, Decken und Türen nicht mit einfachen Werkzeugen durchbrochen werden konnten und die Räume keine Möglichkeiten boten sich zu verstecken.⁷⁴ Selbst kleinste «Sicherheitsmängel» gefährdeten die Freigabe des Lagers durch den zuständigen Kontrolloffizier und damit die Zuweisung von Gefangenen an den Unternehmer. Kriegsgefangene konnten auch wieder abgezogen werden, wenn die Unterkünfte als nicht «russenfähig» bewertet wurden oder sich im Laufe der Zeit Mängel in der äusseren Sicherung zeigten.⁷⁵

Für die Bewachung der Gefangenen im Arbeitseinsatz war die Wehrmacht verantwortlich. Diese Aufgabe oblag so genannten Landeschützenbataillonen, deren Personal vorwiegend aus Soldaten bestand, die aufgrund ihres Alters oder körperlicher Gebrechen nicht für den Frontdienst geeignet waren. Jeder Arbeitseinsatz-

74 Merkblatt für die Einrichtung und abwehrmässige Sicherung eines Kriegsgefangenen- Arbeitskommandos, Stand 1.8.1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 75 b Nr. 621; siehe auch Richtlinien für die «Einrichtung von kleinen Sowjetlagern», Stand 15.5.1942, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 55 neu Köng. Zg. 11/1993 Nr. 8.

75 «Russenfähig» bedeutete im nationalsozialistischen Sprachgebrauch die besondere Sicherung der Unterkünfte für sowjetische Kriegsgefangene.

Anlage zur Verfügung OKW/AWA
 Abt. Kriegsgel. Nr. 3058/41 geh. vom
 8. 9. 1941 (offen zu behandeln!)

Merkblatt

für die Bewachung sowjet. Kriegsgefangener.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschland.

Zum ersten Male in diesem Kriege steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch geschulter Gegner gegenüber, der im Kommunismus sein Ideal, im Nationalsozialismus seinen ärgsten Feind sieht. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ihm jedes Mittel recht: Heckenschützenkrieg, Bandidentum, Sabotage, Brandstiftung, Zersetzungpropaganda, Mord. Auch der in Gefangenschaft geratene Sowjetsoldat, mag er auch äußerlich noch so harmlos erscheinen, wird jede Gelegenheit benutzen, um seinen Haß gegen alles Deutsche zu betätigen. Es ist damit zu rechnen, daß die Kr.Gel. entsprechende Anweisungen für ihre Betätigung in der Gefangenschaft erhalten haben. Ihnen gegenüber ist also **äußerste Wachsamkeit, größte Vorsicht und schärfstes Mißtrauen** dringendes Gebot.

Für die Bewachungsmannschaften gelten folgende Richtlinien:

1. **Rücksichtsloses Durchgreifen** bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit und Ungehorsam!
 Zur Brechung von Widerstand ist von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen.
 Auf fliehende Kr.Gel. ist **sofort** (ohne Anruf) zu schießen mit der festen Absicht zu treffen.
2. **Jede Unterhaltung** mit den Kr.Gel. — auch auf dem Marsch von und zur Arbeitsstelle — soweit sie sich nicht auf unbedingt notwendige dienstliche Anweisung bezieht, ist **streng verboten**.
 Es gilt unbedingtes Rauchverbot auf Märschen zu und von Arbeitsplätzen, sowie während der Arbeit.
Jede Unterhaltung der Kr.Gel. mit **Zivilpersonen** ist in gleicher Weise, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt — auch gegen die Zivilpersonen — zu verhindern.
3. Auch auf der **Arbeitsstelle** ist **ständige scharfe Aufsicht** durch deutsche Bewachungsmannschaften erforderlich. Jeder Wachmann hat sich von den Kr.Gel. immer in **solcher Entfernung zu halten**, daß er jederzeit **sofort** von seiner Waffe Gebrauch machen kann. Nie einen Kr.Gel. den Rücken kehren!
4. Auch gegen den **arbeitswilligen und gehorsamen Kr.Gel.** ist Weichheit nicht am Platz. Er legt sie als Schwäche aus und zieht daraus seine Folgerungen.
5. Bei aller Strenge und Härte bei der rücksichtslosen Durchsetzung gegebener Befehle ist deutschen Soldaten jede **Willkür oder Mißhandlung**, vor allem die Verwendung von Knütteln, Peitschen usw. verboten. Dies würde der Würde des deutschen Soldaten als Waffenträger widersprechen.
6. Niemals darf eine bei den bolschewistischen Kr.Gel. in Erscheinung tretende scheinbare Harmonisiertheit dazu führen, daß von vorstehenden Anordnungen abgewichen wird.

Abb. 4: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Dep. so b Akz. 2011/072 Nr. 225.

bezirk war in mehrere «Wachbezirke» eingeteilt, in denen im Allgemeinen jeweils eine Kompanie eines Landesschützenbataillons für die Bewachung der Arbeitskommandos zuständig war.⁷⁶ Verantwortlich für den jeweiligen Wachbezirk war der Führer der dort stationierten Landesschützenkompanie.⁷⁷ Die Zahl der Wachmannschaften richtete sich nach der Belegung der einzelnen Arbeitskommandos. Auf je zehn Gefangene sollte ein Landesschütze kommen.

Für jedes Arbeitskommando wurde ein «Führer Arbeitskommando» (Fü. Arb. Kdo.) bestellt. Er war Vorgesetzter der jeweiligen Wachmannschaft und hauptsächlich für die Verwaltung des Kommandos zuständig. Zu seinen Aufgaben gehörte die Überwachung des Dienstes, der Bekleidung und Waffen, der Verpflegung, ausserdem die Buchführung und die Korrespondenz mit dem Stalag, dem Arbeitgeber oder der Polizei. Darüber hinaus hatten die Wachmannschaften darauf zu achten, dass sich keine Zivil-, Schutz- und Arbeitskleidung im Lager befand, dass alle Kleidungsstücke in weisser Farbe mit «SU» gekennzeichnet waren und die Gefangenen vor Betreten der Unterkünfte ihre Arbeitswerkzeuge ablieferten.⁷⁸

Die Befürchtung der Wehrmacht, die Gefangenen könnten jede sich bietende Gelegenheit zur Flucht nutzen, war gross. Wegen der steigenden Zahl der in Arbeitskommandos eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen würde die Fluchtgefahr, so der Kommandeur der Kriegsgefangenen im WKXI in einem Schreiben vom 3. Oktober 1941 an die Schaumburg-Lippische Landesregierung, trotz aller Vorsichtsmassnahmen ständig wachsen. Ausserdem sei bei ihnen eher mit Gewalttätigkeiten zu rechnen als bei den Kriegsgefangenen anderer Nationen. Allerdings könne zur Beruhigung der Bevölkerung gesagt werden, «dass die Flucht sowjetischer Kr.Gef. und die damit verbundenen Gefahren durch die jetzt erfolgte Genehmigung einer besseren Verpflegung in der Hauptsache gebannt sein dürften.»⁷⁹ Der Kommandeur der Kriegsgefangenen erkannte den kausalen Zusammenhang zwischen den zahlreichen Fluchten und der mangelhaften Verpflegung, ging aber fehl in der Annahme, dass die Gefahr gebannt sei. Die Fluchtversuche hielten unvermindert an. Die Gefangenen flohen aus den Unterkünften, von ihren Arbeits-

76 Jeder Wachbezirk umfasste in der Regel mehrere Landkreise.

77 Wehrkreiskommando VI betr. Gliederung des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen im Wehrkreis VI vom 9.9.1940, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 675 Mep. Nr. 1061.

78 Merkblatt für Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen vom November 1941, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 127 Neu Nr. 2745.

79 Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI vom 3.10.1941 an die Landesregierung Schaumburg-Lippe in Bückeburg, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, Dep. 9 Nr. 47.

stellen oder während der Transporte, einzeln oder in kleinen Gruppen, am Tage und in der Nacht. Schon früh hatte es Überlegungen gegeben, wie eine umfassende Bewachung der sowjetischen Kriegsgefangenen am Arbeitsplatz sichergestellt werden könnte. Eine Massnahme war die Einsetzung von «Hilfswachmännern». In einem Schreiben vom 19. September 1941 teilte der Präsident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen den Leitern der Arbeitsämter in Erwartung zusätzlicher Gefangenentransporte vertraulich mit, dass im Wehrkreis X vorgesehen sei, die Bewachung der Kriegsgefangenen dadurch sicherzustellen, «dass die Betriebsführer ‚nebenberuflich‘ oder ‚hauptberuflich‘ geeignete Bewachungskräfte stellen.»⁸⁰ In einem Schnellbrief des Reichsarbeitsministers an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 18. Oktober 1941 heisst es weiter: «Dem Erfordernis der Abgeschlossenheit der Kolonnen von deutschen oder ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen anderer Nationalität widerspricht es nicht, wenn eine Durchsetzung der Kolonnen mit geeigneten deutschen Vorarbeitern, Aufsehern oder sonstigen für die Einarbeitung der sowjetischen Kriegsgefangenen notwendigen deutschen Arbeitern vorgenommen wird, die sämtlich zu überprüfen und dann als Hilfswachmannschaften zu verwenden sind.»⁸¹ Die Hilfswachmannschaften wurden nicht nur für den Einsatz an den Arbeitsstellen aufgestellt, sondern auch zur Unterstützung der regulären Wachmannschaften in den Lagern und als Begleitung der Gefangenen auf dem Weg vom Lager zur Einsatzstelle und zurück. Der Hilfswachmann (Hi-Wam) war zwar Zivilist, doch bei Ausübung seines Dienstes galten die «Rechte und Pflichten eines deutschen Soldaten»; der HiWam hatte sich «als ehrbarer Soldat zu führen» und war «berechtigt und verpflichtet, im Dienst den Kgf. die notwendigen Befehle zu erteilen.»⁸² Die Bevölkerung wurde aufgefordert, auf alle verdächtigen Personen achtzugeben und sich an der Fahndung nach entflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen zu beteiligen. Im November 1941 wurde jedem «Volksgenossen» eine Belohnung für die Wiederergreifung eines flüchtigen sowjetischen Kriegsgefangenen in Aussicht gestellt.⁸³

80 Schnellbrief des LAA Niedersachsen vom 19.9.1941 an die Leiter der Arbeitsämter in Niedersachsen betr. «Zusätzlicher Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 231-2A Nr. 1577.

81 Schnellbrief des Reichsarbeitsministers vom 18.10.1941 an die Präsidenten der Landesarbeitsämter betr. «Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg, Acc. 3-17 Nr. 516.

82 Dienstanweisung für den Hilfswachmann vom 2.3.1944, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 660 Kupferhütte, Acc. 22/95 Nr. 3.

83 Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis X vom 12.11.1941 betr. «Belohnung für Wiederergreifung flüchtiger Sowjet-Gefangener», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, 135 B Nr. 195.

Wehrmacht und Sicherheitspolizei waren überzeugt, dass Fluchtversuche häufig auf den Einfluss der kriegsgefangenen Offiziere zurückzuführen seien, denn diese würden die Mannschaftsdienstgrade dazu auffordern und sie darüber hinaus bei den Vorbereitungen unterstützen. Ausserdem flüchteten diese selbst in grosser Zahl und setzten damit ein Zeichen zur Nachahmung.⁸⁴

Zur Unterstützung der regulären Polizeikräfte auf dem Land wurde auf Anordnung Heinrich Himmlers am 17. Januar 1942 die so genannte Landwacht aufgestellt. Herangezogen wurden hierfür «rüstige, nach Möglichkeit waffenkundige Männer jeden Alters [...], die für einen solchen Einsatz verfügbar sind, insbesondere auch solche, die vom Wehrdienst uk. gestellt sind.»⁸⁵ Die Landwacht sollte unter Führung der Gendarmerie «den Schutz der Bevölkerung gegen entwichene Kriegsgefangene und andere Personen, die im Herumtreiben die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden» gewährleisten.⁸⁶ Die Männer waren zwar als Hilfspolizeibeamten mit Bewaffnung zu bestellen, ihren Dienst versahen sie aber ehrenamtlich. Die Landwacht wurde bei Fluchten alarmiert und ging ansonsten nachts auf Streife.

Die Bemühungen des OKW, die Fluchtversuche einzudämmen, hatten wenig Erfolg – im Gegenteil: Fluchten nahmen ab 1943 nach der Niederlage der deutschen Wehrmacht bei Stalingrad weiter zu. Auch wenn in manchen Fällen die Flucht sowjetischer Kriegsgefangener tatsächlich als ein Akt des Widerstandes zu bewerten ist, handelte es sich doch in den überwiegenden Fällen um existentielle Beweggründe wie Hunger, katastrophale Arbeits- und Lebensbedingungen, Miss-handlungen oder Angst vor Strafe.

Auf flüchtende sowjetische Kriegsgefangene durfte ohne vorherigen Warnruf geschossen werden. Das führte dazu, dass zahlreiche Gefangene bei ihrem Fluchtversuch ums Leben kamen. Auch die wieder ergriffenen sowjetischen Soldaten erfuhren eine radikalere Behandlung als die übrigen Kriegsgefangenen. Laut Genfer Konvention durften die Kriegsgefangenen in solchen Fällen lediglich disziplinarisch bestraft werden, wobei der Arrest die Höchststrafe darstellte und 30 Tage nicht überschreiten durfte.⁸⁷ Sowjetische Kriegsgefangene dagegen wurden der

84 Alfred Streim, *Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941-1945*, Heidelberg 1982, S. 163.

85 Schnellbrief Reichsführer SS und Chef der dt. Polizei im Reichsministerium des Innern vom 17.1.1942 betr. «Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen entwichene Kriegsgefangene usw.», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez 201, Acc. 16 b/65 Nr. 97; (u.k. – unabhörmlich).

86 Ebd.

87 Reichsgesetzblatt 1934 Teil II, S. 233-245: Dokumentationsstelle der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle.

Gestapo übergeben, wenn dem Lagerkommandanten eine lagerinterne Bestrafung nicht ausreichend erschien. Handelte es sich um einen wiederholten Fluchtversuch oder stellte sich heraus, dass der Gefangene während der Flucht eine Straftat begangen hatte, folgte in jedem Fall die Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und die Einweisung in ein Konzentrationslager. Dort wurden die sowjetischen Gefangenen insbesondere im Zeitraum 1941/42 in der Regel erschossen; mit dem zunehmenden Arbeitskräftemangel im Verlaufe des Krieges wurde die Mehrzahl der Flüchtlinge später allerdings in den Status von KZ-Häftlingen überführt und von der SS zur Zwangsarbeit eingesetzt.⁸⁸

3.6 Strategien der Leistungssteigerung

Mit dem Scheitern der Blitzkriegstrategie im Feldzug gegen die Sowjetunion wurde der Arbeitskräftemangel gegen Ende des Jahres 1941 zu einem existenziellen Problem für den NS-Staat. Neben der Zentralisierung der Einsatzlenkung und der Konzentration auf kriegswichtige Produktion versuchte die NS-Führung die Produktivität durch die Steigerung der Arbeitsleistung der Gefangenen zu erhöhen. Dazu wurden sowohl verschiedene Straf- und Erziehungsmittel eingesetzt als auch Anreize wie Prämien, «Leistungsernährung» oder «Leistungslohn» geschaffen.

Im Januar 1942 betonte das OKW, es sei wünschenswert, dass «der Unternehmer die Arbeit besonders tüchtiger und fleissiger Kriegsgefangener durch Zahlung einer Sondervergütung belohnt.»⁸⁹ Das OKW entsprach damit einer Anregung des Beauftragten für den Vierjahresplan, der es als unbedingt notwendig bezeichnet hatte, angesichts der schwierigen Arbeitseinsatzlage die Leistungen der Kriegsgefangenen nach Kräften zu steigern.⁹⁰ Massnahmen zur Steigerung der Produktivität in Form von Leistungszulagen galten einheitlich für alle Kriegsgefangenen, allerdings erhielten die sowjetischen Gefangenen andere Prämien. So einigten sich zum Beispiel auf einer Besprechung im März 1942 Vertreter der Wehrmacht, der Reichswerke «Hermann Göring» und der Baufirma Bauwens & Tesch darauf, den

88 Vgl. Rolf Keller/Reinhard Otto, Sowjetische Kriegsgefangene in Konzentrationslagern der SS. Ein Überblick, in: Johannes Ibel (Hrsg.), Einvernehmliche Zusammenarbeit? Wehrmacht, Gestapo, SS und sowjetische Kriegsgefangene, Berlin 2008, S. 15-43; siehe auch: OKW vom 5.5.1942 betr. «Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 4 Nr. 9595.

89 Rundverfügung 5/42 vom 2.1.1942 betr. «Leistungszulagen an Kriegsgefangene», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 275 Nr. 279.

90 Ebd.

sowjetischen Kriegsgefangenen im Gegensatz zu allen anderen Kriegsgefangenen für besonders gute und schnelle Arbeit keine Geldprämie wie üblich zukommen zu lassen. Stattdessen wollte man für sie eine Art Akkordsystem einführen, bei dem pro Schicht eine bestimmte Arbeitsleistung vorgegeben wurde, die nach Erfüllung mit «Freizeit» am Arbeitsplatz belohnt werden sollte.⁹¹

Entgeltliche Leistungszulagen für sowjetische Kriegsgefangene konnten die Unternehmer zwar als freiwillige Prämie bis zu 0,20 RM täglich gewähren, sie zeigten aber nicht die gewünschte Wirkung.⁹² Finanzielle Anreize waren für die sowjetischen Gefangenen ohne Bedeutung, da es für sie weder eine Möglichkeit gab, den Lohn zu sparen oder nach Hause zu schicken noch ihn für Dinge des täglichen Bedarfs wie Hygieneartikel oder Tabak auszugeben, wie es für die westlichen Kriegsgefangenen üblich war. Als wesentlich effektiver erwies sich eine leistungsbezogene Verpflegung. Die Gewährung von so genannten Ernährungsprämien und Genussmittelzulagen wie zum Beispiel höheren Tabakrationen zeigte Erfolg. Dessen ungeachtet versuchten zahlreiche Firmen dennoch, durch Ausübung eines massiven «Verpflegungsdrucks», d.h. über die Einschränkung von Verpflegung und Genussmitteln bei Minderleistung, die Produktivität zu steigern, obwohl dies zumeist keine Wirkung zeigte und sich häufig sogar als kontraproduktiv erwies.⁹³

Sowohl die Landeschützen der Wehrmacht als auch die Hilfswachmänner wurden ab 1942 in die Massnahmen zur Leistungssteigerung in der deutschen Kriegsproduktion eingebunden, indem sie die Kriegsgefangenen nicht mehr nur bewachen, sondern auch darauf achten sollten, dass diese ihr Arbeitssoll erfüllten. In einem Befehl des OKW vom 26. Juni 1942 zur «Hebung der Arbeitsleistung aller Kriegsgefangenen» heisst es, dass die Produktivität besonders der westlichen und südöstlichen Kriegsgefangenen stark nachgelassen habe. Die Ursache sah man darin, dass die deutschen Arbeiter häufig nicht «arbeitsaneifernd» wirkten und die Wachmannschaften «ihre Aufgaben nur in der Bewachung der Kriegsgefangenen, nicht aber in ihrer Pflicht zur Überwachung der Arbeitsleistung sehen» würden.⁹⁴ Wach- und Hilfsmannschaften wurden angehalten, den einzelnen «Kriegsgefan-

91 Vermerk über die «Besprechung am 19.3.1942 betr. Leistungssteigerung der Kriegsgefangenen», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 9960.

92 Gruppe Verwaltung des Stalag XI B Fallingb. an alle Unternehmer vom 14.10.1942 betr. Leistungszulagen für sowjetische Kriegsgefangene, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 91 Nr. 32.

93 Vgl. Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft, S. 147 f.

94 OKW vom 26.6.1942 betr. «Hebung der Arbeitsleistung aller Kriegsgefangenen. Verhalten der Wachmannschaften», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 55 Neu Braunl. 325.

genen zur Erfüllung seiner Aufgabe zu zwingen» und Arbeitsverweigerung auch mit der Waffe zu unterbinden.⁹⁵ Mangelnde Arbeitsleistung hatte der Arbeitgeber den zuständigen militärischen Dienststellen (Kontrolloffiziere bzw. Abschnittsoffiziere bzw. Landeschützen-Kompaniechefs) zwecks Bestrafung der entsprechenden Gefangenen zur Kenntnis zu bringen.⁹⁶ Damit zeigte sich die Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt nicht mehr nur der Bewachung der Kriegsgefangenen verpflichtet, sondern gab Befehle heraus, die eindeutig über die rein militärischen Notwendigkeiten hinausgingen.

Neben Zulagen, Leistungsprämien und Strafmassnahmen wurde der «antibolschewistischen Beeinflussung» der Gefangenen im Laufe des Jahres 1943 immer mehr Bedeutung zugemessen. In zahlreichen Arbeitskommandos setzte das OKW sowjetische Kriegsgefangene als so genannte Freiwillige Propagandisten ein. Man warb sie für die Aufgabe an, ihre Kameraden «durch zielbewusste Propaganda zu einer eindeutigen Kampfansage gegen den Bolschewismus zu bestimmen und den Einfluss der Stalinanhänger auszumerzen.»⁹⁷ Die «Freiwilligen Propagandisten» sollten deutlich machen, dass eine «vorbildliche Leistung im Arbeitseinsatz» als eine aktive Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus gewertet und belohnt würde.⁹⁸ Der Erfolg dieser Massnahmen blieb allerdings zweifelhaft.

3.7 Widerstand und Kollaboration

Kriegsgefangene aller Nationen gründeten in vielen Lagern im Deutschen Reich geheime Widerstandsgruppen. Selbst den sowjetischen Gefangenen gelang es, trotz der schwierigen Existenzbedingungen Möglichkeiten der konspirativen Zusammenarbeit zu finden.

1941/42 waren zunächst der Aufbau von Kontakten und die Anwerbung von Kameraden für einen organisierten Widerstand die Schwerpunkte der illegalen Arbeit. Nach den deutschen Niederlagen im Winter 1942/43 wuchs die organisierte Widerstandsbewegung, deren Programm unter anderem die Organisation von

95 Ebd.; Abschrift aus den Amtlichen Mitteilungen Nr. 12 vom 20.6.1944, Merkblatt für Unternehmer, Herausgeber Wehrkreiskommando VI in Münster betr. «Hebung der Arbeitsleistung aller Kriegsgefangenen. Verhalten der Wachmannschaften», in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 275 Nr. 279.

96 Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen an sämtliche Betriebsführer der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen (soweit diese Kriegsgefangene beschäftigten) vom 10.9.1942, in: Ebd.

97 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 5.7.1943 – Abschrift einer Mitteilung des OKW betr. Propaganda unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Ebd.

98 Ebd.

Fluchten und die Durchführung von Sabotageakten vor allem in den Rüstungsbetrieben beinhaltete. Ausserdem sollte durch Aufklärungsarbeit verhindert werden, dass Kameraden mit der Wehrmacht kollaborierten. Allerdings blieben organisierte Widerstandsaktionen wie z.B. Sabotage noch relativ selten. Das änderte sich im Laufe des Jahres 1944. Durch den Vormarsch der sowjetischen Armee und die Landung westallierter Truppen in der Normandie fühlten sich viele Gefangene in ihrem Glauben an eine baldige deutsche Niederlage bestärkt; die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an Widerstandsaktionen nahm zu.

Häufig entstanden Widerstandsgruppen in den Lazaretten der Kriegsgefangenenlager, da die dort eingesetzten kriegsgefangenen Ärzte und Sanitäter ihren Dienst ohne direkte Bewachung versahen und daher über eine relativ grosse Bewegungsfreiheit verfügten. Ausserdem war es möglich, mit Hilfe der genesenen Gefangenen, die an ihre Arbeitsstellen zurückkehrten, Kontakt zu den Arbeitskommandos herzustellen und auf diese Weise ein Netzwerk aufzubauen. Gestapo und Wehrmacht unternahmen erhebliche Anstrengungen, um die Widerstandsbewegung der sowjetischen Kriegsgefangenen zu unterdrücken. 1943/1944 wurden viele Gruppen aufgedeckt, die Mitglieder verhaftet und zumeist in Konzentrationslager überstellt.⁹⁹

Die Untergrundorganisation im Stalag XI B Fallingbostal, das «Komitee zum Kampf gegen den Faschismus», entstand Ende 1942. Initiator der Gruppe war der Arzt Arkadij Alalykin, der im Lagerlazarett tätig war. Das Komitee in Fallingbostal dehnte seine Aktivitäten im Laufe der Zeit auf zahlreiche Arbeitskommandos vorwiegend in der Rüstungsindustrie aus. Zuverlässige Mitglieder wurden durch die geschickte Organisation beteiligter Kameraden von Fallingbostal aus dorthin entsandt, um vor Ort geheime Widerstandsgruppen aufzubauen, wie zum Beispiel im Arbeitskommando bei den Reichswerken «Hermann Göring» in Salzgitter-Drütte. Die sowjetische Widerstandsgruppe in Fallingbostal arbeitete eng mit den kommunistisch orientierten Untergrundorganisationen der belgischen und französischen sowie der jugoslawischen Kriegsgefangenen im Lager zusammen.¹⁰⁰

Ab Mitte 1943 stand das «Komitee zum Kampf gegen den Faschismus» in engem Kontakt mit dem «Hannoveraner Komitee», einer Widerstandsgruppe, die Ende 1941 von Mitgliedern des sowjetischen Lazarettpersonals im Stalag XI C (311) Bergen-Belsen gegründet worden war. Die organisatorische Verbindung

99 Vgl. dazu allgemein Efim Brodski, *Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941-1945*, Berlin (DDR) 1975.

100 Rolf Keller, «Heldentat hinter Stacheldraht». Zum organisierten Widerstand der sowjetischen Kriegsgefangenen in Norddeutschland, in: Marlis Buchholz, Claus Füllberg-Stolberg, Hans-Dieter Schmid (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Region. Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte*, Bd. II, Bielefeld 1996, S. 259-276; Efim Brodski, *Im Kampf gegen den Faschismus*, S. 166-186.

zwischen dem Stalag XI B Fallingbostal, dem Lazarett Bergen-Belsen und den Arbeitskommandos ermöglichte einen regen Informationsaustausch, der dadurch erleichtert wurde, dass genesene Gefangene aus dem Lazarett häufig über Fallingbostal zurück in den Arbeitseinsatz geschickt wurden.

Im Frühjahr 1944 wurde die Widerstandsorganisation im Stalag Fallingbostal enttarnt. Im April nahm die Gestapo Braunschweig mehrere Akteure der Gruppe in Salzgitter-Drütte fest. Anschliessend begann eine intensive Fahndung nach weiteren Mitgliedern des «Komitees zum Kampf gegen den Faschismus», so dass Ende Mai 1944 eine zweite Verhaftungswelle einsetzte, die nun auch die Mitglieder der Fallingbostaler Zentrale betraf. Die Betroffenen wurden zunächst bei der Gestapo in Braunschweig festgehalten und später in das Strafgefängnis Wolfenbüttel gebracht. Von dort aus wurden sie in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Mauthausen überstellt.¹⁰¹

Wichtige regionale Stützpunkte der Widerstandsbewegung im Wehrkreis XI waren neben dem Stalag XI B Fallingbostal und dem Lazarett Bergen-Belsen offenbar auch die Offizierskommandos. Im August 1944 gelang es der Gestapo Hannover, in einem der Offizierskommandos eine Untergruppe einer weiteren Organisation, des «Zentralkomitees der sowjetrussischen Kriegsgefangenen» aufzudecken.¹⁰² In mehreren Offizierskommandos sind auffällig viele Überstellungen an die Gestapo festzustellen, was als Hinweis auf mögliche Widerstandsaktivitäten gedeutet werden kann.¹⁰³ In den Berichten früherer Mitglieder der Widerstandsorganisationen werden beispielsweise die Arbeitskommandos in Dinklar, Föhrum-Telgte, Hillerwiese, Lengede, Schwicheldt und Uslar als regionale Schwerpunkte genannt.¹⁰⁴

Im WK VI haben vor allem in den Bergbau- und Industrierevieren viele Widerstandsorganisationen existiert; im Raum Osnabrück war eine serbischsowjetische Gruppe tätig.¹⁰⁵ Über die Widerstandstätigkeit sowjetischer Kriegsgefangener im niedersächsischen Bereich des WK X liegen dagegen keine Informationen vor.¹⁰⁶

101 Ebd.

102 Meldung wichtiger Staatspolizeilicher Ereignisse, Nr. 2 vom 9.6.1944, in: Bundesarchiv Berlin, R 58/213.

103 Dieser Befund beruht auf einer Sichtung der Offizierskartei im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk (CAMO), Abt. 11.

104 Vgl. Efim Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus, S. 184.

105 Bericht des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im WK VI betr. «Widerstandsbewegung unter den Kriegsgefangenen» vom 16.9.1944, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, BA-MA, RH 49/112.

106 Entsprechende Aktivitäten sind bislang lediglich für Hamburg dokumentarisch belegt. Beispielsweise meldete das Kommando der 2. Marine-Baubereitschaftsabteilung Bremen-Farge

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen war andererseits zur Kollaboration mit der deutschen Seite bereit, sei es aus politischen Gründen oder um der katastrophalen Situation in den Lagern und Arbeitskommandos zu entkommen. Die Wehrmacht warb Gefangene unter anderem zum Eintritt in die «Ostlegionen» oder in die «Russische Befreiungsarmee» an.¹⁰⁷ Andere stellten sich als «Freiwillige Propagandisten» für die «antibolschewistische Agitation» unter ihren Kameraden zur Verfügung oder arbeiteten als Spitzel im Auftrag von Wehrmacht und Gestapo. Viele Gefangene meldeten sich als «Hilfswillige» (Hi-Wis) zum Einsatz beim Ersatzheer, wo sie vor allem in Bau- und Pionierbataillonen und in der Flugabwehr Dienst verrichteten. Am Ende des Krieges spielte wohl auch die Furcht vor der Zukunft in der Heimat eine Rolle bei der Freiwilligenmeldung.¹⁰⁸ Überlieferte Personallisten von Arbeitskommandos des Stalag X C Nienburg dokumentieren beispielsweise für den Februar 1945 noch viele Versetzungen von Gefangenen zur Heeresgruppe B, die im März/April im «Ruhrkessel» aufgerieben wurde.¹⁰⁹

am 22.10.1944 eine «Meuterei» im Arbeitseinsatzlager «Rothelager» in Hamburg-Wilhelmsburg, in: Deutsche Dienststelle Berlin, Sonderakte 11.

107 Vgl. dazu allgemein: Rolf-Dieter Müller, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim «Kreuzzug gegen den Bolschewismus» 1941-1945, Berlin 2007; Joachim Hoffmann, Die Ostlegionen 1941-1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976.

108 Der sowjetische Staatschef Josef Stalin hatte mit dem Befehl Nr. 270 vom 17.8.1941 allen Soldaten der Roten Armee zur Pflicht gemacht, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Wer sich in Gefangenschaft begab, galt als Verräter. Zum Schicksal der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen nach der Repatriierung vgl. Pavel Polian, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Repatriierung, München/Wien 2001; Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006.

109 Reproduktionen dieser Kommandolisten des Stalag X C Nienburg aus den Beständen des Russischen Roten Kreuzes und Halbmondes befinden sich im Archiv des Internationalen Suchdienstes Bad Arolsen, Bestand MOS.

4. Dokumente

4.1 Organisation und Durchführung des Arbeitseinsatzes

4.1.1 Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen, dass sowjetische Kriegsgefangene vorerst nicht zugewiesen werden können

Der Präsident
des
Landesarbeitsamts Niedersachsen

Hannover S., den 22. Juli 1941
Alte Dohrener Strasse 15

An den
Herrn Regierungspräsidenten
Aurich/Ostfriesland.

Betreff: Einsatz von Kgf. bei Bodenkulturanlagen.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 1.7.41 Lb 524.

Das Ausbleiben eines erheblichen Teiles der mir für meinen Bezirk angekündigten Kgf. hat es notwendig gemacht, sämtliche irgendwie verfügbaren Kgf. in der Landwirtschaft einzusetzen. Eine Zuteilung von Kgf. für die von Ihnen erwähnten Bodenkulturanlagen ist mir deshalb nach den zentralen Weisungen z.Zt. leider nicht möglich. Wann und gegebenenfalls in welchem Umfange ein Nachschub an Kgf. zu erwarten ist, lässt sich jetzt noch nicht übersehen. Kgf., die etwa nach Bergung der Ernte in der Landwirtschaft frei werden, müssen zu vordringlichen Arbeiten für die Landesverteidigung und für SS und S-Fertigungen¹ herangezogen werden. Sollten russische Kgf. für Bodenkulturarbeiten freigegeben werden, so will ich Ihre Arbeiten gern mit berücksichtigen, soweit die mir überwiesenen Kontingente dies nach der Dringlichkeit der Anforderungen zulassen. Ich werde Anfang nächsten Monats auf die Angelegenheit nochmals zurückkommen, in der Hoffnung, dass sich dann Zeitpunkt und Ausmass des Russeneinsatzes besser übersehen lässt.

In Vertretung:
gez. Dr. Stadler

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 16/3 Nr. 2383

1 S und SS waren die höchsten Dringlichkeitsstufen in der Kriegswirtschaft.
Hier wurde insbesondere die Rüstungsproduktion eingeordnet.

DOKUMENTE

4.1.2 Hinweis des Arbeitsamtes Emden, dass sowjetische Kriegsgefangene nur in geschlossenen Kolonnen ohne Kontakt zur Zivilbevölkerung eingesetzt werden dürfen

Arbeitsamt Emden (Ostfr.)
Hindenburgstrasse 1

28. Juli 1941

An den
Herrn Bürgermeister,
Aurich.

Betrifft: Zuweisung von Kriegsgefangenen.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 18.7.41 – III.

Mit der Zuweisung russischer Kriegsgefangener für meinen Bezirk ist zu rechnen. Es ist allerdings bei deren Einsatz darauf zu achten, dass diese nur als eine geschlossene Kolonne eingesetzt werden dürfen und die Gewähr gegeben ist, dass sie mit der Zivilbevölkerung keineswegs in Berührung kommen. Auch darf das Lager nicht im Zentrum der Stadt liegen, sondern ist dort einzurichten, wo wenig Zivilverkehr ist. Aus den beigegeführten Anträgen, die Sie mir baldmöglichst in /facher Ausfertigung einreichen wollen, muss genau ersichtlich sein, mit welchen Arbeiten die Gefangenen beschäftigt werden sollen.

Im Auftrage: [Unterschrift]²

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Dep. 34 C Nr. 725

² unleserlich

4.1.3 Anforderung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch das Domänenrent- und Bauamt Norden

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 28. Juli 1941

An den
Herrn Regierungspräsidenten
– Landw. Abteilung –
in Aurich
Ostfriesland

Betr. Russen für die Landgewinnung.

Nach Mitteilung des Arbeitsamts Emden und des Landrats in Norden besteht die Möglichkeit, für nicht rein landwirtschaftliche Arbeiten russische Kriegsgefangene zu bekommen. Da danach auch der Einsatz der Russen im Landgewinnungsbetrieb möglich ist, beabsichtige ich, zunächst 200 Kriegsgefangene anzufordern. Die Anforderung nach dem vorgeschriebenen Muster liegt in sfacher Ausfertigung an. Falls keine Bedenken gegen den Einsatz der Russen zu erheben sind, bitte ich anliegendes Schreiben vom 28. Juli nebst 4 Anforderungen an das Arbeitsamt Emden weiterzuleiten.

Die Unterbringung der Gefangenen ist noch nicht geregelt. Es hat auch kaum Zweck, in dieser Richtung schon irgendetwas zu unternehmen, da es noch ganz unbestimmt ist, ob die angeforderten Russen überhaupt kommen. Es ist daher wichtig, dass das Arbeitsamt uns rechtzeitig benachrichtigt, wann die Russen kommen, damit die Unterkünfte bis dahin erstellt werden können.

[Unterschrift]³

DOKUMENTE

Anforderung:

Arbeitsamt: E m d e n
Landesarbeitsamt: Niedersachsen

Anforderung Nr.:
Antrittstermin:

Vierfach einreichen!

Anforderung von Kriegsgefangenen für nichtlandwirtschaftliche Arbeiten.

I. Der Betrieb:

Name und Sitz: Preuss. Domänenrent- und Bauamt Norden
Telefon 2090 Arbeitsort: Leybucht Bahnstation: Norden
beantragt hiermit die Zuweisung folgender Kriegsgefangener

II. Zahl und Art:

200 russische Kriegsgefangene

insgesamt: 200 Arbeitskräfte.

Besondere Kenntnisse: erwünscht sind Erdarbeiter.

Genaue Bezeichnung der zu verrichtenden Arbeiten: Räumung von Grüp-
pen und Gräben im Tidegebiet der Leybucht.

Dauer der Arbeit: bis auf Weiteres.

Sonstiges: (z.B. Bauvorhaben Bezeichnung der Baumassnahme, Angabe
über Dringlichkeit usw.)

Landgewinnungsarbeiten

III. Arbeitsbedingungen:

1. Arbeitszeit: wöchentlich 48 Stunden
2. Löhne: bestimmungsgemäss.

IV. Unterkunft und Verpflegung:

- a) Die Wachmannschaften werden untergebracht in Baracken. Die Unterbringungsräume der Wachmannschaften befinden sich in unmittelbarer Nähe der Schlafräume der Kriegsgefangenen.
- b) Die Unterbringung der Kriegsgefangenen erfolgt in Wohnlagern.

ORGANISATION UND DURCHFÜHRUNG DES ARBEITSEINSATZES

Die Quartiere werden sichergestellt und in einwandfreien Zustand versetzt, sobald mit der Zuweisung der Gefangenen bestimmt gerechnet werden kann.

Die Bewachung der Kriegsgefangenen wird wie folgt gesichert: (z.B. vergitterte Fenster, Umrahmung mit Stacheldraht) durch vergitterte Fenster bzw. durch Umrahmung mit Stacheldraht.

- c) Die Verköstigung erfolgt bestimmungsgemäss.

V. Sonstiges:

Der unterzeichnete Betrieb verpflichtet sich, die auf Grund dieser Anforderung zugewiesenen Kriegsgefangenen von dem Tage der Arbeitsbereitschaft an der Arbeitsstelle an, zu den oben festgelegten Bedingungen einzustellen.

Norden, den 28. Juli 1941

[Unterschrift]⁴

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

4 unleserlich

4.1.4 Auszug aus dem Lagebericht der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis XI⁵ zur vorgesehenen Ablösung französischer durch sowjetische Kriegsgefangene

Rüstungsinspektion
des Wehrkreises XI

Hannover, den 12. August 1941
Geheim

An das
Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im Oberkommando der Wehrmacht
Berlin

Betr.: Lageberichte

In der Anlage wird der monatliche Lagebericht (Termin 15.8.41) vorgelegt.

[...]

Kriegsgefangene.

Der Abzug der französischen Kriegsgefangenen hält noch an. Ein Neueinsatz ist nicht erfolgt.

Der Gruppeneinsatz von russischen Kriegsgefangenen gegen Ablösung französischer Gefangener ist vorgesehen, er gestaltet sich aber äusserst schwierig, weil die russischen Kriegsgefangenen vollkommen abgerissen und zu einem grossen Teil ohne Fussbekleidung eingetroffen sind. Darüber hinaus ist unter den Gefangenen im Stalag Fallingb. ⁶ die Ruhr ausgebrochen, so dass mit dem Einsatz russischer Gefangener aus dem genannten Lager zunächst noch nicht oder nur in geringem Umfang gerechnet werden kann.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 20-11/27

5 Die Rüstungsinspektionen waren auf Ebene der Wehrkreise die koordinierenden Dienststellen zwischen Militär und Wirtschaft im Bereich der Produktion von Waffen, Munition und Ausrüstung für die Wehrmacht.

6 Gemeint ist das Stalag XI D (321) Oerbke.

4.1.5 Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die Bedingungen des Arbeitseinsatzes sowjetischer Kriegsgefangener

Der Präsident des Landesarbeitsamtes
Niedersachsen

Hannover, den 13. August 1941.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Aurich pp.

Betrifft: Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Russen.

Zum Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Russen darf ich kurz folgende Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Sache machen mit der Bitte, gegebenenfalls beteiligte nachgeordnete Stellen entsprechend in Kenntnis zu setzen:

1). Der Arbeitseinsatz von kriegsgefangenen Russen ist zentral nunmehr in bestimmten Grenzen freigegeben worden. Kriegsgefangene Russen dürfen allerdings nur eingesetzt werden, wenn völlige Isolierung von der deutschen Bevölkerung, von ausländischen Arbeitern und von Kriegsgefangenen anderer Nationen, verschärfte Bewachung und ein Einsatz in Kolonnen möglich und sichergestellt ist.

[2.)]. Nach den Weisungen des OKW dürfen kriegsgefangene Russen zunächst ausschliesslich bei nach Ziffer 1) geeigneten Arbeiten eingesetzt werden, aus denen dafür kriegsgefangene Franzosen oder Serben zum Einsatz in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau, Verkehr oder vordringliche SS- und S-Fertigung frei werden. Ein zusätzlicher Einsatz von kriegsgefangenen Russen ist mir danach zurzeit nach den zentralen Weisungen und nach der weiterhin äusserst angespannten Arbeitseinsatzlage meines Bezirks nicht möglich. Die Arbeitsämter haben mir die Arbeiten gemeldet, bei denen die Voraussetzungen zum Einsatz von Russen gegeben sind.

Bisher stehen zum Austausch in den Wehrkreisen X und XI je 2.000 kriegsgefangene Russen bei wehrmachteigenen Arbeiten und je weitere 2.000 zum Austausch bei kriegswichtigen Arbeiten im zivilen Sektor zur Verfügung. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass von jedem Transport etwa 20% Kranke und zurzeit nicht Arbeitseinsatzfähige abgesetzt werden müssen, sodass sich für den praktischen Einsatz, mit dem soeben begonnen ist, entsprechend niedrigere Zahlen ergeben.

3) . Ich habe von Herrn Reichsarbeitsminister mit Schnellbrief vom 4. August 1941 im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für Bewaffnung und Munition und mit Zustimmung des Herrn Reichsmarschalls des Deutschen Reiches die Auflage erhalten, beschleunigt 1.000 französische Kriegsgefangene, die für die

DOKUMENTE

Rüstungswirtschaft geeignet sind (insbesondere berufsfremd beschäftigte Facharbeiter), aus ihren bisherigen Beschäftigungen herauszulösen und der Rüstungswirtschaft meines Bezirks zuzuweisen; hierfür sollen insbesondere die ersten Russentransporte mit nutzbar gemacht werden. Ich werde, soweit erforderlich, den betroffenen Betrieben Zug um Zug Franzosen oder Serben zuweisen lassen, die mit Hilfe des Russeneinsatzes anderweit freigemacht werden. Der in einigen Bezirken noch begrenzt erforderliche zusätzliche Einsatz von Kriegsgefangenen in der Land- und Forstwirtschaft wird hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

4) . Asiaten und deutschsprechende Russen dürfen überhaupt nicht eingesetzt werden und müssen gegebenenfalls unverzüglich wieder zurückgeschickt werden.

5) . Eine Entlassung und Heimbeförderung anderer Gruppen französischer Kriegsgefangener als der Weltkriegsteilnehmer ist vorläufig nicht in Aussicht genommen.

6) . Ich bin auch weiterhin ständig bemüht, beim Herrn Reichsarbeitsminister auf eine der besonders angespannten Lage meines Bezirks entsprechend verstärkte und beschleunigte Zuführung von weiteren Kriegsgefangenen-Transporten hinzuwirken.

gez. Dr. Kaphahn.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 112

4.1.6 Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich über Möglichkeiten des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener in Ostfriesland

Der Regierungspräsident.

Aurich, den 22. August 1941.

An
die Herren Landräte des Regierungsbezirks.

Betrifft: Einsatz russischer Kriegsgefangener bei Meliorationsarbeiten.

Es ist damit zu rechnen, dass von den kriegsgefangenen Russen Teile im Wehrkreis X zu Arbeiten eingesetzt werden können. Der Einsatz russischer Kriegsgefangener ist jedoch erheblich strenger zu handhaben als der aller anderen Kriegsgefangenen. Die Russen müssen völlig getrennt von anderen Kriegsgefangenen und erst recht von der deutschen Zivilbevölkerung, in geschlossenem Einsatz unter strenger Bewachung angesetzt werden. Demgemäss kommt ein Einsatz von Russen für landwirtschaftliche Arbeiten in Ostfriesland nicht in Betracht, sondern voraussichtlich nur für Meliorationen und Landgewinnung. Hierbei ist jedoch, da für einsatzfähige Arbeitskräfte nur mit geringen Zahlen zu rechnen ist, folgender strenger Massstab an die anzumeldenden Arbeiten zu legen:

Meliorationsarbeiten können durch Russen nur dann ausgeführt werden, wenn diese Arbeiten in nicht allzu langer Zeit durchgeführt werden können (also höchstens 1 Jahr) und wenn weiter der Erfolg der Arbeiten auch alsbald in Erscheinung tritt.

Landgewinnungsarbeiten können von russischen Kriegsgefangenen nur betrieben werden, soweit es sich um Erhalt des bisher Erreichten und Verhinderung der Zerstörung bisher schon bestehender Arbeiten handelt.

Ich ersuche, die Frage des Einsatzes russischer Kgf. bei Meliorationen alsbald zu prüfen und wenn die Voraussetzungen für die Einleitung der Arbeiten gegeben sind, einen entsprechenden Antrag an das zuständige Arbeitsamt zu stellen. Der Antrag nebst Unterlagen ist mir von der förmlichen Einreichung zur Befürwortung vorzulegen.

Über das Ergebnis Ihrer Ermittlungen ist mir zu berichten.

DOKUMENTE

An
das Domänen-Rent- und Bauamt in
Norden.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und unter Berücksichtigung des von dort
bereits gestellten Antrages auf Zustellung von 200 russischen Kriegsgefangenen.

gez. Eickhoff

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 112

**4.1.7 Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über den Austausch von
französischen gegen sowjetische Kriegsgefangene im Arbeits-
kommando Kossentanne (Kreis Meppen)**

Stalag VI/B
Gruppe Arbeitseinsatz

Versen, den 31. August 1941.

An den
Fü. Arb. Kdo Nr. 218, Meppen-Kossentanne.

Betr.: Arbeitseinsatz der Sowjet. Kr. Gef.

Auf Befehl des Wehrkreiskdo VI Münster werden die dort z.Zt. eingesetzten franz. Kr. Gef. auf verschiedene bereits bestehende Arb. Kdos im Kreise Meppen verteilt und das Lager Kossentanne wird am 5.9.41 mit 250 Sowjet. Kr. Gef. belegt. Die franz. Kr. Gef. werden am 4.9.41 von den einzelnen Arb. Kdos in Kossentanne abgeholt. Die noch übrigbleibenden Kr.Gef. sind am 5.9.41 morgens zum Stammlager Versen zurückzubringen. Sämtliche dort anwesenden Wachleute kommen am 5.9.41 mit zum Stammlager Versen, um die 250 Sowjet. Kr. Gef. hier abzuholen. Bevor die franz. Kr. Gef. dort abrücken, ist die Unterkunft zu säubern und instand zu setzen. Ferner ist dafür zu sorgen, dass genügend Verpflegung für die eintreffenden Russen vorhanden ist. Vor dem Abtransport der frz. Kr. Gef. sind die Lohnlisten abzuschliessen und die Kr. Gef. zu löhnen.

[Unterschrift]⁷
Rittmeister

Durchschrift an das Reichswasserstrassen-Neubauamt Meppen zur
Kenntnisnahme.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep.
Acc. 2001049 Nr. 326*

⁷ unleserlich

4.1.8 Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Prüfungskommission der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis XI in Hannover vom 8. Oktober 1941 über den geplanten Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Rüstungsindustrie

2. Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener.

Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen stösst auf Schwierigkeiten wegen der besonderen Vorschriften für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener.

Es wäre sehr zu wünschen, dass die Vorschriften für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener gemildert werden, da sie sonst den Einsatz derselben praktisch unmöglich machen. Seitens der Rü In XI und des Landesarbeitsamtes Niedersachsen ist beabsichtigt 800 sowjetische Kriegsgefangene beim Volkswagenwerk, Stadt des KdF-Wagens, einzusetzen und zwar in einer geschlossenen Halle, wo sie mit anderen Mitarbeitern nicht in Berührung kommen. Sie sollen hier auch mit kriegswichtiger Fertigung beschäftigt werden. Die Kriegsgefangenen stehen zur Verfügung, Unterbringungsmöglichkeit ist vorhanden. Es muss somit auch die Beschäftigung der sowjetischen Kriegsgefangenen in diesem Falle mit kriegswichtiger Fertigung möglich gemacht werden.

Ebenso ist der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener bei den Hermann Göring-Werken in die Wege geleitet. LAA Niedersachsen will versuchen, die sowjetischen Kriegsgefangenen den Bauvorhaben der Hermann Göring-Werke zuzuweisen, um hierdurch Franzosen, Belgier, Polen und Italiener für andere kriegswichtige Fertigung freizumachen.

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener wird umso dringender, als nach Mitteilung der Landesarbeitsämter mit der Zuführung reichsdeutscher Arbeitskräfte über den Reichsausgleich⁸ kaum noch gerechnet werden kann.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW20-11/14

⁸ Als «Reichsausgleich» wurde die bedarfsorientierte Verteilung und Umsetzung deutscher Arbeiter innerhalb des Deutschen Reiches bezeichnet.

4.1.9 Vermerk des Regierungspräsidenten in Stade über den vorgesehenen Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Teufelsmoor (Kreis Osterholz)

Der Regierungspräsident

Stade, den 9. Oktober 1941.

An den Staatlichen Beauftragten für das Teufelsmoor
in Verden.
Ostertorstr. 11

Vermerk:

Die Angelegenheit «Einsatz russischer Kriegsgefangener für Kuhlungen von Flachmooren im Teufelsmoor» ist am 30.9.41 in Bremen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Niedersachsen in Hannover erörtert worden. Als Ergebnis der Besprechung ist festzuhalten: Das Landesarbeitsamt hält die vorgeschlagene Massnahme für den Einsatz von russischen Kriegsgefangenen in einer Anzahl von 1.500-2.500 Menschen für gut geeignet. Ein Einsatz der Gefangenen unmittelbar vom Lager Sandbostel aus mit einem täglichen Transport der Arbeitskräfte an die einzelnen Baustellen wird nicht durchführbar sein; es muss vielmehr auf die Unterbringung der Gefangenen in Einzellagern Bedacht genommen werden. An einen Einsatz ist indessen erst zu denken, wenn das O.K.W generell seine Zustimmung zu der Beschäftigung der russischen Gefangenen für derartige Meliorationsarbeiten gibt. Dies ist bislang noch nicht geschehen, jedoch in Bälde zu erwarten. Das Landesarbeitsamt wird inzwischen mit dem Gebietsbeauftragten für die Regelung der Bauwirtschaft verhandeln und dessen Stellungnahme zu der beabsichtigten Massnahme herbeiführen. Ferner wird von ihm die Frage der Gestellung der Wachmannschaften und der Beschaffung der für den Aufbau der Lager benötigten kontingentierten Baustoffe geprüft werden. Die Einzelverhandlungen in der hier in Rede stehenden Angelegenheit sind Sache des Staatlichen Beauftragten für das Teufelsmoor und des Regierungsrats Dr. Schönfelder vom Landesarbeitsamt Hannover.

[...]

[Unterschrift]⁹

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 97 Verden Nr. 274

DOKUMENTE

4.1.10 Überlassungsvertrag zwischen dem Stalag VI B Neu-Versen und dem Wasserstrassen-Neubauamt in Meppen

M.-Stammlager VI/B
Gruppe Arbeits-Einsatz.

Neu-Versen, den 16.10.1941

An das
Wasserstrassen-Neubauamt,
Meppen/Ems.

Betr.: Arbeitsvertrag für Kr. Gef.

In der Anlage wird der vom Kommandanten unterschriebene Arbeitsvertrag für die dort eingesetzten Sowjet. Kr. Gef. in doppelter Ausfertigung übersandt.

Es wird gebeten, beide Verträge zu unterschreiben. Eine Ausfertigung erbittet die Gruppe Arbeits-Einsatz umgehend zurück.

Eine Verstempelung kommt nicht mehr in Frage.

Kessler
Hauptmann

Vertrag

Zwischen dem Reichs-(Wehrmacht) Fiskus-(Heer), vertreten durch den Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers VI/B und der/ dem Wasserstrassen-Neubauamt Meppen/Ems. wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1.

Dem Wasserstrassen-Neubauamt Meppen/Ems werden eine Anzahl russ. Kriegsgefangene des Gefangenenlagers VI/B zur Verrichtung von Fach- und Hilfsarbeiten überlassen.

§ 2.

Die Transportkosten vom M.-Stammlager VI/B zum Unterkunftsort des Gefangenen im Werk des Unternehmers trägt der Unternehmer, desgleichen die Kosten für den An- und Rücktransport der Gefangenen und Wachmannschaften von der Unterkunft zur Arbeitsstätte, soweit dafür Kosten entstehen. Der Unternehmer hat

auch, falls notwendig, für die Gestellung der Transportmittel von der Unterkunft zur Arbeitsstätte und zurück selbst zu sorgen.

§3.

Die tägliche Arbeitszeit der Kriegsgefangenen darf die der übrigen Gefolgschaftsmitglieder nicht übersteigen, sie darf einschl. des Hin- und Rückmarsches nicht übermässig sein. Der Hin- und Rückweg von und zur Arbeitsstätte rechnet nicht als Arbeitszeit. Er darf nicht übermässig lang sein. Jedem Kriegsgefangenen ist wöchentlich eine Ruhe von mindestens 24 aufeinanderfolgenden Stunden zu gewähren. Der Kr. Gef. darf nicht länger als 54 Stunden in der Woche beschäftigt werden.

§4.

Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen ist an das M. Stammlager VI/B zu vergüten, das seinerseits die Gefangenen nach den Bestimmungen entlohnt. [...]

§5.

Der Unternehmer hat die Kr. Gef. und die Wachmannschaften zu verpflegen und unterzubringen. Die Verpflegung der Wachmannschaften ist getrennt von der der Kriegsgefangenen zuzubereiten. Die Verpflegung muss gut und ausreichend sein. Die Portionssätze für Gefangene werden von Fall zu Fall bekanntgegeben, die der Wachmannschaften sind die gleichen wie für die Zivilbevölkerung. Der Unternehmer erhält aus Vergütung für Verpflegung und Unterkunft für jeden Kriegsgefangenen

- | | |
|----------------------------|------------------|
| a) Für Verpflegung täglich | 0,80 RM und zwar |
| für Morgenkost | 0,18 RM |
| für Mittagkost | 0,40 RM |
| für Abendkost | 0,20 RM |
| b) für Unterkunft | 0,20 RM |

für jeden Wachmann

- | | |
|----------------------------|------------------|
| a) für Verpflegung täglich | 1,35 RM und zwar |
| für Morgenkost | 0,27 RM |
| für Mittagkost | 0,54 RM |
| für Abendkost | 0,54 RM |

[...]

§6.

[...]

§7.

Der Unternehmer verpflichtet sich, die Kriegsgefangenen unter den gleichen Bedingungen wie die Gefolgschaftsmitglieder gegen Unfall zu versichern und die gesetzlichen Beiträge zu leisten.

[...] Bei Erkrankungen oder Unfall ist der Unternehmer verpflichtet, den Transport des Gefangenen zum nächsten Kriegsgefangenen-Lazarett bzw. zum M.-Stammlager VI/B übernehmen. Die Kosten für den Transport, die Lazarettkosten, wie auch die Behandlung für Revierkranke trägt das M.-Stammlager VI/B.

[...]

§8.

Der Unternehmer hat die Gefangenen menschlich zu behandeln und sie gegen Gewalttätigkeiten, Beleidigungen und öffentliche Neugier zu schützen.

§9.

Der Vertrag wird für die Dauer von wenigstens 4 Wochen und weiterhin für unbestimmte Zeit abgeschlossen. Späterhin hat jede Partei das Recht, ihn nach 14-tägiger Frist zum 1. und 15. jeden Monats zu kündigen.

Der Kommandant des M.-Stammlager VI/B kann den Vertrag, wenn es militärische oder sonstige durch Verhältnisse gegebene Gründe bedingen, ohne Einhaltung jeder Frist kündigen, ohne dass dadurch dem Vertragspartner irgendein Recht auf Geltendmachung einer Entschädigung gegeben ist. Ferner können die Gefangenen fristlos zurückgezogen werden, wenn der Vertragspartner die vorstehenden Abmachungen nicht innehält.

Der Kommandant des M.-Stammlager VI/B behält sich die vorübergehende Herausziehung von Kr. Gef. ohne Entschädigung des Unternehmers vor, falls die dem Unternehmer überlassenen Kr. Gef. von dem zuständigen Arbeitsamt für eine zeitweilige Beschäftigung bei landwirtschaftlichen Betriebsarbeiten während der landwirtschaftlichen Arbeitsspitzen angefordert werden.

§ 10.

[...]

ORGANISATION UND DURCHFÜHRUNG DES ARBEITSEINSATZES

Abschriften des Vertrages erhalten:

Gruppe Arbeits-Einsatz

Gruppe Verwaltung

Unternehmer

Heeresstandortkasse, Lingen/Ems.

M.-Stammlager VI/B

Neu-Versen, den 16. Oktober 1941

Der Unternehmer: Der Kommandant des M.-Stammlager VI/B gez.
Kessler
Hauptmann.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep. Acc. 200/049 Nr. 326

4.1.11 Auszug aus dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis VI in Münster betr. erste Erfahrungen mit sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz im Monat Oktober 1941

Schlussbericht Monat Oktober

Auch im abgelaufenen Monat bereitete die Gewinnung weiterer Arbeitskräfte grosse Sorge, zumal neue Lücken durch Einberufungen entstanden. Die Ablösung französischer Kriegsgefangener durch russische Kriegsgefangene hat bisher im Inspektionsbereich nur geringe Erfolge gezeitigt. Nach Aussonderung politisch unzuverlässiger Elemente sind die Erfahrungen bei dem Einsatz von russischen Gefangenen bislang gut. Der ausserordentlich schlechte Gesundheitszustand der russischen Kriegsgefangenen wird nicht zuletzt auf deren unzureichende Ernährung zurückgeführt. Bei den wenigen Möglichkeiten, überhaupt zusätzlich Arbeitskräfte zu gewinnen, muss nach Auffassung der Inspektion durch eine bessere Ernährung der russischen Kriegsgefangenen eine durchaus erreichbare Arbeitsleistung ermöglicht werden.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW20-6/4

**4.1.12 Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über den
vordringlichen Einsatz von Kriegsgefangenen bei Erntearbeiten**

Schnellbrief

Der Präsident
des Landesarbeitsamtes Niedersachsen

Hannover, den 4. November 1941

An die
Leiter der Arbeitsämter in Niedersachsen.

Betr.: Zuckerrüben- und Kartoffelernte.

Die Entwicklung der Wetterverhältnisse in den letzten Tagen macht in einer Reihe von Bezirken, in denen die Zuckerrüben- oder Kartoffelernte noch im Rückstand ist, einen sofortigen erhöhten Kräfteeinsatz hierbei notwendig.

Im Wehrkreis XI können von mir hierfür sowjetische Kriegsgefangene zur Zeit nicht zur Verfügung gestellt werden, da über das Stalag der sowjetischen Kriegsgefangenen wegen Auftretens von Flecktyphus bis auf Weiteres eine Lagersperre verhängt ist. Ausserdem stehen nach meinen fernmündlichen Feststellungen bei den meisten der in erster Linie in Betracht kommenden Arbeitsämter weitere Unterkünfte nicht zur Verfügung. Den erhöhten Anforderungen für die Zuckerrüben- und Kartoffelernte muss deshalb innerhalb der einzelnen Bezirke sofort durch entsprechende vorübergehende Umsetzungen Rechnung getragen werden. Ich bitte Sie deshalb, sofort mit den in Betracht kommenden Dienststellen und Betrieben wegen einer kurzfristigen Zurverfügungstellung von Arbeitskräften, in erster Linie Kriegsgefangenen, für die Zuckerrüben- und Kartoffelernte Ihres Bezirks Fühlung zu nehmen und den Einsatz gemeinsam mit dem Kreisbauernführer entsprechend zu organisieren; hierbei sind als Abgabebetriebe auch landwirtschaftliche Betriebe zu berücksichtigen, die ihre Herbstarbeiten im Wesentlichen abgeschlossen haben. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich mit allem Nachdruck persönlich dafür einsetzen, dass innerhalb Ihres Bezirkes die etwa erforderlichen kurzfristigen Umsetzungen im gütlichen Einvernehmen durchgeführt werden. Bei Schwierigkeiten bitte ich mich fernmündlich zu unterrichten.

Von den Arbeitsämtern im Wehrkreisteil X erbitte ich telefonische Anforderungen, falls sich ein weiterer zusätzlicher Kolonneneinsatz von sowjetischen

DOKUMENTE

Kriegsgefangenen erforderlich machen sollte und entsprechende Unterkünfte vorhanden sind; ich werde dann gegebenenfalls mit dem Kommandeur der Kriegsgefangenen in Hamburg sofort Fühlung nehmen.

Der Gebietsbeauftragte des GB.Bau in Hannover und der Vorsitz der Prüfungskommission des Reichsministers für Bewaffnung und Munition haben Abschrift dieses Schnellbriefes erhalten.

gez. Dr. Kaphahn

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 122a Nr. 7063

**4.1.13 Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die
bevorstehende Zuweisung von 300 sowjetischen Kriegsgefangenen
für Meliorationsarbeiten im Kreis Norden**

Der Präsident
Des Landesarbeitsamts Niedersachsen.

Hannover, den 4. November 1941

An
den Herrn Regierungspräsidenten in Aurich.

Betrifft: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen für Bodenkulturarbeiten im
Kreise Norden.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 1.7.41 – Lb 524 –
mein Schreiben vom 22.7.41 – 5135.–

Ihrem Wunsche entsprechend habe ich nunmehr nach Freigabe des zusätzlichen Einsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen veranlasst, dass dem Kreise Norden zunächst 300 sowjetische Kriegsgefangene für die von Ihnen geförderten Bodenkultur- und Unterhaltungsarbeiten baldmöglichst zugewiesen werden.

Die Zuweisung weiterer sowjetischer Kriegsgefangener für solche Arbeiten habe ich in Aussicht genommen, sobald sich übersehen lässt, ob aus den laufenden Transporten über die für vordringliche Arbeiten vorgesehenen Kriegsgefangenen hinaus noch weitere für den Einsatz bei Bodenkulturarbeiten zur Verfügung stehen. Hierbei bitte ich zu berücksichtigen, dass das OKW inzwischen den Kolonneneinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen auch für die Fertigungsbetriebe zugelassen hat und dass dieser zunächst möglichst weitgehend der Ablösung von französischen Kriegsgefangenen zugunsten der Luftwaffenindustrie nutzbar zu machen ist. Auch die Bewachungsfrage bietet gewisse Schwierigkeiten, es wäre deshalb erwünscht, wenn die bei den Arbeiten etwa vorgesehenen deutschen Kräfte weitgehend in die Bewachung eingeschaltet werden könnten.

Ich werde die Angelegenheit im Auge behalten und bei Gelegenheit darauf zurückkommen.

Mit dem Gebietsbeauftragten Weser-Ems habe ich die Frage der Ausnahmege-
nehmigung für die Arbeiten wiederholt erörtert und deren Durchführung befür-
wortet. Er ist, wie er mir soeben mitgeteilt hat, vom GB-Bau ermächtigt worden,
in begründeten Fällen auch für Bodenkulturarbeiten mit mehr als 30.000 RM Bau-
kosten die Ausnahmegegenehmigung zu erteilen, wenn nur wenige ortsgebundene

DOKUMENTE

deutsche Kräfte neben den Sowjet. Kriegsgefangenen beschäftigt werden sollen und Baustoffe nicht nennenswert benötigt werden. Gegebenenfalls müssten nur solche Arbeiten ausgewählt werden.

gez. Dr. Kaphahn.

Der Regierungspräsident.

Aurich, den 18. November 1941.

An

- 1 ./ die Herren Landräte des Bezirks,
- 2 ./ des Wasserwirtschaftsamt hier,
- 3 ./ das Domänenrent- und Bauamt in Norden,
- 4 ./ die Staad. Mooradministration in Eschen.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme. Da mit der Abziehung französischer und serbischer Kriegsgefangener in zunehmendem Masse gerechnet werden muss, ersuche ich, ihren Ersatz durch russische Kriegsgefangene und allgemein dem Einsatz solcher erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die am Schluss des Schreibens gemachten Hinweise und Einschränkungen werden bei manchen Arbeiten ohne Weiteres eingehalten werden können. Soweit z.Zt. der Einsatz von Kriegsgefangenen wegen der ungünstigen Jahreszeit und Wasserverhältnisse bei Bodenkulturarbeiten nicht zweckmässig sein würde, empfehle ich, vorbereitende Schritte rechtzeitig zum nächsten Frühjahr zu tun.

Einem Bericht sehe ich spätestens zum 1. Februar n. Js. entgegen.

Zusatz zu 2): Der Einsatz russischer Kriegsgefangener kommt u.a. für das Unternehmen Poghausen/Spols und die Vorflutarbeiten in der Wuhder-Sielacht in Betracht.

Zusatz zu 3): Wegen der Anforderung weiterer russischer Kriegsgefangener ist mir zu Händen der Landwirtschaftlichen Abteilung unter Hinweis auf diese Verfügung bald zu berichten.

Im Auftrag gez. Böhmer.

4.1.14 Mitteilung des Landrates in Norden über die Arbeitslage im Landkreis und die ausgebliebene Zuweisung von sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Landrat

Norden, den 17.2.1942.

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in Aurich (Ostfriesland).

Betrifft: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen.

Ich nehme Bezug auf meinen Bericht vom 1. Oktober 1941 zu der dortigen Verfügung vom 24.7.1941 – Lb 824 – und vom 22. August 1941 – Lb. 919 – betr. Einsatz russischer Kriegsgefangener. Hiernach hat der Kreis Norden im Juli v. Js. 260 russische Kriegsgefangene beim Arbeitsamt in Emden angefordert. Davon sollen für das Domänenrent- und Bauamt Norden 200 Russen Landgewinnungsarbeiten und für die einzelnen Gemeinden 60 Russen Unterhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten an Wegen und Wasserläufen ausführen.

Die Zuweisung ist bis heute noch nicht erfolgt.

Von der Zuweisung weiterer sowjetischer Kriegsgefangener für solche Arbeiten muss vorerst Abstand genommen werden, da für den weiteren Einsatz die erforderlichen Fachkräfte fehlen, wie Techniker, Vorarbeiter usw. Zum anderen halte ich es auch für zweckmässiger, vorerst abzuwarten, welchen Erfolg man mit den vorläufig angeforderten Gefangenen haben wird.

Im Jahre 1941 standen der hiesigen Landwirtschaft noch rund 1650 Kriegsgefangene zur Verfügung. Hiervon mussten rund 250 Gefangene wieder abgegeben werden, für die bislang kein Ersatz gestellt worden ist. Ferner wurden noch weitere deutsche Kräfte, die zum Heeresdienst einberufen wurden, der Landwirtschaft entzogen.

Da vorläufig für die sowjetischen Kriegsgefangenen nur ein Kolonneneinsatz in Frage kommt, dieser aber für die hiesige Landwirtschaft weniger geeignet ist, so wird es mit den vorhandenen Kräften höchstens möglich sein, nur laufende Bestellungs- und Erntearbeiten auszuführen.

Immerhin werden die z.Zt. vorhandenen Gefangenen in den wenigsten Fällen auch für die Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten an den von den Landanliegern zu unterhaltenden Wasserläufen zur Verfügung gestellt werden können.

DOKUMENTE

Da [...] die ständige Unterhaltung der Vorflutanlagen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung besonders im Krieg unbedingt erforderlich und für diese Arbeiten ein Kolonneneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener möglich ist, kann er für diese Arbeit m. E. in Frage kommen, sofern es sich um Zwangsräumungsarbeiten handelt oder wenn sich die Unterhaltungspflichten vorher mit der Räumung durch Kriegsgefangene auf ihre Kosten einverstanden erklärt haben. Ein Teil der bei den Arbeiten vorgesehenen deutschen Kräfte kann erforderlichenfalls für die Bewachung der Gefangenen mit eingesetzt werden.

Bekanntlich findet man hier im Allgemeinen in den Wintermonaten die beste Zeit zum Schlöten der Gräben. Der Winter 1941/42 ist aber wie die Winter 1939/40 derartig lang und hart, dass die für die Gefangenen vorgesehenen Arbeiten nicht hätten ausgeführt werden können. Unter diesen Umständen ist es gut, dass die Zuweisung der im Juli v. Js. angeforderten Gefangenen bis heute noch nicht erfolgt ist.

Ich bitte jedoch nunmehr darauf hinzuwirken, dass der Einsatz der Gefangenen möglichst gleich nach Eintritt des Tauwetters erfolgt.

In Vertretung:
[Unterschrift]¹⁰

Regierungsobersinspektor.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 16/3 Nr. 2259

¹⁰ unleserlich

**4.1.15 Mitteilungen des Senators für das Bauwesen der Hansestadt
Bremen über den hohen Krankenstand und die grosse Zahl von
Todesfällen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen im
Arbeitskommando Grambker Heerstrasse**

An das
Arbeitsamt Bremen
Bremen.

1. November [1941]

Betr.: _ Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener.

Auf Veranlassung des Arbeitsamtes habe ich mich bereit erklärt, eine Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener beim Bunkerbau in Bremen einzusetzen. 600 Kriegsgefangene sind inzwischen in der vergangenen Woche eingetroffen. Nach Mitteilung des Arbeitsamtes soll die Arbeitsleistung dieser Kriegsgefangenen etwa im Verhältnis von 12:10 das der französischen Kriegsgefangenen stehen. Vorausscheinend habe ich jedoch bereits ohne Kenntnis der Arbeitsleistungen ein Verhältnis von 2:1 angenommen.

Die uns überwiesenen Kriegsgefangenen waren in einer derart schlechten körperlichen Verfassung, dass der Arbeitseinsatz vorerst um eine Woche verschoben werden musste. Der Arbeitseinsatz-Offizier des Sammellagers erklärte meinem Sachbearbeiter, der Einsatzwert der sowjetischen Kriegsgefangenen betrage etwa 20% der französischen Kriegsgefangenen.

Am 28.10.41 wurden nach einer Woche Erholung die einigermaßen einsatzfähigen Kriegsgefangenen zur Arbeit eingeteilt. Von den 600 Kriegsgefangenen waren nur 350 bedingt einsatzfähig. Die Gefangenen sind ausserdem derart schlecht mit Kleidung versorgt, dass den nicht einsatzfähigen Gefangenen teilweise die Kleidung abgenommen werden musste, um nur die Kommandos auf Arbeit bringen zu können. Die Folge ist, dass von den rund 250 noch im Lager liegenden Gefangenen ein Teil ohne ausreichende Bekleidung ist. Der Einsatz der restlichen 250 Gefangenen ist z.Zt. fraglich. Es soll am 2.11. nochmals eine Durchsichtung vorgenommen werden, die alsdann nicht mehr einsatzfähigen Gefangenen müssten dann zurückgegeben werden.

Ab 29.10. wurden die sowjetrussischen Kriegsgefangenen auf den Arbeitsstellen eingesetzt. Nach Mitteilung der Bauführer und eigenen Feststellungen sind die Arbeitsleistungen dieser Kriegsgefangenen katastrophal. Die Gefangenen sind z.B. nicht in der Lage, eine Schaufel Sand einen halben Meter hoch zu werfen. Zum Wegtragen eines Trägers der von 3 deutschen Arbeitern getragen wird, mussten 14 Russen angestellt werden, die unter dem Träger hin- und herschwanken. Das Ge-

DOKUMENTE

samturteil ist, dass die Gefangenen derart entkräftet sind, dass in absehbarer Zeit von einer Arbeitsleistung überhaupt nicht gesprochen werden kann. Dabei muss festgestellt werden, dass die Gefangenen an und für sich arbeitswillig sind, jedoch infolge ihres körperlichen Zustandes die Arbeiten einfach nicht leisten können.

Nach Mitteilung der Verwaltung des «Stalag's» sind für die sowjetischen Kriegsgefangenen die gleichen Löhne zu zahlen, wie für übrige Kriegsgefangene, d.h. 60% des Tariflohnes + 10% Zuschlag als Abgeltung für soziale Abgaben.

Da die Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen in keinem Verhältnis zu den übrigen Kriegsgefangenen steht, ist es unbillig, die gleichen Löhne zu berechnen. Wie mir meine Betriebe versichern, verdienen die Kriegsgefangenen z.Zt. noch nicht ihr Essen. Die Betriebe weigern sich, bei der Anrechnung der vollen Kriegsgefangenenlöhne weiterhin sowjetische Kriegsgefangene zu beschäftigen. Ich bitte, die Entlohnung der sowjetischen Kriegsgefangenen grundsätzlich entscheiden zu lassen, gegebenenfalls schlage ich vor, durch eine Kommission die Arbeitsleistungen an den Baustellen feststellen zu lassen.

Ich wäre für eine baldige Klärung der Angelegenheit dankbar, da ich sonst Schwierigkeiten arbeitseinsatzmässig mit den Betrieben bekomme.

[Unterschrift]¹¹

11 unleserlich

Der Senator für das Bauwesen.

Bremen, den 19. November 1941.

1. Mit dem Arbeitsamt Bremen – Herrn Regierungsrat Kuhlitz – beim Herrn Senator heute besprochen. Das Arbeitsamt will sich dafür einsetzen, dass bei einem weiteren Einsatz die brauchbaren Leute durch uns im Sammellager ausgesucht werden können.
2. Schreiben:

An das
Arbeitsamt,
Bremen.

Betr.: Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener.

Bezug: Bezug mein Schreiben vom 1.11.1941

Im Nachgang zu meinem obigen Schreiben und auf Grund der heutigen Besprechung teile ich Ihnen mit, dass der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen sich in der Zwischenzeit bedeutend ungünstiger ausgewirkt hat. Von den mir in der letzten Oktoberhälfte zugewiesenen 600 Sowjetrussen sind bis heute 180 verstorben, über 200 liegen krank im Lager und nur 200 Mann können noch zur Arbeit eingesetzt werden. Die Arbeitsleistung der eingesetzten Kriegsgefangenen ist nach wie vor katastrophal. Es besteht die Vermutung, dass für die schweren Bauarbeiten seitens des Sammellagers nicht die richtigen Gefangenen abgeordnet wurden. Sollte weiterer Ersatz sowjetischer Kriegsgefangener gestellt werden, bin ich nur in der Lage, diese dann aufzunehmen, wenn mir Gelegenheit gegeben wird, die Leute im Sammellager selbst auszusuchen. Ich bitte Sie, von dort aus ebenfalls beim Landesarbeitsamt diese Forderung zu unterstützen.

Im Auftrage:
[Unterschrift]¹²

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1288

12 unleserlich

DOKUMENTE

4.1.16 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig zur Arbeitseinsatzlage im Volkswagenwerk¹³

4.11.1941

Verhandlungen mit dem Volkswagenwerk führten dahin, dass das VWW bereit ist, sowj. KG. einzustellen, soweit Metallfacharbeiter gestellt werden. Das Werk hat inzwischen durch Werksangestellte die Facharbeiter persönlich in den sowj. Gefangenenlagern aussuchen lassen, durch Überprüfung der Geeignetheit an Geräten und Werkzeugmaschinen, die vom VWW in besonderen Räumlichkeiten in den Gefangenenlagern untergebracht waren. Die ersten 120 sowj. KG. sind beim VWW eingetroffen, sie machen einen besseren Eindruck als man erwartet hatte. Das Werk glaubt, da die Ernährung und Unterbringung bei ihm im Vergleich zum Gefangenenlager besser ist, in den KG. brauchbare Arbeitskräfte erhalten zu haben. Erfahrungen darüber konnten jedoch noch nicht mitgeteilt werden, da die Arbeit erst Anfang Nov. einsetzen soll, nachdem die Personalfeststellungen, die ärztlichen Untersuchungen und dergl. abgeschlossen sind. Die Leute sind friedlich und versprechen gut zu arbeiten, um nur nicht wieder nach Fallingbomel zurückzukommen.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW21-8/4

¹³ Ein Rüstungskommando war ausführende Dienststelle für einen Teilbezirk einer Rüstungsinspektion. Den Rüstungskommandos oblag zum Beispiel die Betreuung der Rüstungsbetriebe in ihrem Bereich auf dem Gebiet der Produktion, des Arbeitseinsatzes und der Versorgung mit Produktions- (Maschinen, Betriebseinrichtung, usw.) und Betriebsmitteln (Kohle, Energie, Treibstoff, usw.).

4.1.17 Schreiben des Arbeitsamtes Stade über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft

Arbeitsamt Stade

Stade, den 6. November 1941.
Kalkmühlenstrasse 1-3

An den
Herrn Regierungspräsidenten in
Stade.

Betrifft: Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Regierungsbezirk Stade.

Am 31. Oktober d.J. wurden in meinem Arbeitsamtsbezirk und zwar in den nachstehend aufgeführten Lagern sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt. Der Einsatz in meinem Bezirk wurde erforderlich, weil in vielen Ortsbauernschaften die Kartoffelernte noch nicht beendet und ebenfalls die Bergung der Rübenenernte mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist. Der Einsatz erfolgte im Einvernehmen mit der Kreisbauernschaft.

Die in der Ortsbauernschaft Grünendeich eingesetzten Kriegsgefangenen werden zunächst nur mit Aufräumarbeiten bei den vor Kurzem entstandenen Bombenschäden beschäftigt. Es ist geplant, schon in den nächsten Tagen weitere sowjetische Kriegsgefangene in meinem Bezirk einzusetzen, da sonst die Kartoffelernte und ebenfalls die Rübenenernte nicht ohne Weiteres geborgen werden kann. Ich bitte hiervon Kenntnis zu nehmen.

II. Komp./L.S.B. 497:

Arbeitskommando	Bossel	20 Mann
	Kuhla	20

III. Komp./L.S.B. 497:

Arbeitskommando	Ottendorf. .	20
	Beckdorf. . .	20
	Ottensen . . .	20
	Dollern	20
	Grünendeich	20

Der Leiter des Arbeitsamts
In Vertretung:
gez. Klump

4.1.18 Auszug aus dem Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Bremen über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener bei den Francke- Werken in Bremen

27.12.1941.

Die bei den Francke-Werken AG. eingesetzten 78 Sowjet. Kriegsgefangenen sind aus einer Anzahl von ca. 500 überprüften Gefangenen ausgesucht worden.

Im Werk I der Francke-Werke AG. ist ein Betriebsteil zur technischen Erprobung der Sowjet, russ. Kriegsgefangenen eingerichtet worden. In diesem Betriebs- teil waren 2 Drehbänke, 2 Bohrmaschinen, 3 Kaltsägen und autogen. Gerät usw. aufgestellt. 8-14 Tage wurden die Gefangenen hier beschäftigt und von einem ge- eigneten Meister überwacht. – 32 der Sowjet. Gefangenen arbeiten jetzt im Werk IV an den Schraubbänken, Sandstrahlgebläsen, Bohrmaschinen und Pressen. Die übrigen 40 sind im Werk I eingesetzt. Das Werk ist mit der Leistung dieser Ge- fangenen sehr zufrieden. – Um das Werk IV der Francke-Werke 100%ig in Betrieb zu nehmen, sind noch weitere 250 Mann erforderlich. Wegen Sperrung der Lager Wietzendorf und St. Borstel¹⁴, können jedoch aus dem hies. Bezirk vorläufig keine weiteren Gefangenen eingewiesen werden. Gem. der Anweisung des R.Min. für Bewaffnung und Munition sind Bestrebungen im Gange, russ. Kriegsgefangene aus den nicht der Rüstungsindustrie dienenden Gefangenenlagern des Bezirkes herauszuholen.

Aufgrund eines Erlasses OKW vom 22.12.41. ist der Verpflegungssatz der So- wjet. Kriegsgefangenen festgelegt worden auf:

2.600 Gramm Brot einschl. 25% Rübenschnitzel,

250 " Fleisch,

130 " Fett,

150 " Nährmittel,

115 " Zucker, pro Woche.

Diese Nahrungsmittel sind aber in keiner Weise zureichend. Infolge Unterernäh- rung sind bereits 8 Mann gestorben. Notwendig sind für Schwer- und Schwerstar- beiter neben den nicht bewirtschafteten Lebensmitteln wie Kartoffeln, Rüben etc. pro Woche mindestens 3.000 Gramm Brot und 500 Gramm Fleisch und Knochen.

Die Klärung dieser Ernährungsfrage ist vordringlich, denn mit der Klärung die- ser Fragen wird der Russeneinsatz stehen und fallen.

4.1.19 Bericht des Sonderausschusses VI Panzerwagen über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Volkswagenwerk

Sonderausschuss VI
Panzerwagen

Krefeld, den 10. Januar 1942

Bericht

ueber den Besuch beim Volkswagenwerk in Fallersleben am 7.
und 8.1.42

Verhandelt: mit Herrn Dr. Praetorius, kaufm. Direktor, Herrn
Dipl.-Ing. Kuhlmann, Werksleitung, Herrn Dr.
Kaufmann, Gefolgschaftsleitung, Herrn Schir-
mer, Lohnbuero.

Allgemeines.

Ich wurde von Herrn Dr. Praetorius und Herrn Kuhlmann empfangen, und wir haben uns zunaechst ueber die Beschaeftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Allgemeinen unterhalten.

Das Volkswagenwerk sollte zur Steigerung bestimmter Fertigungen franzoesische Kriegsgefangene-Facharbeiter zugewiesen bekommen, die gegen russische Gefangene aus der Landwirtschaft und dem Gewerbe herausgezogen werden sollten.

Infolge auftretender Schwierigkeiten war dieser Tausch nicht moeglich, und es sollte im Einverstaendnis mit den zustaendigen Ruestungs- und Arbeitseinsatzdienststellen der Versuch unternommen werden, russische Kriegsgefangene in der Produktion einzusetzen.

Ein Beauftragter des Werkes hat in einem Frontstalag¹⁵ untergebrachte sowjetische Kriegsgefangene ausgesucht und ueberprueft, und es konnten von etwa 1.200 russischen Metall-Facharbeitern 650 fuer die Fabrikation als geeignet bezeichnet werden.

Die Auswahl wurde wie folgt vorgenommen:

In dem Russenlager wurde in einer Baracke eine Drehbank, eine Fraesmaschine und mehrere Werkbaenke mit Schraubstoecken und einigen Elektro- und Autogegenaggregate aufgestellt. Mit Hilfe eines Dolmetschers sind die Berufe der Kriegsgefangenen festgestellt worden, und die Metallfacharbeiter wurden dann von eini-

15 Stalag XI D (321) Oerbke

gen Meistern ueberprueft. An einfachen Handgriffen wurde festgestellt, ob der betr. Mann fuer die vorgesehen Arbeiten im Werk sich eignete. Diese Methode der Auswahl hat sich sehr gut bewaehrt, so dass heute in Fallersleben etwa 850 russische Kriegsgefangene in der Fertigung eingesetzt werden konnten.

Anforderung und Unterbringung.

Die Antraege auf Zuweisung von russischen Kriegsgefangenen muessen selbstverstaendlich an die oertlichen Arbeitsaemter bzw. Landesarbeitsaemter gerichtet werden, aber es ist sehr zweckmaessig, und es empfiehlt sich dringend, dass die Werke von sich aus fuer die Zuweisung selbst sorgen d.h. einen Beauftragten des Werkes zu den Auffanglagern bzw. zu den infragekommenden Stalags hinschicken, der fuer die Auswahl und den Abtransport der Russen Sorge traegt (Auswahlueberpruefung wie oben beschrieben).

Die Gefangenen sind, wenn sie aus den Auffanglagern zum Einsatz in der Industrie abgegeben werden, entlaust. Es ist jedoch dringend notwendig, dass nochmals eine Entlausung vor dem Einsatz durchgefuehrt wird, und es muss mit allen Mitteln dafuer Sorge getragen werden, dass die Russen frei von Laeusen bleiben.

Die Gefahr des Übertragens von Fleck-Typhus ist ausserordentlich gross. Im Augenblick sind bekanntlich saemtliche russischen Gefangenenlager wegen Flecktyphus-Faellen gesperrt. Bei groesserem Einsatz von Russen ueber 600 bis 1.000 und mehr empfiehlt es sich, die Errichtung einer eigenen Entlausungsanstalt zu veranlassen. Das Volkswagenwerk baut eine solche Einrichtung und bedauert es sehr, diese nicht gleich zu Anfang erstellt zu haben.

Der Gesundheits- und Ernaehrungszustand der Russen aus direkt eingetroffenen Fronttransporten oder aus anderen Arbeitskommandos (Zuckerfabriken oder Kartoffelernten) war durchschnittlich mittelmassig, verschiedentlich sogar gut, so dass einem direkten Einsatz nichts im Wege stand.

Sehr schlecht ist der Gesundheitszustand der Kriegsgefangenen, die schon laengere Monate nach Transporten und Maerschen in Gefangenenlagern waren. Es ist daher zweckmaessig, diese Russen zunaechst «aufzupaepeln», um den Gesundheitszustand so zu bekommen, dass sie den Anforderungen der Arbeit auch in etwa standhalten. Der Betriebsarzt muss auch eingeschaltet werden.

Die Unterbringung der Russen ist vorgeschrieben. Baracken, einfache Holzbetten (Pritschen), besondere Aufenthaltsraeume, Tische Stuehle usw. sind nicht vorgesehen. Vorgesehen sind selbstverstaendlich eigene Klosettanlagen fuer die Russen.

Einsatz.

Mit Herrn Kuhlmann habe ich dann im Betrieb den Einsatz der Russen mir ansehen koennen. Fallersleben beschaeftigt russische Kr.Gef. im

- a) Flugzeugbau: Herstellung u. Bearbeitung von kleinen Presseteilen fuer Leitwerke an Reparatur-Flugzeugen.
- b) Pressbau: Arbeiten an Pressen.
- c) Ofenbau: Herstellung von Schuetzengrabenofen, Arbeiten an kleinen Pressen und Stanzen, Schweissapparaten, Verladekolonnen.
- d) Herstellung von Laufrädern für Kampfwagen, Dreharbeiten, Elektroschweißung, Arbeiten an Pressen fuer Gummiauflage, Transportarbeiten.

Die Russen sind entweder in einer geschlossenen Kolonne von 20 und mehr Mann eingesetzt unter Aufsicht eines deutschen Wachpostens, oder in kleineren Gruppen von 2 und 3 Mann, wobei ein deutscher Vorarbeiter die Aufsicht fuehrt, der eine Binde «Deutsche Wehrmacht» traegt.

Die Russen machten keinen schlechten Eindruck. Es waren meistens junge Menschen mit bleichen Gesichtern, aber nicht der ausgesprochene asiatische oder mongolische Typ. Ich hatte den Eindruck, dass der Russe seine Arbeit macht zwar stur aber immerhin so, dass eine gewisse Leistung da war. Wie ich hoerte sind einige Russen darunter z.B. Elektroschweisser, die sehr gut eingeschlagen sind. Wie ich auch von Herrn Dr. Praetorius gehoert habe, ist man mit der Arbeitsweise der Russen zufrieden. Mit wenigen Ausnahmen ist der Russe arbeitswillig. Bisher sind Sabotageakte und auch Versuche in Fallersleben noch nicht vorgekommen.

Wenn Vergehen irgendwelcher Art bei den Russen vorkommen muss der Betreffende sofort und dann auch ganz energisch und empfindlich bestraft werden.

Die Russen werden nur in Tagschicht beschaeftigt und zwar von 6,30 Uhr bis nachmittags 17,30 Uhr. Mittag- und Abendverpflegung geschieht in der Baracke.

In Fallersleben ist der Beweis erbracht, dass der russische Kriegsgefangene auch in der Produktion eingesetzt werden kann und bei richtigem Einsatz und richtiger Behandlung auch eine gewisse Leistung erbringt.

[...]

4.1.20 Bescheid des Regierungspräsidenten in Aurich, dass bis auf Weiteres keine sowjetischen Kriegsgefangenen zugewiesen werden können

Der Regierungspräsident

Aurich, den 6. März 1942.

An

den Herrn Landrat Norden.

Betr.: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen.

Nach einer Besprechung auf dem Landesarbeitsamt in Hannover bestehen zurzeit keine Aussichten auf Zuweisung russischer Kriegsgefangener. Ob und wann eine solche später möglich ist, hängt hauptsächlich davon ab, wann die in verschiedenen Lagern entstandenen ansteckenden Krankheiten erloschen sein werden und ob durch weiteren Zugang Kräfte freigemacht werden können. Von hier ist betont worden, dass die eigenartigen und schwierigen Entwässerungsverhältnisse Ostfrieslands wesentliche Gefahren und Schädigungen der Ernährungswirtschaft in diesem Jahre für verschiedene Küstengebiete wegen der rückständigen Räumungsarbeiten befürchten lassen. Das Landesarbeitsamt hält eine Überprüfung der früheren Anforderung von 260 Kriegsgefangenen für erforderlich, um den Einsatz auf das nach Lage der Verhältnisse unumgängliche Mass zu beschränken. Es empfiehlt, die Arbeiten abschnittsweise nacheinander vorzunehmen. Wenn irgend möglich, solle versucht werden, freie russische Arbeiter zuzuteilen, was einfacher sei als bei Kriegsgefangenen. Allerdings müssten auch diese ähnlich wie die Kriegsgefangenen untergebracht werden. Der kolonnenmässige Einsatz ist von 5 Mann ab möglich.

Ich ersuche um alsbaldige Prüfung in vorstehendem Sinne und Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt. Über das Ergebnis sehe ich baldigem Bericht entgegen.

**4.1.21 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig
vom 27. März 1942 zur Arbeitseinsatzlage**

Betr.: KG. und ausl. Arbeiter

Einsatz der russ. KG ist lediglich eine Ernährungsfrage. Zurzeit steht das Verhältnis noch von zwei zu einem deutschen Arbeiter. Vom Fleckfieber geheilte und den Betrieben wieder zur Verfügung gestellte KG-Russen wiegen nur noch durchschnittlich 80 Pfd., müssen also erst bis zum Einsatz gepflegt werden. Russ. KG durchweg willig und, wenn satt, leistungsfähig. Für feinere Arbeiten sind westliche Ausl. besser zu verwenden, diese sind aber nicht so einsatzfreudig und einsatzwillig. Unter den ziv. Ausländern werden mit den Polen die besten Erfahrungen gemacht. Franz. KG sind am willigsten beim Einsatz kleinerer und kleinster Einheiten.

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW21-8/5

**4.1.22 Mitteilung des Landrates in Verden, dass sowjetische Kriegs-
gefangene unter bestimmten Voraussetzungen auch einzeln in
landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt werden dürfen**

Der Landrat

Verden, den 13. April 1942

An die

Herren Bürgermeister im Kreise
einschl. Stadt Verden.

Betrifft: Einzeleinsatz sowjetrussischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft.

Nach einer Mitteilung der Geheimen Staatspolizei in Bremen, vom 4.5.42¹⁶, hat der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis X im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht im Auftrag des Wehrkreisbefehlshabers am 30. März 1942 angeordnet, dass mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft sowjetrussische Kriegsgefangene einzeln auf den Besitzungen in Arbeit eingesetzt werden können unter der Voraussetzung, dass

- a.) dieser Einzeleinsatz nur da erfolgt, wo er im wirtschaftlichen Interesse und zur vollen Ausnutzung der Arbeitskraft wirklich dringend erforderlich ist,
- b.) nur solche Gefangenen einzeln eingesetzt werden, nach deren bisherigem Verhalten der Einzeleinsatz vom Kompanieführer bzw. Abschnittsoffizier verantwortet werden kann,
- c.) der Einzeleinsatz nicht auf Besitzungen erfolgt, auf denen nur deutsche Frauen sind (hier muss innerhalb der Ortschaft vom Ortsbauernführer durch Umsetzung von deutschen Arbeitskräften Ausgleich geschaffen werden),
- d.) auch der einzeln eingesetzte Kriegsgefangene bei der Arbeit dauernd bewacht wird, d.h., dass sein Arbeitgeber oder eine zuverlässige deutsche Hilfskraft als Hilfswachmann verpflichtet und dementsprechend auch kenntlich gemacht wird,
- e.) der Einzeleinsatz nur im engsten Einvernehmen mit dem Ortsbauernführer, mit dem Hoheitsträger der Partei und mit der Polizei erfolgt.

¹⁶ So im Original

ORGANISATION UND DURCHFÜHRUNG DES ARBEITSEINSATZES

Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche, alle beim Einsatz sowjetrussischer Kriegsgefangener auftretenden Missstände umgehend der geheimen Staatspolizei – Aussendienststelle – in Verden zu melden.

LV

[Unterschrift]¹⁷

Gemeindearchiv Thedinghausen, Akte 14 Intschede

¹⁷ unleserlich

DOKUMENTE

4.1.23 Mitteilung des Arbeitsamtes Wilhelmshaven, dass der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener nur bei dringlichen und notwendigen Arbeiten erfolgen kann

Arbeitsamt Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, den 8.5.1942.

An das
Marine-Wasserwerk
Wilhelmshaven

Betrifft: Vermittlung von Kriegsgefangenen.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 1.5.1942 – B.-Nr. 1148/IV –.

Durch eine weitere Anspannung der Arbeitseinsatzlage ist nunmehr auch verfügt worden, dass russische Kriegsgefangene nur bei allerdringendsten und notwendigen Arbeiten anzusetzen sind. Das Gros dieser Kriegsgefangenen wird schlechthin in der Rüstungswirtschaft beschäftigt. Es wird mir also unter diesem Gesichtspunkt heute kaum möglich sein, für die Verlegung der von Ihnen vorgesehenen Wasserleitung russische Kriegsgefangene heranzubringen, zumal diese Arbeiten in die Dringlichkeitsstufe 1 aufgenommen sind. Ich bin jedoch gerne bereit, den Antrag weiterzugeben und übersende Ihnen als Anlage die hierzu notwendigen Formblätter, die von Ihnen ausgefüllt fünffach zurückgegeben werden müssen. Dabei ist es notwendig, dass die Unterkunft für die Kriegsgefangenen nach den Bestimmungen für den Einsatz russischer Kriegsgefangenen sichergestellt und von dem Kontrolloffizier abgenommen worden ist.

Im Auftrage

[Unterschrift]¹⁸

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 353 Nr. 399 T 65

¹⁸ unleserlich

4.1.24 Anforderung von sowjetischen Kriegsgefangenen für Arbeiten auf dem städtischen Müllabladeplatz in Bremen, Duckwitzstrasse

5. Juni 1942.

An das
Arbeitsamt
Bremen.

Betrifft: Einsatz russischer Kriegsgefangener.

Für den Arbeitseinsatz auf dem Müllabladeplatz des Amtes für Kanalisation und Abfuhrwesen in der Duckwitzstrasse ist der sofortige Einsatz von etwa 100 russischen Gefangenen notwendig geworden. Nachdem auf diesem Platz bereits im Jahre 1941 vorübergehend russische Kriegsgefangene beschäftigt waren, die infolge Erkrankung an Flecktyphus abgezogen wurden, sind diese Arbeiten von Strafgefangenen der Strafanstalt Oslebshausen geleistet worden. Die Strafanstalt teilt mir mit, dass die Strafgefangenen im Interesse des Strafvollzuges auf dem Müllabladeplatz nicht länger eingesetzt werden können. Sie hat ausnahmsweise noch gebilligt, dass die Gefangenen bis zum 14. Juni tätig sein dürfen. Im Interesse eines reibungslosen Verlaufes der notwendigen Arbeiten auf diesem Platz, die nicht unterbrochen werden können, muss schnellstens für Ersatzkräfte gesorgt werden. Ein Lager für Kriegsgefangene ist auf dem Müllabladeplatz hergerichtet worden.

Abgesehen von der Wichtigkeit dieser Arbeiten auf dem Müllabladeplatz in hygienischer Hinsicht möchte ich darauf hinweisen, dass neben der Einstampfung des Mülls eine Aussortierung wertvoller Materialien wie Metalle, Aluminium, Lumpen, Knochen usw. vorgenommen werden muss. Diese Materialien werden in grossen Waggons der Wirtschaft wieder zugeführt, womit auch die wehrwirtschaftliche Seite dieser Arbeiten beleuchtet werden soll.

Ich möchte Sie besonders dringend darum bitten, dass hier 100 russische Kriegsgefangene zugeteilt werden. Wie ich höre, erwarten Sie bereits Mitte dieses Monats einen grösseren Transport. Da der Einsatz der Strafgefangenen zu dem gleichen Zeitpunkt aufhört, würde eine bevorzugte Zuweisung aus diesem Transport dringend notwendig sein.

Ich erwarte Ihren Bescheid, wann ich mit der Zuweisung der Kriegsgefangenen rechnen kann.

Im Auftrage: [Unterschrift]¹⁹

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1370

¹⁹ unleserlich

DOKUMENTE

4.1.25 Bitte der Staatlichen Mooradministration Darlaten (Kreis Nienburg/Weser) um Aufhebung der Arbeitszeitbeschränkung für sowjetische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft

Staatliche Mooradministration
Darlaten

Darlaten, den 9. Juni 1942

An Herrn Regierungspräsidenten
Landwirtschaftliche Abteilung
in Hannover 1

Betrifft: Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener auf der Staatlichen
Mooradministration Darlaten.

Nachdem die der Administration im Herbst 1941 durch den Kreisbaumeister Ecker zur Verfügung gestellten Kriegsgefangenen am 14. April 1942, also kurz vor Beginn der Frühjahrsbestellung, wieder entzogen waren, wurde durch das Arbeitsamt in Nienburg a. W der Administration am 10. Mai 1942 ein Kommando von 30 sowjetischen Kriegsgefangenen zugewiesen. Diese durften jedoch laut Anordnung der Wachkompanie 4/680 in Stolzenau a. Weser zwecks Eingewöhnung in die Arbeit zunächst nur halbe Tage arbeiten. Diese Massnahme wurde bis zum 31. Mai durchgeführt, obwohl die anfallenden Arbeiten wie: hinter den Drillmaschinen hergehen, Eggen aufheben, Kartoffeln verlesen und in die Pflanzlöcher einwerfen, Mist laden und streuen, keine schweren Arbeiten sind und in bäuerlichen Betrieben vielfach üblicherweise von Frauen und Kindern ausgeführt werden. Die Folge dieser Massnahme war eine erhebliche Verzögerung der ohnehin zwangsläufig wegen gänzlichen Mangels an Arbeitskräften sehr verspätet ausgeführter Bestellungsarbeiten, sodass mit Höchsterträgen, besonders der Kartoffelernte, nicht zu rechnen ist. Ausserdem entsteht für den Betrieb dadurch ein beträchtlicher Schaden, dass Kartoffelhochzucht zur Vermehrung als Handelssaatgut beschafft worden ist, die für die Anerkennung vorgeschriebene Pflanzzeit jedoch weit überschritten ist, sodass mit Aberkennung des Saatgutes gerechnet werden muss.

Ab 1. Juni 1942 arbeitet das Kommando zwar länger, hört aber bereits iMi Stunden vor Schluss der für die deutschen Gefolgschaftsmitglieder geltenden Arbeitszeit auf, da es um 18 Uhr im Lager in Uchte sein muss, also um 17 Uhr bereits mit der Feldbahn von hier abtransportiert wird. Infolgedessen ergeben sich auch jetzt dauernd Betriebsstörungen, da die mit Gespannen oder Maschinen auszufüh-

renden Arbeiten, die mit Handarbeitskräften gekoppelt sind, vorzeitig aufgegeben werden müssen und für die bis Feierabend fehlende Zeit Umdispositionen erforderlich sind, die einen beträchtlichen Leerlauf im Betriebe verursachen.

Alle diesbezüglichen Verhandlungen der einschlägigen Reichsnährstandsstellen mit den in Betracht kommenden Wehrmachtsstellen (Kompanie Kommando des Stalag Nienburg) im Hinblick auf den Erlass des Reichsmarschalls, nach dem die Kriegsgefangenen ebenso lange arbeiten sollen wie es auch sonst in der Landwirtschaft üblich ist, sind erfolglos geblieben. Es hat den Anschein, als ob seitens der genannten Stellen ein Prestigekampf ausgefochten wird, aus dem die Wachkompanie als der stärkere Teil hervorgehen will; sehr zum Nachteil der Förderung der im Rahmen der Erzeugungsschlacht dringenden Aufgaben.

Da die Heuernte vor der Tür steht, bitte ich angesichts der völligen Verständnislosigkeit der unteren militärischen Dienststellen bei der zuständigen höheren Wehrmachtsdienststelle (etwa Wehrkreiskommando X in Hannover) von dort aus dringend dahin vorstellig zu werden, dass diese Arbeitsbeschränkung alsbald aufgehoben wird und die Arbeitszeit der Gefangenen der für den hiesigen Betrieb festgesetzten bzw. erforderlichen angeglichen wird.

Ferner bitte ich, dabei gleichzeitig die Frage zu klären, ob die Wachposten lediglich dazu eingesetzt sind, um ein Entweichen Gefangener zu verhindern, oder ob sie damit gleichzeitig ihren Einfluss daraus geltend zu machen haben, dass die Gefangenen auch zu arbeiten haben und nicht herumstehen. Bisher hat es den Anschein, als ob sie sich für den letztgenannten Zweck nicht für verpflichtet halten.

[Unterschrift]²⁰

Samtgemeinde Uchte, 2.4/29-41

20 unleserlich

4.1.26 Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, sowjetische Kriegsgefangene zeitweise anderen Arbeitgebern überlassen zu dürfen

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 18. Juni 1942.

An den
Herrn Regierungspräsidenten
– Landw. Abteilung –
Aurich
in Ostfriesland.

Betr. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Nachdem am 3. Mai 1942 der Rest der aus am 19. April 1942 zugewiesenen polnischen Kriegsgefangenen zu wichtigen Moorarbeiten abkommandiert war, – siehe Bericht vom 30.4.42 –, traf am 2. Juni 1942 ein Transport von 27 russischen Kriegsgefangenen ein. Die Gefangenen wurden sofort in das Lager im Schoonorther Polder gebracht und gleich am nächsten Tage bei dringenden Arbeiten eingesetzt.

Die Russen sind im Allgemeinen in keinem schlechten Ernährungszustand, so dass man ohne Weiteres eine gewisse Arbeitsleistung voraussetzen konnte. Diese Voraussetzung wurde bislang auch erfüllt. Die Leistungen der Russen sind nicht schlecht, auch der Arbeitswille lässt nichts zu wünschen übrig. Abgesehen von einem Gefangenen, der bereits während des Transports gestorben war, sind bislang keine Ausfälle eingetreten. Auch Krankheitsfälle waren bisher selten.

Die Verpflegung der Gefangenen und des 3 Mann starken militärischen Wachkommandos obliegt dem Domänenrent- und Bauamt. Sie bereitet einige Schwierigkeiten, aber trotzdem erhielt ich bei der letzten Lagerrevision auf meine Frage nach der Verpflegung die Antwort «Essen gut».

Bei der Fülle der vorliegenden Arbeiten ist die weitere Zuweisung von russischen Kriegsgefangenen sehr erwünscht. Ich habe deshalb bereits mehrfach mit dem Arbeitsamt Emden verhandelt. Sobald ein weiterer Transport eintrifft, soll ein Teil davon an das Schoonorther Lager abgegeben werden. Auch die Kreisleitung Norden-Krummhörn und die Kreisbauernschaft Norden sind an der Auffüllung des Lagers interessiert, da die Landwirtschaft in dringenden Fällen hin und wieder mit einem kleinen Arbeitskommando unterstützt werden kann. So habe ich z.B. dem Domänenpächter Steffens, Ernst-August-Polder, nach dem letzten Regen 10 Mann zum Aussetzen von Kohlpflanzen gegen Übernahme aller Unkosten einschl. La-

germierte überlassen. Ich bitte zu genehmigen, dass auch künftig in ähnlichen Fällen so verfahren werden darf.

[Unterschrift]²¹

Zustimmung des Regierungspräsidenten

Der Regierungspräsident.

Aurich, den 26. Juni 1942.

An das
Domänenrent- und Bauamt
Norden.

Ich billige durchaus, dass von den bei den Landgewinnungsarbeiten eingesetzten Kriegsgefangenen in dringenden Fällen der Landwirtschaft Arbeitskommandos gegen Übernahme der der Domänenverwaltung entstehenden Unkosten zur Verfügung gestellt werden.

Im Auftrag:

[Unterschrift]²²

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

21 unleserlich

22 unleserlich

4.1.27 Bitte des Forstamtes Axstedt (Kreis Wesermünde) um Ersatz für erkrankte bzw. geflohene sowjetische Kriegsgefangene

An die
Kommandantur d. Stalag X B
in Sandbostel,
über Bremervörde

5. Oktober 42

Betrifft: Austausch von Gefangenen.

Von den 20 Kriegsgefangenen des Lagers Karlshorst sind bekanntlich 2 Mann entflohen und 2 Mann an Tuberkulose erkrankt und arbeitsunfähig. Zur Auffüllung des Lagers bitte ich baldmöglichst 4 andere Gefangene zu schicken.

LV [Unterschrift]²³

Absage des Stalag X B Sandbostel

Kommandantur
Stalag X B,
Abtlg. IIa, Arbeitseinsatz.

Sandbostel, den 7. Oktober 1942.

An
den Preussischen Forstmeister,
Forstamt Axstedt, Axstedt
b. Osterholz-Scharmbeck.

Betr.: Austausch von Gefangenen.

Bezug: dort. Schreiben vom 5. ds. Mts.

Einsatzfähige sowj. Kgf. stehen im hiesigen Lager z.Zt. nicht zur Verfügung.

Der Kommandant
Im Auftrage: [Unterschrift]²⁴
Hauptmann

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 82 Osterholz Nr. 458

²³ unleserlich

²⁴ unleserlich

An
den Herrn Landesforstmeister
für den Reg.-Bezirk in Hildesheim

Infolge Telefonstörungen habe ich erst heute Morgen davon Kenntnis bekommen. Eine Mitteilung des Arbeitsamtes liegt ebenfalls nicht vor. Unter Bezugnahme auf die umseitig angeführte Verfügung, Absatz 1, melde ich diesen Vorfall.

[Unterschrift]²⁵

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

**4.1.29 Schreiben des Landrates in Nienburg/Weser über die Abgabe
sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Lager Balge an
Nachbargemeinden**

Der Landrat.

Nienburg, den 24. August 1943.

An
Herrn Behrmann
in Schweringen.

Das Lager in Balge ist zur Fertigstellung von Meliorationsarbeiten und zur Unterhaltung von bereits ausgebauten Vorflutanlagen errichtet worden. Die Arbeiten wurden vom Gebietsbeauftragten genehmigt, nachdem aufpäppelungsfähige²⁶ Russen gegen gesunde und voll arbeitsfähige sowj. Kriegsgefangene ausgetauscht worden waren. Die aufpäppelungsfähigen Kriegsgefangenen haben die Bauern aus Balge und Umgebung mit vielen geldlichen Opfern soweit in ihrer Arbeitskraft verbessert, dass sie allmählich den Anforderungen genügen. Es dürfte deshalb verständlich erscheinen, wenn diese Gefangenen nicht über den Kreis der beteiligten Gemeinden hinaus abgegeben werden sollen. Ausserdem liegen während der Ernte so starke Anforderungen seitens der beteiligten Bauern selbst vor, dass es schon aus diesem Grunde nicht angängig ist, an Nachbargemeinden oder in Gemeinden ausserhalb des Kreises Gefangene abzugeben. Ich bedaure deshalb, keinen Druck auf den Wasser- und Bodenverband Wurmgrabenniederung zur Abgabe von Kriegsgefangenen ausüben zu können und stelle anheim, sich an das zuständige Arbeitsamt Bassum zur Überlassung anderer Arbeitskräfte zu wenden.

[Unterschrift]²⁷

Kreisarchiv Nienburg/Weser, 66/188

26 Unterernährte sowjetische Kriegsgefangene wurden in die Landwirtschaft abgegeben, um mit zusätzlicher Verpflegung durch die Bauern die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen. Der Bauer, der solche Gefangenen aufnahm, hatte für die Dauer von zwei Monaten zwar Unterkunft und Verpflegung auf eigene Kosten zu stellen, blieb aber von der Zahlung der üblichen Vergütung an das zuständige Stammlager befreit. Nach Anordnung des OKW waren die Gefangenen nach Herstellung der Arbeitsfähigkeit bei den Bauern zu belassen. Siehe OKW betr. Abgabe nicht arbeitsfähiger sowjetischer Kriegsgefangener an landwirtschaftliche Unternehmer innerhalb des Reichsgebietes vom 19.2.1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 19/2109

27 unleserlich

4.1.30 Bericht des OKW/Abteilung Wehrmachtpropaganda über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Luftgau XI²⁸

OKW/WPr (IV C)

Berlin, den 17.12.1943.

GEHEIM!

Bericht über die vorgenommene Prüfung des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener im Bereich des Luftgaus XI vom 4. bis 17.12.1943.

Der Einsatz der Sowjet. Kriegsgefangenen als Hilfspersonal ist im Luftgau XI als mustergültig und richtungsweisend zu bezeichnen. Durch unermüdliche Kleinarbeit ist es hier gelungen, nach Überwindung z.T. schwieriger Verhältnisse in der überwiegenden Zahl der Batterien und anderen Stellungen voll befriedigende Zustände zu schaffen. Die Einsatzfreudigkeit der Russen ist so gestiegen, dass aus gedrückten und passiven Kriegsgefangenen vollwertige Soldaten geworden sind. Durch die hier erfolgte richtige Behandlung konnte eine wesentliche Leistungssteigerung bei den Kriegsgefangenen erzielt werden. Obgleich bei den Unterkünften der Stacheldraht fehlt und nachts die Kgf. nicht eingeschlossen werden, sind bisher keine Fluchten gemeldet worden, Sprachschwierigkeiten spielen kaum eine Rolle, die Kgf. lernen leicht die deutschen Kommandos und wenden sie dann selbst an. In einer Scheinwerferbatterie haben die Kgf. die Bedingungen für das Flak-kampfabzeichen erfüllt. In einer anderen Batterie basteln die Kgf. in der Freizeit Spielzeuge; sie baten darum, regelmässig zur Winterhilfe spenden zu dürfen. Während der Luftangriffe auf Hamburg haben die Kgf. freiwillig aufopfernd gearbeitet. Allein eine Gruppe rettete 30 Kinder und Frauen.

Die im Luftgau angewandten Methoden beweisen, dass bei richtiger Behandlung der sowj. Kgf. als vollwertiger Hilfskanonier eingesetzt werden kann.

Die Behandlung und Stellung der Sowjet. Kgf. bei Luftwaffenweinheiten im Luftgau XI ist durch einen grundsätzlichen Befehl des Befehlshabers geregelt. Eine Sonderkommission bestehend aus einem deutschen Offizier, zwei Offizieren

²⁸ Der Luftgau XI umfasste im Wesentlichen die Hansestädte Hamburg und Bremen, die Provinz Schleswig-Holstein, Mecklenburg, die Regierungsbezirke Aurich, Lüneburg und Hannover (nördlicher Bereich), das Land Oldenburg und seit dem Frühjahr 1940 auch Dänemark. Sitz des Luftgaukommandos XI war Hamburg (Stand 1943).

der ROA²⁹ als Propagandisten und zwei Dolmetschern, besucht fortlaufend jede Einheit im Luftgaubereich. Der deutsche Offizier belehrt in Vorträgen die Unterführer über die Behandlung der sowj. Kgf., während die Propagandisten der ROA sich von den Lebensbedingungen der Kgf. überzeugen und die zersetzenden Elemente aussondern. Auf Grund der Feststellungen der Kommission wird lt. Befehl da, wo es notwendig erscheint, rücksichtslos durchgegriffen, ungeeignete Russenbetreuer werden abgelöst. Veranlasst durch die Tätigkeit der Kommission wurden bisher von den deutschen Mannschaften und Unterführern 3 bestraft und 15 abgelöst; von den Kgf. wurden 3 erschossen, 30 zur Abgabe an ein Straflager gemeldet, 35 dem Strafbauzug des Luftgaues überwiesen und 100 als politisch verdächtig zur Beobachtung empfohlen.

Die so eingesetzten Propagandisten der ROA zeigten sich ihrer Aufgabe gewachsen, und ihre unermüdliche Arbeit verdient die grösste Anerkennung. Die von ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Kommission ausgesuchten Propagandisten-Anwärter sind mit Abstand die besten Flakhilfsmannschaften. Darüber hinaus entgehen ihnen selten getarnte Kommunisten. Es hat sich wiederum erwiesen, dass am leichtesten derjenige den Bolschewisten erkennen und durchschauen kann, der selbst in der Roten Armee gedient hat und in der SU. aufgewachsen ist. Die Ansprachen der Propagandisten verhindern ferner, dass die Kgf. nach dem Besuch der Kommission Forderungen stellen. Wenn trotzdem vereinzelt solche Fälle vorkamen, lag die Schuld an den deutschen Vorgesetzten, die kurz vor der Ankunft der Kommission schnell noch Übelstände abzustellen versuchten und dadurch vor allem ihr eigenes Ansehen schädigten. Jede Batterie hat einen Russenbetreuer, der dafür sorgt, dass die im Merkblatt 109 befohlenen Bedingungen erfüllt werden. Jede Division hat zwei hauptamtlich eingesetzte Dolmetscher, die in dauernden Kontrollreisen erstellen, in wieweit die Beanstandungen der Kommission abgestellt wurden.

Es erweist sich immer wieder, dass noch so scharfe Befehle betr. Russenbehandlung sinngemäss richtig ausgeführt werden, wenn der betr. Einheitsführer die Sachlage von innen heraus richtig erfasst hat und aus Überzeugung mitarbeitet. Die ausserordentliche Gefahr der Vertiefung des Bolschewismus unter den Kgf. und Ostarbeitern durch falsche Behandlungsmethoden wird noch zu wenig erkannt. Man vergisst leicht, dass hier nicht nur eine mehr oder weniger gute Arbeitskraft auszunutzen ist, sondern dass in jedem Sowjet. Kgf. eine ihm eingepflanzte zersetzende Idee schlummert. Sache der deutschen Führung ist es, diese

29 ROA: Russische Befreiungsarmee – nach ihrem Kommandeur auch Wlassow-Armee genannt. Die ROA war ein russischer Freiwilligenverband, der ab Ende 1944 auf der deutschen Seite kämpfte.

ORGANISATION UND DURCHFÜHRUNG DES ARBEITSEINSATZES

Idee zu ersticken und ihre verhängnisvolle Entfaltung durch Gegenpropaganda zu verhindern. Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied mit schwersten Folgen, ob sich in den Millionen fremder Arbeitskräfte der Kommunismus verbreitet oder ob ihm langsam der Boden entzogen wird. Dass es unzureichend ist, Kgf. in Marsch zu setzen und ihre Behandlung lediglich durch Merkblätter zu steuern, beweist der Arbeitsbericht der Kommission.

Es wird deshalb die allgemeine Einführung entsprechender Kommissionen vorgeschlagen.

Vd.R.d.R.

gez. v. Irmer

[Unterschrift]³⁰

Hauptmann.

Bundesarchiv Berlin, R 6!95

³⁰ unleserlich

4.1.31 Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, von der Umsetzung eines Kriegsgefangenen Abstand zu nehmen

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 29. März 1944

An
das Arbeitsamt
Emden

Betr.: Umsetzung des sowjetrussischen Kriegsgefangenen Alexander Gumlow E
Nr. 132 865 vom Lager Schoonorther Polder zum Lager Osteel.

Bei der heutigen Revision des Kriegsgefangenenlagers Schoonorther Polder wurde mir von dem zuständigen Kommandoführer mitgeteilt, dass der Kriegsgefangene Gumlow auf Anordnung der Landeschützen Kompanie Norden zum Lager Osteel umgesetzt werden solle. Auf Rückfrage bei der Kompanie teilte mir Herr Hauptmann Taubert mit, dass die Umsetzung auf Veranlassung des Arbeitsamts Emden erfolge. Dies wurde mir von Herrn Hillers bestätigt. Zu der Umsetzung ist Folgendes zu bemerken:

Gumlow ist vorwiegend in dem landwirtschaftlichen Administrationsbetrieb des Domänenrent- und Bauamts beschäftigt. Der Administrationsbetrieb umfasst eine Nutzfläche von rd. 400 ha, auf der über 1.100 Stück Tiere weiden. Für diesen Betrieb ist Gumlow speziell ausgebildet worden, sodass er unter Leitung des Hirten selbstständig arbeiten kann. Zwischendurch ist Gumlow in dem landwirtschaftlichen Betrieb des Siedlers Fischer, Cirksenapolder, dessen Inhaber Soldat ist, beschäftigt. Im Interesse einer geregelten Durchführung der staatlichen Weidewirtschaft und auch im Interesse der alleinstehenden Frau Fischer bitte ich daher dringend, von einer Umsetzung des Kriegsgefangenen Gumlow abzusehen. Ich bin bereit, einen anderen Gefangenen, der auch über landwirtschaftliche Kenntnisse verfügt, dessen Umsetzung sich aber nicht so störend in unserem Betriebe bemerkbar macht, gegen einen Insassen des Lagers Osteel auszu tauschen.

Mit Einwilligung von Herrn Hillers habe ich die Landeschützenkompanie gebeten, bis zur dortigen Entscheidung in dieser Angelegenheit die Umsetzung zurückzustellen.

[Unterschrift]³¹

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 288

4.1.32 Mitteilung des Stalag XI B Fallingbostal, dass im Lager keine einsatzfähigen Kriegsgefangenen mehr zur Verfügung stehen

Kriegsgefangenen-
M.-Stammlager XIB
Fallingbostal (20)

Fallingbostal, den 21. April 1944

An den
Preuss. Landforstmr. Regierungsforstamt Hildesheim
in Hildesheim

Betr.: Gestellung von sowj. Kr.-Gef.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 17.4.44 – Zeichen G XX1 a

Kgf.M.-Stammlager ist nicht in der Lage, für die ausgefallenen sowj. Kr.-Gef. Ersatz zu stellen, da z.Zt. einsatzfähige Kr.-Gef. im Lager nicht verfügbar sind. Es ist nur möglich, erkrankte Kr.-Gef. nach ihrer Gesundung wieder zurückzugeben, vorausgesetzt, dass sie wieder einsatzfähig werden.

Es wird gebeten, Nummern und Namen der wegen Krankheit eingelieferten Kr.-Gef. hierher mitzuteilen, um festzustellen, ob und wann sie wieder einsatzfähig werden.

[Unterschrift]³²

Oberst und Kommandant.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

32 unleserlich

**4.1.33 Mitteilung des Arbeitsamtes Goslar über die Rückführung
genesener Kriegsgefangener aus dem Lazarett in die Arbeitsstellen**

Arbeitsamt Goslar

Goslar, den 11. Mai 1944
Jürgenweg 8

An den
Preuss. Landesforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim
Hildesheim

Betrifft: Einsatz von Kriegsgefangenen

Vorgang: Ihr Schreiben vom 17.4.44 G XX.i.a

Auf das an die Kommandantur des Stalags XI B gerichtete und mir in Abschrift übersandte Schreiben vom 17.4.44 teile ich Ihnen mit, dass bestimmungsgemäss die als krank den Lazaretten zugeführten Kriegsgefangenen nach ihrer Genesung ihren alten Arbeitsstellen wieder zuzuführen sind. Das Forstamt Oderhaus kann daher kurz oder lang mit der Rückführung dieser Kriegsgefangenen rechnen. Für geflüchtete und durch Tod abgegangene Kriegsgefangene wird vom Stalag Ersatz nicht gestellt, weil den mir vorliegenden Berichten zufolge z.Zt. keine einsatzfähigen Kriegsgefangenen im Mannschaftsstelllager zur Verfügung stehen.

Im Auftrag
[Unterschrift]³³

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

³³ unleserlich

**4.1.34 Anweisung des Wehrkreiskommandos X an das Forstamt Varel zur
Unterbringung von beim Ersatzheer beschäftigten sowjetischen
Kriegsgefangenen im Lager Bockhorn**

Abschrift

Stellvertretendes Generalkommando
X. Armeekorps
(Wehrkreiskommando X)
Gruppe Wehrkreiskraftoffizier

Hamburg, den 7.6.1944.

Betrifft: Einsatz von im Ersatzheer beschäftigten russischen Kgf. bei der
Gewinnung von Tankholz für die Wehrmacht.

An

Gruppe IV c

im Hause mit 1 N.A.

Forstamt Varel

Varel i.O.

Nachr.: Holz- und Forstwirtschaftsamt Hamburg-Altona, Palmaille Kdr. d.
Kriegsgefangenen X Hamburg.

Gruppe IV c wird gebeten, das Heimat-Pferdelazarett 110. Verden a/Aller, anzuweisen, von den dort beschäftigten Sowjet. Kgf. 10 Mann und 1 Wachmann zwecks Einschlag von Waldholz zum Forstamt Varel i/Oldbg. so in Marsch zu setzen, dass sie dort am Montag, den 12.6.1944 morgens eintreffen.

Seitens des Forstamtes Varel werden die Mannschaften zum Lager Bockhorn in Marsch gesetzt. Unterbringung und Verpflegung erfolgt durch das Forstamt Varel.

Nach Beendigung des Einschlages von 1.500 rm Waldholz werden die Mannschaften zum Heimat-Pferdelazarett 110 zurückversetzt.

Für das stellv. Generalkommando

Der Chef des Generalstabes

J.A.

gez. Unterschrift

DOKUMENTE

Forstamt Varel

Varel, den 9. Juni 1944

Abschrift gelangt an das
Revier Neuenburg

[Unterschrift]³⁴

zur Kenntnis.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, Best. 211 Nr. 779

³⁴ unleserlich

**4.1.35 Mitteilung des Forstamtes Varel über die Gründe, warum eine
Unterbringung im Lager Bockhorn nicht möglich ist**

Forstamt Varel.

Varel, den 15. Juni 1944

K. Hd. an den Herrn
Landforstmeister in Oldenburg

zur Kenntnis

Der Führer der Landes-Schützen Komp. Varel hat die Überweisung der 10 russischen Kriegsgefangenen verweigert, weil diese hier nicht in einem Lager für sich untergebracht werden können. Sie dürfen nicht mit anderen Kriegsgefangenen zusammen untergebracht werden, weil ihnen als von und bei der Wehrmacht Beschäftigten höhere Verpflegung, Löhnung usw. zustände, sie müssten also streng von den anderen russischen Kriegsgefangenen geschieden sein.

Wenn die Wehrmacht der Forstverwaltung keine Kriegsgefangenen stellt, kann sie m.E. auch keinen Anspruch auf Lieferung von Generatorholz machen.

[Unterschrift]³⁵

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, Best. 211 Nr. 779

4.1.36 Mitteilung des Landforstmeisters in Oldenburg, dass der Sondereinschlag von Generatorholz durch die beim Ersatzheer eingesetzten Kriegsgefangenen aufgrund fehlender Unterkunftsmöglichkeiten nicht durchgeführt werden kann

Der Ldfm.³⁶

O., 22.6.1944.

1. An das Forst- und Holzwirtschaftsamt Hamburg-Altona.

Betr.: Sondereinschlag von Generatorholz durch die Wehrmacht. Auf Verf. vom 16.6.1944, F IC-/44 Az. RA.10.12

Gemäss angezogener Verfügung sollten für den Sondereinschlag von Generatorholz durch die Wehrmacht im Forstamt Varel 10 sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt werden und mit 1 Wachmann gemäss Anordnung des Stellvertretenden Generalkommandos X. A. K. durch das Heimat-Pferdelazarett no in Verden gestellt werden.

Der Führer der Landesschützenkompanie in Varel hat die Überweisung der Kriegsgefangenen mit der Begründung verweigert, dass dieselben nicht zusammen mit anderen sowjetischen Kriegsgefangenen untergebracht werden dürften, da sie als von und bei der Wehrmacht Beschäftigte höhere Verpflegung, Löhnung usw. erhielten.

Da in Bockhorn nur 1 Lager für sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung steht und eine Trennung der beiden Kategorien Kriegsgefangener dort nicht möglich ist, wird gebeten, beim Stellvertretenden Generalkommando X. A. K. um Überweisung von Kriegsgefangenen vorstellig zu werden, für die der erwähnte Vorbehalt nicht gestellt wird.

Die Aufbringung der Umlage an Generatorholz für die Wehrmacht ist mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht möglich.

[...]

[Unterschrift]³⁷

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, Best. 211 Nr. 779

³⁶ Landforstmeister

³⁷ unleserlich

4.1.37 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhanover-Braunschweig über die Abgabe von sowjetischen Kriegsgefangenen an die Luftwaffe

Der Präsident des Gauarbeitsamts
und
Reichstreuhänder der Arbeit
Südhanover – Braunschweig

Hannover S, den 17. Juli 1944
Alte Dohrener Strasse 15

An das

Regierungsforstamt bei der Regierung in Hildesheim z. Hd. v. Herrn Oberforstmeister

Dr. Klamroth

Hildesheim

Betr.: Einsatz von Sowjetkriegsgefangenen an die Luftwaffe.

Im Zuge der Abgabe Sowjetkriegsgefangener an die Luftwaffe müssen in meinem Bezirk noch 44 Sowjetkriegsgefangene gegen Exlegionäre ausgetauscht werden. Bislang habe ich in dieser Aktion die Forstverwaltung im Hinblick auf die vordringlichen Holzeinschlagsarbeiten verschonen können. Da mir aber in anderen Wirtschaftszweigen keine Möglichkeit mehr zur Auswechslung gegeben ist, bin ich genötigt, für diese Restabgabe von 44 Mann die Forstverwaltung in Anspruch zu nehmen. Hierfür kämen nach Prüfung der Angelegenheit die Arbeitskommandos 3386 in Fohlenplacken mit 19 und das Arbeitskommando 3337 Forstamt Stadtoldendorf mit 26 Sowjetkriegsgefangenen in Frage. Ich bitte Sie, infolge der Eilbedürftigkeit mir möglichst umgehend Ihre Zustimmung mitzuteilen, dass diese beiden Arbeitskommandos Zug um Zug gegen andere Sowjetkriegsgefangene (Exlegionäre) ausgewechselt werden. Bei den Exlegionären handelt es sich um vollarbeitsfähige und durchaus brauchbare Kräfte.³⁸ Ich wäre für baldgefl. Mitteilung dankbar.

Im Auftrage:

[Unterschrift]³⁹

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

38 Exlegionäre waren Kriegsgefangene, die sich freiwillig für den Dienst in den «Ostlegionen» der Wehrmacht zur Verfügung gestellt hatten und – zumeist aus disziplinarischen Gründen – wieder ausgeschlossen worden waren.

39 unleserlich

4.1.38 Ablehnung des Stalag XI B Fallingbostal, sowjetische Offiziere in der Forstwirtschaft einzusetzen

Kriegsgefangenen-
M.-Stammlager XI B
Fallingbostal

Fallingbostal, den 1. August 1944.

Herrn
Forstmeister Lambrecht
Clausthal-Zellerfeld,

Betr.: Einsatz Sowjet. Offiziere in der Forst.

Gelegentlich der Besichtigung des Arb. Kdos. 3601 Clausthal kam der Einsatz Sowjet. Offiziere in der Forst zur Sprache. Ich sagte nochmalige Überprüfung dieser Frage zu.

Bei aller Rücksichtnahme auf die vordringliche Arbeit der Forstverwaltung kann ich einen Einsatz von sowjetischen Offizieren – auch nicht den von Überläufer-Offizieren – nicht gutheissen, weil auf einem anderen Arb. Kdo., auf dem 22 Offiziere die früher schon zu den deutschen Ostlegionen gehört haben, geflohen sind, obwohl eine Überwachung dort sehr viel leichter war als in der Forst. Ich sehe mich deshalb nicht in der Lage, dem Kommandeur der Kriegsgefangenen den Einsatz zu empfehlen.

Dagegen kann ich Ihnen heute mitteilen, dass aus dem Osten ein Transport Sowjet. Kr. Gef. eingetroffen ist, der zu einem Teil dem Gau-Arb. Amt Südhannover-Braunschweig zur Verfügung steht. Vielleicht ist es möglich, die benötigten Arbeitskräfte durch Zuweisung vom Gau-A.A. zu erhalten. Ich empfehle Ihnen, sich dieserhalb mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen.

gez. Tscherny.
Oberst und Kommandant.

4.1.39 Beschwerde des Forstamtes Knobben in Uslar über den ständigen Austausch der Gefangenen im Lager Vahle (Kreis Northeim)

Der Preuss. Forstmeister
des Forstamtes Knobben
Uslar

Uslar, den 8. Februar 1945.

An den
Herrn Preuss. Landforstmeister, Regierungsforstamt Hildesheim,

Sarstedt b/Hannover.

Betrifft: Besetzung des Lagers Vahle.

Nach Errichtung des Gefangenenlagers Vahle wurde dasselbe mit 30 Kriegsgefangenen (Ukrainer) besetzt. Obwohl die Revierförsterei Vahle einen durchschnittlichen Einschlag von etwa 7-9.000 fm Buche hat und nur noch über einen Waldarbeiter und 2 Invaliden verfügt, wurden nach kurzer Zeit der Belegung 14 Kriegsgefangene abgezogen. In dem Lager wurde eine Schuh-u. Instandsetzungs-Werkstatt eingerichtet und der Betrieb lief, trotz der Jugendlichkeit der Gefangenen einwandfrei.

Gegen den hiesigen Einspruch wurden die Russen alsdann nach dem Harz versetzt, zu einer Zeit, wo wegen der Schneeverhältnisse dort kaum gearbeitet werden konnte, während hier der Einschlag in den Starkholz-Buchen ständig weiterging. Nach mehreren Monaten wurde das Lager, da dort eingesehen wurde, dass der Einschlag mit den wenigen Arbeitskräften nicht geschafft werden konnte, mit den scheinbar schlechtesten Russen des Forstamts Sieber (14 Mann) belegt. Die Leistung war ganz gering.

Nach mehreren Wochen wurde das Lager wieder geräumt, die Russen kamen nach Torfhaus im Harz.

Nun stand das Lager längere Zeit leer und wurde im Herbst 1944 mit Civil-Polen aus der Landwirtschaft belegt. Diese hatten sich leidlich eingearbeitet, als angekündigt wurde, dass sie durch Italiener ersetzt werden sollten. Die Italiener sollten in Peine abgeholt werden. Im letzten Augenblick wurde dies rückgängig gemacht und 16 Mann sollten aus Northeim abgeholt werden, der Rest aus Hildesheim. Zwei Tage lang war ein Mann unterwegs und kehrte unverrichteter Sache zurück, da das Arbeitsamt Hildesheim von nichts etwas wusste.

DOKUMENTE

Nunmehr kam der telefonische Anruf aus Sarstedt und es wurde mitgeteilt, dass die Italiener wieder fortkommen und durch Russen ersetzt werden sollen.

Ich halte mich für verpflichtet, die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen, da es vollständig unmöglich ist bei einem derartig ständigen Wechsel eine auch nur einigermaßen zufriedenstellende Leistung zu erreichen, die gemäss Ministerialerlass unbedingt gefordert werden soll. – Das Ernährungsamt macht auch schon Schwierigkeiten, da die Zuteilung der Lebensmittelkarten nach der Anmeldung selten mit der tatsächlichen Zahl der überwiesenen Arbeitskräfte übereinstimmt. Ich verzichte lieber auf die Belegung des Lagers als den ständigen Wechsel der Arbeitskräfte in Kauf zu nehmen, bei dem die Leistung doch nur ganz gering sein kann.

[Unterschrift]⁴⁰

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306

40 unleserlich

4.2 Unterbringung der Gefangenen

4.2.1 Vermerk des Landrates in Westerstede über die Besichtigung sowjetischer Arbeitskommandos im Landkreis Cloppenburg und geplante Lager im Landkreis Ammerland

Vermerkt, Westerstede, den 9. Dezember 1941.

Abschrift.

Am 8. Dezember 1941 habe ich mit Bürgermeister Gehrels und Oetken nach Rücksprache mit Landrat Münzebrok die Russenlager in der Gemeinde Garrel besichtigt. Hier sind schon 7 Lager eingerichtet mit einer durchschnittlichen Besatzung von 40 Mann. Auf je 10 Russen kommt ein Landesschütze als Bewachung.

Die Einrichtung der Lager soll primitiver als die für andere Kriegsgefangene sein. Es genügt beispielsweise der Ausbau eines Schweinestalls oder einer Scheune. Der Raum für die deutschen Bewachungssoldaten muss in unmittelbarer Nähe des Lagers liegen. An Einrichtungsgegenständen sind erforderlich für jeden Gefangenen: 1 Strohsack, ferner 2 wollene Decken, 1 Essnapf, 1 Löffel, evtl. Messer und Gabel, die aber abgegeben werden müssen, weil die Gefahr besteht, dass Messer und Gabel zu Ausbruchversuchen missbraucht werden. Die Einrichtung des Lagers muss vorher mit dem zuständigen Kompanieführer des Landesschützenbataillons in Zwischenahn Hauptmann Bertram abgesprochen werden, da jedes Lager militärischerseits gutgeheissen werden muss.

Aufgrund der uns in Garrel gegebenen Informationen beabsichtigt Bürgermeister Oetken in Jeddelloh I ein Lager einzurichten. Dies Lager soll in dem Haus untergebracht werden, in dem jetzt Franzosen sind. Die Franzosen sollen in der gegenüberliegenden Wirtschaft Kreye untergebracht werden. Ww. Kreye ist hiermit einverstanden.

Bürgermeister Gehrels will in Ohrwege ein Lager einrichten. Er beabsichtigte anfangs, in der Mannschaftsunterkunft der unbenutzten Flakbatterie die Russen unterzubringen, dies ist aber vom Luftgaukommando abgelehnt worden. Bürgermeister Gehrels muss also mit Hilfe der Bauern in Ohrwege ein geeignetes Unterkommen ausfindig machen.

Ein weiteres Lager wird noch in Apen und einer der Westersteder Moorkolonien Tarbarg/Hollriede einzurichten sein.

DOKUMENTE

Beglaubigt: gez. Dr. Hartong.

Der L a n d r a t

Westerstede, den 9. Dezember 1941.

Herrn Kreisbaumeister Stührenberg gemäss mündlicher Besprechung.

[Hartong]

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 231-2 A Nr. 1517

4.2.2 Schriftwechsel zwischen dem Bürgermeister der Stadt Bückeburg, dem Stalag XI B Fallingb. und der Firma Harmening in Bückeburg zur Einrichtung eines Lagers für sowjetische Kriegsgefangene auf dem Gelände des Maschvorwerks

Der Bürgermeister

Bückeburg, den 19. Februar 1942.

Herrn
Hauptmann Eilers,
Kontrolloffizier,
Wunstorf.

Sehr geehrter Herr Hauptmann!

Bezugnehmend auf unser Ferngespräch von heute Vormittag bestätige ich Ihnen, dass ich gegen die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers für bolschewistische Kriegsgefangene auf dem bisher durch eine Flachsfabrik genutzten Gelände des ehemaligen Gutshofes Maschvorwerk Einspruch einlegen muss und zwar aus folgenden Gründen:

1. Eine wirksame Überwachung der Kriegsgefangenen, insbesondere der wirksame Gebrauch von Schusswaffen bei Ausbruchversuchen, ist wegen des unübersichtlichen Geländes in keiner Weise gewährleistet. Die massiven Mauern, der in unmittelbarer Nähe gelegene Bahndamm der Strecke Köln-Berlin, die Einfriedigung und das Buschwerk des westlich gelegenen Sportplatzes, das östlich und südlich des Geländes belegene Wohngebiet behindern so sehr die Übersicht, dass Fluchtversuche dadurch begünstigt werden. Insbesondere verweise ich hierbei auf den nahegelegenen Bahndamm sowie den Personen- und Güterbahnhof.
2. Die Belegung des Geländes mit bolschewistischen Kriegsgefangenen, die allgemein als heimtückische Verbrecher gewertet werden, würde in der Zivilbevölkerung Beunruhigung hervorrufen. Die Rücksicht auf die Gefühle der Zivilbevölkerung verbietet nach meiner Auffassung die Errichtung eines solchen Lagers.
3. Am Ausschlaggebendsten dürfte aber die Tatsache sein, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft ohne sichtbare Trennung in dem Gebäude der Jugendherberge und des Jugendheimes ein Reservelazarett befindet. Ich halte es nicht für vertretbar, dass unsere verwundeten Soldaten mit bolschewistischen Verbrechern Seite an Seite wohnen sollen, die ihnen ihre gesunden Knochen zerschossen haben. Der Standortarzt und Chefarzt des hiesigen Reservelazaretts, Herr Oberstabsarzt Dr. Engelhardt, teilt meinen Standpunkt. Er hat inzwischen ge-

gen die Errichtung eines Gefangenenslagers auf Maschvorwerk bei mir schriftlich Einspruch eingelegt.

Diese meine ablehnende Stellungnahme soll nun aber in keiner Weise die Interessen der hiesigen Industriebetriebe schädigen. Im Gegenteil bin ich ausserordentlich interessiert daran, dass die Produktionskapazität der Karosseriefabrik Harmening und der Fubag⁴¹ im höchstmöglichen Masse ausgeschöpft wird, und dass die bisher von der Flachsfabrik genutzten Räume durch die Karosseriefabrik Harmening in Bewirtschaftung genommen werden. Die Bolschewisten müssten also in einem Lager untergebracht werden, das sich im offenen Felde befindet, selbst wenn man einen längeren An- und Abmarsch dabei in Kauf nehmen müsste. Die gegen diesen Umstand geltend gemachten Bedenken der Karosseriefabrik Harmening, dass dadurch die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen behindert würde, kann ich unter keinen Umständen anerkennen. Ich erinnere daran, dass die Arbeitsmädchen des Arbeitsdienstlagers Bergdorf teilweise auch einen Anmarschweg von einer Stunde zu ihrer Arbeitsstelle haben, dass die Entfernung der Wohnlager des männlichen Arbeitsdienstes zu den Arbeitsplätzen oft ungleich weiter ist, von den unvorstellbaren Leistungen unserer Soldaten im Osten ganz zu schweigen. Als Platz für ein Gefangenenslager käme das Wiesengelände nördlich der Masch an der sogenannten Bürgerdammstrasse in Betracht.

[Unterschrift]⁴²

41 Gemeint ist hier die Wubag Maschinenfabrik und Isolierrohrwerk AG in Bückeburg.

42 unleserlich

UNTERBRINGUNG DER GEFANGENEN

Harmening
Hermann Harmening Karosseriefabrik Bückeburg

Bückeburg, den 24.02.1942

An den
Herrn Bürgermeister der Stadt Bückeburg
Bückeburg

Betreff: Unterbringung von russischen Kriegsgefangenen.

Vom Kommando des Rüstungsbereichs, Hannover, erhielten wir vor einiger Zeit ein Rundschreiben, in dem angefragt wurde, ob bei uns die Möglichkeit zur Verwendung von russischen Kriegsgefangenen bestünde. Es wurde hierbei darauf hingewiesen, dass der Einsatz dieser Kriegsgefangenen im Interesse der Sicherstellung der Rüstungsproduktion dringend erwünscht sei. Wir haben daraufhin dem Kommando des Rüstungsbereichs mitgeteilt, dass bei uns die Möglichkeit besteht, etwa 100 russische Kriegsgefangene in die Fabrikation einzusetzen und unterzubringen. Die Unterbringung ist beabsichtigt in der von der Landesregierung Schaumburg-Lippe ab 1.4.42 gepachteten Flachsfabrik in Bückeburg.

Am 19.2. besuchte uns Herr Hauptmann Eilers vom Kriegsgefangenenlager in Fallingb. zwecks Besichtigung der örtlichen Verhältnisse. Er stellte fest, dass die Flachsfabrik sowohl zur Unterbringung, als auch zur Beschäftigung der russischen Kriegsgefangenen gut geeignet sei, und forderte uns auf, Ihre Zustimmung hierzu einzuholen.

Wir bitten Sie, uns diese Zustimmung zu erteilen.

Ein gleiches Schreiben geht heute an den Herrn Landrat des Kreises Bückeburg in Bückeburg.

Heil Hitler!
Hermann Harmening
Karosseriefabrik

[Unterschrift]⁴³

DOKUMENTE

Kommando des Rüstungsbereichs
Hannover

Hannover, den 12. März 1942
Adolf-Hitler-Platz 3

Betr.: Unterbringung sowj. Kriegsgefangener für Fa. Hermann Harmening,
Bückeburg

An den
Herrn Bürgermeister der Stadt Bückeburg
Bückeburg

Die o. a. Firma hat dem Rü. Kdo. vom 2.3.42 mitgeteilt, dass sie in der ehemaligen Flachsfabrik in Bückeburg die Errichtung eines Lagers für sowj. Kriegsgefangene plant. Gegen diesen Plan seien von Ihnen, wie auch von dem Landrat des Kreises Bückeburg Bedenken erhoben worden, dagegen habe der zuständige Kontroll-Offizier des Stalag zugestimmt.

Das Kdo. ist von der Firma gebeten worden, sie in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Hierzu ist das Rü. Kdo. aus folgenden Gründen bereit:

- 1 .) Die Rüstungsbetriebe sind darauf angewiesen, demnächst sowj. Kriegsgefangene in grossem Umfange einzusetzen, um das Absinken der Fertigung unter allen Umständen zu vermeiden. Betriebe, bei denen sowj. Kriegsgefangene bereits eingesetzt sind, haben mit diesen gute Erfahrungen gemacht.
- 2 .) Die betreuenden Dienststellen haben die Rüstungsbetriebe wiederholt aufgefordert, sich mit der Frage der Unterbringung unter persönlicher Verantwortung des Betriebsführers zu befassen.
- 3 .) Für die Unterbringung kommen in erster Linie vorhandene Räumlichkeiten (leerstehende Lager, Betriebsräume usw.) in Frage. Die Beschaffung von Baracken stösst in steigendem Mass auf Schwierigkeiten aus Gründen, die dort genügend bekannt sein dürften. Baracken dürfen nur errichtet werden, wenn keinerlei andere Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden sind.
- 4 .) Der Kontroll-Offizier des Stalag, Hptm. Eilers, hat dem Kdo. fernmündlich mitgeteilt, dass das in der ehemaligen Flachsfabrik vorgesehene Lager sehr günstig und abwehrmässig in Ordnung sei.

Das Rü. Kdo. hat Verständnis für die von Ihnen geäusserten Bedenken, glaubt aber, dass diese in der jetzigen Zeit zurückgestellt werden müssen und bittet, die Fa. Harmening als einen mit kriegswichtigen Aufträgen belegten Rüstungsbetrieb bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in jeder Hinsicht zu unterstützen. Im Auftrage:
[Unterschrift]⁴⁴

44 unleserlich

Harmening

Bückeburg, den 19. März 1942

Hermann Harmening Karosseriefabrik Bückeburg

An den

Herrn Bürgermeister der Stadt Bückeburg

Bückeburg

Betreff: Unterbringung von russischen Kriegsgefangenen

Wir kommen zurück auf den Schriftwechsel betreffs Unterbringung russischer Kriegsgefangener und teilen Ihnen mit, dass wir während Ihrer Erkrankung Gelegenheit hatten, mit dem Herrn Landrat des Kreises Bückeburg über diesen Punkt schon Rücksprache zu nehmen. Selbstverständlich sind wir auch bereit, sobald Ihre Gesundheit wieder hergestellt ist, unser Projekt mit Ihnen noch einmal mündlich durchzusprechen.

Wie Ihnen aus einem Schreiben des Kommandos des Rüstungsbereichs, Hannover, schon mitgeteilt ist, wird seitens des Kontrolloffiziers und seitens des Kommando des Rüstungsbereichs unser Vorhaben, die russischen Kriegsgefangenen an ihrem Arbeitsplatz, der ehemaligen Flachsfabrik, gleichzeitig auch wohnen zu lassen, sehr günstig beurteilt und abwehrmässig als in Ordnung befunden.

Der Unterbringung der Gefangenen in einem neu zu errichtenden Lager in freiem Feld, stehen vielerlei Gründe entgegen. Bei der Errichtung eines solchen Lagers ist es nicht damit getan, eine Baracke aufzustellen, sondern zu dieser Baracke muss elektrischer Strom und Wasser verlegt werden. Es muss eine Kücheneinrichtung, eine Duscheinrichtung, eine Waschküche und eine Entlausungsanstalt gebaut werden und nicht zuletzt ein Aufenthaltshaus für die etwa 10% der Gefangenenzahl betragenden Wachmannschaften. Für den Bau dieser Anlagen gehen, sofern sie überhaupt in jetziger Zeit möglich sind, Monate an Zeit, viel kaum zu beschaffendes Material und ungeheuere Arbeitsstunden verloren. Dazu glaubt das Rüstungskommando keine Genehmigung erteilen zu können in einem Fall wie hier, wenn alle Gebäude in gutem brauchbarem Zustand vorhanden sind, so dass nur noch zur Sicherung Eisenvergitterung der Fenster und Stacheldraht angebracht werden brauchen. Den gleichen Standpunkt nimmt das Arbeitsamt in Stadthagen ein.

Entgegen der Ihrem Schreiben vom 19.2. zugrunde liegenden Planung ergibt sich folgende veränderte Sachlage:

Zu 1) Die Kriegsgefangenen sollen nicht in unserem Betrieb, Hannoverschestr. 21 arbeiten, sondern in dem grossen Stallgebäude der ehemaligen Flachsfabrik. Schlafen und essen sollen sie dagegen in dem kleinen Stallgebäude der ehemaligen Flachsfabrik. Dieses Gebäude bekommt entsprechend der heute beigefügten Skiz-

DOKUMENTE

ze einen Auslauf mit doppeltem Stacheldrahtzaun. Von ihrem Schlafraum zum Arbeitsraum werden die Gefangenen durch einen mit Stacheldraht geschützten Übergang geführt. Dadurch wird vermieden, dass unsere Gefangenen überhaupt öffentliche Strassen passieren und von der Bevölkerung gesehen werden. Eine Fluchtmöglichkeit ist darum so gut wie ausgeschlossen, zumal die Gefangenen auf diese Weise gar keine Gelegenheit haben, ihre Umgebung auszukundschaften. Würden sie dagegen täglich mehrmals zu einem entfernt gelegenen Lager geführt, hätten sie an den hellen Sommertagen Gelegenheit, sich nach Fluchtmöglichkeiten und Verstecken umzusehen, um im Winter, wenn die Wege morgens und abends bei Dunkelheit erfolgen, die Flucht zu ergreifen.

Von dem Lazarett Jugendherberge dürften die Gefangenen kaum gesehen werden, da ihr Auslauf durch das grosse Stallgebäude gegen Sicht gedeckt ist.

Wir bitten Sie hiermit, zufolge der neuen Sachlage, Ihre Stellungnahme vom 19.2. zu überprüfen und hoffen, dass Sie sich genau wie der Herr Landrat des Kreises Bückeburg unseren Gründen nicht verschliessen werden, da das Rüstungskommando hofft, einen zeitraubenden Lokaltermin einsparen zu können und uns ausdrücklich gebeten hat, uns noch einmal selbst mit Ihnen in Verbindung zu setzen.

Wir bitten Sie auch, zu bemerken, dass es sich in diesem Falle nicht um eine Unterstützung unseres Betriebes handelt, sondern darum, das geforderte Ausmass unserer Rüstungslieferungen aufgrund des Führerbefehls vom 30. Januar durch den schnellen Einsatz von russischen Kriegsgefangenen erheblich zu steigern.

Wir sehen Ihrer erneuten Stellungnahme mit Interesse entgegen und bitten Sie, falls Ihnen eine persönliche Rücksprache erwünscht ist, einen Zeitpunkt dafür zu bestimmen.

Heil Hitler!

Hermann Harmening
Karosseriefabrik

[Unterschrift]⁴⁵

45 unleserlich

Der Bürgermeister.

Bückeburg, den 24.März 1942.

Abschrift.

An

die Firma Karosseriefabrik Harmening, hier.

Auf Grund Ihrer Eingabe vom 19. März und des beigehefteten Planes sowie eines Schreibens des Kommandos des Rüstungsbereichs Hannover vom 12. März 1942 hat am 23. März nochmals eine eingehende Aussprache über Ihr Vorhaben mit dem Herrn Landrat, dem Herrn Standortarzt und Chefarzt des hiesigen Reservelazarets sowie dem Herrn Leiter des Arbeitsamtes Stadthagen stattgefunden. Nach eingehender Prüfung bin ich unter Zustimmung der beteiligten Stellen bereit, meinen bei dem Kontrolloffizier Herrn Hauptmann Eilers gegen die Errichtung des Gefangenenlagers eingelegten Einspruch vom 19. Februar 1942 zurückzuziehen unter folgenden Voraussetzungen:

- 1 .) Unterbringung und Einsatz der sowj. Kriegsgefangenen muss gemäss Ihres Planes erfolgen.
- 2 .) Zusätzlich muss das ganze Betriebsgrundstück vorschriftsmässig mit Stacheldraht eingefriedigt werden, wie in dem Lageplan «blau» eingezeichnet (St D).
- 3 .) An der Südseite ist ein mindestens 3 m hoher Plankenzaun zu errichten, um einen Einblick in das Betriebsgrundstück vom Reservelazarett «Jugendherberge» aus zu vermeiden (P).
- 4 .) Zur Durchfahrt der Chassis durch den Arbeitsraum sind 2 Schleusen aus Stacheldraht anzubringen (Sch 1, Sch 2), wobei die genaue Anlage Ihnen überlassen bleibt.
- 5 .) In dem südlich gelegenen Vorhof des Betriebsgrundstückes sind keine Kriegsgefangenen zu beschäftigen (V).
- 6 .) In Ihrem Lager sollen auch etwa 20 sowj. Kriegsgefangene, die bei der «Wubag» zum Einsatz gelangen, mit untergebracht werden. Der Anmarsch dieser Abteilung zur und von der Arbeitsstätte hat durch den nördlichen Ausgang zu erfolgen. Die Gefangenen sind nicht durch die Stadt zu führen. Der Weg wird wie folgt vorgeschrieben: Maschstrasse, Pulverstrasse, Jetenburger Strasse, Hinüberstrasse, Wubag.

Soweit erforderlich, stehe ich zur Beratung über die Durchführung der Sicherungsmassnahmen im einzelnen zur Verfügung. Der Lageplan folgt zu meiner Entlastung zurück.

DOKUMENTE

2.) Abschrift erhalten:

- a) Das Kommando des Rüstungsbereichs Hannover, Adolf-Hitler-Platz 3, als Antwort auf Ihr Schreiben vom 12. März 1942 – Nr._____/42 – H – IX –,
- b) Der Kontrolloffizier Herr Hauptmann Eilers; Wunstorf.
- c) Das Arbeitsamt in Stadthagen.
- d) Der Herr Landrat in Bückeburg.
- e) Herr Oberstabsarzt Dr. Engelhardt in Bückeburg.

[Unterschrift]⁴⁶

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, Dep. 9 Nr. 38

⁴⁶ unleserlich

4.2.3 Anfrage des Forstamtes Hardeggen bezüglich der Errichtung einer Baracke in Fredelsloh

Der Preussische Forstmeister
Forstamt Hardeggen

Hardeggen, den 10.3.1942.

An den
Herrn Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt
Hildesheim

Betrifft: Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers.

Es bestand zunächst die Absicht, in einem leerstehenden Haus der Gemeinde Dörigsen für das Forstamt Grubenhagen ein Kriegsgef. Arbeitslager für 12 Russen einzurichten. Die 12 Russen waren beim Arbeitsamt beantragt. Infolge der Schwierigkeiten der Lagersicherung und der Verpflegung musste dieser Plan aufgegeben werden. Danach bot sich eine weitere Möglichkeit, in einem früher als Töpferei benutzten Gebäude im Dorfe Fredelsloh ein Lager einzurichten. Die örtliche Besichtigung unter Hinzuziehung eines Mauermeisters ergab jedoch, dass die Instandsetzung dieses Gebäudes, in dem vor Jahren ein Brand ausgebrochen war, sehr erhebliche Kosten verursachen würde. Ich habe daraufhin den Zimmermeister Feise und den Bauunternehmer Körner in Fredelsloh gebeten, mir einen Kostenanschlag über eine zu bauende Baracke aufzustellen. Als Anlagen lege ich den Kostenanschlag und die Zeichnung für die Baracke vor. Nach der Zeichnung können in der Baracke mindestens 24 bis 30 Kriegsgefangene untergebracht werden, der Waschraum befindet sich unmittelbar neben dem Schlaf- und Tagesraum der Kriegsgefangenen, die Küche kann von diesen beiden vorgenannten Räumen aus nicht betreten werden. Die Speisen werden durch eine verschliessbare Klappe in den Waschraum gereicht. Da die Wachmannschaften nicht hinter Stacheldraht untergebracht werden dürfen, sind für die Räume der Kriegsgefangenen und für den der Wachmannschaften besondere Eingänge vorgesehen, ebenso hat die Küche einen besonderen Eingang. Von der Wachstube aus kann der Ausgang von den Räumen der Kriegsgefangenen gut übersehen werden. Die Kosten dieser Baracke sind auf 6.050,95 RM veranschlagt. Die Kosten der Inneneinrichtung werden auf etwa 3.000,- RM geschätzt. Als geeigneter Platz für die Aufstellung der Baracke ist in unmittelbarer Nähe des Dorfes Fredelsloh an der Landstrasse von Fredelsloh nach Lauenberg ein zu einem Steinbruch gehörendes Gelände vorgesehen.

DOKUMENTE

Die Wasserversorgung ist durch einen Brunnen, der jenseits der Landstrasse vorhanden ist, gesichert. Falls nicht Petroleum-Beleuchtung ausreichend ist, besteht die Möglichkeit, durch Aufstellen von 2 Masten elektrische Lichtleitung vom nächsten Hause aus zu legen. Die Verpflegung der Wachmannschaften und der Kriegsgefangenen wird auf keine Schwierigkeiten stossen.

Die Lage der Baracke in Fredelsloh in unmittelbarer Nähe des Dorfes ist für die Heranschaffung der Verpflegung günstig; für den Arbeitseinsatz ist der Platz insofern besonders geeignet, als von hier aus die Kriegsgefangenen sowohl in dem Revierteil des Forstamtes Grubenhagen, Kreis Einbeck, (Revierförstereien Krahnold und Rotenkirchen) als auch in der Revierförsterei Fredelsloh, Forstamt Grubenhagen und in den Revierförstereien Grimmerfeld, Forstamt Hardeggen und Platte, Forstamt Seelzerthum, eingesetzt werden können.

Ich bitte um Prüfung dieses Vorschlages und falls zugestimmt wird, um Ermächtigung, die baupolizeiliche und die Genehmigung des Arbeitsamtes einzuholen.

[Unterschrift]⁴⁷

Der Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim

Hild, den 17. März 1942

An den Herrn Preuss. Forstmeister
des Forstamts
in Hardeggen

Zum Brief vom 10.03.1942
Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers.

Mit Ihren Vorschlägen bin ich einverstanden. Kostenanschlag und Zeichnung erhalten Sie zurück.

[Unterschrift]⁴⁸

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17305*

47 unleserlich

48 unleserlich

4.2.4 Schreiben des Domänenrent- und Bauamtes in Norden über die Schwierigkeiten, Stacheldraht für die Umzäunung der Lager zu beziehen

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 25. März 1942.

An

die Kommandantur des M-Gefangenenlagers X C Nienburg /Weser.

Betr. Stacheldraht für Kriegsgefangenenlager.

Das Preuss. Domänenrent- und Bauamt hat auf Anweisung der Regierung Aurich, Domänenabteilung, 3 Barackenlager im Kreise Norden zwecks Unterbringung von sowjetrussischen Kriegsgefangenen errichtet. Die Russen sollen bei vordringlichen Küstenschutzarbeiten und zwischendurch bei wichtigen Arbeiten in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Angemeldet sind zunächst 240 Gefangene. Die Lager sind bis auf die Stacheldrahteinzäunung fertiggestellt. Trotz aller Anstrengungen ist es bis heute nicht gelungen, den erforderlichen Stacheldraht – etwa 40 Rollen – zu bekommen. Von der hiesigen Kreisleitung wird mir mitgeteilt, dass nach einem Erlass des Reichsbauernführers das Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Kriegsgefangene, die Kriegsgefangenen-Mannschaft – Stammlager ermächtigt hat, bei Bedarf Stacheldraht an die Lagerhalter abzugeben.

Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob Sie zur Abgabe von Stacheldraht ermächtigt sind und ob die Möglichkeit zur Abgabe von Stacheldraht besteht.

[Unterschrift]⁴⁹

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

49 unleserlich

DOKUMENTE

4.2.5 Mitteilung des Stalag X C Nienburg, dass kein Vorrat an Stacheldraht vorhanden ist

Gruppe Verwaltung
M.S tammlager XC
Unterkunft

Nienburg/Weser, den 30. März 1942

An
Domänenrent- und Bauamt,
Norden/Ostfr.

Bezug: Dort. Sehr. V 25.3.1942, Az. 3-0-18
Betr.: Stacheldraht für Kriegsgefangenenlager.

Stacheldraht für Kriegsgef. Arbeitslager kann gegen Erstattung der Selbstkosten von hier bezogen werden. Doch ist z.Zt. kein Vorrat da, sodass eine Lieferung im Augenblick nicht möglich ist. Es wird angenommen, dass in etwa 5-8 Wochen eine neue Sendung hier eingetroffen ist.

J.A.

Twachtmann
Oberzahlmeister

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

4.2.6 Schreiben des Kontrolloffiziers für den Bezirk Northeim über die Gründe für den Abzug der sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Brackenberg (Kreis Göttingen)

Kontroll-Offizier
der Kommandantur M. St. L. XI B
Kontrollbezirk VI Northeim

Northeim, den 11. Mai 1942.

An den
Herrn Forstmeister
Reinhausen.

Betr. Aufkündigung der sowjetischen Kgf.

Die Abberufung der sowjetischen Kgf. aus dem Lager Brackenberg zum 1.5. d.J. ist auf meinen Befehl hin erfolgt. Bevor die Belegung erfolgte, habe ich dem Revierförster Schwerdtfeger erklärt, dass das Lager nicht «russenfähig» sei. Vor allem genügte die Verdrahtung nicht. Es wurde mir versprochen, dass noch vor Eintreffen der Sowjets alles in Ordnung gebracht werden würde. Die sowj. Kgf. liessen sehr lange auf sich warten (etwa Jahr), Zeit, das Lager russenfähig zu machen, war also genügend vorhanden. Als dann die Kgf. eintrafen, erreicht mich sofort die Beschwerde des Kommandoführers: Sicherung vollkommen ungenügend. Ich habe dann die Kontrollorgane der Landessch. Kompanien wiederholt angewiesen, bei Revierförster Schw. vorstellig zu werden, die Verbesserungen am Drahtzaun durchzuführen, da ich sonst die sowj. Kgf. zurückziehen müsste. Es geschah nichts. Ich habe dann mit den Herren Holtorf, Cottmann und Knuth vom Arbeitsamt Göttingen gesprochen und sie darauf hingewiesen, dass ich gezwungen sei, das Lager in Br. aufzulösen, da es nicht der Vorschrift entspreche. Ich weiss, dass daraufhin Herr Knuth mit Herrn Revierförster Schw. gesprochen hat. Auch dann ist kein Wandel geschaffen. Als im Februar d.J. der Oberst Kahler, Kommandant des Stammlagers Fallingb., die Russenlager im Kreise Göttingen besuchte, habe ich ihn bewusst nicht nach dem Brackenberg geführt, weil ich wusste, er hätte die Kgf. auf der Stelle zurückgezogen. Ich habe Herrn Revierförster Schw. am 2.4.42 durch den Kdo.-Führer sagen lassen, dass die sowjetischen Kgf. spätestens am 30.4.42 abberufen würden, da ich es mir nicht bieten liesse, meine Forderungen einfach zu ignorieren. Schw. hat darauf weder mündlich noch schriftlich reagiert. – Als ich beim Arbeitsamt Göttingen mein Verwundern hierüber zum Ausdruck brachte, sagte man mir: wahrscheinlich legt das Forstamt keinen Wert mehr auf die

DOKUMENTE

Kgf. So und nicht anders ist der Gang der Ereignisse. Ich will niemanden be- oder entschuldigen, aber die Wahrheit muss oben bleiben.

Ich bin gern bereit, Ihnen bei der Einrichtung vorschriftsmässiger Unterkünfte für Kgf. beratend zur Seite zu stehen und bitte um fernmündlichen Anruf.

[Unterschrift]⁵⁰

Hauptmann und Kontrolloffizier.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17303*

50 unleserlich

4.2.7 Merkblatt des Stalag XI B Fallingbostal zur Einrichtung von Unterkünften für Arbeitskommandos mit sowjetischen Kriegsgefangenen

Richtlinien für die Einrichtung von kleinen Sowjetlagern I (Stand v. 15.5.42.)⁵¹

- 1) Bei Einrichtung der Russenlager ist auf grösste Einfachheit Wert zu legen.
- 2) Unterbringung mit Zivilpersonen unter einem Dach ist verboten; Säle sind nur verwendbar, wenn sie eigenen Eingang haben und vom Gasthaus völlig getrennt werden können.
- 3) Das Lager ist stark zu verdrahten. Auf einen zweiten Zaun kann verzichtet werden, wenn der erste folgenden Bedingungen entspricht:

Drahtzäune sollen grundsätzlich 2.50 m hoch, die waagerechten Drähte nicht weiter als 10 cm, die senkrechten 45 cm voneinander entfernt und fest miteinander verbunden sein, unterster waagerechter Draht unmittelbar am Boden, senkrechte Drähte 60 cm im Boden verankert. Am oberen Teil der Pfähle ist ein nach innen geneigter Galgen anzubringen und ebenfalls zu verdrahten. Länge des Galgens etwa 75 cm. Versteifung muss zuverlässig sein, damit der Galgen nicht abgerissen werden kann. Die Pfosten und Streben sind mit Stacheldraht zu umwickeln. Türen und Tore sind mit Vorhängeschlössern zu versehen. (Überfälle und Eisenlaschen). Fenster sind in höchstens 18 cm Abstand mit Eisenstäben zu vergittern, auf deren sichere Befestigung zu achten ist. Luken, unbenutzte Türen, Bretterwände u.ä. sind stark abzusteifen, evtl. Schornsteine zu sichern.

Die Umdrahtung ist so anzulegen, dass alle Anlagen (Aborte) eingeschlossen werden, dass ausreichender Platz für den zeitweiligen Aufenthalt der Kgf. im Freien vorhanden ist und dass sie genügend weit entfernt bleibt von Baulichkeiten, Bäumen u.a., die ein Übersteigen des Drahtzaunes erleichtern könnten. Alarmvorrichtungen und Sicherungsmassnahmen gegen Feuergefahr (Fliegergefahr) sind anzulegen.

51 Es ist nicht ersichtlich, ob die Richtlinien vom OKW oder vom Stalag XI B Fallingbostal erlassen wurden. Das Forstamt Königsflutter hatte ein Schreiben mit der Bitte um Zusendung der Bestimmungen für die Unterbringung von sowjetischen Kriegsgefangenen an den Kontrolloffizier des Stalag XI B in Gifhorn gerichtet. Bei den überlieferten Richtlinien (Stand 15.05.1942) handelt es sich wahrscheinlich um eine Abschrift des zuständigen Kontrolloffiziers in Gifhorn.

Am Ende der Quelle befindet sich eine unleserliche handschriftliche Einfügung; diese wurde nicht mit aufgenommen.

DOKUMENTE

- 4) Grössere Lager sind in Gruppen zu unterteilen, damit bei Ausbruch von Seuchen die befallenen Teile des Lagers abgetrennt werden können und nicht das ganze Lager gesperrt werden muss.
- 5) Grosse Gemeinschaftsräume sind nicht anzulegen. Jede Gruppe soll auch bei Essen und in der Freizeit für sich getrennt bleiben.
- 6) Schlaf- und Aufenthaltsräume erhalten je nach Höhe 2-3-stöckige Pritschen mit Strohsäcken, die durch Bretter voneinander zu trennen sind. Für jeden Kgf. ist 1,7 qum und 4 cbm Luftraum zu nehmen. Über den Köpfen der Pritschen sind Bordbretter zum Abstellen von Essgerät und dergl. anzubringen. In die Fussbretter werden für jeden Kgf. 3 Haken von Kleidungsstücken eingeschraubt. Schränke sind nicht aufzustellen. Ausreichende Beheizungsmöglichkeit. Gelegenheit zum Trocknen durchnässter Kleidung. Raum zum Aufbewahren von Hosen und Schuhen während der Nacht. Unterbringungsmöglichkeit für Reservebekleidung. Bei kleinen Kdos. genügt eine feste Kiste. Schalter des elektr. Lichtes möglichst ausserhalb der Kgf.-Unterkunft. Möglichkeit zur Bereitung heissen Wassers zur Körperreinigung und zum Kochen der Wäsche.
- 7) Auf grösseren Kdos. Gemeinschaftsküche. Das Essen wird jeder Gruppe (s. oben Zif: 4) in Essenträgern gebracht.
- 8) Wachmannschaften sind in nächster Nähe unterzubringen.
- 9) Die Wasserversorgung ist sicherzustellen, möglichst im Lager.
- 10) Vor Beginn des Ausbaues genau prüfen, ob auch die Voraussetzungen für den Arbeitseinsatz der Sowjets gegeben sind und ob beim Ausbruch einer Seuche sofortige Isolierung im Lager möglich ist.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 55 Neu Köng Zg. 11/1993 Nr. 8

4.2.8 Bericht der Staatlichen Mooradministration Darlaten (Kreis Nienburg/Weser) über die Schaffung einer Unterkunft für sowjetische Kriegsgefangene

Staatliche Mooradministration
Darlaten

Darlaten, den 10. Juni 1942.

An das Preuss. Staatshochbauamt
in Nienburg a. Weser

Zum Schreiben vom 9. Juni 1942 A 793

Zu Beginn des Krieges erhielt die Administration die Arbeitskräfte aus dem Gemeindelager in Uchte zugeteilt. Sie mussten morgens und abends geholt und zurückgebracht werden. Allmählich bröckelt aber die Zahl der zur Verfügung gestellten Gefangenen immer mehr ab und gute Leute wurden gegen leistungsschwache eingetauscht, wie es ja im Interesse der möglichst vorrangigen Versorgung der Gemeindemitglieder in Uchte denkbar ist. Dieser Zustand nahm allmählich einen solchen Umfang an, dass die Fortführung des hiesigen Betriebes ernstlich gefährdet wurde. So half schliesslich der Kreisbaumeister durch Gestellung eines Kommandos aus dem ihm für Meliorationsarbeiten zur Verfügung stehenden Gefangenen aus, bis er diese schliesslich Mitte April 1942 zurückzog, sodass die Administration nun gänzlich ohne die nötigsten Arbeitskräfte da stand. Danach war es eine unbedingte Notwendigkeit, für die Administration ein eigenes Lager zu beschaffen, was dann auch seit Mai d. Js. erreicht wurde. Eine Baracke zu erhalten ist schon seit Jahren angestrebt worden, konnte bisher aber nicht erreicht werden, sodass die Betriebsleitung auch mit dem neuen Kommando wieder behelfsmässige Zwischenlösungen suchen musste.

Die Gefangenen sind z.Zt. provisorisch in Uchte untergebracht und zwar zunächst in dem für Zivilarbeiter eingerichteten Lager der Firma Torfwerk Most, Hotel Dammeier und dann, nachdem diese das Lager für eigene Zwecke gebrauchte in dem Gemeindelager Uchte, Gasthof Kruse. Dieser Zustand kann aber nur ein vorübergehender bleiben, da die Gefangenen morgens von Uchte abgeholt und abends wieder zurückgebracht werden müssen, was für diese 15 km Marsch 2 Stunden Zeit beansprucht, die entweder dem Betrieb an Leistung entzogen werden müssen oder die Gefangenen zusätzlich belasten und ihre Leistungsfähigkeit vermindern. Ausserdem ist auch eine geregelte Trennung in Beköstigung, Abrechnung und Einsatz durch die Verquickung mit dem Gemeindelager nicht gegeben.

DOKUMENTE

Bei etwa eintretenden Waldbränden in Darlaten ist es wünschenswert, die zur Löschung benötigten Handarbeitskräfte näher an Ort und Stelle zu haben, da die männliche Einwohnerschaft zu schwach ist um ernster Gefahr auch nur im ersten Einsatz begegnen zu können.

Unterbringungsmöglichkeit für 4 Wachmannschaften wird zur Not im Ort Darlaten geschaffen werden können, falls diese nicht in der Baracke schlafen dürfen.

Es wird sich empfehlen, die geplante Baracke in das Eigentum der Domänenverwaltung zu übernehmen, um sie gegebenenfalls auch an anderen domänenfiskalischen Stellen mit gleichen oder ähnlichen Aufgaben verwenden zu können.

Ein Abort wird durch Heymann an Ort und Stelle gebaut werden können. Eine Lageplanskizze wird anliegend beigefügt.

[Unterschrift]⁵²

Samtgemeinde Uchte, 2.4/29-41

52 unleserlich

4.2.9 Mitteilung des Regierungsforstamtes Hildesheim, dass für die Zuteilung von sowjetischen Kriegsgefangenen die Zustimmung durch den zuständigen Kontrolloffizier erforderlich ist

Der Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim

Hildesheim, den 3. Juli 1942.

An
die Herren Pr. Forstmeister
des Bezirks

Betrifft: Einsatz von Kriegsgefangenen.

Das Landesarbeitsamt in Hannover hat sich gezwungen gesehen, die Zuweisung von Kriegsgefangenen davon abhängig zu machen, dass ihm die Abnahmebestätigung des Lagers für Russeneinsatz seitens des Kontrolloffiziers vorliegt, weil in verschiedenen Fällen die Unterbringung zugewiesener sowjetrussischer Kriegsgefangener daran gescheitert ist, dass die Lager noch nicht abgenommen und vor Eintreffen der Kriegsgefangenen für russenfähig durch den Kontrolloffizier erklärt waren.

Ferner muss der von Ihnen zu stellende Antrag auf Zuweisung von Kriegsgefangenen vom Arbeitsamt weitergegeben sein und dem Landesarbeitsamt vorliegen. Soweit hier bekannt, haben verschiedene Arbeitsämter die Anträge nicht weitergegeben, wohl aus dem Grunde, weil die Lager noch nicht vom Kontrolloffizier abgenommen und anerkannt waren.

Ich bitte, in Zukunft auf die Einhaltung dieser Vorschriften des Landesarbeitsamtes zu achten und durch persönliche Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt dafür einzutreten, dass Ihre Anträge beschleunigt dem Landesarbeitsamt weitergegeben werden.

Auch mir ist von Fall zu Fall die Fertigstellung eines Lagers und die Abnahme durch den Kontrolloffizier sofort zu melden, damit ich mich meinerseits für die Zuweisung der angeforderten Kriegsgefangenen einsetzen kann.

Desgleichen ist mir über jede Veränderung im Bestande der Kriegsgefangenen zu berichten und dabei anzugeben, aus welchem Grunde Kriegsgefangene abgezogen wurden, ob mit ihrer Rückkehr zu rechnen ist, oder ob Wiederauffüllung des Lagers beantragt wird. Es muss erreicht werden, dass die Sollstärke des Lagers dauernd voll gehalten wird.

Zusatz für Bramwald, Escherode u. Kattenbühl: Die gleichen Anordnungen werden auch im Landesarbeitsamtsbezirk des Wehrwirtschaftsbezirk IX gelten,

DOKUMENTE

sodass auch in diesem Wehrwirtschaftsbezirk wie vorstehend angegeben zu verfahren ist.⁵³

Im Auftrage: gez. Stölter.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17303*

⁵³ Die genannten Orte lagen im Bereich des Landesarbeitsamtes Hessen.

4.2.10 Schreiben der Landesforstverwaltung in Braunschweig über den Austausch französischer gegen sowjetische Kriegsgefangene und die erforderliche Sicherung der Lager

Br. Landesforstverwaltung
XXVI 15-Allg.

Braunschweig, den 15. Juli 1942.

An
die Forstämter.

Betr.: Kriegsgefangene

Es ist damit zu rechnen, dass die französischen Kriegsgefangenen bis zum Herbst herausgezogen und dann durch russische Kriegsgefangene voraussichtlich im Verhältnis 1:2 ersetzt werden. Zur Aufnahme der Russen müssen die Lager rechtzeitig russenfähig gemacht werden. Hierzu ist in erster Linie die Herstellung eines einfachen Stacheldrahtzauns erforderlich. Ich bitte, die nötigen Vorbereitungen in Verbindung mit dem Kontrolloffizier alsbald zu treffen und mir bis zum 15. September 1942 zu melden, dass die Lager zur Aufnahme der Russen entsprechend eingerichtet sind.

Zur richtigen Lenkung des Arbeitseinsatzes in Verbindung mit dem Forst- und Holzwirtschaftsamt und dem Landesarbeitsamt ist mir künftig das Eintreffen, ebenso wie der Abgang von Kriegsgefangenen jedesmal sofort zu melden.

gez. Neuser.

4.2.11 Vertrag über die Vermietung von Räumlichkeiten zur Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers für das Forstamt Spiessingshol in Wendthagen (Kreis Stadthagen)

Schaumburg-Lippische
Landesregierung

Bückeburg, den 24. Juli 1942.
Herminenstrasse 31

An
den Herrn Schaumburg-Lippischen Forstmeister
in Spigssingshol.

Anliegend übersenden wir die Nebenausfertigung des mit der Witwe Marie Thiemann in Wendthagen Nr. 110 abgeschlossenen Vertrages über die von ihr zur Herrichtung als Kriegsgefangenenlager angemieteten Räumlichkeiten zur Kenntnis. Wir bitten, die Ausfertigung der Witwe Thiemann auszuhändigen zu lassen und ihr dabei aufzugeben, dass sie dem Forstamt durch den Oberförster Rabe monatlich über die aus dem Verträge fällig werdenden Zahlungen eine Rechnung einreicht. Eine Abschrift des Vertrages für die dortigen Akten liegt an.

Im Auftrage gez. Naujoks.

Zwischen

der Witwe Marie Thiemann in Wendthagen Nr. 110, vertreten durch ihren Sohn, den Malermeister, derzeitigen Eisenbahnangestellten, Walter Thiemann in Wendthagen Nr. 110, nachstehend kurz Vermieterin genannt,

und

dem Lande Schaumburg-Lippe, vertreten durch die Schaumburg-Lippische Landesregierung in Bückeburg, nachstehend kurz Mieter genannt, wird folgender Vertrag geschlossen:

§1

Die Vermieterin überlässt dem Mieter zur Herrichtung eines Lagers für Kriegsgefangene

UNTERBRINGUNG DER GEFANGENEN

- 1) in dem auf ihrem Grundstück befindlichen Nebengebäude die zu ebener Erde gelegenen Räumlichkeiten, die bislang als Lagerraum, Werkstatt und Hühnerstall benutzt wurden, in einer Gesamtgrösse von rund 110 qm,
- 2) den Hofraum, der an die als Werkstatt und Hühnerstall benutzten Räume angrenzt, in einer Gesamtgrösse von rund 48 qm,
- 3) den in dem als Werkstatt benutzten Raum befindlichen eisernen Ofen,
- 4) in ihrem Wohnhause ein möbliertes Zimmer zur Unterbringung von 2 Wachmännern.

Die Überlassung der Räumlichkeiten umfasst für den Mieter die Berechtigung, die unter 1) und 2) genannten Räume sowie den Hofraum nach den Anordnungen des zuständigen Kontrolloffiziers für die Kriegsgefangenenlager für die Unterbringung von Kriegsgefangenen herzurichten und gegen ein Entweichen der Kriegsgefangenen zu sichern. Die erforderlichen Arbeiten lässt der Mieter auf seine Kosten ausführen.

§2

Mieter verpflichtet sich, die im § 1 genannten Räumlichkeiten, sobald er sie nicht mehr benötigt, wieder in den Zustand zu setzen, wie er z.Zt. der Überlassung bestand. Für etwaige Schäden an den überlassenen Räumen, die durch die Wachmannschaften oder Kriegsgefangenen verursacht werden, haftet der Mieter. Besondere oder grössere Schäden sind dem Mieter sofort anzuzeigen.

§3

Das von den Wachmannschaften und Kriegsgefangenen für den persönlichen Bedarf sowie für die Lagerreinhaltung und Reinigung der Wäsche benötigte Wasser darf aus der in den vermieteten Räumen befindlichen Wasserleitung unentgeltlich entnommen werden.

§4

Der Mietpreis beträgt

- 1 .) für die in § 1 unter 1), 2) und 3) vermieteten Gegenstände zusammen monatlich 45,- RM, – i. B.: Fünfundvierzig Reichsmark –,
- 2 .) für das in § 1 unter 4) vermietete möblierte Zimmer monatlich 20,-RM, – i. B.: Zwanzig Reichsmark –.

Der Mietpreis zu 1) ist ab 1. Juli 1942 und der Mietpreis zu 2) für die Zeiten der Belegung des Zimmers zu zahlen. Zahlung erfolgt monatlich nachträglich durch die Landeshauptkasse.

§5

Dieser Vertrag endet mit dem Zeitpunkt, von dem ab der Mieter die ihm überlassenen Räumlichkeiten usw. nicht mehr benötigt und sobald er sie wieder in den Zustand versetzt hat, in dem sie sich z.Zt. der Überlassung befanden (§ 2 Satz i dieses Vertrages). Die Beendigung des Vertragsverhältnisses ist der Vermieterin schriftlich mitzuteilen.

§6

Etwaige Kosten des Vertrages trägt der Mieter. Als Gerichtsgegenstand wird Bückeburg vereinbart.

Wendthagen, den 22.7.42 Für
Witwe Marie Thiemann: gez.
Walter Thiemann

Bückeburg, den 23. Juli 1942.
Für das Land Schaumburg-Lippe:
Schaumburg-Lippische Landesre-
gierung Im Auftrage gez. Naujoks.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 91 Nr. 32

4.2.12 Aufstellung des Domänenrent- und Bauamtes Norden über die Betriebskosten des Kriegsgefangenenlagers in Schoonorther Polder (Kreis Norden)

Zusammenstellung der Kosten

für die Vorhaltung des Russenlagers im Schoonorther Polder
in der Zeit vom 2. bis 30. Juni 1942.

1.) 28 Tage des Lagerverwalters	je 6,00	168,00 RM.	
2.) 28 Tage Verpflegungskosten für die Wachmannschaften 3 Mann, je Mann und Tag 3 RM. = 9,00 (die Mannschaften verpflegen sich selbst)		252,00	"
3.) Reinigen der Wäsche für die Wachmannschaften für 4 Wochen	je 4,00	24,00	"
4.) Brennstoffverbrauch wöchentlich 200 kg Kohlen = 800 kg je 4,00 2 Körbe Brennholz = 8 Körbe je 1,00		32,00 8,00	" "
5.) Lichtstrom	4 Kw. Je ,046	1,84	"
6.) Zählermiete		0,50	"
7.) Für Kleidung und Schuhzeug je Mann u. Woche 0,50 RM. (4 • 0,50 • 26) =		52,00	"
8.) Forderung der Heeresstandortkasse Nienburg für die Gestellung von 26 Kriegsgefangenen in der Zeit vom 2.-30.6.42 (Von vorstehendem Betrag sind die Forderungen des Domänenrent- und Bauamts für die Unterbringung u. Verpflegung der Wachmannschaften mit 1,65 RM. je Mann und Tag abgesetzt.)		152,91	"
9.) Lebensmittelverbrauch		472,63	"
10.) Reinigungsmittel, wöchentlich 5 RM.		20,00	"
11.) Lagermiete einschl. Wachbaracke und aller Nebenan- lagen unter Zugrundelegung der maßgebenden Bestim- mungen, täglich 13 RM.	28 • 13	364,00	"
12.) Verwaltungskosten		<u>272,12</u>	"
zusammen =		1820,00 RM.	

=====

Lagerstärke: 26 Kriegsgefangene
Lagerzeit: 28 Tage
Gesamtkosten: 1820,00 RM.
Mithin kostet ein Kriegsgefangener täglich

1820
 $26 \cdot 28 = 2,50 \text{ RM.}$
oder bei achtstündiger Arbeitszeit stündlich $\frac{2,50}{8}$
 $= \text{rd. } 0,30 \text{ RM.}$

Aufgestellt,
Norden, den 6.8.1942.
Domänenrent= u. Bauamt.

[Unterschrift]⁵⁴

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

⁵⁴ unleserlich

4.2.13 Schreiben des Forstamtes Sankt Andreasberg (Kreis Goslar) über die Eignung des Lagers Oderteich

Der Forstmeister
des Preussischen Forstamts

St. Andreasberg, den 8. XII. 1942

An den
Herrn Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt in Hildesheim

Betrifft: Kriegsgefangenen-Lager Oderteich

Der Kontrolloffizier Northeim hat mir Folgendes mitgeteilt:

Das Lager Oderteich lässt sich kaum russenfähig machen, da es zu leicht gebaut ist. Die sowjetischen Kgf. neigen viel mehr zu Fluchten als Kgf. anderer Nationalitäten. Da sie während der Flucht viel mehr Verbrechen (Diebstahl, Raub, Mord) begehen, ist es notwendig, Fluchtmöglichkeiten noch stärker zu begegnen als bei Kgf. anderer Nationalitäten. Darum werden an die Sicherheit des Lagers erhöhte Anforderungen gestellt. Die ehemalige Skihütte am Oderteich ist deshalb schon als Bau kaum russenfähig zu gestalten. Vor allen Dingen müsste der Zaun bedeutend verstärkt werden.

Ich habe ihm darauf geantwortet:

Zum Schreiben vom 1. XII. 1942 betr. Russenfähigkeit des Lagers Oderteich: Ich werde den Zaun vorschriftsgemäss verstärken, sobald der bei der Aussenstelle Hannover angeforderte Stacheldraht eingegangen sein wird.

Da im Übrigen das Lager Oderteich mindestens so stabil wie jedes andere gebaut ist, bin ich mir nicht im Klaren, welche Verbesserungen noch vorzunehmen sind und bitte j. F. um Bescheid.

Da mit der Lieferung des Stacheldrahts nicht so schnell zu rechnen ist, wird sich die Gestaltung der Russenfähigkeit des Lagers noch längere Zeit hinziehen.

[Unterschrift]⁵⁵

**4.2.14 Aufforderung des Kontrolloffiziers in Northeim, die Kriegs-
gefangenen im Arbeitskommando Neue Mühle (Kreis Zellerfeld)
mit Bettwäsche und Handtüchern auszustatten**

Kontroll-Offizier
der Kommandantur M.St.L.XIB
Kontrollbezirk VI Northeim

Northeim, den 9.1.1943.

An
Forstamt Bad Grund
in Bad-Grund

Betrifft.: Russenlager Neue Mühle.

Wie mir der Kdo.-Führer Uflfz. Wode meldet, sind die kgf. Russen immer noch ohne Handtücher, auch fehlt in der Wachstube immer noch die Bettwäsche und Handtücher. Selbst wenn ich Rücksicht darauf nehme, dass die Wäscheseendung auf dem Bahntransport verloren gegangen ist, kann ich diesen Zustand nicht mehr länger dulden. Es hätte Ihnen mit dem Beweis, dass die Sendung verlorengegangen ist, bei der zuständigen Stelle schon längst gelingen müssen, Ersatz dafür zu bekommen.

Gerade bei den Sowjet. Kgf., die von Natur aus zur Unsauberkeit neigen, muss auf grösste Sauberkeit geachtet werden um Ungeziefer und Seuchen (Fleckfieber) von vornherein zu begegnen.

Falls die fehlende Wäsche für die Wachstube und die Handtücher für die Wachmannschaft und Kgf. bis zum 25.1.43 nicht beschafft sind, bin ich gezwungen das Lager aufzulösen und Ihnen die Kgf. zu entziehen, da ich dieses nicht mehr länger verantworten kann.

A. B.

**4.2.15 Anfrage der Mühlenbau und Industrie Aktiengesellschaft (MIAG)
betr. Unterbringung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager
des Forstamtes Bad Lauterberg (Kreis Osterode)**

MIAG

Mühlenbau und Industrie • Aktiengesellschaft

MIAG-Werk, Bad Lauterberg

Herrn Oberforstmeister Dr. Klamroth

Hildesheim.

Bad Lauterberg

25.9.1944.

Sehr geehrter Herr Oberforstmeister!

Wir haben gestern und heute versucht, Sie telefonisch zu erreichen. Da uns das leider nicht gelungen ist, unterbreiten wir Ihnen mit Diesem die nachstehende Bitte.

Unser Hauptwerk in Braunschweig ist durch Terror-Angriff stark in Mitleiden-schaft gezogen worden. Infolge ausserordentlicher Dringlichkeit des «Panter-Jäger-programms» musste ein Teil dieser Fabrikation in unser hiesiges Werk verlagert werden. Etwa 100 Deutsche und Ausländer kommen mit den zugehörigen Maschinen nach hier. Unter diesen Ausländern befinden sich auch 14 russische Kriegsgefangene. Wegen Unterbringung dieser haben wir uns mit Herrn Forstmeister Hohensee in Verbindung gesetzt, weil dieser bereits russische Kriegsgefangene in seinem Lager «Augenquelle» hat, desgleichen die notwendige militärische Bewachung.

Diese Unterbringung in dem Lager liesse sich ermöglichen, ebenso die Verpflegung und der Transport der Kriegsgefangenen vom Lager zur hiesigen Arbeitsstätte und zurück, sofern Sie die erforderliche Genehmigung dazu erteilen.

Die erforderlichen 14 Betten pp, würden von uns gestellt werden.

Wir sehen einem zusagenden Bescheid gern entgegen und danken im Voraus für Erfüllung unserer Bitte.

Heil Hitler!

MIAG

Mühlenbau und Industrie Aktiengesellschaft

[Unterschrift]⁵⁶

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306

4.3 Bewachung

4.3.1 Bitte der Arbeitsgemeinschaft Strassenbau Osterholz um Lockerung der Bewachungsvorschriften für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener

Arbeitsgemeinschaft
Strassenbau Osterholz
Hermann Wegener
Martin Möller

Bremen-Grohn, den 1. Oktober 1941
Hermann-Wegener-Strasse 20

Wir bitten höflichst doch einmal versuchen zu wollen, dass entweder die scharfen Bewachungsvorschriften etwas gelockert werden oder für das Lager Hüttenbusch 2 Wachleute mehr bestellt würden.

Vielleicht wäre es ja auch möglich, dass einige zuverlässige Vorarbeiter zur Bewachung Waffen bekommen würden.

Wenn die eine oder andere Änderung in dieser Hinsicht erreicht werden könnte, wäre der Einsatz der Russen bedeutend besser möglich, die Arbeitskraft könnte besser ausgenutzt werden und die Arbeit würde sich dadurch verbilligen.

Soeben erfahren wir, dass von dem Kommandoführer wieder angeordnet wurde, dass die bei der Walzarbeit in Hüttendorf beschäftigten 6 Russen heute nicht mehr gestellt werden dürfen. Wir halten es für erforderlich, um die Walze und den dabei anwesenden Führer in Arbeit zu halten, unter diesen Umständen mit dem heutigen Tage die Sandtransportarbeit in Neu St. Jürgen einzustellen. Diese Arbeit kann erst wieder aufgenommen werden, wenn wegen der Bewachung Ihrerseits mit der Militärbehörde eine andere Regelung erfolgt ist.

Heil Hitler

Arbeitsgemeinschaft
Strassenbau Osterholz
Hermann Wegener
Martin Möller

[Unterschrift]⁵⁷

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 77 Verden Nr. 274

⁵⁷ unleserlich

4.3.2 Schreiben des Direktors Dr. Rheinländer der Reichswerke «Hermann Göring» in Watenstedt über die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Wachmannschaften und Betrieben

Herrn
General Teschner,
Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI,
Hannover

25.3.42

Sehr geehrter Herr General!

Der richtige Einsatz der Kriegsgefangenen ist eine entscheidende Frage im Ausbau und Betrieb der deutschen Rüstungswirtschaft geworden. Die bei uns mit dem Einsatz gemachten Erfahrungen sind insbesondere auf den Baustellen noch nicht so befriedigend, wie sie es sein müssten.

Abgesehen von den Ihnen bekannten Anfangsschwierigkeiten beim Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener müssen wir insbesondere die zu geringe Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen bemängeln. Auch haben sich verschiedene organisatorische Schwierigkeiten dadurch ergaben, dass die Führer der Arb. Kdos und die Wachmannschaften mit den Betrieben noch nicht so zusammenarbeiten, wie es im Interesse einer höchstmöglichen Arbeitsleistung liegt. Nachteilig für das hiesige Aufbauggebiet ist hierbei besonders die Tatsache, dass die Führung der Arbeitskommandos in zu kurzen Zeitabständen gewechselt wird.

Zur Behebung dieser Schwierigkeiten haben wir mit den örtlichen massgebenden Stellen eine Besprechung durchgeführt, deren Ergebnis in beiliegender Notiz festgehalten ist. Bevor wir die hier vorgesehenen Massnahmen durchführen, möchte ich mich vergewissern, dass sie Ihre Zustimmung finden. Ich bitte daher, mir Ihr Einverständnis mit den Massnahmen mitzuteilen.

Heil Hitler!

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 9960

4.3.3 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu Inlandsfragen vom 2. September 1943

Stimmung und Haltung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Urteil der deutschen Bevölkerung

Nach zahlreichen Berichten aus allen Teilen des Reiches (Düsseldorf, Braunschweig, Karlsruhe, Bayreuth, Stettin, Nürnberg, Weimar, Bielefeld, Bremen, Schwerin, Kassel, Dresden, Dessau, Breslau, Frankfurt (Oder), Danzig und Innsbruck) werde der Einsatz der sowjetrussischen Kriegsgefangenen von der deutschen Bevölkerung lebhaft erörtert.

[...]

3. Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmachtsdienststellen werde von der deutschen Bevölkerung genauestens verfolgt und finde, je nach der Mentalität der einzelnen Volksgenossen, eine unterschiedliche Aufnahme.

[-.]

Wie aufmerksam die deutsche Bevölkerung die Bewachungsmassnahmen beobachte, zeigen folgende Meldungen:

«Der grösste Teil der hiesigen Bevölkerung kommt zu dem Ergebnis, dass die Gefangenen viel zu human behandelt und nicht genügend beaufsichtigt würden. So wird z.B. in einem Bericht aus Cuxhaven kritisiert, dass 12 arbeitende deutsche Soldaten einen Unteroffizier zur Aufsicht hätten, während 30 russischen Kriegsgefangenen nur ein Gefreiter oft ohne Gewehr zur Bewachung zugeteilt sei. Dazu konnte noch beobachtet werden, dass teilweise die deutsche Bewachung sich bis 400 m von der Arbeitsstelle der Sowjets aufhielt und dort mit Mädchen flirtete. Die Sowjets nutzen natürlich solche Gelegenheit aus und arbeiten wenig. So konnte beobachtet werden, dass sich Kinder mit den Kriegsgefangenen neckten, indem sie diese mit kleinen Kieselsteinen bewarfen.» (Bremen) [...]

aus: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Herrsching 1984, Band 14, S. 5702-5704

4.3.4 Schreiben des Landrates in Vechta über die Beaufsichtigung sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft

Der Landrat.

Vechta, den 27. Juli 1944

An den
Herrn Minister des Innern
in Oldenburg i.O.

Betr.: Verhinderung von Fluchten sowjetrussischer Kriegsgefangener.

Im Meldeblatt der Kriminalpolizeistelle Bremen Nr. 30 vom 24.7.1944 ist unter Ziff. 3 folgende Verfügung des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD Hamburg vom 12.7.44 veröffentlicht:

«In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen sowjet-russische Kriegsgefangene von ihren Arbeitsplätzen entweichen können, weil sie von den Arbeitgebern, denen sie zugeteilt sind, nicht ausreichend beaufsichtigt werden. In vielen Fällen, hauptsächlich jedoch in der Landwirtschaft, sind sowjetrussische Kriegsgefangene den grössten Teil des Tages sich bei der Arbeit selbst überlassen. Diesem Zustand ist bei dem vorhandenen Mangel an Bewachungskräften der Wehrmacht nach Möglichkeit mit polizeilichen Mitteln zu begegnen. Ich mache daher allen Polizeibeamten zur Pflicht, auf ihren Dienstgängen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit unbeaufsichtigt arbeitende sowjetrussische Kriegsgefangene ihrem Arbeitgeber zuzuführen und diesen auf seine Aufsichtspflicht hinzuweisen. In Wiederholungsfällen bitte ich, die unbeaufsichtigt angetroffenen sowjetrussischen Kriegsgefangenen ihrem zuständigen Kriegsgefangenen-Arbeitskommando zurückzugeben.»

Diese Verfügung erkennt, wie schwierig die Arbeitseinsatzlage in der Landwirtschaft ist. Es gibt heute zahllose Betriebe, in denen der russische oder sonstige Kriegsgefangene die einzige männliche Arbeitskraft ist. Personen, die diese Arbeitskräfte ständig beaufsichtigen können, sind nicht vorhanden. Wenn die Polizei tatsächlich nach dieser Verfügung verfahren soll, wird sie gerade in den besonders notleidenden Betrieben immer wieder gezwungen sein, den allein arbeitenden Kriegsgefangenen dem Arbeitgeber, in so und so vielen Fällen einer kinderreichen Mutter, wieder zuzuführen und dieser zu den vorhandenen Schwierigkeiten noch die Schwierigkeit machen, dass sie ihre Arbeitskraft verliert oder andere wichtige Arbeiten liegen lassen muss, um ständig neben dem Kriegsgefangenen zu stehen

DOKUMENTE

und ihn zu beaufsichtigen. Hier werden nach meiner Auffassung die Anforderungen an die Aufsichtspflicht erheblich übertrieben. Die Anordnung, unbeaufsichtigt angetroffene Kriegsgefangene festzunehmen und dem Arbeitgeber, bzw. dem zuständigen Kriegsgefangenen-Arbeitskommando zuzuführen, muss sich nach meiner Auffassung auf solche Fälle beschränken, in denen Kriegsgefangene auf öffentlichen Wegen angetroffen werden und offensichtlich nicht von der Arbeit kommen oder zur Arbeit gehen, sondern der dringende Verdacht besteht, dass sie sich auf der Flucht befinden. Auch Kriegsgefangene festzunehmen und dem Arbeitgeber oder dem Kriegsgefangenenlager zuzuführen, die auf dem Felde, wenn auch ohne Aufsicht tatsächlich arbeiten, wird zu derartigen Erschwernissen führen, dass damit die Ernte und Bestellung ernstlich gefährdet wird.

(Bruns)

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 135 B Nr. 195

4.3.5 Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD betr. die Beaufsichtigung sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft

Der Inspekteur
der Sicherheitspolizei u. des SD.

Hamburg 13, den 2. Oktober 1944
Badestrasse 48

An den
Herrn Minister des Innern in Oldenburg i.O.

Betr.: sowjetrussische Kriegsgefangene.

Vorg.: Ihr Schreiben vom 11.8.1944 – Nr. 110175 –

Dem von Ihnen ausgesprochenen Wunsch, meine Anweisung an die Ortspolizeibehörde und die Gendarmeriedienststelle vom 12.7.1944 abzuändern, vermag ich leider nicht zu entsprechen.

Die Anweisung gab ich im Hinblick auf die zeitige Lage und erhebliche Verkürzung des Fluchtweges der Kriegsgefangenen durch das Näherrücken der Fronten heraus. Die damit verbundene zunehmende Fluchtfreude und die zu Tage getretene sich ständig versteifende Haltung der Kriegsgefangenen erfordert ihre strengere Bewachung. Es darf daher heute kein Arbeitgeber seinen Kriegsgefangenen allein mit Fuhrwerk oder sogar auf dem Fahrrad hinausfahren lassen auf den Acker oder die Kriegsgefangenen allein auf letzteren arbeiten lassen. Die Kriegsgefangenen erlangen in Fluchtfällen unter diesen Umständen bis zur Entdeckung ihrer Flucht einen viel zu grossen Vorsprung. Ihre Ergreifung ist dann umso schwieriger, wenn nicht gar völlig unmöglich. Der Schaden, den die entwichenen Kgf. auf ihren Fluchtweg der deutschen Wirtschaft durch Sabotage und Diebstahl sowie durch Gewaltverbrechen der Bevölkerung zufügen, ist ungleich grösser als der mögliche Ausfall, der durch eine strengere Überwachung der Kgf. entsteht.

Bei der Auslegung und Ausführung meiner Anweisung durch Gendarmerie und Ortspolizei bleiben selbstverständlich die örtlichen Gegebenheiten, mit denen die Polizeiorgane vertraut sind, nicht unberücksichtigt.

Ich darf noch bemerken, dass der Einwand des Landrats in Vechta der einzige im gesamten Inspekteurbereich ist.

[Unterschrift]⁵⁸

SS-Brigadeführer.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 135 B Nr. 195

4.3.6 Schreiben des Gendarmeriepostens in Apensen (Kreis Stade) über die nachlässige Bewachung der Kriegsgefangenen

Gend.-Gruppenposten Apensen,
Kreis u. Reg.Bezirk Stade.

Apensen, den 26.11.1944.

An den Herrn Landrat in Stade.

Betrifft: Überwachung u. Verhalten der Kriegsgefangenen aus den Lagern des Dienstbezirks Apensen.

Seit 1940 befinden sich im Dienstbezirk Apensen 3 Kriegsgefangenenlager und zwar in den Gemeinden Apensen, Nindorf u. Ottensen.

Die Belegstärke der Lager beträgt zurzeit Apensen mit 55 Mann (32 Franzosen u. 23 Russen) Nindorf mit 16 Mann (Russen) u. Ottensen mit 14 Mann (Russen)

Bis vor Kurzem wurde in Apensen von einigen Bauern darüber Klage geführt, dass die Wachtmänner sich am Tage gar nicht um ihre Gefangenen gekümmert hätten. So haben manche Bauern überhaupt auf ihrem Gehöft wochenlang keinen Wachtmann gesehen. Oder nur dann, wenn der Wachtmann von dem Bauern verpflegt worden sei.

Der Bauer J. Meinke, Apensen Nr. 2 u. Bauer J. Müller, Apensen 50 klagen darüber, dass sich ihre russischen Gefangenen verschiedentlich unbegründet über das Mittagessen beschwert und nichts gegessen hätten, sodass sogar die Essenverweigerung auf die sonst noch bei ihnen beschäftigten ausländischen Zivilarbeiter übergegriffen hätte. Trotz Überprüfung des Essens durch den Abschnittsführer als gut und einwandfrei, sei aber eine Bestrafung der Gefangenen niemals erfolgt.

Aus der Gemeinde Nindorf u. Ottensen sind keine Klagen laut geworden, sondern werden von dort als sehr fleissig bezeichnet.

Auch seit einigen Tagen herrscht wieder in Apensen ein anderer Wind bei den Gefangenen, da der bisherige Kommandoführer durch einen neuen, welcher wieder ganz energisch durchgreift, ersetzt worden ist.

Überhaupt ist mir seit einigen Tagen aufgefallen, dass von seitens der Überwachungsstellen die Zügel bei den Gefangenen wieder strammer werden.

[Unterschrift]⁵⁹ Mstr. d. Gend.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 274 Nr. 70

⁵⁹ unleserlich

4.4 Verpflegung

4.4.1 Mitteilung des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Anhebung der Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene

[Der Landrat des] Kreises Grafschaft Diepholz.
Kreiskommunalverwaltung –
Hauptbüro I

Diepholz, den 29. August 1941

An
die Herren Vorsteher
der Wasser und Bodenverbände
des Kreises.

Betr.: Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangenen.

Mit Verfügung vom 25. August ds. Jrs. habe ich die gegenüber den bisherigen Kriegsgefangenen erheblich geringeren Verpflegungssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen mitgeteilt.

Die Erfahrungen mit den inzwischen zur Arbeit angesetzten Russen hat jedoch gezeigt, dass mit diesen Verpflegungssätzen nicht die Arbeitsleistungen der bisherigen Kriegsgefangenen (Franzosen und Polen) erreicht werden können. Im Interesse einer gesteigerten Arbeitsleistung hebe ich deshalb die Verpflegungssätze für die russ. Kriegsgefangenen und zwar für Kartoffeln, Fleisch, Fett, Quark, Nahrungsmittel und Marmelade ab sofort wie folgt:

	<u>für 7 Tage</u>
Kartoffeln bis	14 Kg
Fleisch	300 gr
Fett	180 gr
Quark	50 gr
Nahrungsmittel	140 gr
Marmelade	175 gr

Bei der an sich grösseren Anspruchslosigkeit der Russen muss ich nunmehr erwarten, dass bei diesen Verpflegungssätzen nach einer kurzen Einarbeitungszeit die gleichen Arbeitsleistungen erreicht werden, wie bei den bisherigen Kriegsgefangenen. Wo eben angängig, ist das Akkordsystem einzuführen und zwar mit einer Bodenbewegung von täglich 8 cbm pro Gefangenen.

DOKUMENTE

Ich ersuche in dieser Hinsicht sofort das Weitere zu veranlassen. Von der Durchführung dieser Massnahmen werde ich mich an Ort und Stelle überzeugen.

gez. Veltkamp

Kreisarchiv Diepholz, Nr. 5080

4.4.2 Bericht des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Folgen der unzureichenden Verpflegungssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Landrat
des Kreises Grafschaft Diepholz
(Kreiskommunalverwaltung)

Diepholz, den 9. September 1941.

An
den Herrn Oberpräsidenten
in Hannover
durch die Hand
des Herrn Regierungspräsidenten in Hannover.

Betrifft: Verpflegung der bei den Landeskulturarbeiten im Kreise Grafschaft Diepholz eingesetzten russischen Kriegsgefangenen.

Der persönliche Referent des Herrn Oberpräsidenten, Regierungsrat Freiherr von Wintzingerode, teilte mir heute Nachmittag fernmündlich mit, dass der Kreisleiter Jacob in Sulingen bei dem Herrn Gauleiter Beschwerde darüber erhoben hatte, dass die Verpflegungssätze der sowjetrussischen Kriegsgefangenen im Kreise Grafschaft Diepholz in Abweichung von den Bestimmungen des Oberkommandos der Wehrmacht von mir erhöht seien.

Herr Regierungsrat von Wintzingerode ersuchte mich, im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten, diesem unverzüglich durch die Hand des Herrn Regierungspräsidenten in Hannover über die Erhöhung der Verpflegungssätze der russischen Kriegsgefangenen und ihre Gründe Bericht zu erstatten.

Im Kreise Grafschaft Diepholz werden seit über einem Jahre zunächst mit polnischen und französischen Verbrechergefangenen, jetzt mit russischen Kriegsgefangenen umfangreiche Landeskulturarbeiten durchgeführt. Die Bedeutung und der Umfang dieser Meliorationsarbeiten gehen schon daraus hervor, dass mehr als ein Drittel der Kreisoberfläche an diesen Massnahmen beteiligt ist und über 3.000 Kriegsgefangene bei ihnen eingesetzt sind.

Das Reich sowohl wie die beteiligten Bauern haben in diese Arbeiten ungeheure Geldmittel investiert, die sich im Gesamtbetrage auf viele Millionen belaufen. Durch den Einsatz der Kriegsgefangenen war es möglich, seit Jahrzehnten vorbereitete Pläne, auf deren Verwirklichung die Landwirtschaft des Kreises Grafschaft Diepholz seit Langem sehnlichst wartete, nun endlich auszuführen. Die

Durchführung dieser Pläne war vor dem Kriege nicht möglich, weil entweder Arbeitskräfte nicht zur Verfügung standen oder der Einsatz freier deutscher Arbeitskräfte kostenmässig die vom Reich bewilligten Mittel weit überstieg.

Alle beteiligten Dienststellen und die gesamte Landwirtschaft des Kreises waren sich daher darüber klar, dass jetzt im Kriege durch den Einsatz von Kriegsgefangenen sich letztmalig die Gelegenheit ergab, die seit Langem geplanten wasserwirtschaftlichen Massnahmen, bei deren Durchführung lebenswichtige Interessen der gesamten Landwirtschaft des hiesigen Kreises auf dem Spiele stehen, auszuführen.

Nach Überwindung ungeheurer Schwierigkeiten, die dem Herrn Regierungspräsidenten im Einzelnen bekannt sind, war es mir gelungen, zunächst 2.300 polnische und französische Verbrechergefangene und jetzt rund 3.400 russische Kriegsgefangene für die hiesigen Landeskulturarbeiten zu gewinnen und die für ihren Einsatz erforderlichen Lager und Arbeitsgeräte zu beschaffen. Die kostspielige Finanzierung dieser umfangreichen Massnahmen wurde durch erhebliche Zuschüsse des Reiches und grosse finanzielle Opfer der einheimischen Landwirtschaft sichergestellt. Dabei war ich mir sowohl wie die gesamte Landwirtschaft des Kreises darüber klar, dass im Hinblick auf die hier gebrachten finanziellen Opfer der Bauern und den nach Kriegsbeendigung mit Sicherheit wieder auftretenden Mangel an Arbeitskräften jetzt während des Krieges unter allen Umständen versucht werden müsste, sämtliche Landeskulturpläne noch im Kriege zur Durchführung zu bringen. Es müsste daher mit allen Mitteln versucht werden, aus den Kriegsgefangenen einen möglichst hohen Arbeitseffekt herauszuholen.

Die Eigenart der Meliorationsarbeiten bringt es mit sich, dass sie an die ausführenden Arbeitskräfte grosse körperliche Anforderungen stellen. Dieser Tatsache hatten seit den Anfängen des Einsatzes von Kriegsgefangenen bei den hiesigen Landeskulturarbeiten die zuständigen Behörden dadurch Rechnung getragen, dass die bei den hiesigen Meliorationen eingesetzten polnischen und französischen Kriegsgefangenen als Schwerarbeiter im Sinne der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen anerkannt waren und daher z.B. lange Zeit hindurch die doppelte Fleischration wie der deutsche Normalverbraucher erhielten. Später wurden die Schwerarbeiterzulagen für die polnischen und französischen Kriegsgefangenen um ein Drittel gekürzt. Sie erhielten danach also immer noch bis zur Beendigung ihres Einsatzes in den Meliorationen wesentlich höhere Verpflegungssätze als der deutsche Normalverbraucher,

Und zwar wurden diese gegenüber den deutschen Normalsätzen wesentlich erhöhten Verpflegungssätze – das muss ich besonders betonen – bis zuletzt auch den polnischen Verbrechergefangenen mit Rücksicht auf die Schwere der von ihnen zu leistenden körperlichen Arbeit gewährt.

Vor 3 Wochen wurde nun auf höhere Weisung hin damit begonnen, die polnischen und französischen Gefangenen aus den Meliorationen herauszuziehen und sie durch sowjetische Gefangene zu ersetzen.

Für die im Arbeitseinsatz beschäftigten russischen Kriegsgefangenen wurden vom Oberkommando der Wehrmacht Verpflegungssätze festgesetzt, die nicht nur weit geringer sind als die bisher von den polnischen und französischen Verbrechergefangenen bezogenen, sondern auch ganz erheblich unter denen des deutschen Normalverbrauchers liegen.

Während z.B. der in den Meliorationen eingesetzte polnische Verbrechergefangene zuletzt eine Wochenfleischration von 667 gr erhielt, steht dem sowjetischen Kriegsgefangenen nach den Bestimmungen des OKW nur eine Wochenfleischration von 150 gr. zu.

Die russischen Gefangenen kamen in stark ausgehungertem Zustande hier an. Ihre körperliche Verfassung war derart, dass man Zweifel haben musste, ob sie überhaupt in der Lage waren, einen Spaten zu tragen, geschweige denn 10 Stunden lang schwere körperliche Arbeiten in den Meliorationen auszuführen.

Ich habe zunächst eine Woche lang versucht, die Russen mit den vom Oberkommando der Wehrmacht festgesetzten Verpflegungssätzen arbeiten zu lassen. Dabei stellte sich heraus, dass trotz zweifelsfrei vorhandener grosser Arbeitsbereitschaft und Arbeitswilligkeit die Russen nicht in der Lage waren, 10 Stunden lang täglich die schweren Arbeiten durchzuhalten und einen wirtschaftlich noch einigermaßen tragbaren Arbeitserfolg zu erzielen. Ich habe mich mehrfach persönlich davon überzeugt, dass die Arbeitsfähigkeit der Russen tagsüber von Stunde zu Stunde sichtbar nachliess und dass sie nachmittags häufig völlig erschöpft umfielen. Am zweiten Tage des Arbeitseinsatzes ist an einer Baustelle ein Russe infolge Entkräftung tot zusammengebrochen. Ich füge in der Anlage 2 fotografische Aufnahmen bei, die veranschaulichen, wie die Russen wie die Kühe die Weiden abgrasten. In zahlreichen Fällen haben die Gefangenen die ihnen verabreichten Kartoffeln nicht erst abgekocht, sondern roh aufgeessen. Prügeleien untereinander wegen der Brotrationen waren an der Tagesordnung. Um die unzulänglichen Arbeitsleistungen zu erhöhen, wurde von den zivilen Vorarbeitern und den militärischen Wachmannschaften in reichem Masse von der Prügelstrafe Gebrauch gemacht. Ich habe in einzelnen Fällen Gummiknüppel aus polizeilichen Beständen zu dem Zweck austeilen lassen.

Es stellte sich jedoch heraus, dass auch durch Anwendung der Prügelstrafe im Hinblick auf die körperliche Verfassung der Gefangenen die Arbeitsleistung nicht zu erhöhen war.

Während von den polnischen und französischen Verbrechergefangenen eine Arbeitsleistung von täglich 8-9 cbm Bodenbewegung verlangt und auch erreicht wurde, leisteten die Russen täglich nur 1-2 cbm Bodenbewegung.

Dadurch, dass die Russen Gras, Sauerampfer, giftige und essbare Pilze, unreifes Obst, rohe Kartoffeln, kurz alles erreichbare in sich hineinfressen, ohne dass die Wachposten in der Lage waren, das zu verhindern, zeigten sich im grossen Umfang bei den Russen auch ruhrartige Krankheitserscheinungen, die schon in den ersten Tagen zu starken Ausfällen an Arbeitskraft führten.

Mit Rücksicht darauf, dass aus den Russen unter allen Umständen ein Maximum an Arbeitsleistung herausgeholt werden musste, von ihnen aber mindestens derselbe Arbeitserfolg wie ihn die polnischen Verbrechergefangenen aufzuweisen hatten, erreicht werden musste, habe ich mich nach Rücksprache mit dem Kreisbauernführer und im vollsten Einvernehmen mit diesem, entschlossen, ab 1. September d.Js. die Verpflegungssätze der Russen wie folgt zu erhöhen:

	<u>Für 7 Tage</u>
Kartoffeln bis	14 kg
Fleisch	300 gr
Fett	180 gr
Quark	SO gr
Nährmittel	HO gr
Marmelade	VS gr-

Diese Verpflegungssätze liegen immer noch erheblich unter denen, die die polnischen Verbrechergefangenen erhielten und sind hinsichtlich der Fleischrationen auch noch um ein Viertel geringer als die der deutschen Normalverbraucher.

Die Erfolge dieser Verpflegungsbesserung haben sich jetzt schon gezeigt. Die Ruhrerkrankungen haben wesentlich nachgelassen und vor allem: Bei der Mehrzahl der Baustellen sind die Arbeitsleistungen so gestiegen, dass jetzt schon durchweg eine tägliche Leistung von 7-8 cbm Bodenbewegung erreicht ist.

Ich habe mit Bericht vom 1. September d.Js. dem Herrn Regierungspräsidenten die Erhöhung der Verpflegungssätze für die russischen Kriegsgefangenen angezeigt und um Zustimmung gebeten.

Diese Verpflegungssätze der Kriegsgefangenen müssen m. E. ohne Rücksicht auf alle Gefühlserwägungen rein nach Nützlichkeitsgesichtspunkten bestimmt werden. Es kommt darauf an, mit den hier eingesetzten Kriegsgefangenen einen höchstmöglichen Arbeitserfolg zu erzielen.

Ein Russe, der bei einer Fleischration von 150 gr pro Woche täglich nur 1-2 cbm Boden bewegt, ist im wirtschaftlichen Erfolg wesentlich teuer als ein polnischer Verbrecher, der bei einer Wochenfleischration von 667 gr täglich 8-9 cbm umsetzt.

Die finanzielle Lage der Wasser- und Bodenverbände machte eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung der russischen Kriegsgefangenen unbedingt erfor-

derlich, zumal die Wasser- und Bodenverbände für die russischen Kriegsgefangenen an die Militärverwaltung grundsätzlich dieselben Arbeitslöhne zahlen sollen wie sie die polnischen Verbrechergefangenen erhielten.

Unter den jetzigen finanziellen Bedingungen, unter denen der Arbeitseinsatz der Russen erfolgt und im Hinblick auf die bei den hiesigen Landeskulturarbeiten riesigen investierten Mittel des Reiches und der Bauern (Wasser- und Bodenverbände), kann der massenweise Einsatz der Russen m. E. nur verantwortet werden, wenn ihre Arbeitsleistung in einem angemessenen Verhältnis zu dem Kostenaufwand steht.

Ich bemerke noch, dass ich zugleich mit der Erhöhung der Verpflegungssätze für die Russen ein Akkordsystem eingeführt habe, nach dem jeder Russe täglich eine Arbeitsleistung von 8 cbm Bodenbewegung zu bewältigen hat.

Zum Schlusse darf ich noch mein besonderes Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, dass der Kreisleiter Jacob bei dem Herrn Gauleiter über meine Anordnung Beschwerde geführt hat ohne mich vorher davon in Kenntnis zu setzen oder seine Bedenken gegen meine Massnahme mir gegenüber irgendwie zu äussern.

Ich habe an dem Tage, nachdem die Erhöhung der Verpflegungssätze wirksam wurde, am Dienstag, dem 2. September d. Js., mit dem Kreisleiter Jacob ausführlich über den Russeneinsatz im hiesigen Kreise mündlich gesprochen. Ich habe dabei auch auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Verpflegungssätze hingewiesen und ihm von meiner Anordnung Kenntnis gegeben. Der Kreisleiter hat irgendwelche Bedenken gegen die Erhöhung mir gegenüber nicht geäussert. Er war sich vielmehr mit mir darin einig, dass aus den Russen möglichst grosse Arbeitsleistung herausgeholt werden müsse.

Die Anordnung über die Erhöhung der Verpflegungssätze selbst habe ich am 29. August d. Js. bei einer Besprechung mit dem Kreisbauernführer über diese Frage gelegentlich einer Veranstaltung in Sulingen getroffen. Der Kreisleiter war bei dieser Veranstaltung – wie ich hörte wegen Krankheit – nicht zugegen. Er konnte daher vor Herausgabe dieser Anordnung nicht gehört werden. Ich stelle fest, dass der Kreisleiter Jacob zum nächstmöglichen Termin am Dienstag dem 2. September d. Js., von meiner Anordnung in Kenntnis gesetzt wurde, und dass er Bedenken dagegen nicht geltend zu machen hatte. Wenn er dann hinterher über mich bei dem Herrn Gauleiter Beschwerde führt, verstösst ein solches Verhalten m. E. in schroffer Weise gegen die Pflichten der Zusammenarbeit.

In der Anlage füge ich eine Übersichtskarte, aus der der Umfang der im Kreise Grafschaft Diepholz durchgeführten Meliorationen hervorgeht, bei.

Veltkamp

4.4.3 Schreiben des Regierungspräsidenten in Osnabrück über die schlechte körperliche Verfassung der sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Regierungspräsident.
Landwirtschaftliche Abteilung.

Osnabrück, den 9. Oktober 1941.

An den
Herrn Generalinspektor für
Wasser und Energie
Abt. Wasserwirtschaft,
Berlin WS.
Pariser Platz 3.

Betrifft: Verpflegung der sowjetischen Kriegsgefangenen beim Arbeitseinsatz.

Wie mir von den Landräten und von den Wasserwirtschaftsämtern übereinstimmend berichtet wird, sind die sowjetischen Gefangenen durchweg unterernährt und körperlich stark heruntergekommen.

Während das Wasserwirtschaftsamt Osnabrück berichtet, dass nach den Erfahrungen in den Bentheimer Mooren die sowjetischen Kriegsgefangenen an Arbeitswilligkeit den Polen und Franzosen nachstünden, bezeichnet der Kommandoführer der Wachmannschaft in Schwegermoor den überwiegenden Teil der Gefangenen als arbeitswillig. Auch die beim Kanalbau im Kreise Lingen beschäftigten sowjetischen Kriegsgefangenen sind nach Angabe der ausführenden Baufirma zum weitesten Teil arbeitswillig. Allgemein werden jedoch ihre Verpflegungssätze, welche unter denen der anderen Kriegsgefangenen liegen, als nicht ausreichend angesehen, um die geforderten Arbeitsleistungen zu erzielen. Es ist beobachtet worden, dass sowjetische Gefangene auf dem Marsch und bei Aufenthalt Gras, Seradella und Hackfrüchte abpflücken bzw. ausreissen und verzehren und gelegentlich bei Wasserarbeiten sogar gefangene Fische in rohem Zustand essen.

Nach den bei Torfgewinnungsarbeiten im Schweger Moor gemachten Erfahrungen reichen die den Gefangenen zustehenden Lebensmittelrationen auch selbst bei der langen Ruhezeit von 15 Stunden täglich nicht hin, eine körperliche Erholung und befriedigende Arbeitsleistung zu gewährleisten; es erscheint fraglich, ob die Moorzentrale diese Kriegsgefangenen wegen der Unwirtschaftlichkeit der Arbeit auf die Dauer beschäftigen kann, wenn nicht Mittel und Wege zur Leistungssteigerung gefunden werden, zumal die geringen Leistungen der Gefangenen

VERPFLEGUNG

durch eine unverhältnismässig hohe Anzahl von Aufsichts- und Anweisungspersonen noch verteuert werden.

Auf den Dienststellen des Wasserwirtschaftsamtes Meppen ist eine Steigerung der Leistung dadurch erreicht worden, dass den Gefangenen ihr warmes Mittagessen auf die Baustelle geschafft wird.

Ein mir abschriftlich mitgeteilter Bericht des Regierungspräsidenten in Hannover vom 12.9.41 an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zeigt, dass dort die gleichen Erfahrungen vorliegen. Übereinstimmend mit diesen Berichten halte ich deshalb zur Erzielung befriedigender Arbeitsleistungen eine Erhöhung der Verpflegungssätze für unerlässlich.

gez. Rodenberg.

**4.4.4 Schreiben der Rechtsbeistände Albers & Fink betr. Entschädigung
für einen von sowjetischen Kriegsgefangenen verursachten Flur-
schaden in Sande (Kreis Friesland)**

Erich Albers & Fink
Vereid. und öffentl. best.
Versteigerer und
Rechtsbeistände

Jever i. Oldbg., den 1. November 1941.

An
Die Strassenbauverwaltung
Oldenburg.

Betr.: Reichsstrasse 210.

Die Strassenbauverwaltung hat im Monat August 1941 Kriegsgefangene beim Strassenbau in der Nähe von Sande beschäftigt. Diese Kriegsgefangenen haben ihre Arbeitsstätte verlassen und sind auf das Land des Domänenpächters Harry Janssen zu Neu-Marienhausen bei Sande übergetreten. Dort haben sie in einem Felde Landbohnen die Schoten abgerissen, die Bohnen gegessen und das Stroh zertreten und beschmutzt. Janssen hat den Schaden durch die Gemeindeschätzer der Gemeinde Östringen abschätzen lassen und diese haben den Schaden auf 92 RM geschätzt. Die Schätzungsurkunde liegt an.

Nach Ansicht von Herrn Janssen, die wir teilen, muss die Strassenbauverwaltung für diesen Schaden aufkommen und im Auftrag von Janssen bitten wir ganz ergebenst, die 92 RM zur Zahlung an Herrn Janssen anweisen zu wollen.

Erich Albers & Fink durch:

[Unterschrift]⁶⁰

⁶⁰ unleserlich

Antwort des Ministers des Innern in Oldenburg

An
Herrn Bauer
H. Janssen
Neumarienhausen b/Sande

25. November 1941

Betr.: Flurschaden durch Russen auf das dort. Schreiben vom 23.9.41
hier eingegangen am 14.10.41.

Wie mir auf Anfrage durch das Staad. Strassenbauamt Oldenburg-West mitgeteilt wurde, ist die Strassenbauverwaltung für diese Art Schäden nicht zuständig. Die Bewachung der Kriegsgefangenen ist Sache des Wachkommandos des Kriegsgefangenenlagers Sanderbusch. Etwaige Schäden, die sich aus der ungenügenden Bewachung der Gefangenen ergeben, sind also auch von diesem zu regeln. Das Schätzungsprotokoll liegt zur gefl. Benutzung wieder an.

J.A. gez. Witte

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 17034

DOKUMENTE

4.4.5 Mitteilung des Ernährungsamtes des Kreises Grafschaft Diepholz über die Ausgabe minderwertiger Fleischwaren an sowjetische Kriegsgefangene

Der Landrat des Kreises Grafschaft Diepholz
Ernährungsamt
Abt. A (Kreisbauernschaft Grafsch. Diepholz)

Sulingen, 15.11.41.

Herrn
Regierungsveterinärarzt Dr. Welsch Diepholz.

Betr. Lieferung bedingt tauglich gestempelter Fleischwaren
an die Kriegsgefangenenlager.

In obiger Angelegenheit beziehe ich mich auf die mit Ihnen soeben geführte fern-
mündliche Unterredung und begrüße es ausserordentlich, dass die Kriegsgefan-
genenlager mit bedingt tauglich gestempeltem Fleisch und Fleischwaren beliefert
werden sollen, soweit dieses möglich ist. Es befinden sich im Bezirk Barnstorf und
Diepholz folgende Lager:

		belegt mit	Träger:
Barnstorf (Schützenhalle)	126	russ. Kriegsgef.	Huntebauamt
Hüde	240	" "	" Diepholz
Wetscherbruch	100	" "	"
Heede	45	" "	Kreisbauamt
Barnstorf II	52	" "	" Diepholz
Aschen-Ossenbeck	100	" "	"
Ihlbrock	36	" "	"
St. Hülfer-Bruch	100	" "	"
Escholt	80	" "	Stadtverwaltung Diepholz.

Im Auftrage: gez. Unterschrift.

Abschrift:
der Stadtverwaltung
Diepholz

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ich hoffe zuversichtlich, dass Sie mit der geplanten Massnahme einverstanden sind und die gemeinsamen Bestrebungen unterstützen.

Im Auftrage:

[Unterschrift]⁶¹

Stadtarchiv Diepholz, Des. 69 Nr. 8b

⁶¹ unleserlich

4.4.6 Empfehlung des Stalag VI B Neu-Versen, den sowjetischen Kriegsgefangenen Zusatzverpflegung zu gewähren

M.-Stammlager VI/B
Gruppe Arbeitseinsatz

Versen, den 3. Dezember 1941.

An alle Unternehmer, die Sowjet, Kr.Gef, beschäftigen

Betr.: Verpflegung der Sowjet. Kr.Gef.

Gelegentlich einer Kontrolle der einzelnen Sowjet. Kr.Gef.-Arb.-Kdos wurde festgestellt, dass die Verpflegung der Sowjet. Kr.Gef. bei den einzelnen Kdos sehr verschieden ist. Während sie bei einigen Kdos als gut bezeichnet werden kann, ist sie bei der Mehrzahl der Kdos unzureichend. Die Kr.Gef. auf erstgenannten Kdos machen einen wesentlich günstigeren Eindruck, als die, deren Verpflegung mangelhaft ist.

Es ist allgemein bekannt, dass der Kräfte- und Gesundheitszustand der Sowjet. Kr.Gef. durchweg schlecht ist. Einige Unternehmer sind aber zu der Überzeugung gelangt, dass, wenn sie mit den Kr.Gef. eine einigermaßen Arbeitsleistung vollbringen wollen, diese in erster Linie ausreichend verpflegt werden müssen. Sie sind deshalb dazu übergegangen, zusätzlich Lebensmittel, wie Kohlrüben, Kartoffeln und auch Fleisch (Pferdefleisch und Freibankfleisch) aufzukaufen, um den Sowjet. Kr.Gef. hierdurch eine bessere Verpflegung geben zu können. Bei einigen Kdos, die hier nicht genannt werden sollen, hat sich der Kräftezustand der Kr.Gef. schon bedeutend gebessert und sind diese Unternehmer mit den Leistungen der Kr.Gef. sehr zufrieden. Die Kr.Gef. sind ebenfalls zufrieden und leisten wirkliche Arbeit. Gewiss hat das OKW die Verpflegungssätze für Sowjet. Kr.Gef. einheitlich festgesetzt, es bleibt jedoch den Unternehmern überlassen, die Verpflegung der Kr.Gef. zusätzlich durch Einkauf von Kohlrüben, Kartoffeln u. dergl. zu verbessern. Schliesslich hat der Unternehmer dadurch ja selbst den grössten Nutzen, wenn die Kr.Gef. ausreichend verpflegt werden.

Bei der augenblicklich herrschenden Witterung dürfte es angebracht sein, den Kr.Gef. äusser dem Morgenkaffee mit Brot, mittags und abends eine warme Kost zu verabreichen. Völlig verfehlt wäre es, wenn die Kr.Gef. den ganzen Tag über, mit Ausnahme des Morgenkaffees, ohne warme Verpflegung blieben und erst abends, nach Rückkehr von der Arbeitsstelle, ihr warmes Mittagessen bekämen.

Die Unternehmer werden deshalb gebeten, nach Möglichkeit den Kr.Gef., sofern sie nicht mittags ihr warmes Mittagessen bekommen, während der Mittags-

pause eine warme Suppe oder andere warme Getränke zur Verfügung zu stellen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine zusätzliche Verpflegung die Stimmung und Arbeitsfreudigkeit der Kr.Gef. wesentlich erhöht und dadurch die Ausfälle durch Krankheit ganz bedeutend zurückgegangen sind. Es kann schon jetzt mitgeteilt werden, dass ein Austausch von erkrankten sowj. Kr.Gef. gegen gesunde nicht mehr erfolgen kann, da dem M.-Stammlager vorläufig keine arb.einsatzfähigen Kr.Gef. mehr zur Verfügung stehen.

Schliesslich wird gebeten, auch den Wachmannschaften während der kalten Jahreszeit mehrmals am Tage warme Getränke zukommen zu lassen, insbesondere wenn sie im Freien ihren anstrengenden Wachdienst zu versehen haben.

Der Kommandant
Pöpl

4.4.7 Schreiben des Stalag X B Sandbostel über die Verpflegung der Kriegsgefangenen mit Pferde- und Freibankfleisch

Bezirksstelle
M. Gef. Lager XB
Rotenburg.

Rotenburg i/Hann., den 9. April 1942.
Amtshof.

An das
Wasserwirtschaftsamt,
Verden/Aller.

Betr.: Verpflegung der Kriegsgefangenen

Nach dem Erlass des O.K.H. vom 7. November 1941 wird nachstehendes zur Beachtung mitgeteilt:

Für die Verpflegung der Kgf. ist Pferdefleisch und Freibankfleisch in weitestgehendem Umfang heranzuziehen. Bei Verabfolgung an nichtsowj. Kriegsgefangene auf den Arbeitskommandos ist künftig die volle Gewichtsmenge einschl. Knochen auf die zustehende Fleischportion anzurechnen.

Pferdefleisch ist möglichst in Vierteln mit eingewachsenen Knochen zu beziehen. Es ist dabei zu beachten, dass nur Fleisch geliefert wird, das tierärztlich untersucht und als volltauglich gekennzeichnet ist (rechteckiger Stempel).

Im Speisezettel ist Pferdefleisch als Frischfleisch, Freibankfleisch nach der Fleischart zu bezeichnen.

Gemäss Verfügung des O.K.H. vom 23.3.1942 ist den nichtsowj. Kgf., soweit ihnen auf Veranlassung ziviler Dienststellen die Bunkersuppe entzogen worden ist, diese erneut zu verabreichen und zwar im Interesse der Hebung ihrer Arbeitsfreudigkeit.

Im Übrigen erhalten die nichtsowj. Kgf. die Verpflegungssätze der Zivilbevölkerung. In der Gestaltung der Kost haben die Unternehmer freie Hand. Gegen Verabfolgung einer warmen Zwischenkost (Suppe) an Kgf., die nach den örtlichen Verhältnissen tagsüber keine warme Mahlzeit erhalten können, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit, ist nichts einzuwenden, falls der Unternehmer sie im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittel abzugeben vermag. Entsprechendes gilt für die sowj. Kgf., wenn ihnen eine warme Zwischenkost (Suppe) im Rahmen der für sie gültigen Verpflegungssätze verabreicht wird.

VERPFLEGUNG

Die Bezirksstelle M. Gef. Lager XB, Rotenburg bittet Sie um einen Bericht über die Möglichkeiten des Bezuges von Freibank- und Pferdefleisch bis zum 13. d.M.

[Unterschrift]⁶²
Oberzahlmeister.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 97 Verden Nr. 277

4.4.8 Beschwerde des Bürgermeisters in Bückeburg über die «überhöhten» Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter

Der Bürgermeister.

Bückeburg, den 17. Juli 1942.

An die
Schaumburg-Lippische Landesregierung,
durch den Herrn Landrat, hier.

Betr.: Rationssätze für Kriegsgefangene und sowjetische Zivilarbeiter in der
Selbstversorgung.

Durch ein Rundschreiben des Kreisernährungsamtes Abt. B vom 8. Juli 1942 werden die Rationssätze für sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter, die bei Selbstversorgern eingesetzt sind, mit 2.375 Gramm Brot, 500 Gramm Fleisch und 100 Gramm Margarine wöchentlich angegeben. Danach erhalten die Bolschewiken 200 Gramm Fleisch mehr als der Normalverbraucher. Nach den traurigen Erfahrungen, die hier bislang schon bei der Fettversorgung der französischen Kriegsgefangenen gemacht wurden, besteht aber auch kein Zweifel, dass die Bolschewiken in den Genuss von Butter statt Margarine kommen, da die bäuerlichen Selbstversorger bereits früher erklärt haben, dass es ihnen nicht möglich sei, laufend Margarine zu besorgen und das Kreisernährungsamt diesem traurigen Standpunkt Recht gegeben hat.

Ich habe im Laufe der letzten Monate wiederholt auf die ernsten Gefahren aufmerksam gemacht, die sich aus einer solchen an nationale Würdelosigkeit grenzenden Massnahme zwangsläufig ergeben müssen. Es muss die Empörung der Normalverbraucher auslösen, wenn sie erfahren, dass die auf primitivster Kulturstufe stehenden sowjetischen Arbeitskräfte höhere Rationen erhalten als sie. Ein Pionieroffizier, der nach 18 Monaten zum ersten Mal wieder auf Urlaub ist, war geradezu fassungslos, als er von dieser Massnahme Kenntnis erhielt. So wird es aber jedem deutschen Soldaten ergehen, der die bolschewistische Bestie im Osten erlebt hat.

Die Begründung, dass die genannten Arbeiter auf Erhaltung ihrer physischen Leistungsfähigkeit diese Rationen benötigten, kann ich in keiner Weise als stichhaltig anerkennen. Diese Elemente haben im Sowjetstaat denkbar primitiv auch in der Ernährung gelebt. Es wäre den Stellen, die solche Erlasse herausbringen, nur zu empfehlen, sich einmal bei unseren Soldaten zu erkundigen, welches Leben die

Russen tatsächlich gewohnt gewesen sind und wie sie trotzdem dabei haben arbeiten können. Mit den genannten Rationssätzen müssen wir die sowjetischen Arbeiter naturgemäss verhätscheln und verwöhnen. Wohin das führt, habe ich in anderem Zusammenhang bereits ausgeführt. Es ist ein ernstes Zeichen, wenn jugendliche sowjetische Landarbeiter und selbst sowjetische Kriegsgefangene schon nach kurzer Zeit das Essen bemängeln, das sie mit ihrem Arbeitgeber teilen.

Ich bitte die Landesregierung, bei den massgebenden Stellen auf die ausserordentlich üblen stimmungsmässigen Auswirkungen der vorgesehenen Massnahmen sowohl bei unserer einheimischen Bevölkerung wie bei den sowjetischen Arbeitern selbst gebührend aufmerksam zu machen und eine dem gesunden Volksempfinden angemessene Regelung zu erzielen.

[Unterschrift]⁶³

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 4 Nr. 12471

4.4.9 Mitteilung des Oberpräsidenten in Hannover über die Verwendung von Fuchsfleisch als Zusatzverpflegung für sowjetische Kriegsgefangene

Der Oberpräsident der Provinz Hannover

Hannover,
den 10. November 1942.

Provinzialernährungsamt Abt. A
(Landesbauernschaft Niedersachsen)

Verteiler C.

(Den Ernährungsämtern, Abt. A – Kreisbauernschaften – und Abt. B bei den Herren Landräten und den Herren Oberbürgermeistern zur Bearbeitung)

Betr.: Verwendung von Fuchsfleisch aus Fuchsfarmen für sowj. Kriegsgefangene.

Die Entpelzung der Füchse findet in den Fuchsfarmen etwa um den 10. November herum statt. Wie das OKH in Verbindung mit dem RMfEuL⁶⁴ mitteilt, wird Wert darauf gelegt, dass das gesamte Fuchsfleisch ohne Verzögerung abgegeben und für die Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener verwertet wird. Das Fuchsfleisch ist in voller Höhe auf die zustehende Fleischmenge anzurechnen.

Der RMfEuL gibt mit Erlass vom 29.10.42 – II/i – 10924 – Kenntnis von der Anordnung des OKH vom 22.10.42, die ich auszugsweise den Ernährungsämtern bekanntgebe.

Fuchsfleisch ist nach der Anordnung in erster Linie in Kriegsgefangenenlagern für sowjetische Kriegsgefangene zu verbrauchen. Soweit das auch bei Benutzung von Kühleinrichtungen nicht möglich ist, ist es den Kriegsgefangenenlagern benachbarter Kreise abzugeben. Die Wehrkreisverwaltungen sind unterrichtet. Wenn die Verabreichung der gesamten Menge in Kriegsgefangenenlagern allein schwierig oder unmöglich sein sollte, bestehen keine Bedenken, Fuchsfleisch auch für die Ernährung sowjetischer Kriegsgefangener auf Arbeitskommandos zu verwenden. In diesen Fällen ist es in Verbindung mit den zuständigen Ernährungsämtern abzugeben, mit denen alles Weitere unmittelbar zu vereinbaren ist.

64 RmFEuL: Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Das Oberkommando des Heeres gibt weiterhin bekannt:

Das anfallende Fuchsfleisch für die Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener wird unter folgenden Bedingungen abgenommen:

1. muss eine Ausblutung durch sachgemäßes Töten der Tiere gewährleistet sein;
2. muss eine ordentliche Trichinenschau durch Entnahme von 6 Proben je Tier durchgeführt werden. Für die Trichinenschau werden durch das OKH nach Bedarf Trichinenschauer abgestellt;
3. vor Abnahme muss eine fleischbeschauliche Besichtigung durch einen Tierarzt oder Veterinär stattfinden;
4. die geschlachteten Füchse müssen vor Abnahme mindesten 3 Tage abgehangen sein,
5. der Preis für das Fuchsfleisch (ohne Kopf, Unterläufe und Schwanzrübe) beträgt 1,- RM für 1 kg. Das Fleisch wird von den in Betracht kommenden Kriegsgefangenenlagern bei den Fuchsfarmen abgeholt.

Im Auftrage:
gez. Scheffer

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 4 Nr. 12471

4.4.10 Schreiben des Regierungsforstamtes Hildesheim über die Ernährungslage der Kriegsgefangenen in der Forstwirtschaft

Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim.

Hildesheim, den 15. Januar 1943.

An die Herren Beauftragten der Forst- u.
Holzwirtschaftsämter im Bezirk.

Betr.: Ernährung der Kgf.

Bei einer kürzlich stattgefundenen ärztlichen Untersuchung aller Kriegsgefangenen im Bezirk des Hildesheimer Kontrolloffiziers hat sich ergeben, dass mit wenigen Ausnahmen der Ernährungszustand der in der Waldarbeit eingesetzten Kgf, vor allem der Russen, besonders schlecht ist, schlechter, als der in den Industriebetrieben Beschäftigten.

Durch Rückfrage wurde mir von einigen Forstämtern bestätigt, dass vor allem die Zuteilungen an Kartoffeln und Gemüse (Steckrüben) für die Russen nicht ausreichen. Das liegt erstens daran, dass der Russe rein mengenmässig an viel grössere Portionen gewöhnt ist, und zweitens der Ernährungs- u. Gesundheitszustand vieler der Forstwirtschaft zugeteilter Kriegsgefangener dermassen schlecht ist, dass ohne entsprechende Auffütterung und Sonderzuteilung keine befriedigende Arbeitsleistung verlangt werden kann.

Wenn zur Erfüllung der hohen Holzumlagen und bei dem allgemeinen Waldarbeitermangel die Arbeitsleistung der Kgf. dauernd zu steigern ist, ist es unbedingt erforderlich, dass besonders den Russen erhöhte Zuteilungen an Kartoffeln und Steckrüben gewährt werden. Es ist ganz selbstverständlich, dass bei den meist langen Anmarschwegen vom Lager zur Arbeitsstelle und zurück und bei der täglichen Beschäftigung – zumal bei jetziger Witterung – an der frischen Luft die Kgf. abends mit viel grösserem Hunger heimkommen, als die im warmen Fabrikraum Beschäftigten. Ich halte daher eine erhöhte Nahrungsmittelzuteilung für die in der Forstwirtschaft beschäftigten Kgf. für gerechtfertigt und erforderlich.

Besondere Schwierigkeiten scheinen im Harz zu bestehen, wo zusätzlicher Ankauf von Steckrüben örtlich nicht möglich ist und noch Erschwerungen durch die Transportverhältnisse hinzukommen.

Ich bitte Sie, als Beauftragten des Forst- u. Holzwirtschaftsamtes, mit dem zuständigen Kreisernährungsamt zu verhandeln und zu versuchen, eine Erhöhung der Rationen oder wenigstens zusätzlichen Ankauf von Nahrungsmitteln für die

VERPFLEGUNG

Kgf.-Lager der Forstämter zu erreichen, ggf. nach vorheriger Rücksprache mit den Forstämtern Ihres Kreises, die Gefangenenlager haben.

Über das Ergebnis der Verhandlungen bitte ich mir bis 5.2.43 zu berichten.

[...]

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

4.4.11 Schreiben des Forstamtes Hardeggen (Kreis Northeim) über Möglichkeiten zur Verbesserung der Ernährungssituation der sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Preussische Forstmeister
Forstamt Hardeggen

Hardeggen, den 1.2.1943.

den
Herrn Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt
Hildesheim

Betrifft: Ernährung der Kriegsgefangenen.

Die im Lager des Forstamtes Hardeggen gemeinsam mit dem Forstamt Uslar in Delliehausen untergebrachten russ. Kriegsgefangenen kamen in einem sehr mangelhaften Ernährungszustand an. Die Verpflegung war zunächst einem Gastwirt übertragen, der sich aber nicht die erforderliche Mühe gab, die Verpflegung mit den zugeteilten Nahrungsmitteln so zuzubereiten, dass der Ernährungszustand allmählich besser werden konnte. Nachdem das Lager stärker belegt wurde, wurde der Ernährungszustand der Russen so mässig, dass mit einem erheblichen Rückgang der Leistungen gerechnet werden musste. In dieser Zeit half ganz wesentlich die stundenweise Überlassung der Gefangenen nach Beendigung der Waldarbeit an die Bauern, die als Entgelt lediglich ein reichliches zusätzliches Essen an die Gefangenen verabfolgen mussten. Seit dem 21.9.1942 habe ich dann die Verpflegung dem Hausmeister Wille in Delliehausen übertragen, dessen Frau und Tochter sich die notwendige Mühe machen, das Essen im Rahmen des Möglichen gut zuzubereiten. Die Einkellerung von Kartoffeln, von ausreichenden Mengen Steckrüben und die Herstellung von Sauerkohl in zu diesem Zweck vom Forstamt beschafften Fässern wurde durchgeführt. Der Ernährungszustand der Russen hat sich daraufhin so wesentlich gebessert, dass es möglich wurde, sie auf die einzelnen deutschen Waldarbeiterrotten zu verteilen, die die täglichen Unkosten von 2,50 RM für einen Kriegsgefangenen an die Forstverwaltung erstatten und dafür in den Genuss der Leistung der ihnen zugeteilten Kriegsgefangenen kommen.

Morgens vor dem Abrücken zur Arbeit erhalten die Russen warme Verpflegung, die Tagesbrotration nehmen die Gefangenen mit zur Arbeitsstelle, und abends wird wieder warme Verpflegung ausgegeben.

Am 27.1.1943 habe ich auf Grund der vorgenannten Verfügung mit dem Ernährungsamt Abt. A (Kreisbauernschaft) in Northeim über eine erhöhte Zuteilung

von Kartoffeln und Steckrüben verhandelt. Der zuständige Sachbearbeiter erklärt mir, dass eine Zuteilung von bewirtschafteten Lebensmitteln über die vom Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeordneten Sätze hinaus nicht gewährt werden könne.

Nach meinen bisherigen Erfahrungen ist in erster Linie die Selbsthilfe geeignet, die Verpflegung der Russen so zu gestalten, dass eine erträgliche Leistung von ihnen gefordert werden kann. Wenn die Beschaffung von Gemüse (Steckrüben, Kohl, Sauerkohl usw.) auf Schwierigkeiten stösst, dann muss eigener Gemüsebau auf forstfiskalischen Ländereien, in Kämpfen usw. erfolgen. Die Beschaffung von Gemüse und Kartoffeln ist natürlich im landwirtschaftlich bess[...] Solling leichter als beispielsweise im Harz.

[Unterschrift]⁶⁵

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306

65 unleserlich

4.4.12 Bitte des Ersatzverpflegungsmagazins Bremen um Prüfung einer Beschwerde über die Einmischung von Polizeibeamten in Belange der Wehrmacht

Ersatzverpflegungsmagazin
Bremen, Duckwitzstrasse 40

Bremen, den 2. Februar 1943.

An den
Herrn Landrat
des Landkreises Ammerland, Westerstede i.O.

Betr.: Einsatz russischer Kriegsgefangener in Westerstede.

Nach Meldung des Leiters der Rauhfuttersammelstelle Westerstede des E.VM.⁶⁶ Bremen ist den dort mit Zustimmung der Fahrbereitschaft des Kreises Ammerland zur Be- und Entladung von Strohaggonen herangezogenen russischen Kriegsgefangenen von der Rauhfuttersammelstelle in einem Falle Pellkartoffeln mit Salz verabreicht worden. Es hat sich hierbei um Kartoffeln gehandelt, die am Bahnkörper liegend offensichtlich aus Waggonen herausgefallen sind und die, ihrer Beschaffenheit nach, sich für eine Abgabe an die dortige Zivilbevölkerung nicht mehr eigneten. Der Leiter der Rauhfuttersammelstelle hat diese Kartoffeln einsammeln lassen und die Genehmigung dazu erteilt, sie im Gemeinschaftsraum der Gefolgschaftsmitglieder kochen und an die Kriegsgefangenen ausgeben zu lassen.

Dieses Vorkommnis soll den Einwohner Buhr, Westerstede, bewogen haben, den Polizeibeamten Benecke mit einer Klärung bzw. Prüfung des Vorfalls zu beauftragen. Der Polizeibeamte soll dann ohne Befragen des Dienststellenleiters der Rauhfuttersammelstelle einige Gefolgschaftsmitglieder der Rauhfuttersammelstelle vernommen haben. Weiter sollen am 28.1.43 zwei Polizeibeamte in Zivil mit einem Personenkraftwagen in Westerstede bei der Dienststelle vorgefahren sein, um gleichfalls in dieser Angelegenheit Ermittlungen anzustellen.

Das E.VM. Bremen bittet um Klärung des Sachverhalts mit dem Hinweis, dass eine Einmischung von Polizeiorganen in die Belange der Wehrmacht ohne Hinzuziehung des militärischen Dienststellenleiters die Zusammenarbeit in solchen oder ähnlichen Fällen zu stören geneigt ist.

I.V. [Unterschrift]⁶⁷
Stabszahlmeister.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 231 –2 A Nr. 1897

⁶⁶ E.VM.: Ersatzverpflegungsmagazin

⁶⁷ unleserlich

**4.4.13 Aufforderung des Wehrkreiskommandos VI, den sowjetischen Kriegs-
gefangenen eine angemessene Fürsorge zukommen zu lassen**

Abschrift

Bremen, den 25.5.1943.

Der Reichsstatthalter
In Oldenburg und Bremen
Reichsverteidigungskommissar
Weser-Ems.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Osnabrück pp.

Betr. Arbeitsleistungen der K.Gef. im Arbeitseinsatz.

Nachstehend übersende ich in Abschrift ein Schreiben des Wehrkreiskommandos VI mit der bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Im Auftrag.
gez. Unterschrift.

Abschrift von Abschrift.

Wehrkreiskommando VI

Münster, den 10.5.1943.

Betr. Arbeitsleistungen der K.Gef. im Arbeitseinsatz.

Im ersten Quartal des Jahres 1943 hat sich der Gesundheitszustand der sowj. Gef., die bereits in Arbeit eingesetzt gewesen sind, so erheblich verschlechtert, dass, wenn diese Entwicklung sich weiter fortsetzt, Ausfälle wertvoller Arbeitskräfte für die Wirtschaft eintreten, die schwerste Schädigungen der Kohlenbeförderung und der Rüstungsproduktion im Gefolge haben müssen.

Das Wehrkreiskommando hat in Gemeinschaft mit dem Wehrkreisarzt und einer Reihe von Standortärzten, denen eine ärztliche Betreuung von K.Gef. Arb. Kdos. übertragen ist, die Ursachen dieser Erscheinung geprüft und dabei Unzuträglichkeiten festgestellt, die unbedingt den beteiligten Stellen zur Kenntnis gebracht und abgestellt werden müssen.

Die Ursachen für die Verschlechterung des Gesundheitszustandes der K.Gef., verbunden mit ansteigenden Todesziffern sind verschiedener Art.

1. Die sowj. K.Gef. haben nicht überall die Verpflegungssätze erhalten, die ihnen zustehen. Bei den geringen Sätzen für die sowj. K.Gef. (sowohl quantitativ als auch qualitativ) fällt dies ganz besonders schwer ins Gewicht. In einer ganzen Reihe der getroffenen Feststellungen hat sich ergeben, dass die K.Gef. die zustehenden Zulagen (Lang- und Nachtarbeiter, Schwer- und Schwerstarbeiter und Untertagszulagen) nicht selten viel zu spät, häufig erst Wochen nach ihrem Arbeitsbeginn erhalten. Das Missverhältnis zwischen Arbeit und Ernährung ist dann erheblich und führt zu Schädigungen der Gesundheit und zur Zerstörung der Arbeitskraft der K.Gef., zumal sich diese häufig erst an die ungewöhnliche Arbeit gewöhnen müssen. Ist eine solche Schädigung erst eingetreten, so ist es meistens unmöglich, sie wieder aufzuholen. Diesem Nachteil kann dadurch entgegengewirkt werden, dass die Unternehmer durch entsprechende Verhandlungen mit den zuständigen Gewerbeaufsichtsämtern das Wirksamwerden der Zulagen somit bei Arbeitsbeginn sichern, wie das an mehreren Stellen auch schon mit Erfolg geschehen ist.
 2. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, dass an manchen Stellen Arbeitsleistung und Arbeitsdauer gerade mit Rücksicht auf die den sowj. K.Gef. zugestandenen Verpflegungssätze zu einer Überanstrengung der Körperkräfte der sowj. K.Gef. geführt haben. Es muss daher Bedacht darauf genommen werden, dass die Unterkünfte der K.Gef. so ausgestattet sind, dass sie eine ausreichende Erholung und Ruhe zur Wiederherstellung verbrauchter Arbeitskraft gestatten. Gesundheit und Arbeitsleistung der K.Gef. sind neben einer ausreichenden Verpflegung wesentlich abhängig von einer einwandfreien Unterbringung. Wenn man von den K.Gef. das Höchstmögliche an Arbeitsleistung erwartet, so muss man andererseits auch bestmöglichst für Unterbringung, Verpflegung und gute Behandlung der K.Gef. sorgen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Forderung nicht aus Gründen unangebrachter Sentimentalität oder Weichheit erhoben wird, sondern ausschliesslich in der Absicht, eine grösstmögliche Arbeitsleistung der K.Gef. zu erzielen. Es ist beobachtet worden, dass dort, wo Betriebsführer sich für gute Unterbringung, ausreichende Verpflegung und anständige Behandlung der K.Gef. eingesetzt haben, eine Steigerung der Arbeitsergiebigkeit eingetreten war. Die K.Gef. sehen gut und zufrieden aus und arbeiten willig und fleissig.
- Es ist menschlich verständlich, insbesondere bei der Härte des Krieges im Osten, dass es im ersten Augenblick für die deutschen Volksgenossen, denen sowj. K.Gef. zur Arbeit zugeteilt sind, eine Zumutung darstellt, eine fürsorgliche und anständige Behandlung dieser K.Gef. zu verlangen, während der deutsche Volksgenosse vielleicht seinen Sohn oder Bruder als Opfer des Krieges im Osten betrauert. Im Interesse der für die deutsche Kriegsführung entscheidend notwendigen Steigerung der Arbeitsleistung der K.Gef. ist aber eine angemessene

ne Fürsorge für das körperliche und seelische Wohl der K.Gef. und die Unterlassung von Misshandlungen erforderlich. Eine Mehrleistung durch Verprügeln erzwingen zu wollen, ist angesichts der allgemeinen Entkräftung der sowj. K.Gef. meist falsch. Das Gegenteil wird zum Schaden der Kriegswirtschaft erreicht.

Wichtig ist ferner eine möglichst täglich zweimalige Verabfolgung warmen Essens an die K.Gef. und zwar einmal vor Beginn der Arbeit. Ferner muss die Küche ihr besonderes Augenmerk auf sachgemässe und schmackhafte Zubereitung und Herstellung der nötigen Konsistenz des Essens richten. Gerade für die Ernährung der sowj. K.Gef. sind die Vitamine und andere Bestandteile der Nahrungsmittel von besonderer Bedeutung und dürfen durch falsche Verwendung bei der Zubereitung keinesfalls geschädigt oder vernichtet werden.

In wiederholten Besprechungen mit Betriebsführern ist festgestellt, dass den vorstehend berührten Fragen bereits besondere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass in einer Reihe von Betrieben der Fürsorge für das körperliche und seelische Wohl der sowj. K.Gef. nicht die Aufmerksamkeit zugewendet wird, die unbedingt erforderlich ist, um die körperlichen Kräfte der K.Gef. zu erhalten. So mussten z.B. aus einem Bergbaubetrieb in den letzten 3 Monaten 90 sowj. K.Gef. wegen Entkräftung in das Mannschaftsstelllager zurückgeführt werden. Ein Teil dieser K.Gef. konnte nicht mehr gerettet werden. Die schwerwiegenden Folgen einer Herunterwirtschaftung der K.Gef. Arbeitskräfte für die Kohleförderung und die Rüstungsproduktion liegen auf der Hand. Die Rückwirkungen auf die Kriegsführung können sehr ernster Natur werden.

Das Wehrkreiskommando gibt eine kurze Darstellung dieser Verhältnisse mit der Bitte, auf die Unternehmer in geeigneter Weise dahin einzuwirken, sich der Frage der körperlichen und seelischen Betreuung der K. Gef. besonders anzunehmen. Es kann nicht verantwortet werden, dass sowj. K.Gef., die in einigermassen guten körperlichen Zustand den Arb. Kodos. zugeführt worden sind, körperlich so heruntergewirtschaftet werden, dass sie bei Rücklieferung in die Reviere der Mannschaftsstelllager und der K.Gef.Lazarette wegen Entkräftung zugrunde gehen.

Die zuständigen Stellen der Wehrmacht sind bereits mit entsprechenden bis ins Einzelne gehenden Anweisungen versehen und angewiesen, mit besonderer Sorgfalt und in engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmern der Verschlechterung des Gesundheits- und Körperzustandes der sowj. K.Gef. entgegenzuwirken. Wenn auch die Wirtschaft bei der Durchführung dieser Massnahmen bereitwillig mitarbeitet, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Veröffentlichungen in der Tagespresse sind nicht erwünscht.

DOKUMENTE

Im Auftrage des Wehrkreisbefehlshabers Der Kommandeur der K.Gef.
gez. von Döhren.

Der Regierungspräsident.

Osnabrück, den 8. Juni 1943.

Abschrift zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
Im Auftrage.
gez. Dr. Lüpke.

An die Herren Landräte des Bezirks und den Herrn Oberbürgermeister hier.

Der Landrat.

Bersenbrück, den 31. Mai 1943.

An
die Ortspolizeibehörde in
Bramsche

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

LV

[Unterschrift]⁶⁸

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 59 b Nr. 1871

⁶⁸ unleserlich

4.4.14 Beschwerde des Viehwirtschaftsverbandes Weser-Ems über die Qualität des Freibankfleisches für sowjetische Kriegsgefangene

Viehwirtschaftsverband Weser-Ems
Marktgemeinschaft für
Schlachtviehverwertung Bremen
Der Marktbeauftragte

Bremen, Schlachthof,
7. Oktober 1943.

An
die Direktion des städtischen
Schlacht- und Viehhofes
Bremen

Betreff: Freibankfleisch an das Kriegsgefangenen-
Arbeitskommando 1029⁶⁹, Bremen-Blumenthal.

Nachstehend übermittle ich Ihnen abschriftlich eine Beschwerde des Obigen an das Ernährungsamt Abt. A –, Bremen, zwecks Kenntnis- und Stellungnahme:

«Es wird auf die heutige tel. Unterredung mit Herrn Pfördtner Bezug genommen.

Die S.U. Kgf. der obigen beiden Lager arbeiten beim Bremer Vulkan und werden von der Werkskantine verpflegt. Schon seit einigen Wochen lässt der Ausfall bzw. die Qualität des für die Verpflegung der Kgf. gelieferten Freibankfleisches ausserordentlich zu wünschen übrig. Die für diese laufende Woche bestimmte Fleischmenge bestand z.B. zur Hälfte aus abgesuchten, also vom Fleisch befreiten Rindsrippen und zur anderen Hälfte aus Ohren, Kopf etwa, also zumeist aus Knochen.

Unter diesen Umständen ist die Werkskantine natürlich nicht in der Lage, den Kgf. irgendwie Fleisch zu bieten, was jedoch im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der KGF. unbedingt notwendig ist.

Die fraglichen Lieferungen erfolgen durch den Bremer Schlachthof. Es wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die zukünftigen Lieferungen des Freibankfleisches auch qualitativ einwandfrei sind.»

Heil Hitler!
Im Auftrage:

[Unterschrift]⁷⁰

Staatsarchiv Bremen,

69 Nach anderen Quellen befand sich das Arbeitskommando 1029 möglicherweise in Grönheim im Landkreis Cloppenburg. Wahrscheinlich handelt es sich hier um einen Schreibfehler.

70 unleserlich

4.4.15 Antwort des Städtischen Schlacht- und Viehhofes Bremen auf die Beschwerde

An die
Marktgemeinschaft für Schlachtviehverwertung
Bremen,

hier,
Schlachthof.

Zu der Beschwerde des Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos 1029, Bremen-Blumenthal, bemerken wir, dass das Freibankfleisch nur in der anfallenden Qualität abgegeben werden kann. Solange reichlich Anfall vorhanden war, haben wir stets an die Gefangenenlager das bessere und an die Firma Joh. Siems, Apen, das geringe Fleisch abgegeben. Daher ist es ausgeschlossen, dass insbesondere das Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1029 schlechtes Fleisch bekommen haben kann. Es ist wohl möglich, dass das Lager, das nur alle paar Tage etwa 2½ kg Fleisch holen lässt, nicht immer schieres Fleisch, sondern auch einmal Rippenstücke erhalten hat, so dass gelegentlich auch ein erheblicher Anteil Knochen dabei gewesen sein kann. Es ist aber nicht möglich, für so kleine Bezieher das Fleisch besonders auszusuchen oder auf Wunsch besondere Stücke zu verabreichen. Einen Ausgleich hat das Lager aber dadurch, dass es noch zusätzlich jeweils 2 kg Fleischkonserven für Wurst miterhält.

Wir sind nicht in der Lage, für das Lager eine besondere Zuteilung vorzunehmen und müssen die Beschwerde als unbegründet zurückweisen.

Die Direktion des städt. Schlacht- und Viehhofes.

gez. [Unterschrift]⁷¹

Staatsarchiv Bremen, 4,55/1-136

71 unleserlich

4.4.16 Bitte an die Ilseder Hütte um Entschädigung für einen durch sowjetische Kriegsgefangene verursachten Flurschaden

Sehr geehrter Herr Direktor!

Grossbülten 17. Mai 1944

Im Herbst 1943 haben mir die Stalinschen Kriegsgefangenen, auf meinem bestellten Weizenfelde durch nach graben von Kartoffeln Schaden gemacht. Es ist nicht möglich den Weizen stehen zu lassen, ich muss denselben durch Futterrunkel ersetzen.

Der Schaden entspricht einem Wert von 60 Rm ich bitte nach Ihren Ermessen mir entgegen zu kommen

Heil Hitler

Richard S.

4.4.17 Ablehnung der Ilseder Hütte, den Schaden zu erstatten

Herrn
Schlosser Richard S.
Gross Bülden Nr....

22. Mai 1944

Schäden durch Kriegsgefangene

Auf Ihr an Herrn Direktor Rohne gerichtetes Schreiben vom 17. d.M. erwidern wir Folgendes: Eine Schadenersatzpflicht unsererseits kommt nicht in Frage. Eine Aufsichtspflicht über die bei uns beschäftigten Kriegsgefangenen besteht höchstens nach der Richtung, dass ein Entweichen aus der Kriegsgefangenschaft verhindert werden soll. Die Aufsicht ist aber keineswegs in dem Umstande begründet, dass die Kriegsgefangenen wegen ihrer Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes der Aufsicht bedürfen. Da auch im Übrigen die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, die in § 832 BGB für eine Schadenersatzverpflichtung aufgestellt sind, bedauern wir, dem an uns gestellten Anspruch nicht entsprechen zu können.

Ilseder Hütte gez.: J. [...] ⁷² Rohne

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 1009 N Zg.55/2001 Nr. 6321

4.5 Krankheit und Tod

4.5.1 Merkblatt über den Sanitätsdienst für sowjetische Kriegsgefangene in den Arbeitskommandos im Wehrkreis X

Kommandantur
M.-Gef.-Lager X D
Lagerarzt

Wietzendorf, den⁷³

Merkblatt

über den Sanitätsdienst
bei den russischen Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos.

[...]

1. Lagerarzt.

Die Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse bei den Kriegsgefangenen (Krgf.) obliegt dem Lagerarzt bei der Kommandantur M. Gef.-Lager X D in Wietzendorf.

[...]

2. Erste Hilfe.

Zur ersten Hilfeleistung bei Erkrankungen und Verletzungen soll jeder Kommandoführer einige Tabletten und Schnellverband vorrätig halten. Dieser Vorrat soll vom Lagerarzt bezogen werden, nicht aus Zivilapotheken. Er kann schriftlich angefordert werden und wird dann mit der Post zugesandt. Es sind vorgesehen: Aspirin-Tabletten für Fieber und Schmerzen, Solvent-Tabletten für Husten und ein Kästchen Schnellverband. Hustentabletten werden im Sommer nur auf besondere Anforderung ausgegeben. Die Sachen müssen in einem Schrank, Kiste oder Pappkarton unter Verschluss aufbewahrt werden. Falls andere Mittel erforderlich sind, müssen sie für den Einzelfall vom dortigen behandelnden Arzt verschrieben werden. Es ist verboten, sich auf Vorrat vom Arzt etwas aufschreiben zu lassen. Nicht jedes kleine Kommando darf sich ein Fieberthermometer verschreiben lassen. Es muss erst einmal versucht werden, sich im Bedarfsfalle ein solches zu entleihen.

73 Genaues Datum unbekannt – etwa August/September 1941.

3. Arzt.

Krgf. melden sich leicht krank und versuchen sich dadurch von der Arbeit zu drücken, ohne dass ein ernsthafter Grund für die Krankmeldung vorliegt. Der Kommandoführer muss versuchen, sich darüber klar zu werden, ob Krankheit oder nur Verweichlichung oder gar Drückebergerei bei den Krgf. vorliegt. Nötigenfalls wird eine Untersuchung durch einen Arzt die Sachlage klären. Dauernd arbeitsunfähige oder chronisch Kranke sind dem Lagerarzt nach Wietzendorf zur endgültigen Beurteilung zu überweisen. Drückebergern ist energisch entgegenzutreten und es muss ihnen klar gemacht werden, dass Krankmeldungen und Gänge zum Arzt, um sich von der Arbeit zu drücken, nicht geduldet werden. Sollte einem Krgf. dabei wirklich einmal Unrecht geschehen sein, so werden die Vorgesetzten und der Lagerarzt den pflichtmässigen Kommandoführer voll decken.

Es wird geraten, bei Verdacht auf Blinddarmentzündung immer einen Arzt hinzuziehen. Schmerzen im Leib, besonders in der rechten unteren Bauchseite und Erbrechen deuten auf dieses Leiden hin.

Wenn ein Arzt gebraucht wird, soll möglichst ein Militärarzt in Anspruch genommen werden. In grösseren Orten und auch in manchen kleineren Orten ist ein Standortarzt eingesetzt. Ein Verzeichnis der Standortärzte befindet sich bei jeder Kompanie. An Orten mit Standortärzten wende man sich wegen aller sanitären Fragen am besten an den Standortarzt. Dieser wird ebenfalls bereit sein, Ratschläge in allen sanitären Fragen auch für benachbarte Orte zu erteilen. Falls ein Militärarzt nicht erreichbar ist, kann jeder zur Kassenpraxis zugelassene Zivilarzt in Anspruch genommen werden, allerdings mit der Einschränkung, dass der am nächsten wohnende Arzt genommen werden soll. In den meisten Fällen ist dem Kommandoführer der nächstwohnende Arzt schon bei Übernahme des Kommandos bekanntgegeben. Bei der ersten Inanspruchnahme eines Zivilarztes muss für den Kriegsgefangenen ein Überweisungsschein für jeden einzelnen Fall vom Kommandoführer ausgeschrieben und dem Arzt ausgehändigt werden. Hierzu werden vorgedruckte Formblätter benutzt, die wie alle anderen Formulare vom Lagerarzt angefordert werden können. Der Arzt fügt diesen Überweisungsschein seiner Rechnung bei. Gleichzeitig ist dem Arzt Kenntnis von der Anweisung über Sparmassnahmen zu geben und darüber, dass für Krgf. im Allgemeinen nur billige Mittel verordnet werden dürfen. Die Anweisung über Sparmassnahmen kann vom Lagerarzt direkt bezogen werden. Nach Möglichkeit müssen Krgf. den Arzt in der Sprechstunde aufsuchen. Arztbesuche verursachen, besonders bei weiten Entfernungen, bedeutend höhere Kosten als Beratungen in der Sprechstunde.

4. Zahnarzt.

- a. für deutsche Wehrmachtsangehörige.

[...]

- b. für Kriegsgefangene.

Für russische Kriegsgefangene kommt eine zahnärztliche Behandlung vorerst nicht in Frage. Schlechte Zähne, die Schmerzen machen oder die Arbeitsfähigkeit behindern, sollen ausgezogen (extrahiert) werden. Dies hat durch den das Arbeits-Kommando betreuenden Arzt zu geschehen. Überweisungen an Zahnärzte oder Dentisten dürfen nicht erfolgen.

5. Lazarett.

- a. für deutsche Wehrmachtsangehörige.

[...]

- b. für russische Kriegsgefangene.

Das einzige Sowjet-Kriegsgefangenen-Lager-Lazarett im Wehrkreis X ist das Lagerlazarett des Sowjet-Kriegsgefangenenlagers X D Wietzendorf i./Hann. (Fernruf: Wietzendorf/Hann. 75) bei Soltau. Falls mit Rücksicht auf die Schwere der Erkrankung der Transport nach Wietzendorf/ Hann, zunächst nicht durchführbar ist, so hat die Unterbringung der schwer erkrankten Sowjet-Kriegsgefangenen in erster Linie in folgenden Lazaretten zu erfolgen:

- a. Res.-Lazarett (für Kriegsgefangene) Rotenburg bei Hann. (Fernruf: Rotenburg/Hann. 536).
- b. Res.-Lazarett (für Kriegsgefangene) Rendsburg (Fernruf: Rendsburg 2127).
- c. Marine-Lazarett (Abtlg. für Kriegsgefangene) Marne/Holst. (Fernruf: Marne/Holst. 122).

Falls ausnahmsweise in einem besonderen Notfall ein Sowjet-Kriegsgefangener vorübergehend in einem anderen als den eben genannten Reg.-Lazaretten aufgenommen werden muss, so ist dem Lagerarzt sofort Meldung darüber zu erstatten.

6. Krankentransport.

Der Transport in das Kriegsgefangenenlazarett erfolgt mit der Eisenbahn. Falls bei Schwerkranken oder Nichtgefähigen ein Autotransport oder Wagentransport unbedingt erforderlich ist, muss, wenn irgend möglich ein Militärfahrzeug in Anspruch genommen werden. Wenn dies nicht möglich ist, muss ein Sanitätsauto oder sonst ein Auto zum Transport besorgt werden. In diesem Falle muss der Komman-

do Führer eine kurze Bescheinigung darüber ausstellen, dass ein Militärfahrzeug nicht in Anspruch genommen werden konnte. In jedem Falle muss der Arzt eine kurze Bescheinigung darüber ausstellen, dass der Autotransport erforderlich war. Die Rechnungen für den Auto transport sind von den Unternehmern unter Angabe des Namens und der Erk.-Marke und Nationalität der Krgf. an den Lagerarzt einzusenden, die beiden obigen Bescheinigungen sind beizufügen. Weite Autotransporte sind zu vermeiden.

7. Meldungen.

Damit die vorgesetzten Dienststellen einen Überblick über den Gesundheitszustand bei den Krgf. behalten, müssen die Kommandoführer regelmässig terminmässig alle Erkrankungsfälle, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, an ihren Kompanieführer melden, der diese Meldungen schnellstens gesammelt an den Lagerarzt weiterleiten muss. Die Kompanien müssen überwachen, ob die Arbeitskommandos auch wirklich melden. Die Meldungen müssen pünktlichst erstattet werden. Fehlanzeige ist erforderlich.

Zu den Meldungen über erkrankte Krgf. werden rote Vordrucke benutzt. Diese Vordrucke müssen durch die Kommandoführer im Bedarfsfalle vom Lagerarzt direkt angefordert werden.

Es müssen folgende Meldungen gemacht werden: Über erkrankte Krgf. einmal im Monat auf roten Vordrucken, und zwar nach Ablauf des Monats am folgenden 1. eines Monats für den ganzen abgelaufenen Monat.

Es müssen gemeldet werden: bei Arbeitsfähigen Eintritt in die Behandlung, bei Nichtdienstfähigen Beginn und Ende der Arbeitsunfähigkeit oder Einweisung in das Lazarett unter Angabe des Lazarets. Die Einweisung in das Lazarett muss ausserdem sofort von den Arbeitskommandoführern an die Kompanie gemeldet werden. Die Kompanien leiten die Meldungen umgehend an den Lagerarzt weiter. Auch ansteckende Krankheiten müssen vom Kommandoführer sofort auf dem Wege über die Kompanie beim Lagerarzt gemeldet werden.

8. Entlassung.

Falls die Entlassung des Arbeitskommandos erforderlich ist, muss der Kommandoführer hierüber dem Lagerarzt Meldung machen. Von dort erhält der Kommandoführer weitere Anweisung. Der Kommandoführer muss sich des Öfteren durch einen Appell davon überzeugen, ob die Krgf. läusefrei sind.

9. Betriebsunfall.

Die bei dem Bauern oder Unternehmer arbeitenden Krgf. sind bei der Berufsgenossenschaft (Reichsunfallversicherung) des betreffenden Betriebes gegen Be-

etriebsunfälle versichert. Wenn einem Krgf. ein Betriebsunfall zustösst, muss der Bauer oder Unternehmer hierüber unverzüglich seiner Berufsgenossenschaft Meldung machen. Da dies mehrfach nicht geschehen ist, muss der Kommandoführer den Bauern oder Unternehmer an seine Meldepflicht erinnern. Ausserdem muss der Kommandoführer den Betriebsunfall der Kompanie umgehend melden, welche die Meldung direkt an den Lagerarzt weiterleitet. Betriebsunfälle sind Unfälle, welche auf dem Wege zur Arbeitsstelle und zurück und bei der Arbeit passieren. Geringfügige Unfälle brauchen nicht gemeldet zu werden.

10. Todesfälle.

- a. Wenn ein Todesfall auf einem Arbeitskommando vorkommt, muss der Kommandoführer:
 1. sofort einen Militärarzt oder Arzt zur Besichtigung der Leiche anfordern. Der Arzt muss einen Totenschein oder eine Sterbefallanzeige ausstellen,
 2. sofort den Lagerarzt fernmündlich benachrichtigen (Wietzendorf bei Soltau Nr. 75 oder 84) und weitere Weisung abwarten,
 3. umgehend einen kurzen Bericht, den Totenschein und die halbe Erkennungsmarke des Toten direkt an den Lagerarzt einsenden.
- b. Die Kompanie muss die Beerdigung der Leiche veranlassen, wenn die Leiche vom Lagerarzt freigegeben ist. Beerdigungsort ist an den Lagerarzt zu melden. Genaue Grablage ist anzugeben.

11. Ablösung.

[...]

12. Genaue Bezeichnung.

Auf allen Meldungen, Überweisungsscheinen, Rezepten der Ärzte, Rechnungen aller Art muss ausser dem Namen stets bei Wachmännern der Truppenteil, bei Krgf. Erkennungs-Nummer, Nationalität und Arbeitskommando angegeben werden.

13. Merkblätter, Überweisungsscheine und Meldeformulare.

[...]

Der Lagerarzt.

DOKUMENTE

4.5.2 Zwei Vermerke aus den Akten des Bremer Bausenators über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener

Aktenvermerk

1. Für die Bauvorhaben des Senators für das Bauwesen werden z.Zt. 600 sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt. Es bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Kriegsgefangenen gemacht werden. Sollten diese Gefangenen gut einschlagen, könnte gegebenenfalls ein weiteres Kriegsgefangenenlager eingerichtet und ein neuer Transport abgerufen werden.
2. Herrn Senator für das Bauwesen vorgelegt.
3. Wiedervorlage in 4 Wochen.

Bremen, den 22. Oktober 1941

Der Senator für das Bauwesen:
Auf Anordnung:

[Unterschrift]⁷⁴

TgL Nn III3676/41

Der Einsatz der Sowjetrussen war ein vollkommener Fehlschlag. Die Russen wurden nicht einsatzfähig trotz guter Behandlung und guter Kost. Zuletzt brach eine Seuche aus, sodass über das Lager eine Sperre verhängt wurde. Einsatz erfolgte daraufhin nicht mehr. Der grösste Teil der Russen ist bis zum Berichtstage verstorben. Es wird versucht, den Rest der Überlebenden in das Sammellager wieder abzuschieben.

Bremen, den 11. Dezember 1941.
Abteilung III

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1293

⁷⁴ unleserlich

4.5.3 Vermerke des Senators für das Bauwesen über die Bestattung sowjetischer Kriegsgefangener in Bremen

Betr.: Bestattung russischer Kriegsgefangener

In dem russischen Kriegsgefangenenlager sterben wiederholt Gefangene. Die Bestattung wurde heute zusammen mit Oberbaurat Kummer bei Herrn Senator Dr. Fischer besprochen. Die Kriegsgefangenen sollen nicht auf bremischen Friedhöfen beigesetzt werden. Es soll ein Bestattungsplatz in der Nähe des Gefangenenlagers Grambker Heerstrasse eingerichtet werden, auf dem die Russen die Toten selbst beisetzen.

Die Auswahl des Platzes wird durch das Stadtplanungsamt zusammen mit dem Garten- und Friedhofsamt erfolgen.

27.10.41 [Unterschrift]⁷⁵

1. Die Bestattung der russischen Kriegsgefangenen wurde heute von mir fernmündlich mit dem Hauptmann Baumgarten besprochen. Er wird sich sofort mit seiner vorgesetzten Stelle in Nienburg in Verbindung setzen, um dort festzustellen, ob besondere Vorschriften seitens der Wehrmacht wegen der Bestattung der russischen Kriegsgefangenen vorliegen.

Wir erhalten morgen weitere Nachricht.

Bremen, den 28. Oktober 1941

[Unterschrift]⁷⁶

2. Ein für die Beisetzung der Russen geeigneter Bestattungsplatz auf dem aufgeschütteten Gelände in der Grambker Gleisschleife wurde von mir am 28.10. mit Herrn Gartendirektor Homann und am 29.10. mit Herrn Hauptmann Baumgarten besichtigt. Das Gelände liegt unmittelbar neben dem Hafen-Bahnhof und ist für eine Erweiterung der Eisenbahnanlagen vorgesehen.

⁷⁵ unleserlich

⁷⁶ unleserlich

DOKUMENTE

Eine weitere Aufspülung ist zunächst nicht beabsichtigt. Der Zeitpunkt der Durchführung der Eisenbahn-Erweiterung ist nach fernmündlicher Angabe von Oberbaurat Becker ungewiss. Präsident Grunow hat Bedenken gegen die Hergabe des Geländes. Der Senator für das Bauwesen wird eine Entscheidung herbeiführen.

Falls das Gelände freigegeben wird, wird die Einfriedung durch das Landes-schützenbataillon erfolgen, ebenso die Beisetzung der Toten.

Hauptmann Baumgarten teilte mit, dass in anderen Orten die jüdischen Friedhöfe für die Bestattung der Russen benutzt würden.

Ich habe am 28.10. den jüdischen Friedhof in Hastedt zusammen mit Herrn Homann besichtigt. Es sind noch einige Flächen frei. Jüdische Beerdigungen kommen nach Angabe des Aufsehers etwa 1 mal monatlich vor.

Der Senator für das Bauwesen hat entschieden, dass die 15 gestorbenen Russen, die z.Zt. im Pathologischen Institut aufgebahrt sind, dort bestattet werden. Hauptmann Baumgarten und das Friedhofsamt sind entsprechend unterrichtet. Die Bestattung der toten Russen muss nach Vorschrift der Wehrmacht in einfachen hölzernen Kisten mit namentlicher Bezeichnung (Erkennungsmarke) erfolgen. Das Friedhofsamt wird bei der Bestattung nicht mehr eingeschaltet.

Ich habe Hauptmann Baumgarten mitgeteilt, dass der jüdische Friedhof für die bisher gestorbenen Russen auf Grund des Reichsleistungsgesetzes in Anspruch genommen werden kann. In Zukunft sollen die Toten auf dem besonders einzurichtenden Bestattungsplatz beigesetzt werden.

Bremen, den 30. Oktober 1941

[Unterschrift]⁷⁷

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1295

⁷⁷ unleserlich

**4.5.4 Schreiben des Bürgermeisters von Langeoog (Kreis Wittmund)
über die Anlage eines separaten Friedhofes für sowjetische
Kriegsgefangene**

Der Bürgermeister

Nordseebad Langeoog, den 4. November 1941

An den
Herrn Landrat
Wittmund

Betr.: Beerdigung russischer Kriegsgefangener auf Langeoog

Die im hiesigen Lager verstorbenen russischen Kriegsgefangenen wurden bis vor Kurzem auf dem neuen Gemeindefriedhof, und zwar auf dem für Heimatlose vorgesehenen Friedhofsteil, beerdigt. Da es sich jedoch zeigte, dass die Zahl der zu beerdigenden Russen immer weiter ansteigt und vor allem auch für diesen Winter mit noch erheblicherem Ansteigen zu rechnen ist, teilte ich dem Kriegsgefangenenwachkommando Langeoog mit, dass die Kriegsgefangenen auf dem neuen Gemeindefriedhof nicht mehr beerdigt werden könnten. Ich habe daraufhin dem Wachkommando nordwestlich in unmittelbarer Nähe des neuen Gemeindefriedhofes in einem kleinen Dünental einen Begräbnisplatz vorläufig angewiesen. Die Höhenlage dieses Dünentales ist so, dass die Leichen oberhalb des Grundwassers zu liegen kommen. Falls dem Wachkommando von Ihnen aus noch besondere Anweisungen zu erteilen wären, bitte ich dies zu veranlassen und auch mir hierüber entsprechende Mitteilung zukommen zu lassen, damit die Einhaltung der Bestimmungen von mir überwacht werden kann.

Heil Hitler!

Inselarchiv Langeoog, Akte Dünenfriedhof

4.5.5 Mitteilung des Landrates im Kreis Grafschaft Diepholz über die Bestattung verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener

Der Landrat
des Kreises Grafschaft Diepholz.

Diepholz, den 11. November 1941.

Vertraulich.

An
sämtliche Herren Bürgermeister
des Kreises
und
die Herren Genossenschaftsvertreter
der Wasser- und Bodenverbände.

Betrifft: Bestattung von Leichen Sow. Kriegsgefangener durch die Gemeinden.

In einem Erlass des Reichsministers des Innern vom 27.10.41 wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Sofern von Wehrmachtsdienststellen das Ansinnen gestellt wird, Leichen Sow. KG. zu bestatten, sind die Gemeinden verpflichtet, die Bestattung nach ärztlicher Feststellung des Todes unverzüglich durchzuführen.
2. Es ist den Gemeinden freigestellt, ob die Bestattung auf schon bestehenden Friedhöfen oder auf sonst geeigneten Plätzen vorgenommen wird. (Ich nehme hierbei auf mein Rundschreiben vom 16.10.41 betr. Bestattung auf Judenfriedhöfen bzw. auf den Russenfriedhof in Ströhen Bezug)
3. Zur Feststellung des Todes sind, soweit leicht erreichbar Ärzte der Wehrmacht heranzuziehen.
4. Zur Kostenersparnis ist, soweit möglich und zweckmässig, wegen der Leichenüberführung (Gestellung von Fahrzeugen) mit Dienststellen der Wehrmacht in Verbindung zu treten.
5. Für die Überführung und Bestattung ist ein Sarg nicht zu fordern. Die Leiche ist mit starkem Papier (möglichst Öl-, Teer- oder Asphaltpapier) oder sonst geeignetem Material vollständig einzuhüllen.
6. Die Überführung und Bestattung ist unauffällig durchzuführen. Bei gleichzeitigem Anfall mehrerer Leichen ist die Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab vorzunehmen. Hierbei sind die Leichen nebeneinander (aber nicht übereinander) in der ortsüblichen Grabestiefe zu betten. Auf Friedhöfen ist als Begräbnisort ein entfernter Teil zu wählen.

7. Litt der verstorbene Sowjet-KG. an einer übertragbaren Krankheit, so hat die Überführung und Bestattung im Einvernehmen mit dem örtlich zuständigen Gesundheitsamt zu erfolgen. Die zur Aufbewahrung der Leichen benutzten Räume, sowie die benutzten Gefährte sind in jedem Falle einer Desinfektion zu unterziehen. Die mit der Aufbahrung, dem Transport und der Bestattung beauftragten Personen sind über die notwendigen hygienischen Massnahmen – insbesondere Desinfektion nach Berühren von Leichen – zu belehren.
8. Die Kosten sind so niedrig wie möglich zu halten. Sie sind von der Gemeinde sofort bei der Bezirksstelle Gruppe Verwaltung des M.Gef.Lagers X C in Basum anzufordern. Belege sind beizufügen, ferner ist bei den Anforderungen jeweils anzugeben, wann und durch welche militärische Dienststelle die Leiche der Gemeinde übergeben wurde.

gez. Veltkamp

Stadtarchiv Diepholz, Des. 69 Nr. 8 a

DOKUMENTE

4.5.6 Bitte des Kontrolloffiziers in Northeim um Ausstellung eines Totenscheines für einen im Reservelazarett Göttingen verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen

Kontroll-Offizier
[...]XIB
Kontrollbezirk VI Northeim

Northeim, den 26.11.1941.

An das
Reservelazarett Göttingen
Göttingen.

Betr.: Todesfall eines sowjetruss. Kriegsgefangenen.

Am 18.11.1941 vorm. 11,30 Uhr ist im Reservelazarett Göttingen der sowjetruss. Kriegsgefangene Kolzow Nr. 742 vom Arb.Kdo. D 16 Backenberg bei Güntersen über Göttingen gestorben. Kolzow, Dimitrie ist am 21.10.1921 in Ramon geboren.

Ich bitte um Ausstellung eines Totenscheines und Übersendung an mich sowie um Mitteilung, was mit der Leiche geschehen ist. Ich bemerke – für andere Fälle –, dass gestattet ist, die Leichen sowjetruss. Kriegsgefangener dem Anatomischen Institut der Universität zur Verfügung zu stellen.

[Unterschrift]⁷⁸
Hauptmann und Kontrolloffizier.

Deutsche Dienststelle Berlin, Kriegsgefangene – Serie Sowj. 1-22000

78 unleserlich

4.5.7 Mitteilung des Staatlichen Gesundheitsamtes des Kreises Cloppenburg über Fleckfiebererkrankungen in der Gemeinde Lönigen

Der Leiter
des Staatlichen Gesundheitsamtes des Landkreises Cloppenburg

Cloppenburg, den 1.12.1941

An den
Herrn Minister des Innern in Oldenburg i/Qldbg,

Betr.: Fleckfiebererkrankungen in der Gemeinde Lönigen.

Am 25.11.41 hat Dr. Lübbers, Lönigen, drei Fälle von Fleckfieberverdacht dem Gesundheitsamt Cloppenburg gemeldet. Bei den Erkrankten handelt es sich um zwei Bewachtungssoldaten und um den Zivilarbeiter Baumann des mit ca. 300 russischen Kriegsgefangenen belegten Lagers in Helmighausen bei Lönigen.

Bernhard Baumann, geb. am 29.8.1907, ist seit mehreren Monaten im Russenlager als Hilfskoch beschäftigt und hat im Allgemeinen ganz im Lager gewohnt und nur in letzter Zeit, nachdem er sich im Lager Läuse geholt hatte, einige Tage bei seiner Familie in Lönigen geschlafen. Nach Angabe der Ehefrau B. ist B. am 18.11.41 mit Kopfschmerzen und Fieber erkrankt. Am 20.11.41 kam B. in Behandlung von Dr. Lübbers, Lönigen, und am 22.11.41 ins Krankenhaus Lönigen. Im Krankenhaus bestand hohes Fieber und ein diliranter Zustand. Es trat ziemlich bald ein Roseola, bezw. masernähnliches Exanthem am ganzen Körper, insbesondere im Bereich der oberen Hälfte, auf. Eine 1. an das Landes-Hygiene-Institut Oldenburg eingesandte Blutprobe hatte eine negative Weil-Felix'sche Reaktion⁷⁹. B. ist am 27.11.41 unter den Zeichen der Kreislaufschwäche im Krankenhaus verstorben. Nach dem ganzen Krankheitsbild und -verlauf bei B. bestand klinisch trotz der zunächst negativen Blutprobe kaum mehr ein Zweifel an der Richtigkeit der Diagnose Fleckfieber, umsomehr als die beiden fast gleichzeitig erkrankten und ebenfalls verlausten Bewachtungssoldaten ein ähnliches Krankheitsbild boten. Eine einige Tage später eingesandte Kontrollblutprobe an die zuständige Wehrmachtstelle in Hamburg ergab dann auch eine für Fleckfieber posi-

79 Die Weil-Felix'sche Reaktion ist eine Methode zum Nachweis einer Fleckfieberinfektion.

tive Reaktion. Der eine Soldat ist am 30.11.41 ebenfalls im Krankenhaus gestorben.

Die Familienangehörigen des an Fleckfieber verstorbenen Baumann wurden durch das Gesundheitsamt in Beobachtung genommen. Bei meinem Besuch am 29.11.41 boten die Ehefrau und ihre 3 Kinder keine krankheitsverdächtigen Erscheinungen. Die Familie B. wird vom Gesundheitsamt weiterhin gesundheitlich überwacht.

Äusser des verstorbenen B. war im Russenlager noch ein Zivilarbeiter Hoffmann als Koch beschäftigt, der jedoch ganz im Lager wohnt und bis jetzt gesund ist.

Nach Angabe des Lagerarztes Dr. Lübbers, Lönigen, ist das gesamte Lager Helmighausen, das der Wehrmacht (Mannschaftsstelllager X/C in Nienburg) untersteht, sanitätspolizeilich völlig gesperrt. Die gesundheitlichen und hygienischen Verhältnisse im Russenlager sollen wenig gut sein. Es sind in den letzten Monaten eine grössere Anzahl von Russen (26 R. bei einer Gesamtbelegung von ca. 300 R.) gestorben. Das Lager soll ziemlich stark verlaust gewesen sein. In der Zwischenzeit wurde von der Wehrmacht eine Entlausung durchgeführt.

Aus den vorgekommenen Fällen von Fleckfieber ergibt sich eindeutig, dass die kriegsgefangenen Russen vor ihrer Unterbringung im Arbeitslager Helmighausen nicht genügend entlaust waren. Neben dem Russenlager in Helmighausen sind im Kreis neuerdings noch eine Reihe kleinerer Lager mit russischen Kriegsgefangenen eingerichtet worden. Gerade bei den relativ kleinen Arbeitslagern ist m. E. eine einwandfreie Entlausung der Kriegsgefangenen unbedingt erforderlich, da durch den nahen Kontakt der Bewachungsmannschaften und evtl. im Lager beschäftigter Zivilpersonen mit der Bevölkerung auf dem Lande ein Einschleppen und Ausbreiten von Seuchen in die Zivilbevölkerung immer zu befürchten ist. Es ist sehr schwierig für die ortsansässigen Ärzte diese Lager ärztlich zu versorgen und einwandfrei hygienisch zu überwachen. In fast allen Lagern des Landkreises Cloppenburg sind plötzliche Todesfälle an «Entkräftung» vorgekommen. In Anbetracht der einwandfrei festgestellten Fleckfieberfälle bei der Bewachungsmannschaft in Helmighausen ist anzunehmen, dass unter diesen verstorbenen Russen mit der Todesursache «Entkräftung» sich auch Fälle von Fleckfieber befunden haben. Sicher ist, dass sich z.Zt. in dem gesperrten Russenlager Helmighausen noch fleckfieberkranke Russen befinden müssen. Nach Mitteilung des dortigen Lagerarztes Med.-Rat Dr. Lübbers, Lönigen, der neben seiner eignen ausgedehnten Landpraxis noch den 2. z.Zt. zur Wehrmacht einberufenen Löniger Arzt vertreten muss, ist es diesem infolge Arbeitsüberlastung völlig unmöglich, sich um das Lager Helmighausen so intensiv zu kümmern, wie es die augenblicklichen gesundheitlichen Verhältnisse im Lager unbedingt erfordern. Hinzu kommt, dass die Zivilbevölkerung in Lönigen durch das Auftreten von Fleckfieber im Lager

Helmighausen und infolge des Todesfalles von Baumann stark beunruhigt ist und befürchtet, dass der Lagerarzt seinerseits Fleckfieber in seine Praxis einschleppen könnte. Bisher war es Dr. Lübbers, der sich nach seinen Angaben mit dem Wehrmachtsarzt des Stammlagers in Nienburg telefonisch in Verbindung gesetzt hat, nicht möglich, eine ärztliche Entlastung von der Wehrmacht zu erreichen. Ich habe mich unter Darlegung der schwierigen Verhältnisse heute telefonisch mit dem Sachbearbeiter beim Wehrkreisarzt X in Hamburg, Herrn Stabsarzt Dr. König, in Verbindung gesetzt, um die dringend notwendige Entsendung eines geeigneten Wehrmachtsarztes für den Sondereinsatz Helmighausen zu erzielen. Bei dem ausserordentlichen Mangel verfügbarer Wehrmachtsärzte konnte der Stabsarzt Dr. König eine feste Zusage telefonisch nicht sogleich machen. Dr. K. hat mir jedoch zugesagt, dass, wenn irgend möglich Dr. Lübbers möglichst bald durch einen Wehrmachtsarzt entlastet werden soll.

[Unterschrift]⁸⁰

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 1336

4.5.8 Anforderung eines Wehrmachtssanitätsoffiziers durch den Landrat in Cloppenburg

Der Landrat.

Cloppenburg, den 2. Dezember 1941.

An den

Herrn Minister des Innern in Oldenburg.

Betr.: Ausbruch von Fleckfieber.

Ich nehme Bezug auf den Bericht des Leiters des staatl. Gesundheitsamtes Cloppenburg vom 1. d. Mts. und bitte den Herrn Minister dringend, vielleicht über den Reichsverteidigungskommissar beim Kommandeur der Kriegsgefangenen nachdrücklich in zwei Richtungen vorstellig zu werden. Es muss nach hier sofort ein Wehrmachtssanitätsoffizier beordert werden, der in Verbindung mit dem Amtsarzt die zu treffenden sanitären Massnahmen in die Wege leitet. Es sind inzwischen eine Reihe von kleineren Lagern eingerichtet worden, bei denen eine nähere Berührung der Kriegsgefangenen mit der Bevölkerung und damit eine grössere Gefahr für die Zivilbevölkerung vorhanden ist. Auch in den kleineren Lagern sind Todesfälle «am laufenden Band» festzustellen. Es muss unbedingt klargestellt werden, ob es sich hier um Entkräftung oder auch womöglich um eine Seuche handelt. Zum anderen muss verhindert werden, dass aus den Kriegsgefangenenlagern Entsendungen erfolgen, die weder genügend arbeitsfähig noch gründlich entlaust sind. Ein nicht geringer Prozentsatz der sowjet-russischen Kriegsgefangenen, die uns für die kleineren Lager geschickt wurden, ist derart heruntergekommen, dass von einer irgendwie bestehenden Arbeitsfähigkeit nicht gesprochen werden kann. In allen Lagern konnte eine Reihe von Kriegsgefangenen kaum den Weg vom Bahnhof bis zum Lager zurücklegen. Ein Kriegsgefangener lag tot im Waggon. Derartig heruntergekommene Leute müssen in Zukunft im Lager in Wietzen-dorf u.a. belassen werden. Auch sind solche Leute natürlich leichter für Seuchen empfänglich als einigermaßen kräftige Leute. Soweit uns Kriegsgefangene geschickt worden sind, die körperlich nicht zu weit heruntergekommen waren – im Durchschnitt $\frac{3}{4}$ des Bestandes – ist man mit ihren Leistungen bei den Wegearbeiten sehr zufrieden.

[Unterschrift]⁸¹

4.5.9 Bericht des Gesundheitsamtes Wilhelmshaven über Fleckfieber-erkrankungen im Kriegsgefangenenlager Schwarzer Weg

Der Oberbürgermeister
– Gesundheitsamt –

Wilhelmshaven, den 12. Dezember 1941.

An den
Herrn Minister des Innern, – Abt. Gesundheitswesen – Oldenburg i.O.

Betr: Fleckfieber-Erkrankung im
russischen Kriegsgefangenenlager.

Bezugnehmend auf mein Schreiben vom 6.12. teile ich über die Fleckfieber-Erkrankung im Kriegsgefangenenlager Wilhelmshaven, Schwarzerweg, Folgendes mit:

Am 3.12.41 erhielt ich das erste Schreiben des Lagerarztes über den Ausbruch von Fleckfieber in dem betreffenden Lager. Hierauf setzte ich mich sofort mit dem Sanitätsamt der Marinestation der Nordsee in Verbindung und erhielt den Bescheid, dass bereits alle Massnahmen gegen die Ausbreitung der Erkrankung getroffen worden seien. Einige Tage später stellte ich nach persönlicher Rücksprache mit Admiralarzt Dr. Mücke und dem Lagerarzt, sowie nach persönlicher Inaugenscheinnahme des Lagers fest, dass alles getan wurde, um eine Ausbreitung und Verschleppung des Fleckfiebers zu verhindern. Die Entlausung wurde planmässig durchgeführt, die Isolierung des Lagers bleibt weiterhin bestehen.

Am 6.12. teilte der Arzt mit, dass 5 sowjetische Kriegsgefangene an Fleckfieber verstorben seien, das Lager weiterhin hermetisch von der Aussenwelt abgeschlossen ist und die Entlausung mit aller Schärfe durchgeführt wird.

Der Stand der Fleckfieber-Erkrankung in dem Kriegsgefangenenlager ist am heutigen Tage folgender: Bisher sind 8 russische Kriegsgefangene an Fleckfieber gestorben, der Abtransport zur Bestattungsstelle wurde mittels Lastwagen der Wehrmacht durchgeführt, für den Transport selbst sind 2 Russen aus dem Lager kommandiert gewesen. Die Vorschriften aus dem Schnellbrief des Herrn Reichsministers des Innern vom 27.10.1941 betr. Transport und Bestattung russischer Kriegsgefangener sind peinlichst beachtet worden.

Die Sterbefälle von Russen aus dem betreffenden Lager belaufen sich seit dem 5.12.41 insgesamt auf 18, jedoch wird für die restlichen 10 Russen als Todesursache Unterernährung und allgemeine Körperschwäche angegeben.

DOKUMENTE

Zur Zeit befinden sich in dem Lager noch 14 an Fleckfieber erkrankte russische Kriegsgefangene, von denen jedoch nur noch 3 Fieber haben, während die anderen bereits fieberfrei sind.

Erkrankungen des Wachpersonals sind nicht gemeldet, ebenfalls ist kein Fleckfieberfall in der Bevölkerung Wilhelmshaven bekannt geworden. Seit dem 10.12. ist keine Neuerkrankung und kein Todesfall an Fleckfieber verzeichnet. Seit 3 Tagen ist der Entlausungszug des Stalag im Lager eingetroffen und hat seine Arbeit aufgenommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Fleckfieber-Epidemie im russischen Kriegsgefangenenlager Schwarzerweg auf verhältnismässig geringe Ausmasse beschränkt werden konnte und als im abflauen begriffen angesehen werden kann, während die Bevölkerung infolge der schlagartig einsetzenden Entlausungs-Desinfektion und Isolierungsmassnahmen bisher von Fleckfiebererkrankung verschont geblieben ist.

Der Lagerarzt ist angehalten, täglich bis mittags telefonisch oder schriftlich dem Gesundheitsamt Bericht über den Stand der Fleckfieber-Erkrankung zu geben.

Amtsarzt,
Stadtobermedizinalrat.

i. V [Unterschrift]⁸²

Städt. Medizinalrat.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 16125

4.5.10 Mitteilung des Ministers des Innern in Oldenburg über Fleckfiebererkrankungen in den Lagern Helmighausen (Kreis Cloppenburg) und Wilhelmshaven

Der Minister des Innern.

Oldenburg, 1941 Dezember 15

In dem im Landkreis Cloppenburg gelegenen Lager Helmighausen sind bisher insgesamt 4 Deutsche (3 Soldaten und 1 Zivilarbeiter) an Fleckfieber erkrankt und sämtlich daran verstorben. Ein weiterer Bewachtungssoldat befindet sich noch im Krankenhaus in Lönigen wegen Fleckfieberverdacht. 7 Russen, die krankheitsverdächtig waren, hatten eine stark positive Weil-Felix'sche Reaktion.

Es sind stichprobenartig aus 7 kleineren Russenlagern Blutproben entnommen worden. Von 35 eingesandten Blutproben waren nach Mitteilung der hygienischen Untersuchungsstelle des Wehrkreises X 10 positiv mit einem Titer von 1:1.000. Es müssen daher auch diese Lager als Flecktyphusverseucht angesehen werden. In Verbindung mit der Wehrmacht sind die notwendigen seuchenpolizeilichen Massnahmen getroffen worden. Sollten weitere Fälle von Flecktyphus beobachtet werden, dürfte es erforderlich sein, die betreffenden Lager zu schliessen und die Kranken nach dem Stammlager Wietzendorf bzw. Sandbostel zu transportieren.

Nach Mitteilung des Amtsarztes der Stadt Wilhelmshaven ist der Stand der Fleckfiebererkrankungen in dem Kriegsgefangenenlager «Schwarzer Weg» bei Rüstensiel folgender:

Bisher sind 3 russische Kriegsgefangene an Fleckfieber gestorben. Im Lager befinden sich z.Zt. 14 erkrankte russische Kriegsgefangene. Erkrankungen des Wachpersonals sind nicht gemeldet worden. Ebenfalls ist kein Fleckfieberfall in der Zivilbevölkerung in Wilhelmshaven bekannt geworden. Seit dem 10.12.1941 ist keine Neuerkrankung und kein Todesfall an Fleckfieber verzeichnet. Die Entlassung ist durch den Entlassungszug des Stalag vorgenommen worden.

Zusammenfassend kann für die Fleckfiebererkrankungen im Kriegsgefangenenlager «Schwarzer Weg» gesagt werden, dass diese auf geringe Ausmasse beschränkt werden konnten und dass die Verseuchung im Rückgang begriffen ist.

1. Abschrift an das Reichsgesundheitsamt Berlin NW 87, Klopstockstr. 18 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

2. Abschrift an den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin NW 7, Unter den Linden 72

DOKUMENTE

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3. Abschrift an Herrn Oberstleutnant a.D.v.d. Hellen, hier zur Kenntnis.

LA.

[Unterschrift]⁸³

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 1336

⁸³ unleserlich

**4.5.11 Schreiben des Ministers des Innern in Oldenburg über die
Rückführung der an Fleckfieber erkrankten sowjetischen
Kriegsgefangenen aus den Arbeitskommandos im Landkreis
Cloppenburg in das Stalag X D (310) Wietzendorf**

Der Minister des Innern.

Oldenburg, 1941 Dezember 19.

1. Auszuf. an die Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg.
Allgemeine Abteilung, Hamburg.

Betrifft: Fälle von Flecktyphus.

Der Amtsarzt des Landkreises Cloppenburg teilt mit, dass das gesamte fleckfieberverseuchte Lager Helmighausen und die kranken und nicht einsatzfähigen Russen der fleckfieberverdächtigen 7 kleineren Lager des Landkreises Cloppenburg umgehend in das Stammlager Wietzendorf zurückgebracht werden.

Anschliessend sollen die im Landkreis Cloppenburg bestehenden Russenlager planmässig entseucht und saniert werden durch einen Entlausungszug der Wehrmacht.

In Wilhelmshaven sind nach dem Bericht des Herrn Oberarztes der Kriegsmarine Zu- und Abgänge an Fleckfieberkranken nicht zu verzeichnen. Z.Zt. befinden sich 7 Fleckfieberkranke und 7 Beobachtungsfälle im Gefangenenlager. Am 14.12. 1941 sind 3 Kriegsgefangene an allgemeiner Körperschwäche verstorben.

2. Abschrift an das Reichsgesundheitsamt, Berlin NW 7, Klopstockstr. 18

3. Abschrift an den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin NW 7,
Unter den Linden 72
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4. Abschrift an Herrn Oberstleutnant a.D.v.d. Hellen, hier zur Kenntnis.

LA.

[Unterschrift]⁸⁴

4.5.12 Schreiben des Landrates in Gifhorn über die Einrichtung von Entlausungsanstalten

Der Landrat

Gifhorn, den 23. Dezember 1941

An

den Herrn Regierungspräsidenten

in Lüneburg.

Öffentliche oder private Desinfektions- und Entlausungseinrichtungen sind im Kreise Gifhorn nicht vorhanden. Bisher sind die Zivilpolen nach Bedarf in den Anlagen des St. Josef-Stiftes in Celle entlaust worden. Für die russischen Kriegsgefangenen kommen die Einrichtungen in den Kriegsgefangenenlagern von Falingbostel und Wietzendorf infrage. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die russischen Kriegsgefangenen auch nach erfolgter Entlausung immer noch Läuse haben und dass im Hinblick auf die bestehende Infektionsgefahr erneute Entlausungen durchgeführt werden müssen.

Inwieweit sowjetische Zivilarbeiter hier angesetzt werden, ist mir noch nicht bekannt. Das Volkswagenwerk teilt mir auf Anfrage mit, dass es bisher mit dem Einsatz sowjetischer Zivilarbeiter nicht rechnet. Dagegen werden im Volkswagenwerk zur Zeit etwa rund 1.000 sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Für diese richtet das Werk zur Zeit mit grossen Kosten eine ausreichende Entlausungsanstalt ein, die in etwa 2 bis 3 Wochen fertiggestellt sein wird. Ich habe bereits mit dem Werk Fühlung genommen, ob diese Entlausungsanstalt auch für andere Kriegsgefangene, gegebenenfalls für sowjetische Zivilarbeiter in Anspruch genommen werden darf. Der Werksarzt Dr. Körbel will die Angelegenheit mit der Direktion besprechen. Nach seiner Darstellung kann ich wohl annehmen, dass das Volkswagenwerk sich hierzu bereit erklären wird.

Für die Benutzung dieser Entlausungsanstalt im Volkswagenwerk kommen im Hinblick auf die grossen Entfernungen im Kreise allerdings nur Gruppen von Gefangenen oder ausländischen Zivilarbeitern infrage, die auf kürzeren Transportwegen dorthin geführt werden könnten. Ich bitte noch die Frage zu klären, ob die Kosten für die Entlausung von russischen Kriegsgefangenen von der Militärverwaltung getragen werden.⁸⁵

In Vertretung: [Unterschrift]⁸⁶

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg III
Acc. VNr. 120*

85 Diese Frage wird auf dem Dokument handschriftlich mit «Ja» beantwortet.

86 unleserlich

**4.5.13 Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes in Lüneburg über die
Notwendigkeit der Entlassung sowjetischer Kriegsgefangener
in der Landwirtschaft**

Das staatl. Gesundheitsamt des
Stadt- u. Landkreises Lüneburg

Lüneburg, den 30. Dezember 41

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in Lüneburg

Betr.: Verlaugung russischer Kriegsgefangener.

Der praktische Arzt Dr. Cabanis aus Neuhaus/Elbe berichtet mir über Verlaugung der russischen Kriegsgefangenen, die in die Landwirtschaft vermittelt worden sind, Folgendes:

... «Ich gestatte mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse bei dem Einsatz der russischen Gefangenen auf dem Lande hierselbst zu lenken. Ich beobachte immer wieder, dass die Leute hier total verlaust eintreffen und hier gewöhnlich erst nach mehreren Tagen nachträglich mehr oder weniger gründlich entlaust werden. Ich weiss nicht, ob das Lager, aus dem die Russen kommen, fleckfieberfrei ist und dadurch eine Einschleppung sicher verhütet werden kann. Da wir bei Erkrankungen der Russen auch nicht immer gleich zugezogen werden, so ist die heimliche Entwicklung einer Epidemie m.E. nicht ausgeschlossen. Eine Nachprüfung der betr. Fragen scheint mir jedenfalls dringend notwendig zu sein.

Heil Hitler!
gez. Dr. Cabanis.»

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg III,
Acc. V, Nr. 118*

4.5.14 Schreiben des Gesundheitsamtes Cloppenburg über den Stand der Fleckfiebererkrankungen im Lager Helmighausen

Der Leiter
des Staatlichen Gesundheitsamts
des Landkreises Cloppenburg

Cloppenburg den 3. Januar 1942

An den
Herrn Minister des Innern in Oldenburg i.O.

Betr.. Fleckfiebererkrankungen im Landkreis Cloppenburg

Entsprechend meinem Bericht vom 15.12.41 ist der grösste Teil der im Landkreis Cloppenburg zum Einsatz gekommenen russischen Kriegsgefangenen in ihr Stammlager zurückgebracht worden. Die restlichen 178 Russen befinden sich z.Zt. im Lager Helmighausen b. Lönigen und sind dort durch einen Entwesungszug der Wehrmacht entlaust worden.

Nach Bericht des Lagerarztes Dr. Lübbers ist eine befriedigende Entlausung jedoch nicht geglückt, es werden noch bei jeder Suchaktion lebende Läuse gefunden, zuletzt noch gestern. Der Gesundheitszustand der Russen ist auch jetzt noch unbefriedigend, es sind noch viele krank und elend und in absehbarer Zeit für einen Arbeitseinsatz unbrauchbar. Bei einem Russen besteht erneut Fleckfieberverdacht. Von den Bewachtungssoldaten sind in der Zwischenzeit noch 2 an Fleckfieber erkrankt, bei einem weiteren Soldaten haben sich fleckfieberverdächtige Erscheinungen erst vor einigen Tagen bemerkbar gemacht.

Unter diesen Umständen muss man das Lager Helmighausen auch heute noch zum wenigsten als fleckfieberverdächtig bezeichnen. Eine Sanierung des Lagers durch behelfsmässige Entlausungsmassnahmen ist nach den bisherigen Erfahrungen in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Infolgedessen ist das noch bestehende Russenlager Helmighausen gemäss der Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht vom 6.12.41 «Betr. ärztl. Massnahmen b. Sowjet-Kr.-Gef.» Abs. 4 möglichst bald dem Mannschaftsstammlager zuzuführen.

[Unterschrift]⁸⁷

**4.5.15 Mitteilung des Gesundheitsamtes Wilhelmshaven über die
Rückführung erkrankter Kriegsgefangener in das Stalag X D (310)
Wietzendorf**

Der Oberbürgermeister
– Gesundheitsamt –

Wilhelmshaven, den 5. Januar 1942.

An den
Herrn Minister des Innern – Abt. Gesundheitswesen – Oldenburg i.O.

Betrifft: Erkrankung an Fleckfieber im sowj. Kriegsgefangenenlager
Wilhelmshaven.

Nach telephonischer Mitteilung des Oberarztes der Kriegsmarine, Hafenneubau-
direktion Wilhelmshaven, befanden sich am 31. Dezbr. 1941 – 25 Verdachtsfälle
im Gefangenenlager. Die Verdächtigen sind in das Fleckfieber-Sammellager Wiet-
zendorf i. d. Lüneburger Heide am gleichen Tage überführt worden. Neue Ver-
dachtsfälle sind bisher nicht aufgetreten. Die zur Verhinderung der Ausbreitung
der Krankheit und zum Schutze der Zivilbevölkerung getroffenen Massnahmen
bestehen fort.

[Unterschrift]⁸⁸
Amtsarzt
Stadtobermedizinalrat

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 1336

88 unleserlich

4.5.16 Schreiben des Landrates in Gifhorn über die ärztliche Betreuung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Volkswagenwerk

Der Landrat.

Gifhorn, den 16. Januar 1942.

An
den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg.

Betr.: Vorkommen im Volkswagenwerk.

Im Volkswagenwerk werden seit etwa 1. November 1941 rund 900 Russen beschäftigt. Am 13.1. wurde in dem Russenlager ein Flecktyphusfall festgestellt. Der Russe ist inzwischen verstorben und die Leiche wurde nach Fühlungnahme mit dem hiesigen Kreisarzt verbrannt.

In Rücksicht auf diesen Krankheitsfall hat das Volkswagenwerk das Lager einstweilen gesperrt, so dass die Insassen des Lagers nicht mehr arbeiten und auch nicht mehr mit der Zivilbevölkerung in Berührung kommen können. Es bestanden ausserordentliche Schwierigkeiten, eine ärztliche Versorgung für dieses Russenlager zu erreichen. Hierfür ist an sich die Militärverwaltung verpflichtet. Trotz mehrfacher Anforderung durch das Volkswagenwerk war jedoch eine ärztliche Betreuung durch Militärärzte nicht zu erreichen. Wie ich jedoch heute erfahre, ist inzwischen der prakt. Arzt Dr. Martin aus Meine, Oberstabsarzt d. R., nunmehr mit der Betreuung beauftragt worden. Dr. Martin versorgt im Übrigen das Militärstrafgefangenenlager mit seinen deutschen Insassen. Ferner soll von morgen ab noch ein Russenarzt eingesetzt werden.

Nach fernmündlicher Mitteilung des Werkarztes Dr. Körber wird befürchtet, dass noch einige Russen mit Flecktyphus angesteckt worden sind. Dr. Körber bemerkt jedoch ausdrücklich, dass er selbst hierzu nichts aus eigener Beobachtung sagen könne und dass seine Bemerkungen sich lediglich auf Beobachtungen der Wachmannschaften stützen, die meinen, andere Russen mit auffälligen Flecken im Gesicht bemerkt zu haben. Ich hoffe, dass ich durch den Einsatz der Ärzte hierüber bald nähere Feststellungen treffen lassen kann.

In Vertretung: gez. Unterschrift Oberregierungsrat

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg III
Acc. VNr. 120*

4.5.17 Bericht des Landrates in Gifhorn über Fleckfiebererkrankungen im Volkswagenwerk

Der Landrat

Gifhorn, den 20. Januar 1942

An
den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg

Betrifft: Vorkommnisse im Volkswagenwerk.

Im Nachgang zu meiner fernmündlichen Besprechung mit Herrn Regierungsdirektor Freiherrn von Heintze am 19. Januar d. Js. berichte ich, dass die Zahl der an Flecktyphus erkrankten russischen Kriegsgefangenen gestern auf 55 gestiegen war.

Die Behandlung hat nun inzwischen der Oberstabsarzt Dr. Martin übernommen; auch ist ein russischer Militärarzt aus Fallingbostal eingetroffen. Wie mir Dr. Martin gestern mitteilte, hofft er, die Überzahl der Erkrankten in eine Seuchenbaracke in Wolfenbüttel überführen zu können.

Es steht nun die Frage offen, was geschehen soll, wenn die Zahl der Fälle sich noch weiterhin vergrößert. Das Volkswagenwerk wird in aller kürzester Zeit, wahrscheinlich schon übermorgen, seine Entlausungsanstalt in Betrieb nehmen. Es sollen dann sämtliche Russen entlaust und die Baracken vergast werden.

Sollte es aber bis dahin erneute Ansteckungsfälle geben, würde man wohl einen Rücktransport der Russen ins Lager Fallingbostal verlangen müssen.

Wie bereits in meinem Bericht vom 16. Januar bemerkt, ist das Lager an sich abgesperrt; eine Arbeitsleistung der kriegsgefangenen Russen findet nicht statt, so dass die Berührungsmöglichkeiten mit Dritten nach Massgabe des Möglichen ausgeschaltet sind.

Ich werde in der Angelegenheit unaufgefordert weiter berichten.

In Vertretung: [Unterschrift]⁸⁹ Oberregierungsrat.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg III
Acc. LV Nr. 441*

4.5.18 Mitteilung des Landrates in Gifhorn über den Abtransport von erkrankten sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Arbeitskommando beim Volkswagenwerk

Der Landrat

Gifhorn, den 21. Januar 1942.

An
den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg

Betrifft: Flecktyphus im Russen-Gefangenenlager in der Stadt des KdF.-Wagens.

Vom Volkswagenwerk wird mir heute fernmündlich mitgeteilt, dass die Zahl der Flecktyphusfälle inzwischen auf 70 gestiegen ist; dazu kommen noch 105 Kriegsgefangene, bei denen Ansteckung mit Sicherheit anzunehmen ist.

Das Volkswagenwerk hat sich mit dem Lager in Bergen-Walle⁹⁰, in dem sich ein Kriegsgefangenenlazarett befindet, in Verbindung gesetzt. Die erkrankten Gefangenen werden nunmehr sämtlich diesem Lager zugeführt werden. Der Abtransport erfolgt durch gedeckte Lastwagen des Volkswagenwerkes.

Ich habe in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter für den Nahverkehr zum Abtransport der erkrankten Gefangenen auf diesem Wege meine Zustimmung gegeben, obwohl die Fahrt sich über eine Strecke von mehr als 50 km erstreckt. Zur Erteilung dieser Genehmigung wäre im Hinblick auf den letzteren Umstand der Herr Bevollmächtigte für den Nahverkehr bei dem Herrn Oberpräsidenten in Hannover zuständig gewesen. In Rücksicht auf die Dringlichkeit glaubte ich, diese Genehmigung in diesem Einzelfalle erteilen zu können, zumal ein Abtransport mit der Bahn aus naheliegenden Gründen nicht in Frage kommt, und zum anderen der Kraftstoff von der Wehrmacht gestellt wird, so dass eine Beanspruchung des Kontingents für die Privatwirtschaft nicht in Frage kommt.

Für eine Desinfektion der zum Transport benutzten Lastwagen wird gesorgt.

In Vertretung: [Unterschrift]⁹¹ Oberregierungsrat.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg III
Acc. LV Nr. 441*

90 Gemeint ist das Stalag XI C (311) Bergen-Belsen

91 unleserlich

4.5.19 Korrespondenz der Reichswerke «Hermann Göring» mit den Behörden über die beabsichtigte Errichtung eines Krematoriums für die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen im Salzgittergebiet

Zentralstelle Salzgittergebiet

Drütte, 3.2.1942

Herrn
Dipl. Ing. Hoffstadt
Sekretariat Dr. Rheinländer

Krematorium für russische Kriegsgefangene.⁹²

In vergangener Woche fand im Braunschweigischen Innenministerium eine Verhandlung statt, bei der die Frage, in welcher Weise am besten die in den Russenlagern anfallenden Leichen beseitigt werden könnten, erörtert wurde. Es bestand Einverständnis darüber, dass neue Begräbnisplätze in unserem Aufbauggebiet möglichst nicht angelegt werden sollen. Die gemeindlichen Friedhöfe reichen für die Unterbringung toter Russen nicht aus. Bei jedem neuen Begräbnisplatz muss man damit rechnen, dass dieser später einmal von industriellen und Siedlungsmassnahmen berührt wird und beseitigt werden müsste. Dies führt zu hohen Aufwendungen. Die Grundwasserverhältnisse unseres Aufbaugebiets machen die Auswahl eines geeigneten Begräbnisplatzes schwierig. Es wäre also am besten, die Leichen zu verbrennen.

Ich habe hierzu erklärt, dass die Beseitigung der Leichen aus den Gefangenenlagern nicht Sache der HGW⁹³, sondern der Wehrmacht und Staatsbehörden sei. Dies wurde anerkannt, jedoch um eine praktische Hilfe der HGW gebeten. Es soll hiernach untersucht werden, ob die HGW eine Verbrennungsanlage einfachster Art schaffen können. Die Verbrennung müsste mit Gas erfolgen. Verbrennung mit Kohle, wie im Braunschweiger Krematorium, ist sehr kostspielig und erfordert für den einzelnen Verbrennungsvorgang viel Zeit. Das Braunschweiger Krematorium ist heute schon übermässig belastet. Seitens der Medizinal-Polizeibehörde (Medizinalrat Marquardt, Ober-Med.Rat Dr. Bartels, Kreis-Med.Rat Dr. Osten wurde

92 Die Bestattung der Toten war durch einheitliche Bestimmungen des OKW geregelt. Üblich war die Erdbestattung. Jede einzelne Grabstelle war derart zu kennzeichnen und zu verzeichnen, dass jederzeit der Nachweis über die Identität und Grablage der Toten möglich war. Feuerbestattungen waren nur unter besonderen Umständen gestattet.

93 HGW – Hermann-Göring-Werke (Reichswerke «Hermann Göring»)

DOKUMENTE

erklärt, dass eine Anlage einfachster Art genügen werde, die Verbrennungssache braucht nicht in jedem Falle gesondert anzufallen. Die Regelung der Formalitäten, wie Totenschein, Zustimmung zur Verbrennung, ebenso wie den Betrieb der Anlage, sei Sache der Militärverwaltung.

Für die HGW ist hiernach Folgendes zu untersuchen: Befindet sich in der Nähe eines der Russenlager eine Gasleitung der HGW, an die, ohne kostspielige Regleranlage, angeschlossen werden kann. Diese Frage wird Herr Assessor Quincke zusammen mit der WEVG⁹⁴ prüfen.

Können die HGW eine Verbrennungsanlage einfachster Art schaffen? Zu diesem Zweck wäre eine Besichtigung des Krematoriums Braunschweig am Platze. Herr Hoffstadt wird gebeten, das Erforderliche im Benehmen mit Herrn Ober Med.Rat Dr. Bartels zu veranlassen. Sobald diese Vorfragen geklärt sind, wird das Braunschweigische Innenministerium gebeten, die Militärverwaltung zu einer Erörterung zu veranlassen. Hierbei werden die HGW verlangen, dass die Militärverwaltung den Betrieb der Anlage übernimmt und die HGW mit diesem nichts zu tun haben.

Die Verbrennungsanlage selbst müsste auf einem eigenen Platz der Wehrmacht eingezäunt errichtet werden, damit in keiner Weise bei der grossen Zahl unserer Lagerinsassen die Ansicht aufkommen kann, diese Verbrennungsanlage würde auch für andere als russische Kriegsgefangene benutzt. Das Interesse der HGW an der Regelung ist allein das, keine neuen Begräbnisplätze im Aufbaugebiet entstehen zu sehen und für Seuchenfälle Vorsorge zu treffen.

Heil Hitler!

Reichswerke

Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten

«Hermann Göring»

[Unterschrift]⁹⁵

94 WEVG: Wasser- und Energieversorgungsgesellschaft mbH Göringwerke

95 unleserlich

An den
Herrn Braunschweigischen Minister des Innern
Braunschweig

24.2.42

Krematorium russischer Kriegsgefangener.

Unter Bezugnahme auf die unter Vorsitz von Herrn Ministerialrat Marquardt am 26.1.1942 abgehaltene Besprechung schlagen wir vor, die Kremation russischer Kriegsgefangener in einer hierfür besonders herzurichtenden Anlage durchzuführen. Diese Anlage wird kaum in Verbindung mit unserem Gasverteilungsnetz gebracht werden können, sie wird also mit Kohle zu betreiben sein. Nach überschläglichen Berechnungen wird der maschinelle Teil einer derartigen Anlage rund RM 10.000,- kosten. Hinzu kommen Kosten eines notfalls in einfachster Form auszuführenden Gebäudes, das die Kremationsanlage einschliessen müsste. Diese Kosten wären von der Wehrmacht, der ja die Verantwortung für die Unterbringung der Leichen obliegt, zu übernehmen. Wir sind gern bereit, bei der Fertigstellung der Anlage, soweit uns hierfür Material zur Verfügung steht, mitzuwirken.

Wir bitten dringend, die Kremationsanlage abseits aller Siedlungen und Wohnlager zu errichten, damit sich auf keinen Fall, insbesondere nicht bei den Insassen unserer Wohnlager, die Ansicht bilden kann, als wäre diese Kremationsanlage auch für andere Lagerinsassen als russische Kriegsgefangene bestimmt. Selbstverständlich wird der Betrieb ausschliesslich von der Wehrmacht und unter deren alleiniger Verantwortung durchzuführen sein. Wir nahmen in der Besprechung davon Kenntnis, dass Sie der Anlegung weiterer Begräbnisstellen im hiesigen Aufbaugelände bisher schon widersprochen haben. Es lässt sich nicht voraussehen, ob irgendwelche Begräbnisstätten, die man heute einrichtet, nicht in absehbarer Zeit sowohl den baulichen Massnahmen der Gemeinden oder sonstiger Träger öffentlicher Arbeiten, aber auch uns selbst im Wege liegen könnten und dann nur mit grössten Aufwendungen wieder beseitigt oder umgangen werden könnten.

Heil Hitler!

Reichswerke
Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring»

gez.: Dr. Strickrodt

An das 11.8.1942

Staatliche Gesundheitsamt
z. Hd. d. Herrn Medizinairrat
Dr. Osten
Wolfenbüttel

Anfang des Jahres prüften wir auch im Zusammenwirken mit Ihnen, ob nicht baldigst eine Verbrennungsanlage für russische Kriegsgefangene in unserem Aufbaugebiet eingerichtet werden könnte. Die Militärverwaltung hat sich wohl diesem Vorhaben nicht günstig gezeigt, jedenfalls ist uns nichts bekannt geworden, was auf Vorbereitungen zu einer derartigen Anlage schliessen lässt. Nunmehr drängt auch der Herr Oberbürgermeister der Stadt Watenstedt-Salzgitter auf Lösung der mit der Unterbringung von Leichen zusammenhängenden Fragen. Wir haben ihm vorgeschlagen, schnellstens eine Feuerbestattungsanlage, insbesondere für Lagerinsassen, zu schaffen. Wir bitten, auch Ihrerseits dieses Verlangen zu unterstützen.

Es bereitet den Hermann-Göring-Werken eine gewisse Sorge, dass allem Anschein nach an verschiedenen Stellen unseres Aufbaugebietes, ohne dass ein uns zur Kenntnis gebrachter Plan vorliegt, Leichen bestattet werden. Insbesondere wissen wir nicht, wo die Wehrmachtsverwaltung die in den Lagern verstorbenen Kriegsgefangenen beigesetzt hat. Wie Ihnen bekannt ist, spielen die Wasserverhältnisse unseres Aufbaugebietes nicht nur bei der Wasserbeschaffung und Wasserfortleitung, sondern auch bei der Regelung der recht schwierigen Abwasserverhältnisse eine besondere Rolle. Irgendwo angelegte Begräbnisplätze könnten sich hierbei auch in hygienischer Beziehung als äusserst bedenklich herausstellen. Des Weiteren müssen wir mit erheblichen baulichen Massnahmen in künftigen Jahren rechnen, die auch Gebiete in Anspruch nehmen können, auf denen heute Lager stehen. Stossen wir dann auf Begräbnisplätze, so müssten diese unter Umständen mit erheblichen Aufwendungen wieder beseitigt werden.

Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie uns aus Ihrer Kenntnis mitteilen würden, in welcher Weise und an welchen Stellen die Wehrmacht etwa im letzten Jahr im hiesigen Aufbaugebiet die in den Lagern anfallenden Leichen untergebracht hat, damit wir bei unseren eigenen Massnahmen hierauf Rücksicht nehmen können, Ihnen aber auch sagen können, welche Begräbnisplätze geschlossen werden müssen.

Alle Schwierigkeiten dieser Art würden behoben sein, wenn die Feuerbestattungsanlage von der Stadtverwaltung geschaffen und dann auch sämtliche Lager verpflichtet würden, diese Anlage zu benutzen.

Heil Hitler!

Reichswerke

Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring»

[Unterschrift]⁹⁶

[Unterschrift]⁹⁷

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 2974

96 unleserlich

97 unleserlich

DOKUMENTE

4.5.20 Beschwerde des Stalag X D (310) Wietzendorf über den Transport erkrankter Kriegsgefangener auf offenen Lastwagen

Kommandantur
M.-Gef.-Lager XD (310)

Wietzendorf, den 16. Februar 1942

An die
Stadtverwaltung Bremen
Abt. Strassenreinigung- u. Müllabfuhr, Bremen.

Vom Kriegsgef.-Arb.-Kdo. Bremen-Duckwitzstrasse wurden am 14.2.1942
33 kranke sowj. Kgf.,

die als Fleckfieber verdächtig bezeichnet wurden auf einem offenen Lastkraftwagen nach hier befördert.

Es ist unverantwortlich und unmenschlich, kranke Kgf. bei dieser Kälte über 100 km, auf einem offenen L.K.W, wenn auch notdürftig abgedeckt, zu transportieren.

Hier im Lager werden auf höheren Befehl die grössten Anstrengungen gemacht, um die Kgf. gesund und arbeitsfähig zu erhalten, und Kranke wieder arbeitsfähig zu machen. Wenn die kranken Kgf. jedoch auf diesem Wege wieder ins Lager Wietzendorf zurückgebracht werden, ist eine Wiederherstellung derselben sehr in Frage gestellt.

Wenn keine geschlossenen L.K.W zur Verfügung stehen, muss der Transport mit der Bahn durchgeführt werden und wird der benutzte Waggon dann hier von der Heeres-Sanitäts-Staffel anschliessend entwest.

Es wird höflichst gebeten, für die Folge dementsprechend zu verfahren.

[Unterschrift]⁹⁸

Major und stellv. Kommandant.

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1293

⁹⁸ unleserlich

**4.5.21 Antwort der Stadtverwaltung Bremen auf die Beschwerde des Stalag
X D (310) Wietzendorf**

Der Regierende Bürgermeister

Bremen, den 25. Februar 1942.

Schreiben: An die
Kommandantur
M.Gef. XD (310)

Wietzendorf
Kreis Nienburg.⁹⁹

Betr.: Transport sowjetischer Kriegsgefangener.

Bezug: Ihr Schreiben vom 16.2.1942.

Auf Ihr nebenbezeichnetes Schreiben wegen angeblicher Missstände beim Transport von 33 sowjetischen Kriegsgefangenen möchte ich Ihnen folgende Richtigstellung geben:

Der Abtransport der sowjetischen Kriegsgefangenen erfolgte auf Veranlassung der Heeres-Sanitäts-Staffel vom Arbeitseinsatzlager in Bremen zum Sammellager nach Wietzendorf. Es handelte sich um gesunde Gefangene, die lediglich wegen der im Lager ausgebrochenen Fleckfieber-Krankheit abgeschoben wurden.

Der Transport erfolgte auf einem LKW-Kastenwagen mit etwa 75 cm hohen Seitenwänden. Der Wagen war mit einer Plane abgedeckt. Den 33 gesunden Gefangenen wurden 36 Bund Stroh in den Wagen gegeben, sodass jeder Gefangene warm und weich sass. Die Entfernung zwischen Bremen und Wietzendorf beträgt nicht über 100 km, sondern genau 96 km.

Der Transport musste auf einem Lastwagen durchgeführt werden, da die Reichsbahn die Gestellung von Waggons für seuchenverdächtige Gefangene ablehnt. Eine Gestellung von Omnibussen ist aus Wagenmangel und sonstigen Gründen nicht zugänglich. Dabei stelle ich noch fest, dass für diesen Transport 4 Tage lang keine Stelle die notwendigen Transportmittel zur Verfügung stellen wollte und auch die Wehrmacht es ablehnte, Kraftfahrzeuge für diesen Zweck zu stellen. Erst durch mein Eingreifen wurde es überhaupt möglich, die Gefangenen zu transportieren, da andernfalls die Gefangenen das Sammellager im Fussmarsch hätten erreichen müssen. Wie uns der Kraftfahrer bestätigte, sassen die Gefangenen warm

99 Wietzendorf lag tatsächlich im Landkreis Soltau.

DOKUMENTE

und zugfrei im Wagen. Ausserdem wurden ihnen unterwegs auf Kosten des Unternehmers Lebensmittel gekauft.

Ich bezweifle, dass unsere Soldaten an der Ostfront bei derart kurzen Strecken stets solche gut abgedeckten und mit reichlich Stroh ausgestatteten Lastwagen zur Verfügung haben können.

Der von dort erhobene Vorwurf wegen unmenschlicher und unverantwortlicher Behandlung von kranken russischen Kriegsgefangenen dürfte demgemäss unbegründet sein.

Um für die Zukunft sicherzustellen, dass für derartige Transporte Eisenbahnwagen von der Reichsbahn gestellt werden, erscheint es mir zweckmässig, wenn von dort aus dieserhalb mit der Reichsbahndirektion Hannover die erforderlichen Abmachungen getroffen werden. Erst dann wird es möglich sein, entsprechend den dortigen Wünschen künftig zu verfahren.

Abschrift gebe ich dem Stalag XC.
Nienburg.

In Vertretung:

[Unterschrift]¹⁰⁰

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1293

¹⁰⁰ unleserlich

4.5.22 Anfrage des Domänenrent- und Bauamtes Norden über die Bedingungen für die Anlegung eines Begräbnisplatzes für sowjetische Kriegsgefangene

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 21. März 1942

An
das Staad. Gesundheitsamt Norden

Betr.: Bestattung von russischen Kriegsgefangenen.

Dem Domänenrent- und Bauamt Norden werden in den nächsten Tagen russische Kriegsgefangene für den Einsatz in der Landgewinnung zugewiesen. Die Gefangenen sollen in einem Barackenlager, welches in dem Schoonorthor Polder (Gemeinde Grimersum) errichtet wurde, untergebracht und bei dem Landgewinnungsarbeiten in der Leybucht beschäftigt werden. Da erfahrungsgemäss mit Todesfällen im Lager zu rechnen ist, soll vorsorglich ein Platz bestimmt werden, wo etwaige Leichen vergraben werden können. Vorgesehen ist hierfür eine Stelle im Aussendeichsland, welches mehr oder weniger noch täglich von der Flut überspült wird, wo aber die Gefahr eines etwaigen Auftriebs der Leichen nicht mehr besteht.

Ich bitte um Mitteilung, welche Bedingungen seitens des Gesundheitsamtes bei der Auswahl und Anlage derartiger Plätze zu stellen sind. Falls eine örtliche Berücksichtigung für erforderlich gehalten wird, bitte ich um telephonischen Anruf zwecks Festsetzung eines genauen Termins für die Dienstreise.

[Unterschrift]¹⁰¹

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 32 Nr. 435

101 unleserlich

**4.5.23 Bitte des Bürgermeisters der Stadt des KdF-Wagens (Kreis Gifhorn)
um Genehmigung eines Begräbnisplatzes für sowjetische Kriegs-
gefangene**

Der Bürgermeister

Stadt des KdF-Wagens, am 25.3.1942

An den
Herrn Landrat
Gifhorn

Betrifft: Russenfriedhof

Die Beerdigung der verstorbenen sowjetrussischen Kriegsgefangenen wurde bis Ende Dezember 1941 an der am 5.12.1941 genehmigten Stelle im Jagen 25 vorgenommen. Dieses Gelände ist grundwasserfrei. Ende Dezember trat infolge des anhaltenden Regens und der eingetretenen Schneeschmelze sehr starkes Oberflächenwasser auf. Die Leichen der in dieser Zeit verstorbenen Sowjetrussen wurden daher vom Kriegsgefangenenlager teilweise in Wasser gebettet, weil schon nach einigen Spatenstichen Wasser auftrat.

Am 5.1.1942 fand eine Besichtigung durch den Amtsarzt, Herrn Medizinalrat Dr. Franke, statt. Dabei wurde versuchsweise ein Grab ausgehoben. Als nach wenigen Spatenstichen sich Oberflächenwasser in dem Loch sammelte, erklärte Herr Medizinalrat Dr. Franke, den Platz für ungeeignet und ordnete die sofortige Schliessung an. Gleichzeitig erklärte er ausdrücklich, dass die bereits beerdigten Sowjetrussen, da es sich lediglich um Oberflächenwasser handele, liegenbleiben könnten.

Im Anschluss daran wurde das in dem mit meinem Bericht vom 12.1.1942 eingesandten Plan grün bezeichnete Feld im Jagen 37 besichtigt. Südlich davon unmittelbar anschliessend befindet sich eine rund 10 m tiefe, stillgelegte Sandgrube, die völlig grundwasserfrei ist.

Der Amtsarzt hält dieses Gelände ebenfalls für sehr geeignet. Ich bitte daher, die landespolizeiliche Genehmigung zur Belegung mit den Leichen sowjetrussischer Kriegsgefangener zu erteilen.

In Vertretung
[Unterschrift]¹⁰²

4.5.24 Beschwerde des Forstamtes in Bad Grund über den katastrophalen körperlichen Zustand der zum Holzeinschlag zugewiesenen sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Forstmeister
des preussischen Forstamts Bad Grund

Bad-Grund, den 10.12.1942.

An
den Herrn Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt
Hildesheim

Betrifft: Russ. Kriegsgefangene.

Von den am 26.11.1942 überwiesenen russ. Kriegsgef. ist einer am 7.12.1942 bereits gestorben. Einer ist so stark geschwollen, dass er auch bald sterben wird, ausserdem sind noch 6 so schlapp, dass sie sich nicht aufrecht halten können, diese 7 werden durch Vermittlung des Kontrolloffiziers heute noch abgeschoben.

Die übrigen 32 Gefangenen müssen am 15. d. Mts. in Herzberg zu einer Röntgenuntersuchung vorgeführt werden.

Es ist mir nicht verständlich, dass derartig heruntergekommene Kriegsgef. einem Forstamt zum Holzeinschlag überwiesen werden. Wie schon berichtet, ist die Fussbekleidung dieser Gefg. so schlecht, dass eine Arbeit bei Schnee und Nässe unmöglich ist. Einige Gefg. haben nur ein paar alte Lumpen um die Füße gewickelt.

Die Ausrüstungsgegenstände sind auch noch nicht vollzählig hier eingetroffen. Bei der 1. Sendung fehlten 2 Ballen, von diesen ist heute wieder 1 angekommen.

Der Einsatz solcher Kriegsgef. bedeutet eine Arbeitsbelastung für den Betrieb. Der zuständige Revierförster kann sich nur um das Kriegsgef. Lager «Neue Mühle» kümmern.¹⁰³

[Unterschrift]¹⁰⁴

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306

103 Am Ende des Dokumentes befindet sich folgender handschriftlicher Vermerk: «Am 10.12. 1942 ist der 2. Russe gestorben.»

104 unleserlich

4.5.25 Schreiben des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die Rücksendung «arbeitsunfähiger» Kriegsgefangener in die Stammlager

Der Präsident
des
Landesarbeitsamtes Niedersachsen

Hannover, den 22.1.43

An die
Leiter der Arbeitsämter
in Niedersachsen.

Betr.: Einsatz von Kriegsgefangenen; hier: Rücksendung ungeeigneter
Kriegsgefangener an die Stalags.

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, dass Kriegsgefangene von Betrieben auf Veranlassung des zuständigen Arztes, z.T. des Betriebsarztes, deshalb zum Stalag zurückgeschickt wurden, weil sie infolge körperlicher Schwäche oder sonstiger körperlicher Mängel für die vorgesehene Arbeit im Betrieb nicht geeignet erscheinen. Obwohl der angegebene Grund zutraf, war es doch in den meisten Fällen möglich, diese zurückgeschickten Kriegsgefangenen schon nach kurzer Zeit wieder als beschränkt einsatzfähig in anderen Betrieben oder als «Aufpöpelungsfähige» in der Landwirtschaft einzusetzen. Zur Vermeidung unnötiger Transporte und Arbeitsausfälle bitte ich, hierbei künftig wie folgt zu verfahren:

- 1) Sämtliche Betriebe, die Kriegsgefangene beschäftigen sind zu verpflichten, Fälle, in denen Kriegsgefangene infolge körperlicher Schwäche oder sonstiger körperlicher Mängel für die vorgesehene Arbeit nicht geeignet sind und deshalb nicht mehr im Betrieb verbleiben können, vor Rückgabe der Kriegsgefangenen an das Stalag Ihnen anzuzeigen.
- 2) Die für Rückgabe vorgesehen Kriegsgefangenen sind von Ihrem Vertragsarzt nochmals zu untersuchen, der dann darüber entscheidet, ob eine Rücksendung an das Stalag erforderlich ist.
- 3) Die Bezahlung der Untersuchungen ist nach den Ihnen mit meiner Rundverfügung vom 12.1.43 – 1939.28 – gegebenen Richtlinien oder in der für Einzeluntersuchungen vorgesehenen Höhe vorzunehmen.
- 4) Kriegsgefangene, die nicht behandlungsbedürftig sind und daher auch nicht in ein Lazarett überführt zu werden brauchen, sind im Benehmen mit dem Kontrolloffizier in leichte Arbeit, notfalls als «Aufpöpelungsfähige» in die

Landwirtschaft des eigenen Bezirks umzusetzen. Die weitere Behandlung der «Aufpöppelungsfähigen», insbesondere der Facharbeiter, richtet sich nach dem Erlass des Herrn Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 17.12.42 – Va 5135/2819 (siehe Rundverfügung vom 22.12.42 - 5135 –).

Die Vertragsärzte sind über den besonderen Zweck dieser Untersuchung unter Auswertung der Abs. 2 u. 3 des vorstehend genannten Erlasses genau zu unterrichten.

In Vertretung:
gez. Dr. Stadler

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 77 Nr. 3969

4.5.26 Gutachten des Universitäts-Krankenhauses Hamburg-Eppendorf über den Ernährungszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter der Marine-Oberbauleitung Bremen

I. Medizinische Klinik des
Universitäts-Krankenhauses Eppendorf
Direktor: Professor Dr. H. H. Berg

Hamburg 20, den 4. März 1944.

Gutachten

über den Ernährungszustand der Kriegs- usw.-Gefangenen in den Lagern Russenlager Bremen-Blumenthal, Arbeitserziehungslager und KL.

Geheim

Auf Veranlassung von Herrn Marineoberstabsarzt Dr. Fölsch, dessen Bericht vom 18.2.1944 mir vorlag und der Marineoberbauleitung Bremen habe ich am 2.3.1944 in Gemeinschaft mit meinem Mitarbeiter Stabsarzt Dozent Dr. Heinrich Berning in den oben bezeichneten Lagern folgende Feststellungen gemacht:

In sämtlichen Lagern, insbesondere im Russenlager wurde eine grössere Anzahl von Gefangenen vorgeführt oder in den Bettenräumen besucht und auf ihren Ernährungszustand bzw. auf die Zeichen von Ernährungsstörungen hin besichtigt. Grundsätzlich ergab sich in allen Lagern ein ähnliches Bild. Sowohl durch die Anzahl wie durch die Schwere der gefundenen Ernährungsschäden stand das Russenlager an der Spitze. Unter etwa 30 vorgeführten Gefangenen ergaben sich alle Grade schwerer Ernährungsstörungen bis zu klassischen Bildern des sog. Ernährungsödems sowie zahlreicher prä-ödematöser Stadien. Eine grössere Anzahl von Kranken mit entsprechenden Veränderungen befanden sich in Bettenräumen. Eine geringe Anzahl gleichartiger Veränderungen, überall mit einem beachtlichen Prozentsatz von Tuberculosebefall einhergehend, befand sich im Arbeitserziehungslager sowie im KL. Lediglich im KL. wurde von acht Sanitätsdienstgraden von häufigeren begleitenden Darmstörungen berichtet. Aus dem nicht besichtigten Italienerlager wurde der auffallend geringere Prozentsatz an Tuberculose am klinischen wie Sektionsmaterial hervorgehoben.

Die Unterkunftsverhältnisse waren durchschnittlich gut bis ausreichend, ebenso die Reinlichkeitsverhältnisse. Kleidung und Schuhwerk wiesen zum Teil beachtliche Mängel auf.

An der Identität der gesehenen Ernährungsschäden mit dem aus den früheren Kriegen wohlbekannten klinischen Bilde der Ödemkrankheit bzw. prä-ödematöser Zustände kann kein Zweifel sein. Das klinische Bild und die Differentialdiagnose

gehen aus anliegendem Sonderdruck meines Mitarbeiters Berning hervor, welche aus einer Untersuchungsreihe stammen, welche der Unterzeichnete im Wehrkreis X im Jahre 1941 eingeleitet hat, als ähnliche Zustände in den russischen Gefangenlagern auftraten.

Die im Bericht des Herrn Oberstabsarzt Fölsch vom 18.2.44 niedergelegten Angaben (S. 2, III) über das klinische Bild der Ernährungsstörungen entspricht durchaus dem Augenschein bei unserer Besichtigung sowie den Angaben des Schrifttums und unserer erwähnten Untersuchungsreihe mit der einzigen Ausnahme, dass in den Bremer Lagern auffallend wenig Hauterkrankungen bei den Ernährungsgeschädigten beobachtet wurden, was durch den Mangel an Läusen und die bessere Körperpflege zwanglos erklärt wird.

Bevor auf die Ursache der Ernährungsschäden in den oben erwähnten Lagern eingegangen wird, ist ein kurzer Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung erforderlich: Die Grundlage des Ernährungsödems liegt im Eiweissmangel, der Charakter der Erkrankung ist jedoch komplexer Natur, als dessen Faktoren absoluter oder relativer bzw. indirekter Eiweissmangel sowie kalorische Unterernährung (kalorische Insuffizienz) beteiligt sind.

[...]

Nach den Untersuchungen meines Mitarbeiters Berning kann kein Zweifel darüber bestehen, dass folgende Möglichkeiten des Nahrungsmangels hinsichtlich des Eiweisses bestehen:

1. Kalorisch ausreichende, Fett- und kohlehydratreiche Kost, deren Eiweissgehalt unter dem physiologischen Minimum liegt.
2. Kalorisch unzureichende Kost (unter Berücksichtigung der körperlichen Leistung) mit an sich ausreichendem Eiweissgehalt, bei der die kalorische Insuffizienz den Körper schliesslich zwingt, zur Deckung seines Bedarfs das eigene Körpereiwiss einzuschmelzen, nachdem Kohlehydrat- und Fettdepots nicht mehr zur Verfügung stehen.

In der Regel werden sich in der Praxis Kalorien- und Eiweissmangel kombinieren. Bei der zweiten Möglichkeit kommt das Hungerödem erst durch die sekundäre Folge des Kalorienmangels aus dem Eiweisshaushalt zustande, also durch einen indirekten Eiweissmangel. Bernings Versuche haben die Tatsache auch des indirekten Eiweissmangels bewiesen.

Diese an einem genau klinisch beobachteten hospitalisierten Material über mehrere Jahre hindurch weitergeführten Versuche haben zu der beachtlichen Feststellung geführt, dass mit der Dauer der Odemzustände der Befall an Tuberculose laufend stieg, so dass die Ziffer der Verstorbenen nach Sektionskontrollen einen ständig steigenden Prozentsatz hochaktiver infektiöser Tuberculosen, bei der letzten Serie 58%, auswies, während bei länger bestehenden Odemzustän-

den 25% der Lebenden bereits als tuberculös erkannt wurden! Sozusagen ausnahmslos verliefen die Tuberculosen unbeeinflussbar in rascher Progression zum Tode, so dass die Lungentuberculose als wichtigste Komplikation der Hungerkrankheit anzusehen ist, welche die Prognose des Hungerzustandes – und das ist das Entscheidende – hoffnungslos und irreversibel gestaltet.

Als weitere Komplikation ergaben sich Darmstörungen, welche nur in ganz seltenen Fällen auf eigentliche Ruhrinfektionen, ganz überwiegend aber auf Ödem des Darmes, besonders des Dickdarmes zurückgeführt werden konnten. Auch hier ergaben sich durchaus ruhrähnliche Stühle und im klinischen Verlauf eine beschleunigte Progression des Krankheitsbildes, welche sich insbesondere bei hämorrhagischen Stühlen als irreversibel erwies.

Untersucht man die Ernährungsverhältnisse in den oben erwähnten Lagern an Hand der dem Bericht des Herrn Marineoberstabsarzt Dr. Fölsch vom 18. bzw. 25. Februar 1944 beigelegten Nahrungstabellen, so ergibt sich z.B. für die L.-Verpflegung für den einfachen Arbeiter ein Wert von 8 Gr tierischem Eiweiss, 17 Gr vegetabilischem Eiweiss im Brot, 11 Gr in Kartoffeln und Nahrungsmitteln, so dass insgesamt 37 Gr von biologisch hochwertigem Eiweiss verabreicht werden. Eine solche Kost wäre bei einer Gesamtkalorienmenge von über 2.000 Kalorien nicht mehr als ödemerzeugend anzusehen. Bei der angegebenen Ziffer von 1534 Kalorien dagegen ist sie kalorisch insuffizient. Dasselbe ist von der Schwerarbeiter- bzw. Lang- und Nachtarbeiterverpflegung zu sagen, deren Kost bei Arbeitseinsatz ödemerzeugenden Charakter bekommt, während er für die Ruhe ausreichend ist. Hier finden sich insgesamt 56 Gr biologisch hochwertigen Eiweisses, wovon 10 Gr tierisches Eiweiss sind. Bei körperlicher Ruhe und bei Verabreichung von etwa 600 Gr Kartoffeln würde eine solche Kost für die Heilung von Ödemzuständen eben ausreichend sein.

Die Deschimag-Verpflegung¹⁰⁵ enthält 8 Gr tierisches Eiweiss, 18 Gr vegetabilisches Eiweiss in Brot, 2 in Nahrungsmitteln, 14 in Kartoffeln, in Fett 3, insgesamt 45 Gr. Eiweiss; der Schwerarbeiter 52 Gr, hat aber nur 300 Kalorien mehr, was als Ausdruck einer relativen kalorischen Insuffizienz bezeichnet werden muss.

Stets ist bei der Beurteilung von Tabellenwerten in Rechnung zu stellen, dass der Tabellenwert der Kosttabellen noch lange nicht den wirklich resorbierten Wert darstellt. Der überreichliche Gehalt an Steckrüben z.B. führt zu einem Reichtum an Zellulose und Ballaststoffen geradezu eine Resorptionsminderung herbei.

Beurteilung: Die Ursache der Ernährungsstörungen in den erwähnten Lagern wird daher nicht in einem absoluten Eiweissmangel der in den Tabellen aufgeführ-

105 Deschimag: Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG

ten Kost erblickt, sondern in einem indirekten Eiweissmangel, welcher durch ungenügenden Kaloriengehalt im Verhältnis zu der geforderten Arbeitsleistung entsteht. Wenn der Leiter der Deschimag-Verpflegung ausführt, dass dieselbe Kost bei den Ostarbeitern in der Montagehalle keine Ernährungsstörungen zur Folge hat, während sie bei den Russen Ernährungsstörungen hervorruft, so ergibt sich auf Grund unseres Augenscheins die zwanglose Erklärung, dass die Ostarbeiter eine Arbeit verrichten, welche als wesentlich leichter als die von den Russen geforderte anzusehen ist. Die Ostarbeiter arbeiten in einer Montagehalle im gedeckten Raum, während die Russen Freilandarbeiten verrichten und ganz erheblich viel grösseren Wärmeverlust durch Transport in offenen Kähnen und schlechtere Kleidung und Witterungsverhältnisse ausgesetzt sind. Die zusätzlichen Wärmeverluste sind es abgesehen von der höheren Muskelarbeitsleistung, welche hier eine für den Fabrikarbeiter ausreichende Ernährung zu einer kalorisch insuffizienten mit den Folgen des indirekten Eiweissmangels gestalten.

Aus dem Arbeitseinsatz in den erwähnten Lagern für das Bauvorhaben der Marine-Oberbauleitung Bremen ergeben sich daher folgende Gesichtspunkte zur Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer ausreichenden Arbeiterzahl:

Das Auftreten der Hungererscheinungen mit den Zeichen der Ödemkrankheit und der präödematösen Erschöpfungszustände ist eine die Einsatzfähigkeit der Arbeitskräfte nachhaltig und langfristig schädigende Erkrankung. Es muss damit gerechnet werden, dass bei Beibehaltung der derzeitigen Ernährungsverhältnisse fortlaufend progressive Ausfälle von Arbeitskräften entstehen, von denen ein grosser Prozentsatz unrettbar verloren ist. [...]

Als reversibel, d.h. als wiederherstellbar für den Arbeitseinsatz sind nur diejenigen Fälle von Hungerschäden anzusehen, welche nachweislich keinen Tuberculosebefall und keine schwereren Darmkomplikationen in Gestalt von Durchfällen evtl. Blutstühlen haben.

Es hat sich gezeigt, dass die nicht durch jene Komplikationen betroffenen Ernährungsschäden durch eine Auffütterungskost mit ausreichender Menge biologisch hochwertigen Eiweisses bei einer Gesamtkalorienmenge von insgesamt 3.000 Kalorien rasch die wassersüchtigen Anschwellungen verlieren und zur Ausheilung kommen. Je nach dem Gehalt der Nahrung an Eiweiss bzw. Kalorien lässt sich mit einer Wiederherstellung der vollen Einsatzfähigkeit nach etwa Jahr rechnen, wobei nachdrücklich hervorgehoben werden muss, dass das Verschwinden der Ödeme nicht gleichbedeutend mit Ausheilung der Krankheit ist. Verfrühte Belastung hat Rückfall und Wiederauftreten der Ödeme zur Folge. In schweren Fällen dauert die Rekonvaleszenz sogar noch länger, bis zu ½ Jahr.

Für das Bauvorhaben der Marineoberbauleitung Bremen erlaubt sich der Unterzeichnete daher folgende Vorschläge zu machen:

DOKUMENTE

1.) Aussonderung aller Ernährungsgeschädigten in möglichst frühen Stadien der Ernährungsstörung.

2.) Aussonderung der tuberculösen und der schwerer Darmkranken als hoffnungslos Geschädigten, die niemals für den Arbeitsprozess mehr in Frage kommen.

3.) Auffütterung der ernährungsgeschädigten reversiblen Fälle mit ausreichender Ernährung mit biologisch hochwertigem Eiweiss und ausreichendem Gesamtkaloriengehalt, wobei der Gehalt an beidem das Tempo der Rekonvaleszenz bestimmen wird.

4.) Erwirkung einer kalorisch ausreichenden Ernährung für den noch einsatzfähigen Teil der Lagerinsassen. Zu diesem Punkt werden folgende Vorschläge gemacht:

Revision der Beurteilungskriterien für Drückebergerei unter Kenntnis der Symptomatologie und der Frühsymptome des Ernährungsödems bzw. der präödematösen Stadien. Vorsicht mit dem Beschneiden von Rationen als Strafmassnahme. Die Beschlagnahme von Salz ist keine kausale Therapie der Ödemzustände, da der Salzhunger bereits ein Ausdruck der Erkrankung ist. Versuche die zusätzlichen Wärmeverluste bei Transporten und Aussenarbeiten durch Verbesserung der Kleidung einzuschränken. Ferner ist bei der Verteilung von Lebensmitteln natürlich wie in allen Betrieben auf Gerechtigkeit der Verteilung und gerechte Bemessung der Rationen zu achten. Ferner empfiehlt es sich stets, den Tabellenwert unter den oben erwähnten Gesichtspunkten, insbesondere auf resorptionsmindernden Steckrübengehalt laufend zu überprüfen.¹⁰⁶

5.) Als laufende Massnahme auch für den einsatzfähigen Teil der Mannschaft wird eine zur Verhinderung weiterer unrettbarer Ausfälle im raschen Rhythmus zu wiederholende Reihenröntgenuntersuchung auf Tuberculose mit dem Schirmbildgerät empfohlen, wobei als empfehlenswerter Rhythmus zunächst 2 bis 3 Durchuntersuchungen im Vierteljahr erforderlich sind.

Nur so ist der Unterzeichnete davon überzeugt, dass sich weitere unrettbare Ausfälle von Arbeitskräften vermeiden und die noch rettbaren nach einer gewissen Zeit wieder in den Arbeitsprozess eingliedern lassen.

Berg

Oberfeldarzt d. Res., berat. Internist b. stellv. Gen. Kdo. X.A.K.

Sammlung Denkort Bunker Valentin, Bremen

106 Am Ende des Dokuments ist nach der Unterschrift folgender Zusatz für diesen Absatz angefügt: «Als rechnerisch und organisatorisch einfachste sofort wirksame Massnahme wird Übernahme der gefährdeten Belegschaft in Truppenkost vorgeschlagen».

4.6 Entlohnung

4.6.1 Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über die Vergütung der Kriegsgefangenenarbeit

Gruppe Verwaltung
der Kommandantur des M.-Stammlager VI/B

Meppen/Ems, den 14.10.1941

An das
Wasserstrassen-Neubauamt
Meppen

Betr.: Lohnabrechnung für sowjetische Kriegsgefangene Arb, Kdo, 218¹⁰⁷

Hinsichtlich der Entlohnung sowj. Krgs.Gef. ist folgende Entscheidung ergangen.

Aus dem Arb.Einsatz sowj. Krgs.Gef. erwachsen dem Unternehmer die gleichen Lohnverpflichtungen wie aus dem Arbeits-Einsatz der polnischen Krgs.Gef.

Sofern der Unternehmer Unterkunft und Verpflegung nicht unentgeltlich zu stellen hat, sind ihm durch Abzüge vom Arbeitslohn zu vergüten:

für Unterkunft täglich	RM 0.20
für Verpflegung ”	RM 0.80

sofern auch den sowj. Krgs.Gef. Verpflegungszulagen gewährt werden sollten, was noch nicht endgültig entschieden ist, wird der abzuziehende Verpflegungsbetrag noch bekanntgegeben.

Von den durch den Unternehmer an das Kriegsgefangenen-Lager zu zahlenden Arbeitslohn, sind ferner zu Gunsten der Lagermittel je arbeitenden Kriegsgefangenen und Arbeitstag RM 0.05 abzuziehen.

Eine Auszahlung von Arbeitslohn an sowj. Krgs.Gef. findet vorläufig nicht statt.

Der hiernach Testierende Betrag ist in Spalte 17 f der Lohnliste einzusetzen.

Im Übrigen gelten für das Abrechnungsverfahren die Richtlinien vom 31.7. 1941 mit den im Einzelnen für östliche Krgs.Gef. anzuwendenden Bestimmungen.

Es wird gebeten, die bis einschliesslich September rückständigen Abrechnungen baldigst vorzulegen.

[Unterschrift]¹⁰⁸

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep. Acc. 2000/049 Nr. 426

107 Kossentanne

108 unleserlich

**4.6.2 Auseinandersetzung zwischen den Reichswerken «Hermann Göring»
in Salzgitter und der Wehrmacht über die Zahlung der Lohnsätze für
sowjetische Kriegsgefangene**

An das
Kriegsgefangenen-Stammlager
11 D

17. Nov. 1941

Geheim!

Oerbkeb. Fallingb. St.

Arbeitsleistung der
sowjetischen Kriegsgefangenen

Bei ihrer Ankunft vor 6 Wochen machten die sowjetrussischen Kriegsgefangenen einen ausserordentlich unterernährten und schwachen Eindruck. Die Arbeitsleistung der Russen war dementsprechend minimal. Wir hatten gehofft, dass durch Heraufsetzung der Verpflegungssätze, und darüber hinaus noch durch zusätzliche Verabreichung von warmen Kartoffeln mittags, eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsleistung der Russen eintreten würde. Nachdem nun 6 Wochen verstrichen sind, müssen wir feststellen, dass dieses nicht der Fall ist und die Krankheits- und Schwächeanfälle bei der Arbeit noch ausserordentlich zahlreich sind. Auch die Arbeitsleistung der gesunden sowjetischen Kriegsgefangenen liegt weit unter dem Durchschnitt der westlichen Kriegsgefangenen. Als Beispiel führen wir an, dass es in der Schlackenverwertung durchaus normal war, dass ein 20-t-Wagen in einer Schicht von zwei französischen Kriegsgefangenen beladen wurde. Selbst bei dem Einsatz von 10 russischen Kriegsgefangenen haben wir diese Leistung bisher noch nicht erzielt.

Unter den gegebenen Umständen sehen wir uns ausserstande, für die sowjetrussischen Kriegsgefangenen die gleichen Sätze zu bezahlen wie für die westlichen Kriegsgefangenen. Der Arbeitsleistung entsprechend halten wir einen Satz von höchstens RM -,10 pro Stunde für angemessen. Wir bitten Sie, bei der Berechnung der Stundensätze entsprechend zu verfahren.

Heil Hitler!

Reichswerke

Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring»

gez. Dr. Wesseling

gez. Hoffstadt

M-Stammlager XI D (321)

Fallingbostel, d. 25.11.1941

Abschrift:

An die Reichswerke Hermann Göring
Hütte Braunschweig Watenstedt/über

Braunschweig

Betr.: Entlohnung sowj. Kgf.Bezug: Ihr Sehr. v. 17.11.41 – Ho/Re –

Ihren Antrag auf Herabsetzung des Arbeitslohnes für die bei Ihnen beschäftigten sowj. russ. Kgf. bedaure ich ablehnen zu müssen. Nach Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht muss es zunächst bei den festgesetzten Lohnsätzen bleiben, da der Russe an sich ein guter Arbeiter ist. Der Unternehmer muss dafür sorgen, dass er die in den Russen ruhenden Arbeitskräfte richtig ausnutzen kann. Zunächst muss er die ihnen zustehenden Verpflegungssätze gewähren, was – wie festgestellt wurde – bei Ihnen im Lager Drütte, wo die unmittelbar für die Reichswerke tätigen Kgf. untergebracht sind, bisher leider nicht der Fall gewesen ist. Es soll jedoch betont werden, dass der derzeitige mangelhafte körperliche Zustand der Sowjets im Augenblick grössere Arbeitsleistungen verhindert. Die bereits aufgetretenen Forderungen der Wirtschaft auf Herabsetzung der Lohnsätze für die sowj. russ. Kgf. werden vom OKW zu gegebener Zeit zentral geregelt werden, vorläufig behalten die gegebenen Verfügungen jedoch ihre volle Gültigkeit. Sie werden daher gebeten, mit der Gruppe Verwaltung des Stalags nunmehr sofort die Lohnabrechnung für die zurückliegende Zeit vorzunehmen und zwar nach dem Verfahren, was kürzlich in persönlicher Rücksprache mit Ihren zuständigen Sachbearbeitern vereinbart worden ist, da der gesamte Arbeitseinsatz des Stalags XI D mit Wirkung vom 1.12.41 auf Stalag XI B übergeht. Aus diesem Grunde ist schnellste Erledigung aller schwebenden Fragen geboten.

Aus den angeführten Gründen sehe ich mich leider nicht dazu berechtigt, für die Reichswerke Hermann Göring einen besonderen Ausnahmetarif für sowj. russ. Kgf. zur Anwendung zu bringen. Ich muss vielmehr bitten, dass Sie entweder den vom OKW vorgeschriebenen Lohnsatz zahlen, wie dieses sonst alle vom Stalag mit sowj. Kgf. versorgten Unternehmer tun oder die Gefangenen dem Stalag zum anderweitigen Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen.

DOKUMENTE

Zunächst wollen Sie die beiliegenden zwei Ausfertigungen des Rahmen-Arbeitsvertrages unterschriftlich vollziehen und an mich zurücksenden, worauf Ihnen eine Ausfertigung des Vertrages für die dortigen Akten wieder zugehen wird.

gez. Riedel

Oberstleutnant u. Kommandant.

F.d.R.d.A.

[Unterschrift]¹⁰⁹

Kriegsverwaltungsinspektor

¹⁰⁹ unleserlich

[An die]

Gruppe Verwaltung
des Kriegsgefangenen Mannschafts-Stammlagers XI B
Fallingbostel

7. April 42

Entlohnung der sowj. Kriegsgefangenen.

Wir übersenden Ihnen in der Anlage Durchdruck unseres heutigen Schreibens an das Kriegsgefangenen Mannschafts-Stammlager XI D/321 Fallingbostel-Oerbke.

Wir bitten Sie, im Sinne dieses Schreibens den Lohnsatz für die sowj. Kriegsgefangenen für den Monat Dezember 1941 herabzusetzen.

Mit Schreiben vom 6.1.1942 des Kriegsgefangenen Mannschafts-Stammlagers XI D/321 – Sachgebiet 5 – wurde für die Monate Januar und Februar 1942 der Tagelohn für die sowj. Kriegsgefangenen auf RM –30 festgesetzt. Hierzu kommen die von uns zu tragenden Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Gemäss Ziffer 4 dieses Schreibens sollen ab Monat März 1942 wieder die bisher geltenden Stundensätze Gültigkeit haben. Gemäss unseren Ausführungen in unserem beiliegenden Schreiben an das Stammlager XI D kann jedoch derselbe Lohnsatz, der für die westlichen Kriegsgefangenen Gültigkeit hat, für die sowj. Kriegsgefangenen nicht in Frage kommen.

Damit in der Bearbeitung der Abrechnungen keine Verzögerung eintritt, bitten wir Sie um möglichst baldige Stellungnahme.

Mit Ihrem Schreiben vom n.3.1942 mahnen Sie den Vertrag über den Einsatz der Kriegsgefangenen der Arbeitskommandos 3133 Drütte und 3135 Reppner an. Diese Verträge sind bei uns (Hauptverwaltung) als bearbeitende Stelle nicht eingegangen. Um auch diese Angelegenheit schnellstens erledigen zu können, bitten wir um Zusendung der in Frage kommenden Abschriften.

Heil Hitler!

Reichswerke

Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring»

gez. Cornelius gez. [Unterschrift]¹¹⁰

Wehrkreisverwaltung XI

Hannover i G, den 20. Mai 1942.
Misburger Damm 18

An die

Reichswerke A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten
«Hermann Göring»WatenstedtÜber Braunschweig

Betr.: Entlohnung der sowjetischen Kriegsgefangenen.

Obwohl die einschlägigen Lohnbestimmungen durchaus eindeutig die Verpflichtungen, die dem Unternehmer aus der Beschäftigung von Kriegsgefangenen erwachsen, enthalten, war mit dem Bezugsschreiben den Reichswerken nochmals die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu den von hier aus gemachten Ausführungen gegeben worden. Nachdem die gesetzte Frist jedoch nunmehr um eine Woche überschritten ist, ohne dass die Reichswerke es für nötig hielten, hierauf irgendwie zu antworten, muss nunmehr die Angelegenheit weiter getrieben werden. Es stehen z.Zt. folgende Lohnforderungen offen:

Stalag XI D, Fallingbostal-Oerbke Okt.-Nov. 41	RM	93'275.43
Stalag XI B, Fallingbostal Dez. 41-März 42	<u>RM</u>	<u>56'118.10</u>
	<u>RM</u>	<u>149'393.53</u>

Dazu kommen noch die für April 1942 inzwischen auch fällig gewordenen Beträge, deren genaue Höhe hier noch nicht bekannt ist, sodass insgesamt mit einer Forderung von RM 160.000.- bis 170.000.- gerechnet werden muss. Es kann von hier aus nicht mehr verantwortet werden, die Kriegsgefangenen einer Einsatzstelle zu belassen, die Erfüllung aller Massnahmen für den schnellsten Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen erwartet, selbst aber die sich aus den Lohnbestimmungen und Arbeitseinsatzbedingungen ergebenden Verpflichtungen seit nunmehr fast dreiviertel Jahren in keiner Weise erfüllt. Es kann insoweit auch der Hinweis auf die kriegsentscheidenden Aufgaben der Reichswerke die Entschlüsse, die sich aus diesem Verhalten bei den Wehrmachtdienststellen ergeben, nicht beeinflussen, da im Wehrkreis eine grosse Anzahl Unternehmungen mit kriegsentscheidenden Aufgaben vorhanden sind, bei denen der Bedarf an Arbeitskräften bei Weitem auch durch Einsatz von Kriegsgefangenen nicht mehr gedeckt werden konnte. Da sich derartige Schwierigkeiten wie mit den Reichswerken bisher nirgends ergeben ha-

ben, bleibt bei weiterer Weigerung zur Erfüllung der Lohnverpflichtungen über das L.A.A. nur noch der Abzug aller Kriegsgefangenen und Einsatz bei anderen kriegswichtigen Industrien zu erwägen.

Es wird zur Vermeidung dieser letzten Konsequenz ersucht, nunmehr den gesamten Rückstand, der eine Forderung der Reichskasse darstellt, bis spätestens zum 30. Mai 1942 zu überweisen. Hierzu wird bemerkt, dass die Forderung des Stalag XI D ebenfalls mit an Stalag XI B, Fallingbostel zu überweisen ist.

LA.

[Unterschrift]¹¹¹

111 unleserlich

DOKUMENTE

An das
Oberkommando der Wehrmacht

25.8.1942

Berlin – Schöneberg i
Badensche Str. 51

Entlohnung sowjetischer Kriegsgefangener

Wir möchten Sie bitten, uns Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache zu geben, da die Angelegenheit für uns von grundsätzlicher Bedeutung ist. Den uns für die Zahlung der RM 75.337.03 gesetzten Termin wollen Sie verschieben, solange eine mündliche Verhandlung nicht stattgefunden hat.

Auf den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener können wir unter den gegenwärtigen Umständen natürlich nicht verzichten. Wenn Sie sich zu der angekündigten Massnahme tatsächlich entschliessen sollten, würden wir unsererseits gezwungen sein, dem Herrn Reichsminister für Munition davon Kenntnis zu geben und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, dass unsere kriegswichtige Produktion nennenswert beeinträchtigt wird.

Heil Hitler!
Reichswerke
Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten
«Hermann Göring»

gez. Rheinländer

gez. Cornelius

Oberkommando der Wehrmacht

Berlin-Schöneberg i, den 14.9.42
Badensche Strasse 51

An die
Reichswerke A.G. für Erzbergbau und
Eisenhütten «Hermann Göring»
Watenstedt
über Braunschweig

Betr.: Entlohnung sowj. Kr. Gef.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat seine mit dem Bezugsschreiben zu 2) in dieser Angelegenheit gegebene Entscheidung eingehend begründet. Ein Abgehen davon ist mit Rücksicht auf eine einheitliche Lohnpolitik und die gleichmässige Behandlung aller Unternehmer nicht vertretbar. Eine mündliche Rücksprache könnte daher zu keinem anderen Ergebnis führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der s.Zt. gekürzte Lohnbetrag von RM 75.337.03 eine Forderung des deutschen Reiches (Wehrmachtffiskus) darstellt; ein weiterer Zahlungsverzug kann nicht mehr zugelassen werden. Sofern nunmehr der vorstehende Betrag nicht bis zum 25.9.42 bei der Kommandantur des Stalag XI B, Fallingb. eingegangen ist, wird das Oberkommando der Wehrmacht die Lohnabrechnungsschwierigkeiten mit Ihrem Betrieb dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Kenntnis bringen und die Umsetzung der Kr.Gef. in andere kriegswichtige Betriebe durchführen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage
[Unterschrift]¹¹²

112 unleserlich

An das
Oberkommando der Wehrmacht
Berlin-Schöneberg i
Badensche Strasse 51

21.9.1942

Entlohnung sowjetischer Kriegsgefangener

Wir bedauern es ausserordentlich, dass Sie die mit unserem Schreiben vom 25. August d. J. erbetene Aussprache verweigern.

Es wird Ihnen bekannt sein, dass unser Unternehmen aus Reichsmitteln finanziert wird. Unsere Aufwendungen wirken sich insoweit zu Lasten des Reiches aus, als es sich um Kosten für den Aufbau unserer verschiedenen Werksanlagen handelt. Die sowjetischen Kriegsgefangenen hatten wir seinerzeit ausschliesslich für solche Aufbauarbeiten eingesetzt. Wir haben also die Pflicht, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, um Beanstandungen des Reichsrechnungshofes in Bezug auf unsere Ausgabenwirtschaft zu vermeiden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir es nicht verantworten können, die ausserordentlich schlechten Leistungen der sowjetischen Kriegsgefangenen in dem Umfang zu bezahlen, wie Sie es von uns verlangen. Die von uns der Wehrkreisverwaltung XI mit Schreiben vom 1. Juni d. J. vorgeschlagene Regelung wird u. E. auch nur einigermaßen den Minderleistungen der sowjetischen Kriegsgefangenen gerecht, eine volle Abgeltung der Minderleistungen würde einen höheren Betrag ausmachen.

Wir haben uns angesichts Ihrer ablehnenden Haltung veranlasst gesehen, die Angelegenheit dem Herrn Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Kenntnis zu bringen und haben um seine endgültige Entscheidung gebeten, die wir auch für uns als massgeblich anerkennen werden.

Heil Hitler!
Reichswerke
Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring»

gez. Rheinländer

gez. Cornelius

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Berlin, den 23. Oktober 1942

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Saarlandstrasse 96
(Reichsarbeitsministerium)

Schnellbrief

An

die Reichswerke Hermann Göring Drütte über Braunschweig

Betr.: Ausgleichsforderungen wegen Minderleistungen sowjetischer
Kriegsgefangener.

Auf das Schreiben vom 21.9.42 – hier eingegangen am 3.10.1942 bemerke ich Folgendes:

Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen ist zweifellos sehr verschieden, wobei äusser der verschieden grossen Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit des Kriegsgefangenen auch seine Eignung für die bestimmte Arbeit, der richtige Einsatz von Bedeutung sind, vor allem aber auch das Geschick des Betriebsführers, seine Arbeitsleistungen zu leiten und anzuregen vielfach entscheidenden Einfluss hat.

Die Lohnentgelte für Kriegsgefangene sind bei Zeitlohn auf 60% der entsprechenden deutschen Löhne festgesetzt worden.

Das Lohnentgelt nach der besonderen Leistung des einzelnen Kriegsgefangenen verschieden zu bemessen, würde eine vollkommene Unmöglichkeit darstellen. Weder die Heeresverwaltung noch die Arbeitseinsatz- und Treuhänderverwaltungen würden in der Lage sein, eine solche Aufgabe durchzuführen. Verschiedenheiten mussten also von vornherein in Kauf genommen werden und zwar sowohl von den Dienststellen der Reichsregierung wie von der privaten Wirtschaft. Indessen ist das Lohnentgelt mit 60 v.H. sehr niedrig bemessen worden, bietet also der privaten Wirtschaft reichliche Möglichkeiten, den Ausgleich zu finden. Schon jetzt steht fest, dass die Leistungen der Kriegsgefangenen den Normalsatz von 60 v.H. in aller Regel erreichen. Gerade aus jüngster Zeit liegen mir Erfahrungen der verschiedensten Stellen darüber vor, dass die Leistungen gerade sowjetischer Kriegsgefangener, auch in der Rüstungsindustrie, die nicht vollwertiger deutscher Arbeiter erreichen. Dabei haben sich die Verhältnisse seit dem Erlass der massgebenden Bestimmungen (im Jahre 1939) sogar noch zugunsten des Unternehmers verschoben, da die Gefangenen nunmehr z.T. bereits jahrelang an der gleichen Arbeit beschäftigt werden konnten, also auf die Arbeit voll eingerichtet sind, z.T.

angelernte oder geradezu Facharbeiter geworden sind. Gerade aus den Kreisen der privaten Wirtschaft sind mir zahlreiche und mit Unterlagen gut begründete Anregungen zugegangen, an die Kriegsgefangenen höhere Beträge auszuzahlen; die Betriebsführer kennen sehr wohl ihr eigenes Interesse und wissen, dass die dadurch erhöhte Arbeitsleistung um ein Vielfaches wertvoller ist als die Leistungszulage, die sie aus eigenen Mitteln gewähren und zu der sie sich gern entschliessen. Haben sie anfangs Mühe gehabt, die Kriegsgefangenen auf die Arbeit einzurichten und anzuleiten, so hat sich diese Mühe in der Regel reichlich gelohnt. Das OKW und die Arbeitseinsatzverwaltung sind den Interessen der Betriebsführer gern entgegengekommen und haben in Erkenntnis der Bedürfnisse der Wirtschaft einen Wechsel der Kriegsgefangenen planmässig zu vermeiden gesucht, den Kriegsgefangenen demnach möglichst dauernd auf den gleichen Arbeitsplatz belassen, auch wenn das nur unter Opferung anderer Notwendigkeiten möglich war.

Auch die Reichswerke Hermann Göring durften nunmehr die Erfahrung gewonnen haben, die mir von grossen Werken der Rüstungsindustrie mitgeteilt worden ist, dass es bei richtigem Ansatz der Kriegsgefangenen und geschickter Führung möglich ist, Leistungen zu erreichen, die nicht nur im Einzelfalle sondern sogar im Durchschnitt über 60 v.H. hinausgehen. Dabei sind die Reichswerke in besonders günstiger Lage. Wenn es einem kleinen Betrieb mit geringerer Kriegsgefangenenzahl zuweilen schwer ist, für einzelne grössere Minderleistungen des Kriegsgefangenen den Ausgleich zu finden, so ist bei der grossen Zahl der dorthin zugeteilten Kriegsgefangenen der Ausgleich sehr viel leichter und gesicherter. Auch bei der früher nicht vorauszusetzenden Dauer der Verwendung von Kriegsgefangenen muss es möglich sein, auch bei anfänglichen Minderleistungen im Ganzen gesehen ein wirtschaftlich günstiges Gesamtergebnis zu erreichen. Ich zweifle nicht, dass die Reichswerke den Ausgleich für die Anfangsausfälle bereits gefunden haben und in Zukunft noch mehr finden werden.

Richtig ist, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen aus den grossen Kesselschlachten des Jahres 1941 erschöpft herauskamen. Waren sie nicht ausreichend einsatzfähig, so stand es dem Betrieb frei, sie als arbeitsverwendungsunfähig dem Lager zurückzugeben. Stand man nun vor der Wahl, sie trotzdem einzusetzen, so haben die Arbeitseinsatzverwaltungen ebenso wie die überwältigende Zahl aller Betriebe sich ohne Bedenken dafür entschieden, die Kriegsgefangenen für die Arbeitsverwendung anzunehmen und nach und nach zu höheren Leistungen zu bringen.

Entgegenkommend hat das OKW unter meiner sachlichen Mitwirkung für die eingesetzten Kriegsgefangenen für einen Zeitraum von zwei Monaten auf eine Entlohnung verzichtet. Diese weit entgegenkommende Massnahme konnte nur in sehr grosser Linie geregelt werden. Ausgleichsansprüche sind nur in seltenen Fäl-

len erhoben worden; eine Ausgleichsrechnung, wie sie die Reichswerke aufgestellt haben, ist in keinem anderen Fall vorgelegt worden. Alle Ausgleichswünsche mussten grundsätzlich abgelehnt werden.

Ich muss daher bitten, sich bei der vom OKW getroffenen Entscheidung zu bescheiden und den rückständigen Betrag nunmehr unverzüglich an das zuständige Mannschaftsstammlager abzuführen. Ich würde nicht in der Lage sein, die Reichswerke vor den selbstverständlich zu ziehenden Konsequenzen zu schützen.¹¹³

Im Auftrag
gez. Hoppe

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 9999

113 Mit Schreiben vom 27.10.1942 teilten die Reichswerke «Hermann Göring» der Wehrmacht mit, dass sie nach Aufforderung durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz den ausstehenden Betrag nunmehr überwiesen hätten; in: Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 9959.

4.6.3 Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über die vorübergehende Herabsetzung der Lohnsätze für sowjetische Kriegsgefangene

M.-Stammlager VI/B
Gruppe Arbeits-Einsatz.

Neu-Versen, den 6. Januar 1942

An
sämtliche Unternehmer.
die sowj. Kr.Gef.
beschäftigen.

Betr.: Vorübergehende Ermässigung der Vergütung für Sowjet. Kriegsgefangene

Um einen Ausgleich für die Minderleistungen der sowjetischen Kr.Gef. während ihres bisherigen Arbeitseinsatzes zu schaffen, wird angeordnet:

- 1.) Für die Zeit vom 1. Januar 1942 bis 28. Februar 1942 haben die Unternehmer für die Überlassung der kr.gef. Sowjet. Arbeitskräfte lediglich einen Betrag von Rmk. 0,30 zu zahlen. Hiervon sind
 - a.) an den einzelnen Kr.Gef. für jeden Arbeitstag RM. 0,20
 - b.) an das Lager für die Lagermittel für jeden Arbeitstag 0,10 abzuführen.Daneben haben die Unternehmer wie bisher den sowjetischen Kr.Gef. auf eigene Kosten Unterkunft und Verpflegung zu gewähren.
- 2.) Werden die von einem Unternehmer beschäftigten Sowjet. Kr.Gef. im Lager untergebracht und gepflegt, so hat der Unternehmer an das Lager die hierfür festgesetzten Entschädigungssätze zu erstatten.
- 3.) Bei Arbeitsausfall durch Krankheit oder Schlechtwetter hat der Unternehmer in der Zeit vom 1.1.1942 bis zum 28.2.42 keinen Lohn (s. oben Ziff. 1) zu zahlen, die Sowjet. Kr.Gef. aber auf eigene Kosten unterzubringen und zu verpflegen, es sei denn, dass er sie dem M.-Stammlager wieder zur Verfügung stellt. (Die während der Dauer der befohlenen Arbeitseinschränkung mit dem Generalinspektor für das deutsche Strassenwesen für die Reichsautobahnen getroffene Sonderregelung bleibt bestehen).
- 4.) Zur Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens wird empfohlen, die Monate Januar und Februar 1942 in einer Abrechnung zusammenzufassen.

ENTLOHNUNG

5.) Ab 1. März 1942 treten wieder die bisher geltenden Vergütungssätze in Kraft.

LA.

[Unterschrift]¹¹⁴ Oberleutnant

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep. Acc. 2000/049 Nr. 526

4.6.4 Mitteilung der Bezirksstelle Oldenburg des Stalag X C über die Herabsetzung der Lohnsätze für sowjetische Kriegsgefangene

Gruppe Verwaltung M.-Gef.-Lager XC
Bezirksdienststelle Oldenburg i.O.

Oldenburg, den 10. April 1942

An die
Gruppe Verwaltung M.-Gef.-Lager XC
Nienburg/Weser

Betrifft: Herabsetzung der Lohnsätze für sowj. Kriegsgefangene über den 28. Februar hinaus.

Bezug: Antrag des Staatl. Strassenbauamtes Oldenburg, Bauabschnittsleitung Oldenburg-Stadt.

Um das Staatl. Strassenbauamt voll in den Genuss der ihm zustehenden Vergünstigung gelangen zu lassen, wurden in direkten Verhandlungen mit dem Strassenbauamt folgende Vereinbarungen getroffen:

In den Monaten Januar und Februar konnten die Kriegsgefangenen zum grössten Teil wegen des bestehenden harten Frostwetters nicht zum Arbeitseinsatz gelangen. Für diese Zeit werden die Hauptabrechnungen nach den Bestimmungen der Schlechtwetterregelung bei Reichsautobahnen aufgestellt. In den Monaten März und April 1942 kommt ein Tageslohnsatz von RM –,30 an so viel Tagen zur Anwendung, wie Arbeitsausfalltage in den Monaten Januar und Februar vorhanden gewesen sind.

Da diese Vergünstigungen ein Ausgleich für die Minderleistungen der sowj. Kriegsgefangenen während ihres Einsatzes vor dem 1. Januar sein sollte, sind diese soweit anzuwenden, als die Zahl der in den Lagern vorhandenen Kriegsgefangenen ab Januar d.Js. nicht grösser waren, als in den vorhergehenden Monaten.

Soweit die Kriegsgefangenen aber vom Strassenbauamt während der Schlechtwetterperioden in den Monaten Januar und Februar anderen Unternehmern zum normalen Lohnsatz überlassen wurden, werden vom M.-Stammlager XC dem Strassenbauamt diese Kriegsgefangenen bereits in den Monaten Januar und Februar 1942 mit einem Lohnsatz von nur RM –,30 in Rechnung gestellt. Für diese Krgf. gelangt also das Strassenbauamt bereits in den Monaten Januar und Februar in den Genuss der beabsichtigten Vergünstigungen.

Die bereits erteilten Abrechnungen für die Monate Januar und Februar sind vom Strassenbauamt wieder einzuziehen und nach den obigen Abmachungen durch neue zu ersetzen.

ENTLOHNUNG

Um Rückgabe der Lohn-, Verpflegungs- und Unterkunftslisten für die Monate Januar und Februar für die Arbeitskommandos Parkhaus und Krückeberg an die Bezirksstelle Oldenburg wird gebeten.

gez. Unterschrift Oberzahlmeister.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 1/0/2

4.6.5 Beschwerde der Firma F. & J. Heinke über die unterdurchschnittliche Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen

F. & J. Heinke
Tiefbauunternehmer

Oldenburg, den 10. April 1942
Nadorsterstr. 142

An
die Bauabschnittsleitung
Oldenburg (Oldb)

Betrifft: Umgehung Oldenburg. Lohn der russischen Kriegsgefangenen.

Wir haben schon wiederholt schriftlich und mündlich darauf hingewiesen, dass die Arbeitsleistungen der russischen Kriegsgefangenen ausserordentlich gering sind und es sich in keiner Weise rechtfertigen lässt, dafür 60 v.H. des Tiefbauarbeiterlohnes zu zahlen. In seinem Runderlass vom 2.3. d.J. Akt. V210/12249/41 weist der Reichskommissar für die Preisbildung mit Recht darauf hin, dass für die Leistungen der Kriegsgefangene kein allgemein verbindlicher Durchschnittswert festgelegt werden kann, da diese Leistungen zum Teil erheblich unter dem Satz von 60 v.H. liegen. Als Anhalt für die Durchschnittsleistungen der russischen Kriegsgefangenen könnten höchstens 40-50 v.H. in Betracht kommen.

Dieses Verhältnis haben gezeigt, dass auch dieser Satz für die uns überwiesenen russischen Kriegsgefangenen noch viel zu hoch ist und es sich volkswirtschaftlich nicht vertreten lässt, einen so hohen Lohn, der in gar keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung steht, zu zahlen. Diese war in der ersten Zeit überhaupt gleich Null. Ganz abgesehen von dem Mangel an Willen zur Arbeit waren die Leute körperlich so heruntergekommen und entkräftet, dass sie gar nicht arbeiten konnten und die Fälle waren nicht selten, dass sie auf der Baustelle wegen Entkräftung umfielen. Sie benutzten jede Gelegenheit, um sich Kräuter, Kartoffelschalen und andere Speiseabfälle anzueignen u. sie zu verzehren. Unser Aufsichtspersonal war nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Später wurden die Dinge etwas besser, auch die Arbeitsleistungen stiegen etwas, ohne aber jemals den Satz von 40 v.H. eines ordentlichen Tiefbauarbeiters zu erreichen. Es sind uns hierdurch sehr hohe Verluste entstanden, die wir allein nicht tragen können. Der Verschleiss an Gerät und Werkzeug, mit dem die russischen Kriegsgefangenen arbeiteten, war ganz ungewöhnlich hoch.

Auf Grund der Besprechung, die in der Angelegenheit am 1. d.M. im Stadtbauamt stattgefunden hat, nehmen wir an, dass für die Monate Januar, Februar, März

ENTLOHNUNG

und April d.J. eine befriedigende Lösung gefunden werden wird. Für die zurückliegende Zeit schlagen wir folgende Regelung, die für uns erträglich sein würde, vor:

Vom Tage ihres Einsatzes (18.8.1941) bis 14. Sept. 1941 wird überhaupt kein Lohn bezahlt,

vom 15. Sept. bis 30. Sept. 41 – 10 v.H., vom 1. Okt. bis 31. Okt. 41 – 20 v.H., vom 1. November bis 31. Dezember 1941 – 30 v.H. des Tiefbauarbeiterlohnes von 0,55 RM/Stunde.

Wir bitten um Genehmigung unserer Vorschläge.

Heil Hitler!

gez. Unterschrift.

4.6.6 Stellungnahme des Staatlichen Strassenbauamtes Oldenburg-Ost zur Beschwerde der Firma F. & J. Heincke

Staatl. Strassenbauamt Oldenburg-Ost
Bauabschnittsleitung Oldenburg-Stadt.

Oldenburg, den 30. April 1942.

An den
Herrn Minister des Innern
über das Staatl. Strassenbauamt
Oldenburg-Ost, Oldenburg.

Betr. Einsatz von Kriegsgefangenen.

Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 10.7.40 – Va 5135/343 – sind Bestimmungen über den Einsatz von Kriegsgefangenen ergangen. Auf Grund dieser Bestimmungen ist für die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen an das Stalag eine Vergütung von 60 v.H. des tariflichen ortsüblichen oder festgesetzten Lohnes zu zahlen. Unter Zugrundelegung dieser Einsatzbedingungen sind nach Abzug der französischen Kriegsgefangenen vom 18. August 1941 ab sowjetische Kriegsgefangene den an der Umgehungsstrasse beschäftigten Firmen zur Verfügung gestellt worden. Von Anfang an hat die in der Hauptsache beteiligte Firma F. & J. Heinke, Legde bei Bad Wilsnack, gegen die Höhe dieses Lohnes Einspruch eingelegt. Ich beziehe mich auf die in Abschrift beigefügte Eingabe der genannten Firma vom 10. April 1942. Für die Zeit vom 1. Januar 1942 bis 30. April 1942 sind die Lohnsätze durch das Oberkommando der Wehrmacht ermässigt worden. Näheres ergibt sich aus den ebenfalls in Abschrift beigefügten Schreiben der Gruppenverwaltung Stalag XC Bezirksdienststelle Oldenburg i.O. vom 3. Januar und 10. April 1942.

Die in dem Schreiben der Fa. Heinke vom 10.4.42 gemachten Ausführungen sind nach meinen Beobachtungen richtig. Die Leistungen der sowjetischen Kriegsgefangenen waren namentlich zu Anfang bedeutungslos. Ich bitte, beim Herrn Reichsarbeitsminister wegen allgemeiner Ermässigung der Lohnsätze vorstellig zu werden. Um mit den an der Baumassnahme beteiligten Firmen abrechnen zu können, bitte ich um Beschleunigung der Angelegenheit.

[Unterschrift]¹¹⁵

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 136 Nr. 1/0/2

4.6.7 Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, den sowjetischen Kriegsgefangenen Schwerarbeiterzulagen zu gewähren

Domänenrent- und Bauamt.

Norden, den 4. Juni 1942.

An
das Gewerbeaufsichtsamt
in Emden

Betr.: Schwerarbeiterzulagen für sowjetrussische Kriegsgefangene.

Das Domänenrent- und Bauamt beschäftigt seit dem 3. Juni 1942 bei den Küstenschutzarbeiten in der Leybucht 26 sowjetrussische Kriegsgefangene.

Die Art der Tätigkeit entspricht der unserer deutschen Küstenschutzarbeiter, für die Schwerarbeiterzulagen gewährt werden. Ich bitte daher, auch den Kriegsgefangenen Schwerarbeiterzulagen zu gewähren. Es handelt sich um folgende Russen:

Jelesnow, Iwan	Markin, Alex	Parschakow, Andren
Jatschenko, Nikolai	Kalonow, Vasili	Pinzanno, Dimitri
Karesjew, Iwan	Snigirow, Nikolai	Schablow, Alexander
Jelki, Iwan	Nasarow, Alex	Golowko, Alexi
Schukow, Vasili	Dschnin, Alemi	Markajarschky, Pavil
Jakinav, Nikolai	Snijkten, Alexi	Maslenikow, Vasili
Hochlow, Iwan	Kuschmir, Alexi	Schwerin, Demitri
Schwitzow, Serge	Korstriko, Alexi	Vemin, Alexander
Pirozerski, Michael	Sokolow, Paul.	

[Unterschrift]¹¹⁶

Geprüft und anerkannt! Emden, den 6. JUN. 1942 Der Gewerberat

[Unterschrift]¹¹⁷

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 435

116 unleserlich

117 unleserlich

DOKUMENTE

**4.6.8 Schreiben des Arbeitsamtes Uelzen über die Aussetzung der
Lohnzahlung für «aufpäppelungsbedürftige» Kriegsgefangene**

Arbeitsamt Uelzen
Nebenstelle Lüchow

Lüchow, den 25. März 1943

An den
Herrn Ortsbauernführer
Dangenstorf

Betr.: Zahlung an Kriegsgefangene.

Die dem Lager zugewiesenen Kriegsgefangenen sind für die Dauer von 2 Monaten von der Lohnzahlung ausgeschlossen, da sie aufpäppelungsbedürftig sind.

Ich bitte den Rechnungsführer des Lagers in Kenntnis zu setzen, damit bei der monatlichen Abrechnung mit dem Stammlager Fallingb. über Kriegsgefangene diese vom Lohnkonto abgesetzt werden.

Für Ihr Lager kommen nachstehende Nr. infrage:

48 953, 64 412.

Im Auftrage:
[Unterschrift]¹¹⁸

Museum Wustrow, NS-Wendlandarchiv 1998/0151

118 unleserlich

**4.6.9 Anfrage des Domänenrent- und Bauamtes Norden, ob
«aufpäppelungsfähigen» Gefangenen Lohn gezahlt werden dürfe**

Domänenrent- und Bauamt

Norden, den 9. Juli 1943

An
das Krgf. Mannschafts-Stammlager X C
Sachgebiet Lohnabrechnung
Nienburg (Weser)

Betr.: Krgf. Lager Schoonorthor Polder.

Im Lager Schoonorthor Polder waren im Monat Juni 1943 33 kriegsgef. Sowjetrussen, darunter 13 sogenannte aufpäppelungsfähige untergebracht und betreut. Die Preussische Regierungskasse in Norden wurde angewiesen, den vom Wachkommando ermittelten und von mir anerkannten Lohnbetrag von 147,90 + 197,20 – 345,10 RM für 20 nicht aufpäppelungsfähige Russen abzuführen und zwar 147,90 RM zur Gutschrift auf Ihr Konto PK II und 197,20 RM in Form von Lagergeld an die Kriegsgefangenen.

Den aufpäppelungsfähigen Russen möchte ich freiwillig einen Lohn von 0,40 RM je Tag zugestehen. Ich bitte um Mitteilung, ob dies zulässig ist.

[Unterschrift]¹¹⁹

119 unleserlich

DOKUMENTE

Genehmigung des Stalag X C Nienburg

Gruppe Verwaltung
M. Stammlager X C
Sachgeb., Lohnabrechnung

Nienburg/W, den 14.7.43.

An das
Domänenrent- und Bauamt
Norden/Ostfrsld.

Bezug: Dort. Sehr. v. 9.7.43.

Betr.: Lohn für sowj. Kriegsgef. im Lager Schoonorthor Polder.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass den aufpäppelungsfähigen sowj. Kriegsgefangenen für die Zeit, für die Ihrerseits ein Lohn an das M.Stammlager X C nicht abzuführen ist, eine freiwillige Vergütung bis zu höchstens Rm. –.40 je Tag gezahlt wird. Eine Abrechnung hierüber mit dem M.-Stammlager unterbleibt, da das Lagergeld durch Sie unmittelbar bei der Bank oder Sparkasse beschafft werden kann.

LA.
[Unterschrift]¹²⁰
Oberzahlmeister

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Rep. 52 Nr. 288

120 unleserlich

4-7 Massnahmen zur Leistungssteigerung

4.7.1 Schreiben des Forstamtes Schulenberg (Kreis Zellerfeld) zur Abgabe von Rauchwaren an sowjetische Kriegsgefangene

Der Preuss. Forstmeister
des Forstamts Schulenberg

Schulenberg (Harz), den 20.7.1942

An
den Herrn Landforstmeister
des Regierungs-Forstamts in Hildesheim

Betr.: Einsatz v. Kriegsgefangenen

Nach Absatz 6 der Verfügung ist die Gewährung von Zulagen aus forstfiskalischen Geldern in Gestalt von Rauchwaren an Kriegsgef. streng verboten.

Die Kriegsgef. erhalten nach Mitteilung des Kontrolloffiziers 100 gr. Tabak zum Preise von 1.25 RM. Der Tabak wird durch die Stalag geliefert. 75 gr. Tabak z. Preise von 0.93 RM hat der Sowjet. Kriegsgef. zu zahlen, 25 g z. Preise von 0.32 RM, werden vom Betrieb übernommen und dann an die Kriegsgef. zwecks Leistungssteigerung unentgeltlich abgegeben. Ich habe dem Kontrolloffizier meine Bereitwilligkeit zu dieser Regelung gegeben, da, wie ich festgestellt habe, durch diese an sich kleinen Geldaufwendungen weit höhere Leistungen erzielt werden und ein hervorragendes Druckmittel darstellt. Andernfalls als ein wesentlicher Ansporn zur Arbeitsleistung anzusehen ist. Der Sowjet. Kriegsgef. ist nur durch Essen und Tabak zu einem sehr willigen Arbeitsfaktor zu erziehen, auf alles andere legt er absolut keinen Wert.

Ich halte diese Regelung im Interesse des Betriebes für äusserst günstig und bitte um Genehmigung der vorstehenden Regelung.

LV

[Unterschrift]¹²¹

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17305*

4.7.2 Schreiben des Forstamtes Reinhausen (Kreis Göttingen) über die Auswirkung von Leistungszulagen für deutsche Waldarbeiter und die Notwendigkeit der Beschäftigung eingearbeiteter Kriegsgefangener

Der Preuss. Forstmeister
des Forstamts Reinhausen

Reinhausen, d. 1. Oktober 1942.

[An] den Herrn Landforstmeister
für das Regierungsforstamt Hildesheim
in Hildesheim
«Hansahaus» Wilhelmstr. 6

Betr. Leistungszulage für deutsche Waldarbeiter bei der Aufsicht sowjetrussischer Kriegsgefangener.

Über die Auswirkung der Leistungszulagen lässt sich nach der kurzen Dauer der Gewährung Endgültiges noch nicht sagen. Es steht jedoch fest, dass sie einen starken Anreiz für die Waldarbeiter bieten, sich mehr als vorher um eine steigende Leistung der ihrer Aufsicht anvertrauten Kriegsgefangenen zu bemühen. In den Schlägen, die seit der Bewilligung von Leistungszulagen ausgeführt wurden, konnten Leistungszulagen von 0,20 RM, in einzelnen Fällen auch von 0,30 RM gezahlt werden. Es ist dadurch möglich geworden, auch jüngere Waldarbeiter zur Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen heranzuziehen, die mehr als ältere die für diese Aufgabe notwendige Energie und Rücksichtslosigkeit besitzen.

Die Leistung der sowjetrussischen Kriegsgefangenen ist aber immer noch unzureichend. Sie betrug je Russentagewerk 0,85 bis 1,21 fm m.R.¹²² Gesamtleistung, das sind etwa 30-50% der Leistung deutscher Arbeiter in vergleichbaren Schlägen. Aufgearbeitet wurde mit einer Ausnahme lediglich Laubholz, vorwiegend Rotbuche.

Diese geringe Leistung ist zum grössten Teil darauf zurückzuführen, dass die sowjetrussischen Kriegsgefangenen infolge schlechten Ernährungszustandes und ungenügender Anlernzeit noch nicht voll leistungsfähig waren. Immer dann, wenn die Kriegsgefangenen körperlich und arbeitstechnisch einigermaßen auf die Höhe gebracht waren, wurden sie abgezogen oder ausgetauscht. Wenn irgendwo sowjetrussische Kriegsgefangene gebraucht werden und nicht anders als durch Verkleinerung oder Auflösung vorhandener Arbeitslager zu beschaffen sind, werden sie

122 Fm m.R.: Festmeter mit Rinde

MASSNAHMEN ZUR LEISTUNGSSTEIGERUNG

zunächst der Waldarbeit entzogen. Diese mir nun schon seit Jahren geläufige Übung macht alle Bemühungen, die Leistung der Kriegsgefangenen zu steigern, fast illusorisch. Es muss bei den verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen werden, dass die Arbeit beim Holzeinschlag nicht, wie sie annehmen, eine einfache ungelernete, sofort von Jedem mit Erfolg auszuführende Arbeit ist, sondern sehr viel Übung erfordert. Der dauernde Wechsel der Kriegsgefangenen führt zu einer solchen Verminderung der möglichen Leistung, ganz abgesehen von der keineswegs einfachen, immer wieder zu wiederholenden neuen Anlernarbeit, dass auf die Dauer eine solche Behandlung der Forstwirtschaft unerträglich ist. Mit eingearbeiteten Russen kann bei der derzeitigen Ernährung mit einer Leistung von mindestens 70% der deutscher Arbeiter gerechnet werden. Die Hälfte der möglichen Leistung geht also verloren, wenn wie bisher die Kriegsgefangenen ständig wechseln.

[Unterschrift]¹²³

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17305

123 unleserlich

4.7.3 Anordnung des Stalag XI B Fallingbostal über die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen mit Tabakwaren

Kriegsgef. Mannsch. Stammlager XI B
Fallingbostal

Fallingbostal, den 13.10.42

Betr: Tabakversorgung für sowj. Kgf, ab 1.10.42.

Unter Aufhebung meiner Verfügung vom 29.8.42 bestimme ich:

Die Sowjet. Kgf. erhalten ab 1.10.42 für jeden Monat 100 g Machorkatabak. Hierfür werden durch die Lohnliste RM 1,20 von dem Kgf. zustehenden Lohn einbehalten.

Für besonders fleissige Kgf. können ausserdem bis zu 40 Machorka-Zigaretten pro Mann und Monat als Leistungszulage durch den Unternehmer gekauft werden. Diese zusätzliche Anforderung der Zigaretten ist auf den Tag abzustellen, dabei darf die Menge von 2 Stück pro Tag und 40 Stück pro Monat nicht überschritten werden. Eine zusätzliche Versorgung aller Kgf. ist verboten.

Diese zusätzlich gekauften Zigaretten werden dem Kommando-Führer zusammen mit dem Rauchtobak von hier zugesandt, der diese an die vom Unternehmer bezeichneten Kgf. mit dem Hinweis «als Leistungszulage gewährt» aushändigt. Der belohnte Kgf. hat über den Empfang in der vom Unternehmer aufzustellenden Nachweisung zu quittieren.

Der Unternehmer hat, soweit er Leistungsprämien in dieser Form gewähren will, der Lohnliste eine Anlage beizufügen, aus der die Zahl (nicht namentlich) der zu belohnenden Kgf. und die erforderliche Zigarettenmenge ersichtlich ist. Die Bezahlung dieser Rauchwaren geschieht durch Zusetzen des entsprechenden Betrages auf der Hauptabrechnung.

Der Preis für die Zigarette beträgt z.Zt. 1,5 Pfg. Ein Barkauf durch den Unternehmer beim Stalag direkt ist unzulässig. Sollten zeitweise keine Zigaretten verfügbar sein, wird dafür ersatzweise Machorkatabak geliefert.

gez. Kahler

Oberst u. Kommandant

Für die Richtigkeit:

gez. Unterschrift

Oberstabszahlmeister.

4.7.4 Mitteilung des Stalag XI B Fallingbostal über Leistungszulagen für sowjetische Kriegsgefangene

Abschrift.

Gruppe Verwaltung
Krgf.-Mannsch.-Stammlager XIB
Fallingbostal

Fallingbostal, den 14. Oktober 1942

An alle Unternehmer
(Kdos. mit Sowjet. Kgf.)

1. Betrifft: Leistungszulagen für Sowjet. Kgf.

Der Unternehmer kann Sowjet. Kgf. ab sofort eine Leistungszulage bis zu 0,20 RM arbeitseinsatztäglich gewähren. Diese freiwillige gewährte Leistungszulage ist in der Lohnliste unter Spalte 8 aufzunehmen und dem sowjet. Kgf. mit dem Vorschuss durch den Unternehmer auszusahlen.

2. Betrifft: Rauchwarenabzug für Sowjet. Kgf.

Ab 1. Okt. 1942 sind dem Sowjet. Kgf. für Rauchwaren von dem ihm zustehenden Lohn 1,20 RM monatl. abzuziehen.

Beispiel:

27 Arbeitseinsatztage
Dem Sowjet. Kgf. zu-
stehender Lohn

an den Sowjet. Kgf.
auszusahlen

27 mal 0,20 RM – 5,40 RM

1,20 RM

4,20 RM

Solange der dem Kgf. zustehende Lohn den Rauchwarenbetrag nicht erreicht, ist dem Kgf. kein Vorschuss zu zahlen.

LA.
gez. Unterschrift.
Oberzahlmeister

DOKUMENTE

Nr. 1310.

An

die Landesregierung in Bückeburg.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und mit der Bitte um Entscheidung, ob den Sowjet. Kriegsgefangenen eine Leistungszulage bis zu 0,20 RM arbeitseinsatztäglich gewährt werden soll.

Spiessingshol, den 21. Oktober 1942

Der Schaumb.-Lipp. Forstmeister:

gez. Köhler.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 91 Nr. 32

4.7.5 Bericht des Forstamtes Hardeggen (Kreis Northeim) über die Steigerung der Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch den Einsatz von Hilfswachmännern sowie durch Nahrungsentzug

[Der] Preussische Forstmeister
Forstamt Hardeggen

Hardeggen, den 23.8.1943.

An den
Herrn Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt
Hildesheim.

Betrifft: Einsatz und Leistungssteigerung bei Kriegsgefangenen und
ausländischen Arbeitskräften.

Für die zusätzliche Bewachung der im Revier eingesetzten russ. Kriegsgefangenen sind Waldarbeiter als Hilfswachmänner bestimmt und verpflichtet worden. Der Einsatz dieser Hilfswachmannschaften erfolgt jedoch nur, wenn die Wachmannschaft der Wehrmacht aus dienstlichen Gründen die Bewachung nicht selbst durchführen kann. Die Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen bei der Arbeit, die Anleitung der richtigen und fleissigen Arbeit war durch die bisherige Organisation des Arbeitseinsatzes dadurch weitgehend gesichert, dass einer deutschen 2-Mann-Waldarbeiterrotte zwei, höchstens drei Kriegsgefangene zugeteilt wurden.

Die Wachmannschaften sind darauf hingewiesen, dass sie nicht nur die Bewachung der eingesetzten Kriegsgefangenen auszuführen, sondern auch darauf zu achten haben, dass diese fleissig arbeiten.

1. Die im hiesigen Revier eingesetzten Kriegsgefangenen haben bisher gute Arbeitsleistungen gezeigt.
2. In ganz wenigen Ausnahmefällen sind vorsätzliche Minderleistungen durch Entzug der Mehrverpflegung geahndet worden. Diese Massnahme ist nach den hier gemachten Erfahrungen besonders geeignet, die Leistungen der russ. Kriegsgefangenen auf die zu fordernde Höhe zu bringen.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den Wachmannschaften bzw. den Wehrmachtsdienststellen und der Forstverwaltung hat sich bisher reibungslos vollzogen.

[Unterschrift]¹²⁴

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

DOKUMENTE

4.7.6 Bericht des Forstamtes Altenau (Kreis Zellerfeld) über den Einfluss der Wachmannschaften auf die Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen

Der Preuss. Forstmeister

Altenau, den 23. August 1943.

Forstamt Altenau

An

den Herrn Landforstmeister

für den Reg.-Bezirk Hildesheim

in Hildesheim

Betr.: Einsatz und Leistungssteigerung bei Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern.

Eine Leistungssteigerung, die auf die Beaufsichtigung durch Wachmannschaften oder Kontrolloffiziere zurückzuführen ist, habe ich bisher nicht beobachten können. Die russischen Kriegsgefangenen, die bis jetzt in Kolonnen (1 Deutscher u. 3 Russen) gearbeitet haben, sind so intensiv beaufsichtigt, dass ein Nachlassen in der Leistung sofort von dem am Lohn interessierten Waldarbeiter bemerkt und diesbezügliche Bestrebungen des Kriegsgefangenen im Keim erstickt werden. Es war deshalb auch nicht erforderlich, irgendwelche Erziehungsmassnahmen gemäss Ziffer 3 A – D des Wehrmachterlasses vom 28.5.1943 anzuwenden.

J.V

[Unterschrift]¹²⁵

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17506

125 unleserlich

4.7.7 Bericht des Forstamtes Harsefeld (Kreis Stade) über Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen

Der Preussische Forstmeister
Forstamt Harsefeld

Harsefeld, den 24. August 1943.

An
den Herrn Preussischen Landforstmeister
Regierungsforstamt Stade
– Aurich –
in Stade

Betrifft: Leistungssteigerung der in der Forstwirtschaft eingesetzten
Kriegsgefangenen.

Die Kriegsgefangenen waren in den beiden Lagern des hiesigen Forstamts ausnahmslos willig. Ein strafwürdiges Verhalten ist nicht vorgekommen. Im Allgemeinen war auch die Zusammenarbeit mit den Kontrolloffizieren eine gute. In einem Falle tauschte ein Kontrolloffizier laufend Kriegsgefangene aus, und zwar nahm er solche Kriegsgefangene, die bei den Bauern nicht brauchbar waren, in das Forstlager und nahm dafür die besten in der Waldarbeit eingearbeitete Kriegsgefangene raus und gab sie den Bauern. Abgesehen, dass durch diese Massnahme in den Forstlagern die unbrauchbarsten Kriegsgefangenen zusammenkamen, brauchten die neu hereingebrachten Männer erst wieder längere Zeit, ehe sie sich einigermaßen in die Holzhauereiarbeit reingefunden hatten. Durch diese Massnahmen des Kontrolloffiziers entstand ein erheblicher Leistungsabfall. Der Kontrolloffizier selbst war aber nicht zu bewegen, von diesem Gefangenenaustausch Abstand zu nehmen. Ich habe mich dann an das Arbeitsamt gewandt, das die Forderung stellte, bei einem Gefangenenaustausch beteiligt zu werden, und das sich meiner Ansicht anschloss, dass ein Austausch nur in den dringend notwendigen Fällen durchgeführt werden dürfe. Seit dieser Zeit ist dem Übelstande abgeholfen worden.

Ein Urteil darüber, ob die Leistung der Kriegsgefangenen gut oder schlecht ist, dürfte m. E. nur die Forstbehörde fällen, von Seiten der Wehrmacht aus kann das nicht beurteilt werden. Nachdem von Seiten der Wehrmacht angeordnet war, dass alles getan werden sollte, um die Leistung der Kriegsgefangenen zu heben, sah sich ein übereifriger 19-jähriger Kommandoführer hier veranlasst, jeden Abend mit den russischen Kriegsgefangenen, nachdem diese von 9-stündiger Holzeinschlagsarbeit heimkehrten, eine Stunde Strafexerzieren (Laufschritt, Hinlegen

DOKUMENTE

usw.) durchzuführen. Der Kommandoführer war der Ansicht, dass die Leistung hierdurch gehoben werden könne. Erreicht wird aber das Gegenteil, soweit es sich um willige arbeitsame Kriegsgefangene handelt wie im vorliegenden Falle.

Solche Auswüchse lassen sich jedoch durch Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wehrmachtsdienststellen beheben. Wesentlich ist für die Leistungssteigerung, dass nach Einübung eines richtigen Arbeitsganges die erforderlichen Werkzeuge in guter Qualität zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere bereitet es noch immer die allergrössten Schwierigkeiten, gute Feilen zu bekommen. Die Sägen waren teils vollkommen stumpf, sodass sie nur noch etwa 200 qcm je Minute schnitten (nach Schnittkontrollen!), aber bei allem guten Willen war es nicht möglich, sie zu schärfen, weil eben die Feilen fehlten. Nach vielen Bemühungen war es mir gelungen, zwei Dutzend Feilen zu kaufen (Marke «Cocaco»), jedoch war das Material so geringwertig, dass die Feile bereits nach der Schärfung einer Säge absolut stumpf war. Am 30. Juli habe ich bei Firma Dominicus & Co Feilen bestellt und habe heute eine Auftragsbestätigung erhalten (90 Tage Lieferzeit).

[Unterschrift]¹²⁶

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 180 Lüneburg
Acc. 3/36 Nr. 134*

126 unleserlich

4.7.8 Bericht des Regierungsforstamtes in Stade über die Arbeitsleistung sowjetischer Kriegsgefangener in der Forstwirtschaft

Der Preussische Forstmeister
Regierungsforstamt Stade-Aurich

Stade, den 30. August 1943.

1 .) An
den Herrn Reichsforstmeister
Berlin W8
Leipziger Platz 11.

Betrifft: Leistungssteigerung der in der Forstwirtschaft eingesetzten
Kriegsgefangenen.

Zu Punkt 2 bis 4 des Erlasses des Oberkommandos der Wehrmacht vom 20.8.1943 – Az 2 f 24.17 a Chef Kriegsgef./Allg. (VI) Org. (III)/ Nr. 1185/43 ist über folgende Erfahrungen zu berichten:

Kontrollen der Kriegsgefangenenbeaufsichtigung durch die Kontrolloffiziere finden häufiger und überraschend statt. In den meisten Fällen haben die Kontrolloffiziere mit Revierverwaltern bzw. Betriebsbeamten Fühlung genommen und um laufende Benachrichtigung über Unzuträglichkeiten in den Lagern, insbesondere über Nachlässigkeiten der Wachmannschaften und strafwürdiges Verhalten der Kriegsgefangenen gebeten. Unzuträglichkeiten (insbesondere Nachlässigkeit und ausschweifender Lebenswandel einzelner Wachmänner) wurden auf diese Weise normalerweise schnell, meist durch Versetzung der betreffenden Wachsoldaten, behoben. Die Kriegsgefangenen waren und sind durchweg willig und folgsam, ein strafwürdiges Verhalten ist nicht vorgekommen abgesehen von einem Fall im Jahre 1941; hier leisteten einzelne sowjetische Kriegsgefangene passiven Widerstand insofern, als sie sich krank stellten, um nicht arbeiten zu brauchen. Wenn sie mit Gewalt zur Arbeit gezwungen wurden, verzögerten sie die Arbeit so, dass von einer Leistung nicht mehr gesprochen werden konnte. Als alle Massnahmen umsonst waren, wurden diese Kriegsgefangenen dem Kontrolloffizier gemeldet, sofort abgeführt und nach Vernehmung grösstenteils erschossen.

Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung müssen in der Hauptsache von den Forstdienststellen allein getroffen werden. In einem Falle versuchte hier ein übereifriger Wachkommandoführer eine Leistungssteigerung dadurch zu erzielen, dass er die Kriegsgefangenen abends – nachdem diese eine Stunde marschiert waren und 9 Stunden im Walde gearbeitet hatten – täglich eine Stunde lang strafexer-

DOKUMENTE

zieren liess (Laufschritt, Hinlegen usw.). Der Erfolg war rein negativ. Diese Massnahme war vom Kommandoführer von sich aus getroffen und ist nach Einspruch durch die Forstdienststelle wieder aufgehoben worden.

Folgende Erziehungsmassnahmen zur Steigerung der Leistung bei Kriegsgefangenen (Russen) sind angewandt worden und haben sich bewährt:

- 1) Entzug von Verpflegung bei Kriegsgefangenen mit besonders geringer Leistung,
- 2) Zuteilung von Rauchwaren als Prämie an besonders fleissige Kriegsgefangene.

Besonders die letzte Massnahme ist von ganz grosser Wirkung bei den Russen. Es ist daher dringend erwünscht, dass die Rauchwarenzuteilungen der Wehrmacht für diesen Zweck nicht ganz eingestellt werden. Geldprämien, die auch gegeben wurden, wirken sich nicht aus, da die Russen (im hiesigen Bezirk sind nur russ. Kriegsgefangene) sich so gut wie nichts dafür kaufen können. Welch hoher Wert den Rauchwaren und welch geringer Wert dem Gelde beigemessen wird mag daraus zu ersehen sein, dass die Russen den Waldarbeitern 10,- RM für eine Zigarette geboten haben.

Wesentlich ist, dass von Seiten der Wehrmacht die beim Holzeinschlag eingearbeiteten Kriegsgefangenen nach Möglichkeit in der Waldarbeit verbleiben und nicht laufend gegen andere in der Waldarbeit ungeübte Kriegsgefangene ausgetauscht werden, wie das leider häufig der Fall ist.

Neben allen erzieherischen Massnahmen zur Leistungssteigerung ist ausschlaggebend, dass ausreichendes und scharfes Werkzeug zur Verfügung steht. Hier wirkt sich sehr nachteilig der Mangel an brauchbaren Feilen aus. Trotz aller Bemühungen ist es nicht immer gelungen, Feilen in ausreichendem Masse zu bekommen, sodass Sägen mit nur 200 qcm Schnittleistung/ min. eingesetzt werden mussten, deren Leistung durch gute Feilen hätte vervierfacht werden können.

[Unterschrift]¹²⁷

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Lüneburg
Acc. 5/56 Nr. 134*

127 unleserlich

4.7.9 Schreiben des Stalag XI B Fallingbostal über die «Erziehung» der Kriegsgefangenen zu höheren Arbeitsleistungen

Kriegsgefangenen-
M.-Stammlager XI B
Fallingbostal

Fallingbostal, den 9. Dezember 1943.

An den
Herrn Präsidenten des Gauarbeitsamtes
Südhanover-Braunschweig
Hannover
Alte Döhrener-Str. 15.

Betr.: Leistungen der Kr.-Gef. im Baugewerbe.

Bezug: Ihr Schreiben vom 30.11.43

Die ital. Milit.-Internierten sind wie westl. Kr.-Gef. zur Arbeit einzusetzen. Darin liegt, dass sie zur Arbeit verpflichtet sind, soweit es sich um Mannschaften handelt.

Das Kgf. M.-Stammlager legt Wert darauf, dass von den Kr.-Gef., mithin auch von den ital. Milit.-Internierten, die von ihnen zu fordernde Arbeit geleistet wird. Darüber hinaus sind Höchstleistungen zu erstreben.

Werden dem Kgf. M.-Stammlager Fälle bekannt, dass Kr.-Gef. sich ihrer Arbeitspflicht zu entziehen versuchen oder wider besseres Können nur mangelhafte Leistungen zeigen, wird erziehend und strafend eingeschritten. Bei den ital. Milit.-Internierten wird nicht anders verfahren werden.

In der Erziehung zur guten Arbeitsleistung und zur Höchstleistung spielen Verpflegung und Behandlung der Kr.-Gef. eine sehr grosse Rolle. Im Allgemeinen kann man feststellen, dass dort, wo beide in Ordnung sind, auch die Arbeitsleistung befriedigt. So wurde gelegentlich einer Überprüfung des SU-Offz. Arb.Kdos. m Uslar (Firma Ilse & Co.) festgestellt, dass eine grosse Zahl von Kr.-Gef. Leistungen von 100-140% der Normalleistung eines deutschen Arbeiters aufweisen. Es sei ausdrücklich bemerkt, dass dies nicht nur ein Einzelfall ist. Wenn im o.a. Schreiben darauf hingewiesen wird, dass durch Entziehung der Verpflegung, die im Einvernehmen mit dem Kgf. M.-Stammlager erfolge, die Arbeitsleistung erzwungen wurde, so muss festgestellt werden, dass Kgf. M.-Stammlager diese Massnahme nicht empfohlen und genehmigt hat. Bekanntlich versuchen viele Unternehmer, die Kr.-Gef. beschäftigen, die Verpflegung dadurch zu verbessern, dass sie marken- und bezugscheinfreie Lebensmittel zusätzlich geben. Auch können

DOKUMENTE

den Kr.-Gef. unter bestimmten Voraussetzungen Lang-, Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen gewährt werden. Bei absinkender Arbeitsleistung ist von Seiten des Kgf. M.-Stammlagers darauf hingewiesen worden, dass eine Entziehung dieser zusätzlichen Verpflegungsmittel am Platze sei. Die Normalverpflegung, auf die jeder Kr.-Gef. Anspruch hat, darf nicht vorenthalten werden. Dagegen hat sich der Entzug von Rauchwaren als gutes Erziehungsmittel bewährt.

Das Recht zur Massregelung der Kr.-Gef., also auch der ital. Milit.-Internierten, hat nicht der Unternehmer bzw. sein Vertreter, sondern allein die Wehrmacht, an die sich der Unternehmer in jedem Falle zu wenden hat.

Gute Erfahrungen in der Erziehung zur besseren Arbeitsleistung sind dort, wo die Verhältnisse es gestatten, mit der sogn. Akkordarbeit gemacht worden. Den Kr.-Gef. oder einer Gruppe von ihnen, wird ein bestimmtes Mass von Arbeit zugeteilt, das in einer fest umgrenzten Zeit zu erledigen ist. Ist die Arbeit geleistet, wird aufgehört; wird die Arbeit in der vorgesehenen Zeit nicht erledigt, muss länger gearbeitet werden, notfalls auch an sonst arbeitsfreien Tagen. Natürlich darf bei einer solchen Regelung nicht ein willkürlicher Massstab angelegt werden, sondern es muss gewissenhaft von der Normalleistung eines deutschen Arbeiters ausgegangen werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass eine etwa 75% Leistung des Kr.-Gef. als Normalleistung angesehen werden kann. Dieser Leistung entspricht etwa die Entlohnung des Kr.-Gef.

[Unterschrift]¹²⁸

Oberst und Kommandant.

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 275 Nr. 682

**4.7.10 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig mit
der Bitte um Prüfung der Vorwürfe gegen die Dynamit AG in
Vienenburg (Kreis Goslar), dass deren Arbeitskräfte «faul» seien**

Der Präsident des Gauarbeitsamts
und
Reichstreuhänder der Arbeit
Südhannover-Braunschweig

Hannover O, 10. März 1944.
Alte Dohrener Str. 1

An
den Herrn Beauftragten
Gosjar/Harz

Anlässlich eines Betriebsbesuches meines Sachbearbeiters Reg. Rat Hake auf der Baustelle der Dynamit Akt.Ges. wurde von der Fa. Sievers u.a. Folgendes vorgebracht:

«Die Fa. klagte sehr über die Leistungen der Ostarbeiter und der russischen Gefangenen. Die Leistungen der Gefangenen seien so niedrig, dass die Firmen Geld dazu legen müssten; allerdings sei die Verpflegung nicht immer zufriedenstellend. Andererseits wirkt es sich aber bei den Baubetrieben aus, dass die Arbeiter der DAG. faul seien. Dort könne man dauernd Arbeiter sehen, die nichts zu tun hätten. Die Firmen hätten zuweilen Arbeitskräfte für die DAG abgeben müssen, dabei selbstverständlich die schlechtesten abgeschoben. Nach einiger Zeit hätten dann stets die besseren Kräfte erklärt «Wir auch nichts mehr tun, dann kommen auch nach DAG.» Bei den Kriegsgefangenen hat die Firma festgestellt, dass die bessere Bezahlung der gutleistenden Gefangenen dazu geführt hat, dass diese von den übrigen Lagerinsassen verprügelt wurden; Gegenmassnahmen hätten bisher noch keinen Erfolg gehabt.»

Ich bitte um Prüfung, ob es richtig ist, dass die Arbeitskräfte bei der DAG «faul» sind, d.h. ob sie nicht richtig beschäftigt werden.

Die Herkunft der Mitteilung bitte ich bei etwaiger Besprechung mit der Firma nicht bekanntzugeben.

In Vertretung

[Unterschrift]¹²⁹

4.7.11 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhanover-Braunschweig betr. die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen auf verschiedenen Baustellen der Fa. Karl Schaare, Braunschweig

3. Mai [19414
Alte Dohrener Str. 15

1) An
die Gruppe Verwaltung des
Kriegsgef. Mannsch. Stammlagers XI B
Falling.b_QSt.el

Betr.: Leistungen der Kriegsgefangenen.

Bezug: Die Unterhaltung von November v. Js. in meiner Dienststelle
sowie Ihr Schreiben vom 25.11.1943.

Die Firma Karl Schaare, Braunschweig, berichtet über einige Baustellen, die mit Hilfe von Kriegsgefangenen durchgeführt werden, folgende Leistungsergebnisse

1) Baustelle Rohrgraben Rüningen

(Anschluß an die Fernwasserleitung der Eckertalsperre).

a) Russische Kriegsgefangene (Offiziere), vom 30.8.-30.11.43:
nach den Bauleistungswerten aufzuwendende
Stunden..... 10 157 ½
tatsächlich benötigte Stunden..... 24 112

Leistungsfaktor der Russen daher 0,42.

b) Italienische Militärinternierte, vom 14.10.-23.12.43:
nach den Bauleistungswerten aufzuwendende
Stunden 5 161 ½
tatsächlich benötigte Stunden 16 371 ½

Leistungsfaktor der Italiener daher 0,31.5.

2) Erd- und Betonarbeiten beim Bunkerbau Ritterstraße

a) Französische Kriegsgefangene, vom 1.8.-31.1.44:
nach den Bauleistungswerten aufzuwendende
Stunden 8 640 ½
tatsächlich benötigte Stunden..... 10 104 ½

Leistungsfaktor der Franzosen daher 0,86.

b) Italienische Militärinternierte, vom 12.12.-31.1.44:

nach den Bauleistungswerten aufzuwendende

Stunden 236 ½

tatsächlich benötigte Stunden 483

Leistungsfaktor der Italiener daher 0,49.

3) Baustelle Saarbrückener Straße – Rohrgraben – Gashochdruckleitung

Russische Zivilarbeiter, vom 31.10.-4.12.43:

nach den Bauleistungswerten aufzuwendende

Stunden 4 112 ½

tatsächlich benötigte Stunden 5 228

Leistungsfaktor der russischen Zivilarbeiter daher 0,79.

Gegenüber den Leistungen der Kriegsgefangenen hatten die eingesetzten Zivilarbeiter stets weniger Stunden für die Ausführung der Arbeiten benötigt, als durch die Leistungswerte vorgesehen war, so dass ihr Leistungsfaktor in den 3 Fällen 1,15, 1,16 und 1,44 betrug, die Leistung also doppelt bis dreifach so gut war wie die der Kriegsgefangenen. Am niedrigsten war zweifellos die Leistung der italienischen Militärinternierten am Rohrgraben Rünigen vom 14.10.-23.12.1943 mit einem Leistungsfaktor von 0,31, wobei die tatsächlich für die Durchführung der Arbeiten benötigte Stundenzahl mehr als dreimal so hoch war als die nach den Bauleistungswerten erforderlichen Stunden.

- 4) Auf der Baustelle Dynamit A.G., der Baufirma A. Sievers & Co., Vienenburg/Harz, werden sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt, die kaum 30% der Normalleistung erreicht haben. Nach dem Bericht der Firma vom 7. März 1944 wurden in der Zeit vom 1.10.-31.12.1943 anstelle der Leistungs-Sollstunden von 8.809,51 tatsächlich 15.693,92 Stunden benötigt. Die Minderleistung betrug also 6.884,41 Stunden, so dass auf der gesamten Baustelle eine Minderleistung von 44% – die im Wesentlichen auf die Minderleistung der Kriegsgefangenen zurückgeht – erzielt wurde.

Ich teile Ihnen diese Beobachtungen entsprechend der Absprache mit und bitte, von dort aus prüfen zu wollen, wie die Leistung dieser Kriegsgefangenen bzw. Militärinternierten gehoben werden kann.

Im Auftrage

[Unterschrift]¹³⁰

4.8 Schlaglichter zur Arbeits-und Lebenssituation

4.8.1 Mitteilung des Reichsverteidigungskommissars für den Bereich des Wehrkreises VI über das Verbot, Lager mit sowjetischen Kriegsgefangenen zu betreten

Der Reichsverteidigungskommissar Münster, den 30. August 1941.
für den Bereich des Wehrkreises VI Schlossplatz 5.
Dienststelle: Oberpräsidium in Münster

An
den Herrn Regierungspräsidenten in Osnabrück

Betrifft: Besichtigung von Lagern sowjetischer Kriegsgefangener.
Bezug: Hiesiges Schreiben vom 16.08.1941 – RVK Nr. 1273 –.

Das Wehrkreiskommando hat hierher mitgeteilt, dass auf ausdrückliche Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht ein Besuch der mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegten Stammlager und Arbeitskommandos durch nicht zur Wehrmacht gehörende Personen zunächst nicht erfolgen darf. Ausgenommen hiervon sind nach den Weisungen des OKW lediglich Vertreter der Arbeitseinsatzbehörden (Landesarbeitsämter und Arbeitsämter), sofern sie dienstlich in den Stammlagern und Arbeitskommandos zu tun haben.

Das Wehrkreiskommando wird beim OKW um Entscheidung bitten, ob diese Genehmigung auf die örtlich zuständigen Regierungspräsidenten und Landräte als verantwortliche Vertreter der Polizeibehörde und öffentlichen Gesundheitspflege ausgedehnt werden kann.

Im Auftrage des Reichsverteidigungskommissars

[Unterschrift]¹³¹
RV-Referent.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep.430 Dez 101
Acc. 8/66 Nr. 70*

131 unleserlich

4.8.2 Schreiben des Stalag VI B Neu-Versen über das Verbot, sowjetische Kriegsgefangene regelmässig sonntags zur Arbeit einzusetzen

M.-Stammlager VI/B
Gruppe Arbeitseinsatz

Versen, den 5. Dezember 1941.

An das
Wasserstrassen-Neubauamt
Meppen/Ems.

Betr.: Arbeitszeit der Sowjet. Kriegsgefangenen.

Es ist festgestellt worden, dass die insbesondere in Meppen-Kossentanne untergebrachten Sowjet. Kriegsgefangenen auch regelmässig sonntags im kolonnenmässigen Einsatz in der Landwirtschaft gelangen. Diese Massnahme ist grundsätzlich verboten. Nach den bestehenden Vorschriften steht auch den Sowjet. Kr.Gef. wöchentl. einmal eine Ruhepause von 24 aufeinanderfolgenden Stunden zu. Die Kr.Gef. benötigen diese Ruhezeit unbedingt für ihre Körperpflege und auch um ihre Bekleidungsstücke und die Unterkunft in Ordnung zu bringen: Eine Ausnahme ist nur zulässig in wirklich dringenden Fällen und nur im Einverständnis mit der Gruppe Arbeitseinsatz des M.-Stammlagers VI/B. Da die Erntearbeiten in der Landwirtschaft jetzt wohl beendet sind, dürfte eine weitere Beschäftigung der Kr.Gef. an Sonntagen nicht mehr erforderlich sein. Es wird gebeten, diese Bestimmungen, die auch u.a. im Arbeitsvertrag aufgeführt sind, strikte zu beachten.

[Unterschrift]¹³²
Hauptmann

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 680 Mep. Acc. 2000/49 Nr. 526

132 unleserlich

**4.8.3 Schreiben des Senators für das Bauwesen der Hansestadt Bremen
über die Verwendung der Bekleidung verstorbener Kriegsgefangener
aus dem Lager Grambker Heerstrasse**

An die
Gruppe Verwaltung M. Gef. Lager XC,
z. Hd. Herrn Stabszahlmeister Focken,
Nienburg-Weser

Bremen, den 3. Januar 1942

Betr.: Bekleidung sowj. Kgf.

Im Lager Grambker Heerstr., welches inzwischen von den sowj. Kgf. geräumt worden ist, befinden sich noch die Bekleidungsstücke der verstorbenen Russen, welche zum grossen Teil mit Kot beschmutzt sind. Auf Anfrage bei Herrn Stabszahlmeister Bünning wurde der Bez. Verw. Dienststelle mitgeteilt, dass die Bekleidungsstücke vorerst sicher zu stellen seien, bis weitere Anweisungen erteilt würden. Die Bez. Verw. Dienststelle bittet um eine schnelle Erledigung der Angelegenheit, da der Unternehmer (Senator für das Bauwesen) das Lager dringend braucht und dasselbe vorher desinfiziert und entwest werden muss. Augenblicklich ist das Lager gesperrt. Nach Angaben von Herrn Stabszahlmeister Bünning ist der Lagerarzt in Nienburg bei einer Desinfektion der Bekleidungsstücke verantwortlich. Es handelt sich um Bekleidungsstücke für 371 verstorbene sowj. Kgf.

[Unterschrift]¹³³
Stabszahlmeister

An den
Senator für das Bauwesen
z. Hd. Herrn Ob.Insp. Brendel,
Bremen.-

Vorstehende Abschrift wird mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1293

133 unleserlich

**4.8.4 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig
vom 3. Februar 1942 zur Arbeitseinsatzlage im Volkswagenwerk**

VI. Arbeitshemmnisse.

Als arbeitshemmend müssen die bei den im Volkswagenwerk beschäftigten Wehrmachtsstrafgefangenen aufgetretenen Verhältnisse bezeichnet werden. Diese Gefangenen zeigen z.T. ein undiszipliniertes Verhalten; besonders die Leute aus der sogenannten Rüstungs-Kompanie geben zu Klagen Anlass. Dies sind Männer, die sich durch gute Führung usw. Erleichterungen verdient haben. Nachdem sie nicht mehr so sehr unter Druck stehen, fangen sie an, sich gehen zu lassen und sogar aufsässig zu werden. Die Leistungen sind dadurch nicht mehr die besten. Die Bedrohung eines Werkschutzmannes durch etwa 20 Wehrmachtsgefangene, weil er einen faulenzenden sowj. Kriegsgefangenen gemassregelt hatte, gibt zu denken und wird die verdiente Bestrafung nach sich ziehen.

4.8.5 Mitteilung des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Arbeitszeiten von Kriegsgefangenen in den Meliorationsgebieten

Der Landrat
des Kreises Grafschaft Diepholz
– Kreiskommunalverwaltung –
Abtl.: Hauptbüro I.

Diepholz, den 21. März 1942.

An
sämtliche Verbandsvorsteher
des Kreises.

Betrifft: Arbeitszeit der Meliorations-Kriegsgefangenen.

Nach langer Winterruhe wird jetzt in fast allen Fällen die Möglichkeit bestehen, wieder mit den Arbeiten an den Baustellen zu beginnen. Die Verluste durch Arbeitsausfall und durch den Entzug einer grossen Anzahl Kriegsgefangener für die Industrie sind erheblich. Umsomehr ist es notwendig, die Arbeitskräfte der uns verbliebenen Kriegsgefangenen bis zum äussersten auszunutzen. Zur Erreichung dieses Zieles setze ich daher die Arbeitszeit mit sofortiger Wirkung – vorbehaltlich jederzeitiger künftiger Änderung – wie folgt fest:

1 .) für die Zeit bis Ende März d. Js.

69 Std. Arbeitszeit wöchentlich unter Einrechnung der Wege zur Arbeitsstelle und von dort zurück zum Lager (jedoch ohne Pausen) und zwar

Abmarsch vom Lager	=	7 Uhr
Rückkehr ins Lager	=	18 ½ Uhr

Von dieser Zeit geht eine Stunde Pause ab, sodass täglich 10 ½ Stunden Arbeitszeit einschliesslich Wege herauskommen.

2 .) für die Zeit ab 1. April d. Js.

72 Std. Arbeitszeit wöchentlich unter Einrechnung der Wege zur Arbeitsstelle und von dort zurück zum Lager (jedoch ohne Pausen) und zwar

Abmarsch vom Lager	=	6 ½ Uhr
Rückkehr ins Lager	=	18 ½ Uhr

SCHLAGLICHTER ZUR ARBEITS-UND LEBENSSITUATION

Von dieser Zeit geht eine Stunde Pause ab, sodass täglich n Stunden Arbeitszeit einschliesslich Wege herauskommen. An den Sonnabenden gilt die gleiche Arbeitszeit wie an den übrigen Werktagen.

Vorstehende Arbeitszeiten sind genauestens inne zu halten, von der Durchführung dieser Massnahme haben Sie sich Ifd. zu überzeugen.

Bei vorstehender Regelung wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass die Kriegsgefangenen mit kürzeren Wegestrecken hinsichtlich Arbeitsbeginn früher anfangen und hinsichtlich Arbeitsbeendigung später aufhören wie die Kriegsgefangenen mit längeren Wegestrecken, sodass im Endresultat sämtliche Kriegsgefangene gleichmässig belastet werden.

gez. Veltkamp.

Stadtarchiv Diepholz, Des. 69 Nr. 8a

DOKUMENTE

**4.8.6 Aufforderung der Reichswerke «Hermann Göring» Salzgitter,
den Umgang der sowjetischen Kriegsgefangenen mit anderen
Nationalitäten zu unterbinden**

Herrn
Hauptmann Winkelhoff
Kontrolloffizier der Kriegs-
gefangenen im Salzgittergebiet

Drütte
23.3.42

Lichtenberg
über Herm.-Göring-Stadt

Russeneinsatz

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine Vorlage des Betriebsdirektors des Kraftwerks, Herrn Gohlke, mit der Bitte, den Bewachungsmannschaften der kriegsgefangenen Russen entsprechende dienstliche Anweisungen zu geben.

Heil Hitler!

Reichswerke
Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten
«Hermann Göring»

gez. Hoffstadt

Watenstedt, den 20.3.1942

Vorlage für Herrn Direktor Dr. Rheinländer,

Betr. Russeneinsatz

Ich schlage vor, mit den schärfsten Strafen zu verbieten, dass die Polen sich mit den russischen Kriegsgefangenen unterhalten dürfen. Ich habe mit grossen Sorgen seit einigen Tagen dieses hier immer wieder beobachtet und habe zu drastischen Abwehrmitteln greifen müssen. Ich habe den berechtigten Eindruck, dass bei Dul-

SCHLAGLICHTER ZUR ARBEITS-UND LEBENSSITUATION

derung der obigen Tatsachen uns hier abwehrmässig eine nicht unerhebliche Gefahr droht.

Herrn SS-Oberführer Schrage habe ich Durchschlag des vorstehenden Schreibens zur Kenntnisnahme gegeben.

Gohlke

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, NWA 2 Nr. 9960

4.8.7 Schreiben des Kreisbauamtes Fallingbostal über die Anhebung der Arbeitszeiten für sowjetische Kriegsgefangene in Meliorationsgebieten

Kreisbauamt

Fallingbostal, den 18. August 1942

An
den Herrn Kommandoführer
des Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos
in Hilligensehl/Gem. Kettenburg.

Betrifft: Arbeitszeit und Arbeitsleistung der russischen Kriegsgefangenen.

Auf Grund einer Rücksprache mit der Dienststelle des Kontrolloffiziers des Stalag teile ich Ihnen als bauaufsichtführender Beamter Folgendes mit:

Die Arbeitsleistung der Russen lässt noch jetzt, nachdem sie schon eine längere Einarbeitungszeit hinter sich haben, sehr zu wünschen übrig. Auch die Arbeitszeit dürfte derjenigen der Kriegsgefangenen der Landwirtschaft, denen sie in dieser Beziehung gleichgestellt sind nicht entsprechen.

Ich habe mich wiederholt dafür eingesetzt, dass die Gefangenen so verpflegt werden, dass man von ihnen eine angemessene Arbeitsleistung erwarten kann.

Hinzu kommt, dass in den letzten Monaten infolge anhaltender Niederschläge tag- oder stundenweise nicht gearbeitet worden ist. Auch die sog. Liegezeiten müssen nachgeholt werden. Nach meinen Feststellungen sind in der vor- und vorvorletzten Woche pro Arbeitstag nur etwa 9 Dränggräben fertiggestellt worden. Das ist jedenfalls eine zu geringe Leistung. Mir ist nicht bekannt, wieviel Stunden die Gefangenen täglich im Durchschnitt tatsächlich gearbeitet haben, jedenfalls sind sooft ich in den letzten Monaten die Baustelle besucht habe, immer abgerückt, wenn die Sonne noch hoch am Himmel stand, so z.B. am Sonnabend, den 15. ds. Mts. etwa gegen 16 Uhr.

Ich bitte Sie daher, Anordnung zu treffen, dass die Gefangenen bis [auf] Weiteres mindestens 10 Stunden täglich auf der Baustelle arbeiten dass auch die Regentage zu denen sie in der Baracke bleiben müssen nachgeholt werden.

Ich halte es nicht für tragbar, dass den Russen, die unsere Soldaten die das Unglück haben, ihnen in die Hände zu fallen, in viehischster Weise ermorden, mehr als notwendig ist, entgegen zu kommen.

Auch bitte ich die Wachtposten anzuweisen, dass sie darauf achten, die Kriegsgefangenen fleissiger arbeiten, da es nicht ausgeschlossen ist, dass das Komman-

SCHLAGLICHTER ZUR ARBEITS-UND LEBENSSITUATION

do zum 15.9. ds. Jrs. aufgelöst wird und bis dahin die Restarbeiten nach Möglichkeit fertiggestellt werden.

[Unterschrift]¹³⁴
Kreisbaumeister

Kreisarchiv Heidekreis Bad Fallingb., KV Fai Nr. 222

4.8.8 Beschwerde des Forstamtes Harsefeld über das Verbot, die vom Forstamt eingerichteten Lager für sowjetische Kriegsgefangene zu betreten

Der Preussische Forstmeister
Forstamt Harsefeld

Harsefeld, den 21. August 1942

An den Herrn Reichsstatthalter in Hamburg, Staatsverwaltung, Forst- und Holz-
wirtschaftsamt f. d. Wehrwirtschaftsbezirk X z. Hd. von Herrn Landforstmeister
Selchow

Hamburg – Altona Palmaille 53/55.

Betrifft: Russenlager im Forstamt Harsefeld.

Von der Kommandantur des Stalag X B wird mir als Betriebsführer wie auch den örtlichen Beamten pp das Betreten der im hiesigen Forstamt eingerichteten Russenlager streng verboten. Dieses kam mir erstmalig durch ein Schreiben des Abschnittsoffiziers in Zeven vom 24.6.1942, das an die Revierförsterei in Hepstedt gerichtet war, zur Kenntnis. Ich habe daraufhin versucht, beim Kommandanten des Stalag X B die erforderlichen Stalag-Ausweise zu bekommen. Diese wurden mir, nachdem der Kommandant die ihm unterstellten Dienststellen um Bericht ersucht hatte, durch Schreiben vom 13.8.42 verweigert.

Herr Landforstmeister Kuhlitz hält es für angebracht, dass vielleicht in dieser Angelegenheit vom Forst- und Holzwirtschaftsamt Hamburg aus mit dem Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis X in Hamburg eine persönliche Rücksprache genommen wird, damit der jetzige Zustand beseitigt wird. Ich bitte, beim Kommandeur der Kriegsgefangenen eine entsprechende Regelung beantragen zu wollen.

Der bislang in der Angelegenheit ergangene Schriftwechsel wird in Abschrift in Anlage überreicht. Im Übrigen habe ich zu der Sache folgende Erläuterungen zu geben:

Ich halte das Betreten der Lager durch die zuständigen Beamten des Forstamts insofern für erforderlich, als schon dadurch eine Kontrolle ausgeübt werden kann, dass die Kriegsgefangenen auch die Verpflegung bekommen, die ihnen zusteht, und die von der Forstverwaltung gekauft sind. Wenn diese Kontrolle nicht ausgeübt werden kann, besteht die grosse Gefahr, dass die Kriegsgefangenen nicht in den Genuss der vollen Verpflegung gelangen, und dass dadurch die Arbeitsleistung nachlässt. Ich habe schon den Fall gehabt, dass die Kriegsgefangenen nicht die volle ihnen zustehende Verpflegung erhielten, die von der Forstverwaltung gekauft war. Beispielsweise wurde einmal festgestellt, dass die Kriegsgefangenen in

einer Woche von 5 Pfund Butter, die gekauft waren, nur ein Pfund erhielten und somit die Leistung im Walde erheblich nachliess. Es wurde festgestellt, dass das für die Kriegsgefangenen beschaffte Fleisch nicht voll in deren Genuss gelangte. Durch die Kontrolle des örtlichen Revierförsters konnten diese Missstände aufgedeckt werden und entsprechende Gegenmassnahmen konnten getroffen werden. Ich könnte hier noch mehrere Fälle aufzählen und bin bereit, wenn es sein müsste, alle Einzelheiten darzustellen. Ich habe es jedoch immer vermieden, das Stalag bzw. die Wachkompanie in Kenntnis zu setzen, da mir eventuell von den unteren in Frage kommenden Wehrmachtsdienststellen aus Schwierigkeiten gemacht worden wären, die zur Auflösung des Lagers führen könnten. Ich deute hier die Verhältnisse nur an, um zeigen zu können, dass eine Kontrolle der Lager durch die zuständigen Forstbeamten unbedingt erforderlich ist. Ich kann mir vorstellen, dass es den Wachmannschaften unangenehm ist, wenn die Kontrolle durch die Forstbeamten erfolgt, und dass sie dann vielleicht, um sich ganz unabhängig zu betätigen, ihren vorgesetzten Dienststellen Bericht erstatten, dass die Kontrolle durch die Forstbeamten im Interesse eines «geordneten Arbeitseinsatzes» unerträglich sei. Nur so kann ich es mir erklären, dass den Forstbeamten das Betreten der Lager streng verboten wird, zumal ein Grund hierfür gar nicht erst mitgeteilt wird. Ich empfinde es auch beschämend, dass mir als Behörden- und Betriebsleiter nicht soviel Vertrauen entgegengebracht wird, die von mir eingerichteten Lager betreten zu dürfen.

Das, was ich eben von der Verpflegung sagte, kommt auch für Geräte und sonst. Barackenausstattung in Frage; auch hierüber muss m.E. die Forstverwaltung die Kontrolle behalten. Es sind schon mehrere Wolldecken abhanden gekommen. An Stelle einer guten Wolldecke wurde von einem abkommandierten Wachkommandoangehörigen eine kleine minderwertige Decke hinterlassen.

Die Angelegenheit betr. Küchenbenutzung u. Benutzung des Aufbewahrungsraumes für Speisen im Hepstedter Lager, von der in dem vorangegangenen Schriftwechsel die Rede ist, ist inzwischen dadurch erledigt, dass ich eine zweite Küche eingerichtet habe. Es sind hierdurch m. E. überflüssige Arbeiten und Materialaufwendungen notwendig geworden, ich wollte es jedoch vermeiden irgendwelche Streitigkeiten mit dem Stalag zu bekommen, obwohl das Stalag m.E. nichts dareinzureden hat, was ich mit meiner Küche mache, wenn ich den Kriegsgefangenen nur eine ordnungsmässige Verpflegung zukommen lasse.

[Unterschrift]¹³⁵

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 180 Lüneburg
Acc. 3136 Nr. 134*

4.8.9 Rundschreiben des Führers des Arbeitskommandos Uchte (Kreis Nienburg/Weser) über Grundsätze des Einsatzes und der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen

Krgf. Arb. Kdo. Uchte II 6006
Kdo.-Führer: Gefr. Siemens 4. /680

Uchte, 12. Oktober 1942

Rundschreiben

An alle Arbeitgeber der Sowjet. Krgf. aus dem
Krgf Arb. Kdo. Uchte II 6006_T

Um eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Kdo. und allen Arbeitgebern zu gewährleisten, wird die Arbeitszeit der Sowjet. Krgf. im Einvernehmen des Bürgermeisters und dem Kdo.-Führer, wie folgt festgelegt:

Mit Wirkung vom 15. Oktober 1942 ist der Abmarsch der Krgf. aus dem Lager vorläufig auf 7⁰⁰ Uhr festgesetzt.

Rückmarsch: ab Sammelstelle Lohhof vorläufig um 19³⁰ Uhr
 ab Sammelstelle Uchte Neue Strasse –
 Ecke Teich vorläufig um 19³⁰ Uhr
 ab Sammelstelle Uchte Bremerstr. – Ecke Brinkstr. um 19⁴⁰ Uhr

Sonntags für Kdo. Uchte und Lohhof:

Abmarsch vom Lager 7.30 Uhr

Rückmarsch von den Sammelstellen um 13.00 Uhr.

Änderung dieser Zeiten werden später bekanntgegeben.

Sollte es nun vorkommen, dass ein Bauer seinen Krgf. im Notfall oder in begründeten Ausnahmefällen morgens früher haben oder abends länger behalten will, so ist er verpflichtet, dem Kdo. auf irgendeine Weise vorher rechtzeitig Nachricht zukommen zu lassen, um die Genehmigung des Kdo. Führers zu erwirken. Für diesen Fall ist dann der Krgf. durch eine erwachsene Person abzuholen bzw. wieder zum Lager zu bringen. Für den Sonntag gilt das Gleiche. Irgendwelche Abweichungen hiervon gibt es nicht.

Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, den Gefangenen pünktlich bei den Sammelstellen abzuholen und abzuliefern. Falls der eingesetzte Wachposten schon von der Sammelstelle fort ist, muss der Krgf. entweder zum Lager gebracht oder geholt werden. Es ist grundsätzlich verboten, Sowjet. Krgf. ohne Begleitung gehen zu lassen, besonders bei Dunkelheit. Verstösse gegen diese Anordnungen haben zur Folge, dass dem Arbeitgeber der Krgf. entzogen wird.

Allgemeines!

Die Sowjet. Krgf. sollen bei entsprechender Verpflegung voll ausgenutzt werden. Bei nicht genügender Arbeitsleistung der Krgf. oder sonstigen Beschwerden sowie besonderen Vorkommnissen, ist dem Kdo.-Führer sofort Meldung zu erstatten. Es ist grundsätzlich verboten, die Krgf. eigenmächtig zu bestrafen oder zu misshandeln. Bestrafungen werden je nach Vergehen des Krgf. vom Kdo. erledigt. Seitens des Arbeitgebers ist darauf scharf zu achten, dass die Sowjet. Krgf. nicht mit Krgf. anderer Nationen und ausländischen Zivilarbeitern in Verbindung treten, (Sabotage-Abwehr). Falls der Arbeitgeber dem Krgf. Arbeitszeug zur Verfügung stellt, muss dasselbe vorher mit der vorschriftsmässigen «S.U.» Bezeichnung versehen sein. Die SU-Beschriftung der Kleidung wird im Lager durchgeführt. Bei Krankheitsfällen ist für diejenigen Krgf. welche beim Arbeitgeber verpflegt werden, eine normale Tagesration an Verpflegung zum Lager zu geben.

Für Kdo. Uchte

Am 15. Oktober 1942 von 16⁰⁰ Uhr bis 20⁰⁰ Uhr müssen sämtliche Gelder für Arbeitslohn der Krgf. beim Kdo. II (Gastwirt August Kruse, Bremer-Hof) eingezahlt werden.

Für Kdo. Lohhof

Am 16.10.1942 von 20⁰⁰ Uhr bis 21⁰⁰ Uhr müssen sämtliche Gelder bei Gastwirt Wehre in Lohhof bezahlt werden.

Der Bürgermeister LV [Unterschrift]¹³⁶

[Unterschrift]¹³⁷ Kommandoführer

Archiv Samtgemeinde Uchte, 2.4./29-41

136 unleserlich

137 unleserlich

4.8.10 Schreiben des Regierungsforstamtes Hildesheim über die Einrichtung einer Schuhmacher-Werkstatt beim Forstamt Weenzen (Kreis Hannover)

Der Preuss. Landforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim

Hildesheim, den 11.3.1943.

An die Herren Preuss. Forstmeister
des Bezirks.

Betrifft: Herstellung von Holzschuhen. Lederbereitstellung für Instandsetzung von Schuhwerk für Kriegsgefangene.

Zur besseren Versorgung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter mit Holzschuhen ist seit kurzer Zeit im Forstamt Weenzen eine Werkstatt eingerichtet. Auf Holzsohlen wird ein Oberleder mit Heftklammern befestigt. Die Arbeiten werden durch einen Waldarbeiter, oder noch besser durch einen geeigneten Kriegsgefangenen ausgeführt. Unter den russischen Kriegsgefangenen werden sich sehr geschickte Arbeiter finden lassen.

Die Fagus-Werke in Alfeld, Firma Benscheit, stellen Holzsohlen für verschiedene Schuhgrößen her. Diese Sohlen sind sehr zweckmässig ausgearbeitet und passen sich dem Fuss gut an. Durch dieses Verfahren wird es möglich sein, das schlechte Schuhwerk der Kriegsgefangenen in Ordnung zu bringen.

Heftapparate und Klammern können von der Firma Hoyer u. Salm, Hannover, Artilleriestr. 29 Fernruf 39984 gegen Eisenscheine bezogen werden. Für den Apparat sind 1,5 kg und für Klammern 1,3 kg Eisenscheine erforderlich. Der Apparat kostet 6,50 RM. Gegebenenfalls bitte ich sich mit den vorgenannten Firmen in Verbindung zu setzen.

Eisenbezugsrechte sind bei mir anzufordern.

Das notwendige Oberleder ist zweckmässig von unbrauchbaren Schnürschuhen oder Schaftstiefeln zu gewinnen. Für die Zuteilung von Sohlenmaterial teilt mir das Forst- und Holzwirtschaftsamt Hannover unter dem 3.3.43 Folgendes mit:

«Antwort des LWA, Hannover vom 27. Febr. 1943.

Die Zuteilung von Sohlenmaterial an Lagerschuhmachereien erfolgt jeweils zu Beginn eines Kalendervierteljahres durch die Wirtschaftsämter. Ich bitte daher, diejenigen Forstämter, in deren Bereich Schuhreparaturwerkstätten f. Kriegsgefangene bestehen, an die zuständigen Wirtschaftsämter zu verweisen. Die Zahl der mit Schuhreparaturen zu Versorgenden ist jeweils anzugeben. Ich bin bereit, die-

SCHLAGLICHTER ZUR ARBEITS-UND LEBENSSITUATION

sen Wirtschaftsämtern ein Zusatzkontingent an Sohlenmaterial zur Verfügung zu stellen.

Abfalleder kann frei von der Firma Bolte & Co., Hannover, Hinüberstr. 18, bezogen werden.»

gez. Koehler.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

**4.8.11 Beschwerde eines Anwohners über Flöhe im Kriegsgefangenenlager
Nordsode (Kreis Osterholz)**

1.) Abschrift

Nordsode, den 25.3.43

An das Wasserwirtschaftsamt in Verden!

Leider müssen wir Ihnen eine unangenehme Mitteilung machen, denn da wir uns vor Flöhe nicht mehr helfen können, möchten wir Sie dringend bitten das Lager zu reinigen. Da wir sonst gezwungen sind, es dem Gesundheitsamt zu melden. Wir haben 3 kleine Kinder, die bunt von Flohstiche sind und die Sie sich zu jeder Zeit ansehen können. Also bitte seien Sie so freundlich und beschleunigen Sie die Sache, denn es ist nicht mehr menschlich, was wir des Abends den Kindern und uns selbst an Flöhe absuchen.

Mit deutschem Gruss

gez. J.D.S.

Wasserwirtschaftsamt Verden
Dienststelle Teufelsmoor

29. März 1943

Betr.: Arbeitseinsatz; hier:
– Kriegsgefangenenlager Nordsode.

1/ Anbei übersende ich ergebenst ein Schreiben des Hausbesitzers J.D.S. in Nordsode betreffend Ungeziefer in dem vorbezeichneten Lager. Ich nehme Bezug auf das heute mit Ihnen geführte Ferngespräch und bitte für Abstellung der Übelstände das erforderliche veranlassen zu wollen.

2.) An	In Vertretung:
die 6. Kompanie	
Landeschützen-Battl. 681	Regierungsbauoberinspektor.
In <u>Rotenburg/Hann</u>	

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 97 Verden Nr. 277

4.8.12 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu Inlandsfragen vom 2. September 1943

Stimmung und Haltung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Urteil der deutschen Bevölkerung

Nach zahlreichen Berichten aus allen Teilen des Reiches (Düsseldorf, Braunschweig, Karlsruhe, Bayreuth, Stettin, Nürnberg, Weimar, Bielefeld, Bremen, Schwerin, Kassel, Dresden, Dessau, Breslau, Frankfurt (Oder), Danzig und Innsbruck) werde der Einsatz der sowjetrussischen Kriegsgefangenen von der deutschen Bevölkerung lebhaft erörtert.

1. Übereinstimmend wurde z.Zt. noch eine deutliche Zurückhaltung in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen festgestellt.

[...]

In dem Vorstellungsbild der meisten deutschen Volksgenossen war anfangs jeder sowjetische Kriegsgefangene ein verkappter, fanatischer Agent der bolschewistischen Idee, der mit allen Mitteln versuchen würde, seine Ziele durchzusetzen und uns Schaden zuzufügen. Nachdem sich diese Befürchtungen nicht bestätigen, begünne aber allmählich eine Wandlung in der Beurteilung der sowjetischen Gefangenen in einzelnen Teilen der Bevölkerung einzutreten

2. Da und dort würden langsam die Sowjets günstiger beurteilt und in ihnen Menschen gesehen, die auf Befehl des bolschewistischen Regimes in den Krieg getrieben worden sind. Noch, so wird in den Berichten betont, nehme der grösste Teil der deutschen Volksgenossen den sowjetischen Kriegsgefangenen gegenüber eine distanzierte oder ablehnende Haltung ein, jedoch zeigen sich auch vereinzelt Ansatzpunkte, in denen der notwendige Abstand nicht mehr gewahrt werde, und sich aus den konkreten Lebenssituationen heraus verringere.

[...]

Die beste Gelegenheit einer gegenseitigen Annäherung sei jedoch am gemeinsamen Arbeitsplatz gegeben, wie folgende Meldungen zeigen:

[...]

«In dem Kaliwerk G.¹³⁸ wurden bei einer unvermuteten Leibesvisitation bei russischen kriegsgefangenen Offizieren Zigaretten, Brot, Tabak, Zwiebeln und

138 Offizierskommando Nr. 121 Gross Giesen des Stalag XI B Fallingb. Ostel

Kartoffeln gefunden. Diese Nahrungsmittel wurden den Russen während der Arbeitszeit von deutschen Arbeitern zugesteckt. Ein deutscher Arbeiter gab selbst zu, den Russen Zigaretten für ein Paar von diesem gemachte Pantoffeln gegeben zu haben.» (Hildesheim)

Neben diesen Annäherungsversuchen, die zumeist einem falschen Mitleidsgefühl entspringen würden, könne aber auch verschiedentlich eine vorsätzliche Annäherung durch frühere kommunistische Elemente festgestellt werden. Aus Braunschweig liegt hierzu folgende Meldung vor:

«Ein Direktor eines grösseren Werkes äusserte sich dahingehend, dass in seinem Werk die Annäherungsversuche zwischen deutschen Arbeitern und russischen Kriegsgefangenen auf diejenigen seiner Gefolgschaftsmitglieder zurückzuführen sei, die noch nach 1933 kommunistische Flugblätter verteilt hätten und aus diesem Grunde mit Zuchthaus bestraft worden seien.»

[...]

3. Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmachtsdienststellen werde von der deutschen Bevölkerung genauestens verfolgt und finde, je nach der Mentalität der einzelnen Volksgenossen, eine unterschiedliche Aufnahme.

[...]

Die hiesige Bevölkerung ist ganz allgemein der Ansicht, dass die Sowjets von der Wehrmacht viel zu schonend behandelt werden und dass der Eindruck entstanden ist, als ob die Stalag eifersüchtig darüber wachen, dass ihren «guten» Russen nur kein Unrecht geschieht oder kein Haar gekrümmt wird. Bei diesen Erörterungen wird immer wieder die Frage aufgeworfen, welche Behandlung wohl unsere deutschen Soldaten, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befinden, erfahren werden.

[...]

aus: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Herrsching 1984, Band 14, S. 5702-5704

4.8.13 Bericht des Stalag XI B Fallingbostal über den tödlichen Unfall eines sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Arbeitskommando Fallersleben

Kriegsgef. Mannsch. Stammlager XI B
Fallingbostal
Abwehroffizier

Fallingbostal, den 9.11.1943.

An den
Kommandeur der Kriegsgefangenen
im Wehrkreis XI
Hannover

Betr.: Tödl. Verkehrsunfall des sowj. Kgf. Gus, Fedor, (techn. Intendant),
Erk. Nr. 181 (Stalag 365) vom Arb.Kdo 104, Fallersleben.

- 1 .) Am 23.10.43 fuhr ein LKW der Firma Hermann Schäler, Berlin (Baustelle Sülfeld) mit 80 sowj. Kgf. (SU-Offz.) des Arb. Kdos los gegen 14.00 Uhr die Strasse Mörse-Fallersleben, um die Kgf. zum Arb.Kdo. nach Fallersleben zurückzubringen. Die Kgf. wurden durch den Gefreiten Rompa, 4./715, bewacht. Fahrer des LKW war der deutsche Staatsangehörige Johann Hubert Peeters von der Firma Hermann Schäler, Berlin. Der LKW hatte etwa 150 Steine geladen, sodass die Kgf. auf der Ladefläche genügend Platz zum Sitzen hatten. Etwa 20 Meter vor dem die o.a. Strasse kreuzenden, schrankenlosen Bahnübergang bemerkte der Kraftwagenführer eine von rechts schnell herankommende Lokomotive. Der Bahnübergang ist durch Buschwerk unübersichtlich und liegt dazu in einer Mulde. Um einen sonst unvermeidlichen Zusammenstoß zu vermeiden, erhöhte der Fahrer die Geschwindigkeit, da ein Halten des schweren Wagens auf die kurze Entfernung unmöglich schien. Der Kgf. (Hptm.) Klementjew, Paul, Erk.Nr. 87 (Stalag 365) erhob sich in diesem Augenblick auf den Ruf «Maschine» von seinem Platz an der Rückenwand und stürzte durch die Fahrtbeschleunigung auf die Strasse. Er erlitt Verstauchungen an den Füßen. Nach Halten des LKW wurde ein zweiter Kgf., der techn. Intendant (Major) Gus, Fedor, Erk.Nr. 181 (Stalag 365), geb. 4.6.1919, tot zwischen den Gleisen gefunden. Es ist anzunehmen, dass er auf die gleiche Weise verunglückt ist wie der Kgf. Klementjew. Weder der Gefreite Rompa noch der Verletzte oder die übrigen Kgf. können hierzu Aussagen machen, weil sie in diesem Augenblick alle nach der Lokomotive gesehen haben.

DOKUMENTE

Nach den polizeilichen Ermittlungen liegt ein Verschulden Dritter oder eine strafbare Handlung nicht vor.

- 2 .) Der tödlich verunglückte Kgf. wurde am 26.10.43 auf dem Friedhof in Faltersleben – östlich der Friedhofskapelle, Grab-Nr. 1 – beerdigt.
- 3 .) Todesbescheinigung, Beerdigungsschein und Sterbefallanzeige liegen vor. Vernehmungsniederschriften des Gefreiten Rompa, des Kraftführers Peeters und des Kgf. Klementjew, sowie der Ermittlungsbericht der Polizei sind beigefügt.

[Unterschrift]¹³⁹

*Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk,
Abt. 9, A 38849 Nr. 12*

139 unleserlich

4.8.14 Anfrage des Forstamtes Boffzen (Kreis Holzminden), ob sowjetische Kriegsgefangene kurzfristig für andere Arbeiten eingesetzt werden dürfen

Der Preuss. Forstmeister
Forstamtes Boffzen

Boffzen, den 22. Nov. 1943.

An
den Herrn Kommandeur
des Landeschützenbataillons 719 in Einbeck

Betr. Kriegsgefangenenlager Nr. 3385 in Rottmünde.

Am Nachmittag des gestrigen Sonnabends sollten mit meinem Einverständnis einige Kriegsgefangene des Lagers in Rottmünde den Garten des zur Wehrmacht einberufenen und an der Ostfront stehenden Revierförsters in Rottmünde unter Mithilfe und Aufsicht eines Waldarbeiters umgraben. Der Kommandoführer des Lagers lehnte jedoch die Freigabe der Kriegsgefangenen für diesen Zweck ab unter Berufung auf einen Batl.-Befehl, durch den es strengstens verboten sei, Kriegsgefangene zur Arbeit anderen Personen zu überlassen. Auch mein Einwand, dass es sich hierbei nicht um Überlassung an andere Personen handele, sondern dass die Arbeiten auf den Ländereien der Forstbeamten ausdrücklich zu den Arbeiten des Forstbetriebes rechneten und auch die Waldarbeiter tariflich zur Leistung dieser Arbeiten auf den Ländereien verpflichtet seien, vermochte ihn nicht zu einer Änderung seiner Auffassung zu veranlassen.

Kurze Zeit später wandte sich ein Holzkäufer an mich mit der dringenden Bitte, ihm für den Sonntag einige Kriegsgefangene zum Verladen von Grubenholz für die Hermann-Göring-Werke zu überlassen; der Waggon hierfür stehe auf dem Bahnhofe, die Waggonsperrung sei soeben aufgehoben und das Holz müsse deshalb sofort verladen werden. Ich erklärte ihm, dass es mir leider nicht möglich sei, ihm zu helfen, da der Kdo.-Führer die Hergabe von Gefangenen für andere Arbeiten auf Grund eines Batl.-Befehles soeben abgelehnt habe, und ich nichts dagegen machen könne, er müsse also zusehen, sich deutsche Arbeiter zum Verladen des Holzes zu verschaffen.

Im Gegensatz zu diesen beiden Vorgängen steht ein anderer Vorfall, der sich bereits vor mehreren Wochen ereignete. Ich traf den Kommandoführer an einem Wochentag-Vormittage, als er während mehrerer Stunden einem Bauern beim Pflügen half. Als ich ihn daraufhin zur Rede stellte und ihm vorhielt, dass er sich

während der Arbeitszeit um die Kriegsgefangenen und deren Arbeit zu bekümmern hätte und nicht bei anderen Leuten arbeiten könne, erwiderte er mir, dass die Wachmannschaften den Befehl hätten, in der Landwirtschaft mitzuhelfen, soweit der Dienst es irgend zulasse, und dass, nachdem er bereits am Morgen seinen Kontrollgang gemacht habe, er seiner Ansicht nach den Vormittag dienstlich entbehrlich sei.

Ich berichte Ihnen, wie ich ausdrücklich betonen möchte, diese Vorfälle nicht deshalb, um über den Kdo.-Führer, über den ich sonst durchaus nicht zu klagen habe, Beschwerde zu führen, sondern lediglich deshalb, um mir Aufklärung darüber zu erbitten, ob die Auffassung des Kdo.Führers tatsächlich dem Sinne der ergangenen Befehle entspricht oder nicht. Denn ich vermag nicht zu glauben, dass es im Zeichen des totalen Krieges und in Zeiten, in denen unser deutscher Waldarbeiter kaum einen freien Sonntag, geschweige denn einen freien Sonnabend-Nachmittag kennt, nicht gestattet sein soll, auch russische Kriegsgefangene an diesen Tagen zu dringend notwendigen Arbeiten einzusetzen, zumal die Arbeit nicht nur der Kriegswirtschaft sondern meistens auch den Kriegsgefangenen selbst zu Gute kommt, indem diese neben dem ihnen zustehenden Lohne i.d.R. noch eine kleine Verpflegungsbeigabe dafür erhalten.

Gleichzeitig benutze ich diesen Anlass, um wiederholt zu betonen, wie notwendig meiner Ansicht nach im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit eine gelegentliche Aussprache mit dem zuständigen Offizier über alle vorkommenden Zweifelsfragen ist. Obgleich ich wiederholt darum habe bitten lassen und mich erboten habe, bei Anwesenheit des betr. Herrn Rottmünde auf Anruf sofort nach dort zu kommen, habe ich bislang noch kein einziges Mal Gelegenheit zu einer Rücksprache mit ihm gehabt.

Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie eine solche veranlassen und mir im übrigen Bescheid darüber zukommen liessen, wie in Fällen, wie den oben genannten, verfahren werden soll.

gez. Lindenberg.

**4.8.15 Mitteilung der Landesregierung Bückeburg betr. Übernahme der
Kosten für die medizinische Behandlung eines Kriegsgefangenen**

Bückeburg, den 21. März 1944.

1 .) An
das Reservelazarett
in Bückeburg.

Der in der schauburg-lippischen Staatsforst beschäftigte sowj. Kriegsgefangene Stephan Podubka, Erk.Nr. 14757, Ist wegen eines erlittenen Unfalles im dortigen Reservelazarett vom 21.8. bis 25.9.1943 stationär behandelt worden. Die Behandlungskosten sind vom Lande Schaumburg-Lippe als Träger der Unfallversicherung zu tragen. Wir bitten Sie daher, uns die entstandenen Kosten von täglich 4,50 RM (Pauschalentschädigung) in Rechnung zu stellen.

2 .) Nach 14 Tagen.

L.-Reg.
Abteilg. f. Gew. u. Gemeindeangelegenheiten

[Unterschrift]¹⁴⁰

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, L 4 Nr. 8755

DOKUMENTE

**4.8.16 Bitte des Forstamtes Sankt Andreasberg (Kreis Goslar) um
Flickmaterial für die sowjetischen Kriegsgefangenen**

Der Forstmeister
des Preussischen Forstamts

St. Andreasberg, den 9.4.1944

An das
Landeschützenbatl. 461
in Hildesheim

Die Bekleidung und das Schuhzeug der russ. Kriegsgefangenen sind jetzt derartig abgerissen, dass die Leistung der Gefangenen dadurch auch herabgedrückt wird. Es ist auch kaum noch vertretbar, die Gefangenen in diesem Zustand durch die Stadt zu führen oder mit der Bahn fahren zu lassen, um an die Arbeitsplätze zu kommen. Ich bitte dringend, wenn keine anderen Kleidungsstücke oder Schuhzeug zur Verfügung stehen, zunächst Flickmaterial, einige Rollen Zwirn, zwei Paar Schuhleisten, Schustermaterialien, Holznägel, Schusterstifte und Pfriemen zur Verfügung zu stellen.

gez. Unterschrift.

Abschrift

dem
Herrn Pr. Landforstmeister
Regierungsforstamt Hildesheim,

überreicht, mit der Bitte bei den militärischen Dienststellen darauf hinzuwirken, dass die Bekleidungslage in den Forstlagern gebessert wird.

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 17306

**4.8.17 Bericht des Gendarmeriepostens in Sauensiek (Kreis Stade) über
Schusswaffengebrauch bei Arbeitsverweigerung eines sowjetischen
Kriegsgefangenen**

Gend. Einzelposten Sauensiek,
Kreis u. Reg. Bezirk Stade.

Sauensiek, den 28.6.1944.

An
den Herrn Landrat in Stade.

Zum Bericht:

Am 27.6.44 gegen 7,15, wurde von dem russ. Kriegsgefangenen Michel Owsienko, Erkennungs-Nr. 20809 X D, vom Krgf.Arb.Kdo. 27/20 in Beckdorf, die Arbeit bei seinem Arbeitgeber Bauer H. Höper in Beckdorf verweigert.

Trotz mehrmaliger Aufforderung durch den Kommandoführer Werf, zurzeit Lagerführer in Beckdorf, die Arbeit aufzunehmen, kam Owsienko nicht nach.

Hierauf wurde dem Owsienko von dem Kommandoführer gedroht. Auch die Androhung mit dem Erschiessen führte nicht zum Erfolg die Arbeit wieder aufzunehmen, sondern Owsienko verweigerte immer noch die Aufnahme der Arbeit.

Da trotz Aufforderung und Androhung keinen Erfolg hatten, hat der Kommandoführer einen Schuss auf Owsienko abgegeben. Der von dem Lagerführer abgegebene Schuss war aber nicht tödlich, sondern hat nur die linke Brustseite des Owsienko durchbohrt.

Der Owsienko ist danach auf Veranlassung der Kompanie (Sitz Buxtehude) dem Krankenhaus in Buxtehude eingeliefert.

Wie der Arbeitgeber Höper, Beckdorf, angibt, hat der Owsienko bisher immer seine Arbeit bei ihm gut und ordentlich verrichtet. Warum Owsienko aber am fragten Tage die Arbeit verwei[gert] hat, darüber kann Höper auch keine Angaben machen.

Reese.

Wachtmeister d. Gend. d. Res.

4.8.18 Bericht über den Waffengebrauch eines Forstlehrlings gegen einen Kriegsgefangenen¹⁴¹

An
die Braunschw. Landesforstverwaltung
Braunschweig.

18. Juli 1944

Betr.: Waffengebrauch gegen einen russischen Kriegsgefangenen.

Der Forstlehrling S. hat gestern im Forstort Nauerberg Abt. 23 in einem Kultur-gatter einen russischen Kriegsgefangenen beschossen, der sich unerlaubter Weise von seiner Arbeitsstelle am Bahnkörper entfernt und offenbar die Absicht hatte, dem in der Nähe arbeitenden Forstwegewärter nebst Kulturfrauen das Frühstücksbrot zu stehlen. Die Entwendung des Frühstücksbrot war bereits einmal geglückt und an mehreren Tagen vergeblich versucht. Die bei der Kriegsgefangenenkolonne an der Bahn befindlichen Wachleute hatten von vornherein zum rücksichtslosen Gebrauch der Schusswaffe geraten. Der von S. beschossene Kriegsgefangene ist auch getroffen, aber offenbar nicht lebensgefährlich von der Schrotladung verletzt. Der K.G. begab sich nach dem Schuss zu seiner Arbeitsstelle zurück, der Wachmann wurde vom Forstlehrling S. über den Vorgang sogleich benachrichtigt. Nach Rücksprache mit dem Amtsgericht Seesen halte ich es nicht für erforderlich, dass eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht wird, zumal der Forstlehrling durchaus pflichtgemäss gehandelt hat. Ich wollte jedoch nicht verfehlen, den Vorgang der Landesforstverwaltung zur Kenntnis zu bringen.

./.. Eine Abschrift des Berichtes des Forstlehrlings ist beigelegt.

141 In diesem Dokument fehlt der Absender – wahrscheinlich handelt es sich um das Forstamt Lutter (Kreis Goslar).

Bericht des Forstlehrlings über den Waffengebrauch gegen einen Kriegsgefangenen

An
das Forstamt
Lutter a. Bbge.

Betr.: Waffengebrauch gegen einen russischen Kriegsgefangenen.

Als ich mich gestern, 17.7.1944 nachmittags 15 Uhr auf dem Wege zur Arbeitsstelle des Forstwegewärters Düerkop befand, sah ich rechts von mir einen russischen Kriegsgefangenen in einem Kulturgatter.

Ich war der Überzeugung, dass der K.G. die Absicht hatte auszurücken, rief ihn an und beschoss denselben, da er auf meinen Anruf nicht stehenblieb, mit Schrot. Auf den Schuss brach der K.G. zusammen, kam aber nach kurzer Zeit wieder auf die Beine und schleppte sich zum Bahnkörper.

Ich verfolgte den Beschossenen und fand ihn bald darauf bei der Arbeitskolonne, welche die Gleise der Bahnstrecke Lutter-Ringelheim neu legen.

Von der Arbeitsstelle bis zur Stelle des Anschusses betrug die Entfernung etwa 300 m.

Ich bemerke noch, dass von Seiten der K.G. bereits einmal das Frühstück unserer Arbeiter gestohlen war und später mehrfach der Versuch gemacht wurde, sich wieder die Lebensmittel unserer Arbeiter und Arbeiterinnen anzueignen.

Ferd. S.

DOKUMENTE

**4.8.19 Verwarnung des Bauern Mennerich in Hohnstorf (Kreis Lüneburg)
wegen mangelnder Beaufsichtigung der sowjetischen Kriegs-
gefangenen**

4.8.20 Kompanie

Uelzen, den 8.8.1944

Lds.-Schtz.Batl. 739

An den

Bauern Mennerich, Hohnstorf.

Betr.: Begünstigung des unerlaubten Verkehrs von Kgf. mit Zivilausländern.

Sie haben am 6.8.44 gegen 18,00 Uhr dem sowj. Kgf. Beloschitzki, Nikolay, Erk.Nr. 6006, Gelegenheit gegeben, sich ohne Aufsicht auf der Strasse Hohnstorf-Niendorf aufzuhalten, damit er dort den nicht genehmigten Besuch eines Zivilrussen empfangen und sprechen konnte. Ferner hatte der sowj. Kgf. dabei Verkehr mit Polinnen gehabt. Das Treffen und Spaziergehen mit den Polinnen soll dort regelmässig stattfinden.

Ich verwarne Sie nachdrücklich wegen dieses Verhaltens und der Begünstigung der Kgf. und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie im Wiederholungsfälle nicht nur mit dem Entzug des Kgf., sondern mit einem gerichtlichen Verfahren zu rechnen haben.

Heil Hitler!

[Unterschrift]¹⁴²
Hauptmann u. Komp.-Chef

Nachrichtlich:
Kreisbauernführer Uelzen.
Ortsbauernführer Hohnstorf.

Landwirtschaftsmuseum Lüneburger Heide, Hösseringen, UEL 83: 1329

¹⁴² unleserlich

**4.8.20 Anforderung von Lederstiefeln für die sowjetischen Gefangenen
in den Arbeitskommandos der Ilseder Hütte**

Stalag XIB
Gruppe Verwaltung

21. August 1944

Fallingbostel-Lager

Ledersohlenschuhwerk für unsere im Hochofenwerk und Peiner Walzwerk
beschäftigten Kriegsgefangenen

Unter Bezugnahme auf die Besprechung zwischen Herrn Oberstabsintendant Luterloh und Herrn Dr. Friedberg bitten wir, uns für die Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos 3447 und 3414 140 Paar Lederstiefel mit Ledersohlen zuzuweisen und wären dankbar, wenn die Zuweisung so rechtzeitig erfolgen könnte, dass wir sie Ende dieser Woche dort abholen lassen könnten, weil wir dann dorthin eine Transportgelegenheit haben. Die angeforderten Stiefel benötigen wir für die als Rangierer, Schrottablader, Reparaturschlosser und Schlosser auf dem Walzwerk und dem Hochofenwerk beschäftigten Kriegsgefangenen, weil diese auf schlüpfrigem, heissem Untergrund arbeiten müssen, sowie die im Kranbetrieb, im Blockbetrieb und im Eisenbahnbetrieb sowie in Abteilung Neubau beschäftigten Handwerker bzw. Gefangenen, die Treppen, Leitern, Kräne und Gerüste besteigen müssen. Für alle diese Arbeiten ist die Verwendung von Schuhwerk mit Holzsohlen teils durch die bestehenden Unfallvorschriften verboten, teils verbietet es sich von selbst deswegen, weil Holzsohlen auch Geilingsohlen, nicht die zur Vornahme der Arbeiten erforderliche Elastizität besitzen.

Ilseder Hütte

[Unterschrift]¹⁴³

[Unterschrift]¹⁴⁴

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 1009 N Zg. 99/2001 Nr. 6921

143 unleserlich

144 unleserlich

4.8.21 Mitteilung des Gendarmeriepostens in Sauensiek (Kreis Stade) über unerlaubte Beziehungen zwischen einem sowjetischen Kriegsgefangenen und einer polnischen Zwangsarbeiterin

Gend. Einzelposten Sauensiek.
Kreis u. Reg. Bezirk Stade.

Sauensiek, den 6.1.1945.

An
die Geheime Staatspolizei
– Aussendienststelle Stade –
in Stack.

Am 6.1.45 gegen 9.⁰⁰ Uhr, wurde mir von dem Kommandoführer Gefr. Dehne vom Kriegsgefangenenlager Beckdorf 27/28 mitgeteilt, dass der russische Kriegsgefangene Konstantin Riff, geb. 22.9.13 in Schernewitzkau vom Kriegsgefangenenlager Beckdorf, Gefangenenummer 131298 X B heute gegen 6,00 Uhr seinen Arbeitsplatz bei dem Bauern H. Hoper in Beckdorf verlassen und geflüchtet sei.

Gegen 9.30 wurde mir aber schon von Dehne wieder mitgeteilt, dass der Riff wieder ergriffen sei. Wie Dehne mir weiter angab, hat sich Riff heute Morgen bei der Polin Stanislawka Gajowka, geb. 25.11.26 Polen, beschäftigt bei dem Gastwirt W. Möller, Beckdorf, mit welcher er ein Liebesverhältnis hat im Schweinestall aufgehalten.

Wie ich weiter festgestellt habe, besteht zwischen der Gajowka und dem Riff schon seit Wochen ein Liebesverhältnis, daraufhin habe ich die Gajowka wegen verbotswidrigem Umgang mit einem Kriegsgefangenen vorläufig festgenommen und der Stapo in Stade zugeführt.

Auch gegen Riff wird, wie mir der Abschnittsführer Feldwebel Hörner von Buxtehude mitteilte, ebenfalls ein Strafverfahren eingeleitet.

Reese
Oberw. d. Gend. Res.

4.8.22 Anzeige vom Januar 1945 gegen vier sowjetische Kriegsgefangene wegen Diebstahls

Kreis u. Reg.Bezirk Stade.

An
den Herrn Landrat in Stade.

Anzeige gegen die russischen Kriegsgefangenen Achim Ermanow, Gefg. Nr. 140182 X B, Wasaly Postol, Gefg.Nr. 11051 /366, Sergy Sacharow, Gefg. Nr. 39869 X D u. Timofe Maztschenko Gefg.Nr. 11056 X B sämtl. wohnhaft im Kriegsgefangenenlager Buxtehude, Kdo. 63.2/681, Abschnitt VII, wegen Einbruchdiebstahls.

Geschädigte:

1. Bauer Johann Heins, geb. 23.4.77 Apensen, wohnhaft Apensen Nr. 58.
2. Bäuerin Annemarie Weseloh, geb. Engelken, geb. 13.8.16 Apensen, wohnh. Apensen Nr. 18.

Straftat: schw. Diebstahl § 243 St.G.B.

Tatort: Apensen, Kreis Stade.

Tatzeit:. 4. u. 9.1.1945.

Schaden: 30-35 Rm.

In der Nacht vom 8./9.1.45 gegen 3.15 wurde mir fernmündl. von dem Bauern Heins, Personalien oben, mitgeteilt, dass soeben gegen 3.00 Uhr, Einbrecher in seinem Hause gewesen und von ihm verscheucht worden seien.

Sofort begab ich mich nach Heins, welcher mir weiter mitteilte, dass er vor einer halben Stunde, etwa gegen 3,00 Uhr, infolge eines Geräusches in der Futterküche, erwacht, aufgestanden u. in die Küche gegangen sei, wo er einen Mann mit einem dicken Knüppel in der Hand, welcher aber bei seinem Erscheinen im Fortlaufen mehrmals «Achim» gerufen, gesehen habe.

Weiter teilte Heins mir mit, dass er in der Nacht vom 3./4.1.45 gegen 2,00 Uhr, ebenfalls Einbrecher aus seinem Hause verscheucht habe. Trotz des Verscheuchens seien ihm aber aus dem Keller (Eingang von der Futterküche) 7 Dosen Gemüse, 1 Feinbrot u. 3 Gläser ($\frac{3}{4}$ Liter) mit Schweinefleisch gestohlen. In beiden Fällen hätten sich die Täter durch die Kuhstalltür, indem sie den Innenhaken der Tür von ausserhalb geöffnet hätten Eingang zum Hause verschafft, sodass die Täter mit der Hausörtlichkeit vertraut sein müssten. Hinzu komme noch, dass der Mann mit dem Knüppel «Achim» gerufen habe, so bestehe die Möglichkeit, dass

DOKUMENTE

der im Jahre 44 bei ihm beschäftigte russische Kriegsgefangene Achim Ermanow mit Komplizen die beiden Einbrüche ausgeführt hätten.

Die von mir daraufhin sofort eingeleiteten Ermittlungen mit Polizeimstr. Hofmann, Buxtehude, ergaben, dass der russische Kriegsgefangene Achim Ermanow jetzt in der Fabrik von Krönke, Buxtehude, beschäftigt und im Kriegsgefangenenlager Buxtehude untergebracht ist.

Eine hieraufhin mit Hofmann u. dem Wachkdo. des Kriegsgefangenenlagers Buxtehude, gegen 4,30 Überholung der Unterkunftsbarracke von Ermanow ergab, dass die oben angeführten vier Beschuldigten fehlten. Durch Tarnung mit ihren Mänteln hatten sie ihre Betten so hergerichtet, dass es aussah, als läge jemand darin. Sie selbst waren durch ein Loch, welches im Fussboden der Baracke gesägt war von der Baracke aus ins Freie gelangt.

Erst gegen 5,30 kamen Ermanow, Postol u. Sacharow durch das Loch wieder in ihre Baracke von ihrem Raubzug zurück und sich sofort wieder ins Bett legten, als sei überhaupt nichts geschehen. Maztschenko, welcher bisher noch fehlte wurde von mir gegen 6.00 Uhr auf der Strasse Apensen-Buxtehude festgenommen dem Kdo. Apensen übergeben und von dort aus dem Kriegsgefangenenlager Buxtehude wieder zugeführt.

Gestohlen wurde am 8/9.45 bei Heins nichts. Von dem bei Heins am 3./4.1.45 ausgeführten Diebstahl, wurde am Tage darauf in der Nähe des Hauses auf dem Felde die 7 Gemüsedosen wieder gefunden. Ausserdem wurde heute bei der Durchsuchung des Spindes von Ermanow noch Schweinefleisch in einer Tasse gefunden, welches bestimmt noch von dem ersten Diebstahl 3./4.1.45 stammt.

Erst am 9.1.45 gegen Mittag wurde mir von Weseloh fernmündl. mitgeteilt, dass in der letzten Nacht 8./9.1.45 aus der verschlossenen Küche vom Küchentisch eine braune lederne Aktentasche Inhalt 1 Hase, 1 Leberwurst u. 2½ Pfd Schweinefleisch, aus dem Küchenschrank 1 Dose mit 10 Pfd. Zucker, 5 Pfd. Haferflocken u. 2 Pfd. Weizenmehl und von der Diele aus einem unverschlossenen Schrank ein Rasierapparat mit Pinsel und Seife gestohlen sei.

Nach den von mir angestellten Ermittlungen kommt auch für diesen Diebstahl Ermanow und Genossen infrage, denn Ermanow war ebenfalls vor seiner Beschäftigung von Heins bei Weseloh tätig und kannte hier ebenfalls Hausgelegenheit. Bestreitet aber die aufgeführten Sachen mit seinen Genossen bei Weseloh nicht alle entwendet zu haben, sondern gibt nur zu dort ein Glas Leberwurst entwendet zu haben.

Da auch bei der Durchsuchung von den aufgeführten Sachen nichts gefunden wurde, ist anzunehmen, dass die gestohlenen Sachen noch ausserhalb des Lagers versteckt sind.

Zutritt zum Hause haben sich die Täter durch irgendeine unverschlossene Stall- oder Futterküchentür verschafft und haben dann die verschlossene Tür von der Futterküche zur Wohnküche mit Gewalt aufgebrochen.

SCHLAGLICHTER ZUR ARBEITS-UND LEBENSSITUATION

Da in den letzten Wochen verschiedene Diebstähle in Buxtehude ausgeführt sind, besteht die Möglichkeit, dass die Beschuldigten schon wochenlang nachts ihre Raubzüge betreiben.

[Unterschrift]¹⁴⁵

Mstr. d. Gend.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Stade, Rep. 274 Nr. 40

4.8.23 Mitteilung des Stalag XB Sandbostel über die Entlassung von drei sowjetischen Kriegsgefangenen aus der Kriegsgefangenschaft und Überweisung an die Gestapo

Kommandant
Stalag XB

Sandbostel, den 22. März 1945

Kommandanturbefehl.

Die sowj. Kgf.

- 1) Efim Neshenez, Erk.Nr. 124.354XB, geb. am 10.3.1909 in Minskaja Krasnodarski, einfacher Soldat, von Beruf Bauer, verheiratet, gefangengenommen am 13.7.41 bei Mirgorod,
- 2) Timofij Utkin, Erk.Nr. 141.357 XB, geb. am 19.5.1908 in Woronesch-Kolomensk, einfacher Soldat, von Beruf Landarbeiter (Kraftfahrer), ledig, gefangengenommen am 20.9.42 bei Woronesch,
- 3) Fedor Krasnokutski, Erk.Nr. 147.938 XB, geb. am 20.4.92 in Nowo-Egorlyk (Rostow), einfacher Soldat, von Beruf Bauer, verheiratet, 7 Kinder, gefangengenommen im Dezember 1942 bei Rostow,

werden aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und der Geheimen Staatspolizei in Lüneburg überstellt.

Gründe:

Die o.a. sowj. Kgf. gehörten zum Arb.Kdo. 1239, Ratsmühle Lüneburg. Am 25.2.45 waren die 3 Kgf. mit der Verladung von Stückgütern auf werkseigenem Gelände des Eisenwerks Lüneburg (wegen Fliegerschaden der Reichsbahnanlagen veranlasste Notbeladung) beschäftigt. Dabei haben sie nachweislich eine an den Vertrauensmann des Oflag XC in Lübeck adressierte Kiste erbrochen und einen Teil des Inhalts (Schokolade und Zucker) gestohlen. Zur Zeit der Tat war Fliegeralarm. Bei dem Kgf. Utkin wurde ausserdem ein seid. Damenunterkleid am Körper verborgen gefunden, das er von einem auf dem Bahngelände arbeitenden Tschechen in Tausch gegen Tabak erhalten haben will. Diese Angabe ist unglaublich. Das Unterkleid soll von im Güterschuppen der Reichsbahn eingelagertem Eigentum ausgebombter deutscher Volksgenossen entwendet worden sein.

Da die Tat unter den gegebenen Umständen als schwer zu bezeichnen ist und eine disziplinarische Bestrafung nicht mehr in Frage kommt, waren die Kgf. aus

der Kriegsgefangenschaft zu entlassen und der Geheimen Staatspolizei zu überstellen.¹⁴⁶

[Unterschrift]¹⁴⁷

Verteiler:

Kommandeur der Kriegsgefangenen
im Wehrkreis X in Hamburg.

Geheime Staatspolizei in Lüneburg (ohne Vorgang),
[...] zum Abtransport der o.a. Kgf. an die Geheime Staatspolizei in Lüneburg,
der der Tag des Abtransports vorher mitzuteilen ist.

Deutsche Dienststelle Berlin, Mappe «Sowjet.russ.Kgf. StalagX»

146 Kriegsgefangene, die der Gestapo übergeben werden sollten, hatte die Wehrmacht zuvor formal aus ihrer Obhut zu entlassen – damit verloren sie ihren Status als Kriegsgefangene.

147 unleserlich

4-9 Flucht

4.9.1 Mitteilung des Landrates in Nienburg/Weser über die Flucht von drei sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Glissen (Kreis Nienburg/Weser)

Der Landrat
des Kreises Nienburg/Weser

Nienburg/Weser, den 5. September 1941

An
den Herrn Landrat
in Neustadt/a. Rbg.

Abschrift.

Gendarmerie-Gruppenposten Liebenau Liebenau, den 3. September 1941.
Kreis Nienburg
Regierungsbezirk Hannover.

Betrifft: Entweichen von 3 russischen Kriegsgefangenen.

Am 3.9.1941 gegen 16 Uhr teilte der Kommandoführer des Kriegsgefangenenlagers in Glissen Nr. 1299, Unteroffizier Sobotta, fernmündlich mit, dass drei russische Kriegsgefangene am 3.9.1941 gegen 15 Uhr während der Aussenarbeit in dem Staatsforst Weberkuhle entwichen seien. Die Kriegsgefangenen, in Stärke von 60 Mann, waren mit Holzarbeiten beschäftigt. Sie arbeiteten ziemlich weit auseinandergezogen im unübersichtlichen Gelände. Infolge der schwachen Besetzung des Bewachungskommandos konnte der Trupp Kriegsgefangene nur von 3 Wachposten bewacht werden.

Die Fluchtrichtung wurde in Richtung Wietzen angegeben.

Beschreibung der entwichenen Kriegsgefangenen:

1. Peter Orlow, geb. 25.5.1917, Erk.Nr. 18489.
Grösse 1,70, Gestalt: schlank,
Bekleidung: russische Uniformbluse, gestreifte Zivilhose (Pfeffer und Salz), Schaftstiefel.
2. Fedor Baschmakow, geb. 15.4.1907, Erk.Nr. 17705.
Grösse: 1,70. Gestalt: schlank,
Bekleidung: russische Uniform, Schnürstiefel.
3. Alexej Kruhlow, geb. 28.12.1914, Erk.Nr. 16625.
Grösse 1,70, Gestalt: schlank.
Bekleidung: russische Uniform, Schnürstiefel.

Die von hier aus durchgeführte Fahndungsaktion verlief bislang erfolglos.

gez. Jebe.

Hauptwachtmeister d. Gendarmerie.

An den Herrn Landrat in Nienburg/Weser.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und mit der Bitte um Fahndung.

In Vertretung [Unterschrift]¹⁴⁸

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 174 Neustadt
Nr. 5096*

4.9.2 Mitteilung des Landrates in Nienburg/Weser über die Flucht von weiteren drei Kriegsgefangenen aus dem Lager Glissen

Der Landrat
des Kreises Nienburg/Weser

Nienburg/Weser, den 8. September 1941.

An
den Herrn Landrat
in Neustadt a./ Rbg.

Abschrift.

Gend. Gruppenposten Liebenau,
Kreis Nienburg,
Regierungsbezirk Hannover.

Liebenau, den 5.9.1941.

Betrifft: Entweichen von 3 russischen Kriegsgefangenen.

Am 5.9.1941 gegen 10 Uhr teilte der Gefreite Schröder vom Kriegsgefangenenlager Glissen, Nr. 1299, fernmündlich mit, dass am 5.9.1941 gegen 6½ Uhr 3 russische Kriegsgefangene aus dem Lager entwichen seien. Während sich die Bewachungsmannschaften beim Kaffeetrinken befanden, war ein Wachposten damit beschäftigt, den Gefangenen den Kaffee auszuhändigen. Diese Zeit benutzten die 3 Gefangenen zur Flucht, indem sie den Stacheldrahtzaun auseinanderbogen und hindurchkrochen.

Die Fluchtrichtung wurde in Weberkuhle-Borstel angegeben.

Beschreibung der entwichenen Kriegsgefangenen:

1. Michael Kustjekow, geb. 17.7.1909, Erk.Nr. 15224.
Grösse: 170, Gestalt: schlank. Bekleidung: russische Uniform, graue Winterkappe, Schnürstiefel.
2. Michael Karasew, geb. 15.2.1915. Erk.Nr. 15625. Grösse: 1.70, Gestalt: schlank, Bekleidung: Zivilrock und Zivilmütze, russische Uniformhose, Schnürstiefel.
3. Nikolaj Woronin, geb. 16.4.1914. Erk.Nr. 6799. Grösse 1.80, Gestalt: schlank. Bekleidung russische Uniform, Pelzmütze, Schnürstiefel.

Die von hier aus eingeleitete Fahndungsaktion verlief bislang ergebnislos.

gez. J e b e.

Hauptwachtmeister d. Gend.

Nachtrag: Der unter 2 aufgeführte Gefangene Michael Karasew, wurde am 6.9. 1941 gegen 2 Uhr von den Gendarmerie Posten Liebenau am Mainscher-Tor vorläufig festgenommen und dem Kriegsgefangenenlager in Glissen übergeben.

gez. J e b e.

Hauptwachtmeister d. Gend.

An den Landrat in Nienburg.

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 174 Neustadt Nr. 3096

4.9.3 Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Osthannover über das Verhalten flüchtiger sowjetischer Kriegsgefangener

Bericht der Gauleitung Osthannover vom 19.9.1941,

Betrifft: Ausbruch von Sowjet-Kriegsgefangenen.

Kreis Lüneburg:

Innerhalb weniger Tage hat sich nun herausgestellt, dass 8 Ausbrüche vorgekommen sind. Diese Flüchtlinge begehen Einbruchdiebstähle, versuchen in den Besitz von Fahrrädern zu kommen, indem sie selbst Radfahrer anhalten, sie bedrohen und versuchen, in den Besitz des Rades zu kommen. Das Landratsamt hat bereits über den Standortältesten versucht, bei der Kommandantur in Munster eine Änderung dieser Verhältnisse zu erreichen, was aber bisher nicht gelungen ist. Auch die Bitte, Suchhunde zur Verfügung zu stellen, welche in Munster gehalten werden, ist von dort ablehnend beschieden, mit der Begründung, es sei kein Betriebsstoff für den Autotransport der Hunde vorhanden.

Die Frauen des dortigen Gebietes leben in ständiger Furcht und erklären, Versammlungen oder Frauenschaftszusammenkünfte nicht besuchen zu können, da sie vor diesen Leuten eine gewisse Angst haben.

Bundesarchiv Berlin, NS 18/557

4.9.4 Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Weser-Ems über Fluchten sowjetischer Kriegsgefangener im Emsland

Bericht der Gauleitung Weser-Ems vom 19.9.1941.

Betrifft: Ausbruch von Sowjet-Kriegsgefangenen.

In der Nacht vom 25./26.8.41 sind aus dem Lager Bathorn, Kreis Bentheim, drei Sowjet-Kriegsgefangene entwichen. Zwei sind unmittelbar nach der Flucht wieder aufgegriffen worden, einer ist entkommen. Dieser hat sich zum Hofe des Bauern Heinrich Schämaker, Bathorn-Diek, begeben. Die allein auf dem Hof weilende Frau wurde mittels eines Backsteines erschlagen und in einem Wassergraben erstickt.

Im Kreise Meppen sind in der letzten Zeit 13 französische und 10 bolschewistische Kriegsgefangene von den Arbeitsstellen des Kreises Meppen entwichen. Nach Rücksprache mit dem Gendarmerieleutnant des Kreises Meppen liegt die Zahl der entwichenen Sowjet-Gefangenen bedeutend höher, da nicht alle Lager den Gendarmerie-Stationen Meldung machen. Durch die Schutzpolizei in der Stadt Meppen wurden in Meppen, Ortsteil Schützenhof, bei dem Bewohner Claas im Heuschober 2 versteckte bolschewistische Gefangene festgenommen, die dort untergeschlüpft waren. In Meppen, Versenerstrasse, sind 2 entwichene Sowjet-Kriegsgefangene bei einer Familie Suering morgens 6 Uhr ans Fenster gekommen und haben Brot verlangt und dann mit Halsabschneiden gedroht.

Durch die verschiedenen Fluchtversuche und des vielfach geglückten Ausbrechens ist die Bevölkerung, vor allem auf dem flachen Lande, auf das Äusserste verängstigt. Da auch noch französische und serbische Kriegsgefangene des Öfteren ausbrechen, ist in der Bevölkerung ein derartiger Angstzustand eingetreten, dass sich diese, vor allem Frauen, nicht mehr auf die Strasse wagen. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dass Massnahmen getroffen werden, dass die Bevölkerung vor Verbrechen dieser Art geschützt wird.

4.9.5 Mitteilung des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI über den Umgang mit geflohenen Kriegsgefangenen (Auszug)

Kommandeur der Kriegsgefangenen Hannover, den 3. Oktober 1941 im Wehrkreis XI

An

die Landesregierung Schaumburg-Lippe, Bückeburg.

Betr.: Verbotener Umgang mit Kgf.

Wiederergreifung geflohener Kriegsgefangener.

[...]

II. Gleichzeitig nehme ich Bezug auf mein Schreiben vom 19.6.41 betr. Fluchten der Kriegsgefangenen und wiederhole meine damals ausgesprochene Bitte, innerhalb des dortigen Dienstbereiches Anweisung zu geben, dass alle Organe und verdächtige Leute achtgeben und auf die Mithilfe der Bevölkerung bei der Wiederergreifung geflohener Kriegsgefangenen hinwirken. Mit der Zahl der jetzt in den Wehrkreis verlegten und auch weiterhin noch eintreffenden sowjetischen Kriegsgefangenen wächst natürlich trotz aller erdenklichen Vorsichtsmassnahmen die Gefahr der Fluchten. Es muss mit Gewalttätigkeit aus den Lagern ausgebrochener oder von den Arbeitsplätzen entwichener sowjetischer Kriegsgefangener gerechnet werden, während bisher die geflohenen Kriegsgefangenen anderer Nationalitäten sich irgendwelcher Gewaltakte erfreulicherweise erfahrungsgemäss enthalten haben. Vor allem besteht die Möglichkeit, dass sich ausgebrochene sowjetische Kriegsgefangene zusammenrotten, Banden bilden und in einsamen Gegenden Terrorakte verüben, sei es auch nur, um sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Allerdings kann zur Beruhigung der Bevölkerung gesagt werden, dass die Flucht sowjetischer Kr.Gef. und die damit verbundenen Gefahren durch die jetzt erfolgte Genehmigung einer besseren Verpflegung in der Hauptsache gebannt sein dürften.

Trotz der zuverlässigen Arbeit des Fahndungsdienstes ist bei der Wiederergreifung geflohener Kr.Gef. die tatkräftige Mithilfe der Bevölkerung nicht zu entbehren. Es wird erneut gebeten, alle, vor allem die ländlichen Bevölkerungskreise zu erhöhter Aufmerksamkeit und Beobachtung in dieser Richtung anzuhalten.

FLUCHT

Bisher ist es dank der Mitarbeit aus allen Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt der Bahnbeamten und männlichen und weiblichen Angestellten der Reichsbahn gelungen, in vielen Fällen geflüchtete Kriegsgefangene vor Erreichen der deutschen Grenze festzunehmen. Auch hier sei wieder darauf hingewiesen, dass für die Mitwirkung bei der Wiederergriffung von Kgf. Geldbelohnungen gezahlt werden.

gez. Unterschrift,
Generalleutnant.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Bückeburg, Dep. 9 Nr. 49

4.9.6 Mitteilung des Wehrkreiskommandos X über die Auszahlung einer Belohnung für die Wiederergreifung geflohener sowjetischer Kriegsgefangener

Abschrift:

Wehrkreiskommando X

Hamburg, den 12. November 1941.

An den

Reichsverteidigungskommissar

z. Hd. des Herrn Vizepräsidenten Dr. Bock von Wülfinen, Hamburg

Betriff: Belohnung für Wiederergreifung flüchtiger Sowjet-Gefangener.

Bezug: Heutige Besprechung Vizepräsident Bock von Wülfinen/

Hauptmann Dr. Postel.

Um das Interesse der Zivilbevölkerung an der Wiederergreifung sowjetischer Kriegsgefangener zu wecken und wachzuhalten, habe ich mich entschlossen, jedem Volksgenossen, der einen sowjetischen Kriegsgefangenen wiederergreift, eine Belohnung von RM 100,- auszuzahlen. Sind mehrere an der Ergreifung eines Gefangenen beteiligt, so behalte ich mir vor, die Belohnung zu verteilen oder nach Bedarf zu erhöhen.

Ich bitte, dieses durch die zuständigen Organe der deutschen Zivilbevölkerung bekanntzugeben.

Es wäre wohl zweckmässig, wenn die Belohnungsanträge durch die zuständigen Stellen bei mir eingereicht würden.

Im Auftrage des Wehrkreisbefehlshabers.

Der Kommandeur der Kriegsgefangenen.

gez. Schöneberg.

4.9.7 Mitteilung der Staatsverwaltung Hamburg über die Herabsetzung der Belohnung für die Wiederergreifung

Staatsverwaltung der
Hansestadt Hamburg
Allgemeine Abteilung

Hamburg, den 12. Januar 1942

An (siehe Verteiler)¹⁴⁹

Betrifft: Belohnung für die Wiederergreifung flüchtiger
Sowjet-Gefangener.

Im Anschluss an das Rundschreiben der Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg vom 18. November 1941 wird im Auftrage des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis X mitgeteilt, dass das Wehrkreiskommando X, nachdem nunmehr eine gewisse Beruhigung der Bevölkerung eingetreten ist, mit Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen mit Wirkung vom 15. ds. Mts. für jeden Fall der Wiederergreifung sowjetischer Kriegsgefangener die Belohnung auf RM 30.00 herabgesetzt hat.

Es wird gebeten, die Herabsetzung der Belohnung durch die zuständigen Organe der deutschen Zivilbevölkerung bekanntzugeben.

[Unterschrift]¹⁵⁰
Regierungspräsident.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 135 B Nr.

149 Verteiler fehlt

150 unleserlich

**4.9.8 Schreiben des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis VI
betr. die Unterstützung geflohener sowjetischer Kriegsgefangener
durch die Zivilbevölkerung**

Wehrkreiskommando VI

Münster, den 14.1.1942

An Verteiler¹⁵¹

Betr.: Hergabe von Lebensmitteln an geflohene sowjetische Kr.Gef. durch
die Zivilbevölkerung.

Die Vernehmungen wiederergriffener, flüchtiger Sowjet. Kr.Gef. haben ergeben, dass den Flüchtigen des Öfteren bei Vorsprache auf Bauernhöfen Lebensmittel ausgehändigt worden sind.

Eine Häufung derartiger Fälle ist sehr bedenklich und führt zu einer Förderung der Fluchtversuche, da bei Rückkunft der wiederergriffenen Kr.Gef. ins Lager die Verproviantierungsmöglichkeit in den Bauernhöfen etc. auf dem Fluchtweg sich unter den Mitgefangenen schnell herumspricht und andere zur Flucht reizt.

Um den Anreiz zur Flucht der Kr.Gef. zu mindern, bittet das Wehrkreiskommando, die nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, die Zivilbevölkerung durch Hinweis auf die grossen Gefahren der Fluchtversuche von Kr.Gef. – namentlich der sowj. Kr.Gef. – aufzuklären und sie nachdrücklich darüber zu belehren, dass eine Verproviantierung flüchtiger Kr.Gef. als Fluchtbegünstigung mit schweren Strafen bedroht ist.

Im Auftrage des Wehrkreisbefehlshabers
Der Kommandeur der Kr.Gef.

[Unterschrift]¹⁵²

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 122 a Nr. 7061

151 Verteiler fehlt

152 unleserlich

4.9.9 Anregung des OKW, ungenutzte Forsthütten aus Sicherheitsgründen abzureissen

Der Oberpräsident
der Provinz Hannover
Forst- u. Holzwirtschaftsamt
für den Wehrwirtschaftsbez. XI

Hannover, den 7. Juli 1942
Archivstr. 2

An die Herren Landforstmeister
in Lüneburg pp.

Nachstehende Abschrift übersende ich zur Bekanntgabe an die Dienststellen Ihres Zuständigkeitsbereiches:

«Die in den staatlichen Forsten aufgestellten Forsthütten können flüchtigen Kriegsgefangenen willkommenen Unterschlupf bieten. Vor allem besteht die Gefahr, dass sowjetische Kriegsgefangene sich in ihnen niederlassen und von hier aus Raubzüge in benachbarte Ortschaften und einsam gelegene Gehöfte unternehmen.

Das Stellv. Generalkommando regt deshalb an, diejenigen Forsthütten, die gegenwärtig nicht benutzt werden, deren Benutzung in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten ist und die infolge der augenblicklichen Personaleinschränkung nicht regelmässig kontrolliert werden können, nach Möglichkeit abzureissen, bzw. sie in solche Gegenden zu versetzen, wo eine regelmässige Kontrolle durchführbar ist».

In Vertretung des Leiters
des Forst- u. Holzwirtschaftsamtes
gez. Dr. Weisser

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 660 Busschewald
Acc. 59I91 Nr. 205*

**4.9.10 Mitteilung des Oberpräsidenten Hannover über den Gebrauch von
Schusswaffen gegen sowjetische Kriegsgefangene**

Der Oberpräsident
der Provinz Hannover
Forst- u. Holzwirtschaftsamt
für den Wehrwirtschaftsbez. XI

Hannover, den 27. Juli 1942
Archivstr. 2.

An die Herren Landforstmeister in Lüneburg pp.

Betr.: Waffengebrauch gegen flüchtige russische Kriegsgefangene.

Im Einvernehmen mit der Abwehrstelle des Stellvertretenden Generalkommandos XI Hannover bestehen keine Bedenken, wenn gegen flüchtige russische Kriegsgefangene, die in den Forstrevieren einzeln oder in grösserer Anzahl ohne Bewachung angetroffen werden und auf Anruf nicht stehen, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wird. Bei etwaiger Festnahme ist äusserste Vorsicht geboten.

Die Beamten, Forstschutzangestellten und mit dem Forstschutz beauftragten Waldarbeiter sind eingehend zu belehren.

In Vertretung des Leiters
des Forst- und Holzwirtschaftsamtes:
(gez.) Dr. Weisser.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 660 Busschewald
Acc. 59/91 Nr. 209*

4.9.11 Bericht des Stalag XI B Fallingbostal über die Erschiessung eines flüchtigen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Offizierskommando in in Uslar (Kreis Northeim)

Kriegsgef. Mannsch.
Stammlager XI B
Fallingbostal
Abwehroffizier

Fallingbostal, den 16. Dezember 1942.

An den
Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI
Hannover

Betr.: Besonderes Vorkommnis.

Am 11.12.42 wurde der sowj. Kgf. Unterleutnant Romaschenko, Wasili Nr. 5602/311, vom Arb.Kdo. m in Uslar von dem Uffz. Hans Trachsel und dem Obergefr. Hermann Müller (1. Komp.Ldssch. 739) auf der Flucht erschossen.

Am 11.12.42 gegen 19 Uhr wurden 149 sowj. Kgf. (Offz.) von der Arbeitsstelle, Firma Ilse & Co in Uslar, zum Lager zurückgeführt. Die Bewachung bestand aus 6 Mann, wovon je einer vor und hinter der Kolonne und je 2 an jeder Seite gingen. Bei dem sofort nach Ankunft im Lager vorgenommenen Zählappell wurde festgestellt, dass der kgf. S.U.-Ofiz. Romaschenko fehlte. Eine Durchsuchung des Lagers war ohne Erfolg. Unter Führung des Uffz. Trachsel wurde sofort eine Nachsuche in der Umgebung vorgenommen. Gegen 20 Uhr 30 Min. wurde der Kgf. ungefähr 700-800 m vom Lager entfernt gesehen. Auf den Haltruf des Obergefr. Müller reagierte der Kgf. nicht und verschwand wieder. Bei der weiteren Suche wurde der Kgf. abermals gesehen. Wiederholte Haltrufe des Uffz. Trachsel und des Obergefr. Müller beachtete der Kgf. nicht, sondern suchte erneut zu entkommen. Darauf machten beide Wachmänner von der Waffe Gebrauch. Aus einer Entfernung von 25 m gab Uffz. Trachsel 2 Schuss aus seiner Pistole und Obergefr. Müller einen Schuss aus seinem 98er Gewehr ab. Der Kgf. erhielt einen Kopf- und einen Oberschenkelschuss und war sofort tot.

Die Leiche wurde vom K.O.¹⁵³ freigegeben und ist am 12.12.42 auf dem Judenfriedhofe in Uslar, Reihe I, Grab Nr. 3, beerdigt worden.

153 K.O.: Kontrolloffizier

DOKUMENTE

Nach der Verfügung des OKW vom 24.3.42 AWA/Kgf. Ia Nr. 398742g, Ziffer VI, hat der Uffz. Trachsel und der Obergefr. Müller rechtmässig von der Waffe Gebrauch gemacht. Es wird unter Bezugnahme auf diese Verfügung gemeldet, dass nach diesseitiger Ansicht zu

- a) nichts zu veranlassen ist,
- b) ein Einschreiten aus disziplinären Gründen nicht erforderlich erscheint und
- c) ein Tatbericht oder eine Anzeige gegen den Uffz. Trachsel und den Obergefr. Müller nicht einzureichen ist.

LV

[Unterschrift]¹⁵⁴

Major u. stellv. Kommandant.

*Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk,
Abt. 9, A 38849 Nr. 12*

¹⁵⁴ unleserlich

4.9.12 Meldung des Gendarmeriepostens Georgsmarienhütte über die Ergreifung eines geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen durch einen Landwachtposten

Gend. Posten: Gmhütte,
Kreis und Reg. Bez. Osnabrück.

Georgsmarienhütte, den 6.6.1943

Meldung.

In der Anlage überreiche ich einen Bericht des Landwachtpostenführers Gottfried Boberg, Holzhausen, über die Festnahme von drei russischen Kriegsgefangenen, die in der Nacht zum 4.6.1943 aus dem Lager in Osnabrück am Hauswöhrmannsweg, ausgebrochen sind. Am 4.6.43 [...] Boberg, von einer Kontrolle seiner Landwachtmänner zurückgekommen und hat unterwegs im Westrufer-Esch eine Spur gefunden, die in den Roggen geführt hat. Dieser etwa 150-200 Meter langen Spur ist er nachgegangen bis er auf die drei schlafenden Russen gestossen ist. Die Russen hatten von den Nachbarfeldern Klee zusammengetragen und sich ein Lager gebaut. Mit ihren Rücken hatten sich die Kriegsgefangenen zugedeckt. Sofort hat Boberg seine 08 Pistole gezogen und drei Schuss in die Luft geschossen. Leichenblass sind die Burschen aufgesprungen, haben die Hände hochgehalten und um Gnade geschrien. Unter Vorhaltung der Pistole, hat Boberg die Russen, mit hochgehobenen Händen, nach dem Sutthausen-Bahnhof getrieben, wo er auf die Landwachtsstreife gewartet hat. Als er die Streife nicht finden konnte, hat er vorbeifahrende Radfahrer gebeten die Streife, die nach dem Wulfter-Turm gegangen war, zu benachrichtigen. Zu der gleichen Zeit ist auf der Sutthausenstrasse eine Streife der Schutzpolizei Osnabrück gewesen, die von den Radfahrern, die in den frühen Morgenstunden nach Osnabrück fahren, benachrichtigt worden ist. Die Schupo-Streife, die mit einem Motorrad mit Beiwagen ausgerüstet gewesen ist, ist als erste Hilfe zu dem Boberg gekommen und hat die drei Russen mit nach Osnabrück genommen. Boberg ist dann noch mit dem Kradfahrer nach dem Roggenfeld gefahren und haben die von den Russen mitgeführten Sachen geholt. Bei der Festnahme hat Boberg den Russen gar keine Zeit gelassen ihre Sachen aufzunehmen. Als einer der drei Sowjets nach seinem Gepäck hat greifen wollen, hat er diesen in den verlängerten Rücken getreten, weil Boberg angenommen hat, der Russe würde eine Waffe oder sonst einen Gegenstand aufnehmen, und damit schlagen.

Boberg ist Weltkriegsteilnehmer 1914/18, war Vizefeldwebel und ist Inhaber des E.K. I. Er ist ein ganzer Kerl. Als Landwachtpostenführer macht er seine Streifen wie seine Männer und kontrolliert zur Nachtzeit seine Streifen, in seiner Frei-

DOKUMENTE

zeit. Er ist Besitzer eines Erbhofes und bestellt seinen Acker mit seinen Familienangehörigen; wird aber die Landwacht alarmiert, ist Boberg zur Stelle, ganz gleich zu welcher Zeit.

Ich bitte dem Boberg eine Anerkennung zukommen zu lassen, für seine unermüdliche Tätigkeit in der Landwacht.

[Unterschrift]¹⁵⁵

Mstr. der Gend.

*Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez. 201
Acc. 16 B/63 Nr. 133*

¹⁵⁵ unleserlich

4.9.13 Vernehmung des Vorarbeiters August S. wegen der Häufung von Fluchtversuchen sowjetischer Kriegsgefangener im Steinbruch Marienhagen (Kreis Alfeld/Leine)

Vernehmung
des als Vorarbeiter bei den russischen Kgf
eingesetzten August S.

Wir haben August SHI heute zu folgenden zwei Fragen vernommen:

- 1 .) Wie kam es zu der Flucht der in Ihrem Arbeitsabschnitt eingesetzten vier russischen Kriegsgefangenen am 03.08.1943?
- 2 .) Wie erklären Sie sich die in letzter Zeit sich häufenden Fluchtversuche der Gefangenen?

SM gibt hierzu Folgendes an:

- zu 1) Als am 3.8.43 der Beginn der Mittagspause um 13 Uhr durch unsere Werksirene angezeigt worden war, blieb ich noch so lange im Steinbruch und bei den mir anvertrauten russ. Kgf., bis das Mittagsschiessen beendet war und die Russen zur Entgegennahme ihrer Mittagsverpflegung in dem dafür vorgesehenen Aufenthaltsraum des Steinbruches versammelt waren. Etwa um 13.¹⁰ Uhr war das Schiessen beendet. Gleichzeitig konnte ich feststellen, dass zwei Posten zur Bewachung der Kgf. anwesend waren und zwar der Posten, der die Bewachung vormittags gehabt hatte, und sein Ablöser, der nachmittags die Bewachung übernehmen sollte. Ich sagte den Posten, dass ich nun den Steinbruch vorübergehend verlassen würde, um mir Tee zu holen. Dies tat ich dann. Dabei hielt ich mich noch etwas in der Dorfstrasse auf und nahm sodann mein Mittagessen in dem Geräteraum des Steinbruch I ein. Um 14 Uhr beim Sirensignal der beendeten Mittagspause holte ich die Kgf. aus ihrem Aufenthaltsraum ab, um sie ihren Arbeitsstellen wieder zuzuführen. Dabei musste ich feststellen, dass während meiner Abwesenheit trotz der Bewachung durch den Posten 4 Mann ausgerückt waren. Der nächstliegende Weg hierzu war der durch den Luftschutzkeller der Gemeinde. Dieser war zwar vernagelt worden, aber es bestand die Möglichkeit, dass die Russen die Tür vom Steinbruch zum Luftschutzkeller sowie die auf der anderen Seite liegende Tür vom Luftschutzkeller ins Freie aufgebrochen hatten. Ich untersuchte sofort diese Möglichkeit und fand sie bestätigt. Meine Beobachtungen teilte ich dem Posten mit und meldete sie dem Bruchmeister Hennemann.

Zu 2) Zu der Frage, wie ich mir die in letzter Zeit immer häufiger werdenden Fluchtversuche der Gefangenen erkläre, kann ich nur sagen, dass meiner Ansicht nach den Kgf. von Seiten des Wachpersonals zuviel Freiheit gewährt wird. Ausserdem wird die Autorität von uns, die wir als Vorarbeiter bei den Russen vom Betriebe eingesetzt sind, durch unkorrektes Verhalten des Kommandoführers und der Posten untergraben. Für diese Behauptung trete ich folgenden Beweis an. Vor einiger Zeit hat mein Arbeitskamerad, der Bohrer Johannsen einen Kgf., der die Arbeit verweigerte, persönlich an seinen Arbeitsplatz hingeschleppt und ihn zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen. Der Kgf. hat kurze Zeit darauf die Arbeit wiederum niedergelegt und behauptet, Johannsen habe ihn geschlagen. Zur Untersuchung dieses Vorfalles kam am folgenden Tage der Kommandoführer in den Steinbruch und hat mich, als den beauftragten Vorarbeiter dieses Russen gefragt, ob ich wüsste, wer diesen Russen geschlagen hätte. Auf meine verneinende Antwort hin hat mich der Unteroffizier vor versammelter Mannschaft in ungehöriger Art und Weise angeschrien und zurechtgewiesen. Ein solches Verhalten des Unteroffiziers hatte zur Folge, dass die Russen mir schon verschiedentlich den Gehorsam verweigert haben. So hat mir z.B. ein Russe, den ich zur Arbeit angehalten habe, durch Zeichen mit dem Zeigefinger an den Kopf bedeutet, dass ich ein Idiot sei, oder ein anderer hat mir geantwortet, als ich ihn am Kragen gepackt und an seinem Arbeitsplatz geschleppt habe, den er während der Arbeitszeit ohne Grund verlassen hatte: «Ich Offizier sagen, du mich schlagen». Ein drittes Mal ist es mir vor einigen Tagen vorgekommen, dass die Russen in einer Arbeitspause nicht den für den Aufenthalt in der Pause vorgesehenen Aufenthaltsraum aufgesucht haben, sondern sich in zwei Gruppen, die von einem Platze aus nicht zu übersehen waren, ausserhalb des Aufenthaltsraumes lagerten. Ich bestand darauf, dass die Russen den Aufenthaltsraum aufsuchten. Dies ist aus zwei Gründen betrieblich Vorschrift:

1. zur Sicherheit während des Schiessens,
2. zur Überwachung der Kriegsgefangenen.

Meinem Befehl, den Aufenthaltsraum aufzusuchen, leisteten die Russen keine Folge mit dem Bemerkten: «Du kein Posten.» Ich meldete diesen Vorfall sofort dem Posten, der gerade die Bewachung hatte. Leider hat mich der Posten in keiner Weise unterstützt, sondern hat den Russen ihren Willen gelassen. Ich war damit der Blamierte. Da bei dem Schiessen jedoch kein Unfall eintrat, und da es für uns Vorarbeiter bei den Russen leider nichts Neues ist, dass wir die Unterstützung des militärischen Wachpersonals zum Durchsetzen unserer Anordnungen nicht finden, habe ich diesen Vorfall nicht sofort gemeldet, sondern bringe ihn erst jetzt bei dieser Vernehmung zur Sprache.

Es treten häufig solche Schwierigkeiten auf, wenn wir die von den Russen verlangte Arbeitsleistung erzwingen sollen. Wenn mir, wie gesagt, ein Russe durch Zeichen bedeutet, ich sei ein Idiot, so dürfte es nicht wundernehmen, wenn mir dabei einmal die Hand ausrutscht und ich ihn schlage. Um jedoch unliebsame Auftritte mit dem Wachpersonal zu vermeiden, muss man sich beherrschen und versuchen, irgendwie anders mit seinem Willen den Russen gegenüber trotzdem durchzukommen. Die Folge von solchen Beschränkungen in der Erziehung der Russen zur Arbeit ist aber, dass die Kgf. immer anspruchsvoller werden. Und wenn sie dann von dem Wachpersonal nur so nachlässig bewacht werden, dass der Posten während meiner Abwesenheit in der Mittagspause nicht merkt, wenn sich 4 Russen aus dem Aufenthaltsraum ohne Erlaubnis entfernen, dann ist es kein Wunder, dass es zu der neuerlichen Flucht von 4 russischen Kgf. am 3.8.43 gekommen ist.

Marienhagen, den 4.8.43

V g. u.¹⁵⁶ S. August

Als Betriebsleiter des Steinbruchbetriebes habe ich verstehende Vernehmung des von der Betriebsleitung als Vorarbeiter bei den Russen eingesetzten August S. durchgeführt. Ich habe zum Inhalt der Vernehmung noch hinzuzufügen, dass es richtig ist, dass die Bewachung durch das Wachpersonal mitunter zu wünschen übrig lässt. Ich habe persönlich schon zweimal Posten während ihres Wachdienstes schlafend angetroffen. Von dieser Tatsache habe ich dem Kommandoführer spätestens am folgenden Tage Mitteilung gemacht. Der Bruchmeister Hennemann, der die Beaufsichtigung sämtlicher Russen, die in unserem Steinbruch I eingesetzt werden, unter sich hat, hat mir schon verschiedentlich gemeldet, dass auch er Posten des Öfteren schlafend angetroffen hat, dass er ihnen ihr Gewehr oder ihre Munition während ihres Schlafes weggenommen und versteckt hat, um sie so zur besseren Wachsamkeit zu erziehen.

Auf die Meldung des letzten Fluchtversuches der Russen am 3.8.43 hin machte mir der Kommandoführer den Vorwurf, die Russen seien nur deshalb ausgerückt, weil sie von uns zu wenig zu essen bekämen. Wir seien die allein Schuldigen an dieser Flucht und er ginge dabei seelisch kaputt: Den Vorwurf, dass die Russen zu wenig zu essen bekämen, habe ich zurückgewiesen und die Untersuchung darüber liegt in einer gesonderten Aktennotiz zu Papier.

156 V.g.u.: Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

DOKUMENTE

Ich schliesse hiermit die Vernehmung über die Untersuchung der Gründe der Flucht der 4 russ. Kgf. am 3.8.43 und mache diese Kgf. mit ihrer Nummer namhaft als folgende Leute:

Kg-Nr.	7017	Raschenkow, Vasaili,
„	7288	Karnjew, Michael,
„	7291	Usdinjenkow, Afanase,
„	12956	Heidenko, Nikolai.

Marienhagen, den 3.8.43

[Unterschrift]¹⁵⁷

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 1009 N Zg. 55/2001 Nr. 7728

157 unleserlich

4.9.14 Meldung des Stalag XI B Fallingbostal über die Tötung eines flüchtenden sowjetischen Kriegsgefangenen in Braunschweig

Kriegsgef. Mannsch. Stammlager XI B
Fallingbostal
Abwehroffizier

Fallingbostal, den 13.8.1943.

An den
Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI

Hannover
Misburger Damm 18

Betr.: Meldung über besonderes Vorkommnis – Schussverletzung mit tödlichem Ausgang des sowj. Kgf. Ltn. Iwtschenko, Iwan, Erk.Nr. 22 686 vom SU-Offz. Arb. Kdo. 114 Braunschweig – Verschiebebahnhof.

Am 4.8.43 wurde der sowj. Kgf. Iwtschenko, Iwan, Erk.Nr. 22686 (Stalag XI B) vom Kgf. Arb.Kdo. 114 Braunschweig-Verschiebebahnhof durch Gewehrschuss des Schützen Horst Krieschebuch der 1./715 schwer verletzt.

Bei dem Vorkommnis war der O.Gefr. Paul Lindenberg 1./715 zugegen.

Am 4.8.43, vormittags 9.15 Uhr beobachtete der verpflichtete Hilfswam¹⁵⁸ Dominikus Fick von seiner Arbeitsstelle aus, wie sich in einer Entfernung von ca 20 m ein sowj. Kgf. einer benachbarten Arbeitskolonne unter den vor der Akerstrasse stehenden Güterzügen hindurchkroch. Fick beobachtete weiter, wie der Kgf. einen Brennstoff-Tankwagen von unten betrachtete und schliesslich in den Hohlraum zwischen Tank und Unterteil hineinkroch und sich dort versteckte.

Diese Wahrnehmung meldete Fick daraufhin dem stellv. Kommandoführer, O.Gefr. Lindenberg, der sich zusammen mit dem Schützen Krieschebuch und dem Hilfswam Fick zu der vom letzteren bezeichneten Stelle begab. Nachdem hier festgestellt wurde, dass der Kgf. noch in seinem Versteck sass, begab sich F. wieder zu seiner Arbeitskolonne. Die Warn bedeuteten dem Kgf. nun aus seinem Versteck herauszukommen. Der Kgf. reagierte aber nicht darauf. Auch der Versuch des O.Gefr. Lindenberg, ihn mit dem Seitengewehr zu stechen, um ihm dadurch eindeutig klar zu machen, dass er mit Anwendung schärfster Waffengewalt zu rechnen habe, fruchtete nicht bei ihm. Der Kgf. zog sich stattdessen so weit in den

158 Warn: Wachmann

DOKUMENTE

Hohlraum hinein, dass er kaum noch zu sehen war. Der unter Dampf stehende Zug konnte jeden Augenblick abfahren. Eine Benachrichtigung des Lok.-Führers war nicht möglich, da sich der Wagen am Schluss des langen Zuges befand. Eile tat daher not. Der O.Gefr. Lindenberg hiess deshalb dem Schützen Krieschebuch sein Gewehr schussfertig zu machen und forderte den Kgf. ein letztes Mal zum Hervorkommen auf. Als dies wieder vergeblich war, schoss K. in das Versteck hinein. Anstatt nun hervorzukommen, versuchte der Kgf. noch weiter in den Hohlraum zu kriechen. Erst nach einem zweiten Schuss kam er heraus, sodass die Warn ihn mit grosser Mühe unter dem gerade abfahrenden Zuge bergen konnten. Der Kgf. wurde von den Warn ins Lager geschafft und der dort zufällig anwesende Lagerarzt Dr. Güntsch veranlasste seine Überführung in das Standortlazarett Braunschweig.

Der Kgf. ist dort am selben Tage verstorben. Die Beerdigung hat am 6.8.43 auf dem Hauptfriedhof Braunschweig, Helmstedterstrasse (südöstliche Ecke des Verbrennungsplatzes) stattgefunden. Das Grab hat die Nr. 1 erhalten.

Sterbefallanzeige ist nachgefordert. Vernehmungsniederschrift des Schützen Krieschebuch, O.Gefr. Lindenberg und Schachtmeister Fick liegen bei.

[Unterschrift]¹⁵⁹

*Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk,
Abt. 9, A 38849 Nr. 12*

159 unleserlich

4.9.15 Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD über Anordnungen des OKW zur Verhinderung von Fluchten kriegsgefangener sowjetischer Offiziere

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

Berlin, den 20. August 1943

An alle
Staatspolizeileitstellen,
Kommandeure der Sipo. u. d. SD.,
Befehlshaber der Sipo. u. d. SD.,

Betrifft: Massnahmen zur Verhinderung der Flucht kriegsgefangener
sowjetrussischer Offiziere von den Arbeitskommandos.

Auf Grund der stark angestiegenen Fluchtfälle kriegsgefangener sowjetrussischer Offiziere von den Arbeitskommandos hat das Oberkommando der Wehrmacht durch Erlass vom 29.7.43 – Az. 2f 24.17s Kriegsgef.Org. (IIIb) Nr. 3329/43 – aus Vorbeugungsgründen folgende Sofortmassnahmen angeordnet:

- 1 .) Grundsatz: Kolonnenarbeit.
Abtrennung von allen Zivilarbeitern, insbesondere von östlichen und südöstlichen, auf der Arbeitsstelle ist erforderlich. Ausnahmen sind sorgfältig in Zusammenarbeit mit Abwehr zu überprüfen und an OKW im Falle von Fluchten zu melden.
- 2 .) Die in der Rüstungsindustrie beschäftigten kr.gef. sowj. Offiziere, deren Führung nicht einwandfrei ist, und die einen schlechten Einfluss auf andere Kr.Gef. ausüben, sind im Einvernehmen mit den Arbeitsämtern aus ihren bisherigen Einsatzstellen herauszulösen und in geschlossene Kdos. in schwerere Arbeit bei guter Übersichtsmöglichkeit einzusetzen. Offenkundige Hetzer sind der Sicherheitspolizei zu übergeben.
- 3 .) Die Arbeitsstellen und die Unterkünfte kr.gef. sowj. Offiziere sind zu überprüfen, ob sie bei Anlegung schärfster Massstäbe den abwehrmässigen Anforderungen entsprechen. Die Unterkünfte müssen durch besonders starke Verschlussvorrichtungen gesichert sein. Zur Verstärkung der Bewachung der Unterkünfte während der Nacht können zusätzlich Wachhunde eingesetzt werden.
- 4 .) Hilfspatrollen sind für eine ausreichende Bewachung auf den Arbeitsplätzen entsprechend zu verstärken. Sie sind grundsätzlich bewaffnet ein-

DOKUMENTE

zusetzen. Ausnahmen sind nur bei übersichtlichem Arbeitseinsatz in geschlossenen Räumen zulässig.

- 5 .) V-Leute sind in verstärktem Umfang in die Arb.Kdos. einzubauen.
- 6 .) Wachmannschaften und Hilfwachmannschaften sind durch A.O.¹⁶⁰ in kürzeren Zwischenräumen fortlaufend über ihre Pflichten zu unterrichten.
- 7 .) Wo trotz Verstärkung der Sicherungsmassnahmen Mängel nicht behoben werden können, sind die Offiziers-Kdos. unverzüglich zurückzuziehen. Den zuständigen LAA ist Gelegenheit zur Ersatzgestaltung zu geben.
- 8 .) Nacharbeit kr.gef. sowj. Offiziere ist nur auf Arbeitsplätzen zuzulassen, die ständig durch Verstärkung der Wachmannschaften oder Hilfwachmannschaften bewacht sind.

Ich bitte um Kenntnisnahme. Die Kreis- und Ortspolizeibehörden sind von der Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht zu unterrichten. Berichte sind zu erstatten, wenn aus sicherheitspolitischen Gründen Abhilfe erforderlich ist.

In Vertretung:

gez.: Müller

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich, Dep. 44 C Nr. 172

¹⁶⁰ A.O.: Arbeitseinsatz-Offizier

4.9.16 Mitteilung des Landrates des Kreises Bersenbrück über die geplante Flucht sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Arbeitskommando 139 in Settrup

Der Landrat

Bersenbrück, den 15. April 1944.

An
den Herrn Regierungspräsidenten in
Osnabrück.

Betrifft: Komplott russischer Kriegsgefangener.

Fernmündliche Besprechung mit dem Herrn Regierungspräsidenten.

In dem Kriegsgefangenenlager Arbeitskommando 139 in Settrup befinden sich z.Zt. 41 russische Kriegsgefangene, die durch 2 Wachtposten des Landeschützen-Btl. 487 bewacht werden. Die russ. Kriegsgefangenen arbeiten zum Teil bei Bauern und in der Fabrik von Tebbenhoff in Settrup.

Nach Aussagen eines russ. Kriegsgefangenen sollen die Kriegsgefangenen darin übereingekommen sein, bei passender Gelegenheit die Wachtposten zu beseitigen, sich 2 Lastkraftwagen der Firma Tebbenhoff anzueignen und damit zu flüchten.

Näheres, wie die Tat ausgeführt werden soll und zu welchem Zeitpunkt, ist hier noch nicht bekannt. Eine Nachfrage beim Kontrolloffizier in Bersenbrück bestätigt die vorgemachten Ausführungen.

Seitens des Wachtbtl. 487 soll am Sonntag eine unvermutete Kontrolle des gesamten Lagers und der Kriegsgefangenen stattfinden. Über das Ergebnis der Kontrolle werde ich sofort berichten. Abschrift dieses Berichts hat ebenfalls die Aussendienststelle Osnabrück der Staatspolizeileitstelle Münster und die Hauptausdienststelle Osnabrück des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS erhalten.

LV

[Unterschrift]¹⁶¹

Landrat.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430 Dez 303 Acc. 19/36 Nr. 230

161 unleserlich

DOKUMENTE

4.9.17 Mitteilung des Stabes der Flakuntergruppe Oldenburg über die Flucht eines Kriegsgefangenen aus einer Flakstellung der Luftwaffe

Stab/Flakuntergruppe.Oldenburg

Gefechtsstand, den 20.9.1944

An das Forstamt Oldenburg Oldenburg i.O., Ministerium

Betr.: Meldung über die Flucht eines sowj. Kriegsgefangenen des I. Zuges der
27942

Am 18.9.1944 stellte der Wachposten des I. Zuges der 27942 beim Wecken der
sowj. Kr.-Gef. fest, dass der Kr.-Gef. Nikolaus Ljapinow, Erk.M.Nr. 12 494 X D,
nicht anwesend war und anscheinend die Zugstellung verlassen hatte.

Personalbeschreibung:

Name:	Ljapinow
Vorname:	Nikolaus
Erk.Marken-Nr .:	12 494 X D
geboren am:	24.5.1920
Staatsangehörigkeit:	Russe
Dienstgrad:	Soldat
Grösse:	1,76 m
Haarfarbe:	dunkel bis schwarz
Augen:	dunkelbraun
Gestalt:	schlank, schmales Gesicht spricht sehr schlecht Deutsch.

Ausgangsort der Flucht:

Stellung Kadaver des I. Zuges der 2-/942, südlich des Fliegerhorstes Oldenburg.

Sonstige, für die Wiederergreifung wissenswerte Tatsachen:

Der Russe Ljapinow wurde der 27942 am 2.9.1944 vom LGK.XI, wo er längere
Zeit beim Bunkerbau eingesetzt war, zugewiesen. Er war folgsam und fleissig,
zeigte ein bescheidenes, zurückhaltendes Wesen, fügte sich auch sonst gut in den
Rahmen der übrigen Mitgefangenen, die überaus willig ihre Arbeit und den Dienst
am Geschütz verrichten, ein, so dass zu einer besonders scharfen Bewachung kein
Grund vorlag. Von einem Abschliessen der Russenbaracke wurde Abstand ge-

nommen, da es sich bei den anderen Mitgefangenen um allgemein zuverlässige Russen handelt, die schon seit Januar 1943 bei der Luftwaffe eingesetzt und auch des Nachts bei jedem Fliegeralarm mit am Geschütz stehen. Nachdem der Kr.-Gef. L. sich in der Nacht vom 17. zum 18.9.1944 während der Feuerbereitschaft noch am Geschütz befunden hatte, wurde morgens beim Wecken festgestellt, dass er sich aus der Stellung entfernt hatte. Von den Mitgefangenen, die beim Wecken infolge des vielen Alarms noch fest schliefen, hatte keiner von der Flucht des L. etwas gemerkt. Die Mitgefangenen sagen auch übereinstimmend aus, dass sie über Fluchtabsichten des L. keinerlei Kenntnis hatten und auch irgendwelche Vorbereitungen hierzu nicht wahrgenommen haben. Tatsächlich ergab die sofort durchgeführte Durchsuchung der Russenbaracke, dass der Kr.-Gef. L. die Flucht völlig unvorbereitet vorgenommen haben muss, da er sich ohne Mantel, ohne irgendwelche Nahrungsmittel, nur mit Schnürschuhen und der grünen Russenuniform bekleidet, entfernt hat.

Die vom Zugführer sofort vorgenommene Suchaktion in und in der Nähe der Zugstellung war erfolglos.

Es wird vermutet, dass der Tod von 2 Mitgefangenen, die zusammen mit 1 Uffz. und 4 Lw.-Helfern am Spätnachmittag des 16.9.1944 einem feindlichen Tief-fliegerangriff während ihres Dienstes am Geschütz zum Opfer fielen, den Kr.-Gef. L. völlig durcheinandergebracht hat. Aufgrund seines scheuen Verhaltens, besonders nach diesem Fliegerangriff, wird angenommen, dass L. aus Furcht vor weiteren Fliegerangriffen geflohen ist. Nach weiteren Aussagen der Mitgefangenen ist L. des Öfteren nicht ganz zurechnungsfähig, so dass auch mit Selbstmord gerechnet werden muss.

[...]

[Unterschrift]¹⁶²

Major und Abteilungskommandeur

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Oldenburg, 211 Nr. 8011

**4.9.18 Bericht des Forstamtes Schulenberg (Kreis Zellerfeld) über die
Umstände der Flucht zweier sowjetischer Kriegsgefangener**

Der Preuss. Forstmeister
des Forstamts Schulenberg

Schulenberg (Harz), den 6.11.1944

An
den Herrn Landforstmeister
des Regierungs-Forstamts in Hildesheim

Betr.: Einsatz der Kriegsgefangenen.

Am 26.10.44 entwichen auf dem Wege zur Arbeitsstelle 2 Sowjet. Kriegsgefangene. Da es an diesem Morgen aussergewöhnlich dunkel war wurde die Flucht von dem Wachmann und den 3 Kolonnenführern erst an der Arbeitsstelle bemerkt. Am nächsten Tage wurden die beiden Kgf. bei Oker wieder ergriffen. Nachhier zurückgeführt sitzen sie seit dem 27.10. im Arrestraum in Altenau. Als Fluchtgrund wird von beiden angegeben: «Sie wollten zum anderen Lager, da sie dort nicht so viel arbeiten brauchen und gleiche Ernährungssätze erhalten, ob sie nun 70% leisten oder nicht.» Nach meinen Feststellungen scheint nicht überall der Einsatz und somit die Verpflegungszulage nach den gegebenen Richtlinien durchgeführt zu werden. Dies wird mir von meinen Kriegsgef. sowie auch von meinen Kolonnenführern stets vorgehalten. Es besteht somit für mich die berechtigte Gefahr, dass nach und nach von manchem Kgf. Fluchtversuch unternommen wird um damit das Ziel «Mehr Essen durch geringe Leistung» zu erreichen. Die beiden geflüchteten Kgf. sind bereits über 8 Tage im Arrest und werden wie ich höre, nicht wieder nach hier zurückgeführt. Da diese Kgf. offensichtlich Sabotage in der Zurückhaltung ihrer Arbeitskraft übten erzielten sie nie 70% der Normalleistung und empfangen daher auch nur Normalverpflegung. Nach meinen langjährigen Erfahrungen kann der Sowjet. Kgf. nur durch Essen zu einer höheren Leistung erzogen werden. Hierbei ist aber Voraussetzung, dass wenigstens in den benachbarten Forstämtern nach gleichen Gesichtspunkten gehandelt wird. In den letzten Wochen habe ich die Feststellung getroffen, dass die Leistung meiner bisher bis zu 95% der Normalleistung herangekommenen Kgf. erheblich aus obigen Gründen nachliess. Ich konnte nur dadurch die Leistung wieder über 70% steigern indem ich von heut auf morgen alle Kgf. auf Normalverpflegung setzte. Meine Kgf. werden äusserst gut ernährt und kann der grösste Teil, da es alles junge und kräftige

Leute sind, ohne Weiteres 100% leisten. Die Ernährungszulage setze ich wöchentlich im Voraus nach der Leistung der abgelaufenen Woche fest, und zwar nach den erlassenen Bestimmungen. Ich habe hiermit die besten Erfolge erzielt. Einen längeren Zeitraum als wie eine Woche in der Festsetzung der Ernährungszulage halte ich für sehr nachteilig. Es ist bei der angespannten Ernährungslage des deutschen Volkes unverantwortlich, wenn an alle Kgf. Schwerarbeiterzulage gegeben wird, ganz gleich ob er 20 oder 80% leistet. Die meisten Deutschen müssen bei weit höherer körperlicher Inanspruchnahme mit Normalverpflegung auskommen.

Durch diesen Fluchtversuch wurde mir von meinem Kommandoführer eine Anordnung der Kompanie-Chefs der Bewachungskompanie 1/461 in Wolfshagen – Herr Hauptmann Pieke – zur Kenntnis gegeben. Danach erfolgte die militärische Bewachung der Kgf. nur noch im Lager. Die Bewachung von und zur Arbeitsstelle sowie auf dieser ist Sache der Kolonnenführer, die z.T. Hilfswachmänner sind. Der Wachmann hat neben dem Kommandoführer absolut nichts zu tun, es sei denn, dass er in Krankheitsfällen die Kgf. dem Arzt vorführen muss. Wenn auch das Bewachungspersonal knapp ist, so ist es mir unverständlich aus welchem Grunde dann überhaupt noch ein Wachmann eingesetzt wird. Die wirklich geringe Arbeit die im Lager übrig bleibt kann vom Kommandoführer mit gemacht werden, wie es bei der vorherigen Kompanie monatelang der Fall war. Ich habe von dem Kommandoführer verlangt, dass wenigstens abends die Kgf. durch den Wachmann abgeholt werden. Dies erfolgt entgegen den Anordnungen des Hauptmanns freiwillig durch den Wachmann. Meine Kolonnenführer sind alle Weltkriegsteilnehmer und würden neben der augenblicklichen Arbeitszeit von täglich 8 Stunden durch den An- u. Abmarsch der Kgf. 12 bis 13 Stunden im Einsatz stehen. Dagegen verleben die Wachmannschaften herrliche Tage.

Im Interesse der Kolonnenführer halte ich es für dringend erforderlich, da bereits von diesen bei der Arbeit durch die Sturheit der Sowjet. Kgf. ein hoher Einsatz verlangt werden muss, dass von der Kompanie, sofern Wachleute auf den Arbeitskommandos vorhanden sind, die Bewachung von und zur Arbeitsstelle durch diese Kräfte erfolgt.

Um weitere Fluchtversuche infolge Dunkelheit auszuschliessen werden die Kgf. nur im Hellen von und zur Arbeitsstelle geführt. Um die festgesetzte reine Arbeitszeit zu erreichen müssen die Kgf. gegenüber den deutschen Waldarbeitern Sonnabends länger arbeiten.

Ich halte es grundsätzlich für falsch, dass Kgf. die wegen Sabotage gegenüber der Arbeit geflohen sind solange eingesperrt werden um dann nach Aburteilung einer Strafkompanie zugeführt werden. Zurück ins alte Lager kommen diese Kräfte nicht. Ersatz ist bisher nicht gestellt worden. Der Kgf. hat es somit erreicht was er wollte. 1. Fort vom Lager wo er arbeiten muss, und 2. einige Wochen sich von der Arbeit fernhalten.

DOKUMENTE

Bisher wurde es hier durch die alte Bewachungskompanie folgendermassen geregelt. Wenn Kgf. geflohen waren, dann wurden sie dem bisherigen Lager wieder zugeführt und mit 6 Tagen Einzelhaft bestraft. Auf der Arbeitsstelle hatte dann der Kolonnenführer die Möglichkeit die betreffenden Kgf. zur Arbeit heranzuziehen. In den meisten Fällen wurden es noch brauchbare Arbeitskräfte.

Bei gelegentlicher Anwesenheit des Kreisleiters habe ich in meiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter ihm diese grundsätzlichen Fragen unterbreitet und werden auch von dieser Stelle aus entsprechende Schritte unternommen.

Wie mir gestern gemeldet wurde, ist der Kolonnenführer und Hilfswachmann Karl Ebeling, trotzdem der Wachmann bei der Flucht der Kgf. zugegen war, von der Kompanie mit einer Geldstrafe von 30,- RM bestraft worden. Ich halte die Bestrafung für eine grosse Härte und ungerechtfertigt. Es wird also der Mann, der sich restlos für die hohe Leistung der Kgf. vorbildlich einsetzt für seine grosse Mühe zusätzlich bestraft. Wenn schon eine Bestrafung erforderlich sein sollte, so dürfte doch wohl ich als verantwortlicher derzeitiger Betriebsführer in Frage kommen, da ich die Anordnung des Arbeitsbeginns gegeben habe. Auf jeden Fall wird eine derartige Massnahme die Arbeitsfreudigkeit keineswegs heben und der Kolonnenführer kann, da er durch die Arbeitskontrolle pp. auf der Arbeitsstelle die Verantwortung in der Beaufsichtigung trägt, diese bei derartigen Strafmassnahmen nicht mehr tragen. Die Kolonnenführer müssen recht oft selbst mit Hand anlegen, damit die Sortierung pp des Holzes richtig von den Kgf. erfolgt. Hierbei können, auch bei bester Geländeübersicht, darauf eingestellte Kgf. von der Arbeitsstelle entfliehen. Wenn auch der Kolonnenführer Hilfswachmann mit ist, so ist seine Haupttätigkeit die des Kolonnenführers. Wenn er bei jedem Fluchtversuch eine Geldstrafe oder sonstige Strafen zu erwarten hat, dann wird der Einsatz der Kgf. praktisch unmöglich gemacht, zumal man den Betrieb eines Forstamtes nicht mit einem Industriebetrieb vergleichen kann. Ich bitte die entsprechenden militärischen Dienststellen zu einer anderen Einstellung gegenüber den Kolonnenführern der Forstverwaltung beeinflussen zu wollen. Die verhängte Geldstrafe wurde als zu Unrecht bestehend von dem Kolonnenführer Karl Ebeling und mir dem Kommandoführer gegenüber abgelehnt.

LV

[Unterschrift]¹⁶³

*Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim
Nr. 17306*

4.9.19 Aussage des Wachmannes Oskar Gerlach über die Flucht eines sowjetischen Kriegsgefangenen in Osnabrück

Osnabrück, den 4. Januar 1945

Auf Vorladung erscheint der Wachmann Oskar Gerlach und erklärt zur Person:

Ich heiße Oskar Gerlach, bin geboren am 2.2.1888 in Greitzsch, Kreis Leipzig und wohne jetzt in Osnabrück, Blumenhaller Weg 22. Ich bin verheiratet und habe keine Kinder. Im Zivilberuf Orchestermusiker beim Deutschen National theater.

Zur Sache selbst habe ich Folgendes auszusagen:

Am 5. September 1944 wurde ich zum langfristigen Notdienst herangezogen und als Wachmann für die Gefangenenbewachung bei der Stadtverwaltung Osnabrück (Stadtwerke) eingesetzt.

Am 15.9.1944 hatte ich gemeinsam mit meinem Kameraden Otto Illmann 10 Gefangene zu bewachen, die auf dem Strassenbahndepot Strassenbahnschienen umzuladen hatten. Die Arbeiten waren an drei verschiedenen Stellen des Depots durchzuführen. Die Aufsicht wurde dadurch erschwert, dass zwischen den einzelnen Arbeitsstellen ein Strassenbahntaxi stand, der die Übersicht verhinderte. Hinzu kam auch, dass alle Augenblicke Gefangene sich zum Austreten meldeten, so dass stets einer von uns beiden Wachleuten diese zu den Klosetts führen musste, die sich in der Wagenhalle des Strassenbahndepots befinden. Die Entweichung des russischen Kriegsgefangenen Michael Sorokin ist auch in dem Augenblick erfolgt, als der Wachmann Illmann mit 2 Kriegsgefangenen zu den Klosettanlagen gegangen war. Wie ich schon erwähnt habe, war die Beaufsichtigung durch die oben geschilderten Umstände für einen Wachmann sehr erschwert, so dass erst nach Rückkunft des Wachmanns Illmann das Fehlen des entwichenen Kriegsgefangenen Sorokin festgestellt wurde und zwar auch nur daran, weil wir beide gemeinsam vorsichtshalber die an den verschiedenen Arbeitsstellen arbeitenden Gefangenen durchzählten.

Nachdem wir das Fehlen des Sorokin festgestellt hatten, blieb ich allein als Wachmann bei den Kriegsgefangenen zurück und der Wachmann Illmann begab sich auf die Suche nach dem entwichenen Sorokin. Nach ca. einer Stunde kam Illmann ergebnislos von seiner Suche zurück. Daraufhin hat sich Illmann sofort zum Polizeigefängnis begeben und das Entweichen des Kriegsgefangenen Sorokin gemeldet. Als Illmann vom Polizeigefängnis zurückkam haben wir die Gefangenen gegen 17.30 Uhr zum Polizeigefängnis zurückgebracht. Nach Ablieferung der

DOKUMENTE

Gefangenen begaben Illmann und ich uns zum 2. Polizei-Revier und meldeten dort dem Bev.-Obtln.d.SchP. Peper als Revierführer den Vorfall. Bev.Obtln.d.SchP. Peper verwies uns an die Gestapo, bei der wir dann sofort die Meldung über das Entweichen des Kriegsgefangenen Sorokin erstatteten.

Alle Meldungen haben wir persönlich erstattet, weil infolge der Angriffe telefonische Meldungen nicht durchgegeben werden konnten.

Ich persönlich glaube, auch an diesem Tage meine volle Pflicht erfüllt zu haben und ist das Entweichen des Kriegsgefangenen Sorokin nur auf die unglücklichen Umstände, wie ich sie bereits oben geschildert habe, zurückzuführen.

Geschlossen:

[Unterschrift]¹⁶⁴

v.g.u.¹⁶⁵

Polizeiinspektor.

Oskar Gerlach
Wachmann.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 3 b Acc. 46/86Nr. 423

164 unleserlich

165 Vg.u.: Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

4-10 Widerstand und Kollaboration

4.10.1 Mitteilung des Kontrolloffiziers des Stalag XI B Fallingb. über den Einsatz eines sowjetischen Kriegsgefangenen als «Propagandist» in den Arbeitskommandos des Bezirks Alfeld

M.-St.-Lg. XI B.
Kontrolloffizier

Alfeld, den 19.2.1943.

An
den Herrn Landrat in Sp_ring_e_t

Betr.: Propagandisten, sowj. Kgf. Uffz. Iwan Kogut, Nr. 372/33475.

Ich bringe hierdurch zur Kenntnis, dass der o.g. Kgf. auf Anordnung des OKW zur Durchführung propagandistischer Aufgaben unter den sowj. Kgf. russische Arb. Kdos. im Kontrollbezirk I Alfeld, besucht. Die Dauer seines Aufenthaltes im Kontrollbezirk I ist noch unbestimmt.

Der Kgf. ist lt. OKW Befehl wie ein deutscher Soldat zu behandeln und trägt einen diesbezüglichen Ausweis des OKW bei sich. Er trägt noch ausländische Uniform und wird deshalb und weil er nicht deutsch versteht, bei seinen Fahrten von einem deutschen Wehrmachtsangehörigen begleitet.

Es wird anheimgestellt, die in Frage kommenden Dienststellen zu benachrichtigen.

Gegebenenfalls bitte ich, dem Kogut Schutz zu gewähren.

gez. Unterschrift.
Hauptmann u.K.O.

Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover, Dep. in Nr. 2897

4.10.2 Schreiben des Arbeitsamtes Bremen über den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen als «Freiwillige Propagandisten»

Arbeitsamt Bremen

Bremen, den 27. August 1943
Bürenstrasse 19

An den
Senator für das Bauwesen,
Bremen.
Bauhof

Betrifft: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen;

hier: Propaganda unter den sowjetischen Kriegsgefangenen.

Vom OKW/WPr¹⁶⁶ sind in sämtlichen Kriegsgefangenenlagern russische Freiwillige Propagandisten mit der Aufgabe eingesetzt, die sowjetischen Kriegsgefangenen durch zielbewusste Propaganda zu einer eindeutigen Kampfansage gegen den Bolschewismus zu bestimmen und den Einfluss der Stalinanhänger auszumerzen.

Die Freiwilligen Propagandisten haben den Kriegsgefangenen den europäischen Sinn des Krieges klar und deutlich zu vermitteln und sich offen und bedingungslos für ein Zusammengehen mit Deutschland einzusetzen. Sie haben überzeugend nachzuweisen, dass der Platz des russischen Volkes in der europäischen Völkerfamilie davon abhängt, in welchem Ausmasse es sich am Kampf gegen den Bolschewismus beteiligt. Sie haben dabei u.a. zu betonen, dass eine vorbildliche Leistung im Arbeitseinsatz als eine aktive Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus bewertet und auch belohnt wird.

Im Auftrag:

- 1.) 1 Überstück an den
Lagerführer Meyer des Kriegsgefangenenlagers
Grambker Heerstr. Zur Kenntnisnahme.
- 2.) 1 Überstück an den
Pionierbaustab, Bauhof,
mit der Bitte, von dem Vorstehenden Kenntnis zu nehmen.

166 Oberkommando der Wehrmacht / Abteilung Wehrmachtpropaganda

- 3.) An die Abteilung Arbeitseinsatz
zur Kenntnis.
- 4.) Zu den Akten.

Bremen, den 6. September 1943.
Der Senator für Bauwesen.
Im Auftrag:

[Unterschrift]¹⁶⁷

Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1293

¹⁶⁷ unleserlich

4.10.3 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu Inlandsfragen vom 2. September 1943

Stimmung und Haltung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Urteil der deutschen Bevölkerung

Nach zahlreichen Berichten aus allen Teilen des Reiches (Düsseldorf, Braunschweig, Karlsruhe, Bayreuth, Stettin, Nürnberg, Weimar, Bielefeld, Bremen, Schwerin, Kassel, Dresden, Dessau, Breslau, Frankfurt (Oder), Danzig und Innsbruck) werde der Einsatz der sowjetrussischen Kriegsgefangenen von der deutschen Bevölkerung lebhaft erörtert.

[...]

- 5.) Hinsichtlich der politischen Einstellung der Kriegsgefangenen gehen die Meinungen zum Teil stark auseinander. Während verschiedentlich behauptet werde, die Sowjets wären in ihrer Masse undefinierbar, brächten andere Stimmen zum Ausdruck, dass sie aufgrund ihrer Erziehung im bolschewistischen Sinne so gefestigt seien, dass sie nach wie vor politisch als bolschewistisch-kommunistisch verseucht anzusehen seien. Im Allgemeinen sei die Haltung der Sowjets in politischer Beziehung als verschlossen und abwartend zu bezeichnen.

Hinsichtlich der künftigen Entwicklung der politischen und militärischen Lage heisst es in den Meldungen fast übereinstimmend, dass die Sowjets als Produkt ihrer politischen Erziehung nach wie vor der Auffassung seien, dass der Krieg zu Ungunsten Deutschlands ausgehen werde und dass vor allem die Rote Armee sich weiterhin im Vormarsch auf Deutschland befände. Kennzeichnend für die meisten sowjetischen Kriegsgefangenen könne wohl folgender Ausspruch eines sowjetischen Offiziers gelten:

«Von Hitler wollen sie nichts hören und über Stalin lassen sie sich nicht aus.» (Bremen)

Aus dem Landkreis Wesermünde konnten Äusserungen erfasst werden, wonach die kriegsgefangenen Sowjets wohl Sehnsucht nach Russland hätten, ausserdem aber «im schönen Deutschland» herrschen möchten.

[...]

- 6.) Die unter den sowjetischen Kriegsgefangenen eingesetzte deutsche Propaganda hat bisher erst einen Teil der Gefangenen erfasst. Trotz aller Bemühungen der Wehrmacht und der freiwilligen Propagandisten seien die Werbemassnahmen beispielsweise zum Eintritt in die Freiwilligenverbände noch nicht von dem Erfolg begleitet, wie er an sich erwartet werden könnte.

Andererseits seien die zum freiwilligen Eintritt bereiten Kriegsgefangenen noch nicht zum Einsatz gelangt, was sich stimmungsmässig nachteilig auswirke.

[...]

Bedenklich erscheine die Tatsache, wonach ein etwa 21- bis 23-jähriger sowjetrussischer Leutnant ohne Begleitung zu seinen gefangenen Kameraden sprechen durfte, ohne dass die Möglichkeit bestand, die Ausführungen dieses Menschen zu kontrollieren, da kein Dolmetscher vorhanden war. (Braunschweig). Welche Folgen dies haben kann, geht aus einer Meldung aus Blankenburg/Harz hervor:

«Hier sprach ein sowjetischer Offizier im Gefangenenlager Neumühle bei Clausthal-Zellerfeld, um für eine Freiwilligenlegion zu werben. Gleich anschliessend hielt er im Ostarbeiterlager des Werkes «Clausthal» eine Rede, wonach der sowjetische Offizier sinngemäss gesagt habe: «Ich weiss, dass ihr von den Deutschen geschlagen werdet, aber lasst euch ruhig schlagen. In vier Wochen schlagen wir sie wieder.» (Staatspolizeiliche Massnahmen wurden veranlasst.)

- 7.) Hinsichtlich der stimmungsmässigen Auswirkungen der politischen und militärischen Ereignisse auf die sowjetrussischen Kriegsgefangenen könne eindeutig festgestellt werden, dass die Sowjets im Allgemeinen von diesen Ereignissen in kürzester Zeit unterrichtet seien und sie immer stärker diskutieren würden. Diese schnelle Unterrichtung ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass die Sowjets auf ihren Arbeitsplätzen vielfach mit Ostarbeitern, Tschechen, Franzosen und anderen, Deutschland nicht besonders freundlich gesonnenen Arbeitern zusammenkommen.

[...]

aus: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1958-1945, Herrsching 1984, Band 14, S. 5702-5704.

DOKUMENTE

1.1.1 Anzeige der Gestapo Braunschweig über die Einlieferung des Kriegsgefangenen Iwan Worobjow in das Gefängnis Wolfenbüttel

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Braunschweig

Braunschweig, den 27.5.1944

Einlieferungsanzeige

Festgenommen am 7.5.1944, um Uhr.

Eingeliefert in das Gefängnis – Wolfenbüttel am 27.5.1944, um ... Uhr. in das
Arbeitserziehungslager am

Entlassen aus dem Gefängnis – Haftlokal – am

Familienname: Worobj ow

Vorname: Iwan

Beruf: Kg. beschäftigt bei

Geburtstag: 14.9.1921

Ort: Nataljino Kreis: Bogorodskij

Staatsangehörigkeit: UdSSR Parteizugehörigkeit:

Religion: glaubenslos

Wohnung: Kriegsgefangenenlager Drütte, Krs. Wolfenbüttel

Ledig; verheiratet mit ledig keine Kinder

Wohnung der Ehefrau: /

Eltern: Stepan W und Anastasija, geb. Markina

Wohnung der Eltern: Nataljino

Vorstrafen: angeblich keine

Der eingelieferten Person wurden
folgende Sachen abgenommen:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Anerkannt:

.....

Grund der Festnahme:
Bandenbildung sowjetrussischer
Kriegsgefangener.

.....
.....
.....
.....
.....

[Unterschrift]¹⁶⁸
Krim.-Sekt.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 43 Ä Neu Nr. 93/1944

¹⁶⁸ unleserlich

**1.1.2 Auszug aus den Meldungen des Reichssicherheitshauptamtes
über die Aufdeckung einer Widerstandsorganisation im Stalag XI B
Fallingbostal und im Arbeitskommando Salzgitter-Drütte**

Streng vertraulich!

Reichssicherheitshauptamt
Amt IV

Meldung
wichtiger Staatspolizeilicher Ereignisse

Nr. 2
vom 9. Juni 1944.

Von der Stapostelle Braunschweig wurden 21 sowjetrussische Kriegsgefangene eines Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos, die eine illegale Organisation gegründet hatten, festgenommen. Ziel dieser Organisation war, Widerstandsgruppen zu bilden, Sabotageakte in der Rüstungsindustrie durchzuführen, eine entsprechende Propaganda für die UdSSR.¹⁶⁹ zu treiben und im Falle des Vordringens englisch-amerikanischer Truppen in das Innere Deutschlands einen bewaffneten Aufstand auszulösen. Von der Organisation waren Dreiergruppen gebildet und auf Zusammenkünften Richtlinien für die konspirative Arbeit herausgegeben worden. Die Mitglieder wurden nach folgendem Eid vereidigt:

«Ich, Bürger der Sowjet-Union, der in deutsche Gefangenschaft geraten ist, Soldat der Roten Armee, nicht schonend eigene Kräfte und Leben, schwöre, den Kampf für mein sozialistisches Vaterland weiterzuführen. Ich trete auf den Kampfweg gegen den Faschismus und werde immer die Befehle der älteren Genossen im Zusammenhang mit dem Kampf ausführen. Ich verpflichte mich, diszipliniert zu sein wie in den Reihen der Roten Armee und heilig im Geheimnis alles zu schützen, was diese Arbeit anbetrifft. Insbesondere schwöre ich, das Geheimnis zu schützen im Falle meiner Vernehmung durch die Gestapo. Wenn ich diesen Eid breche (die Befehle nicht ausführen werde, das Geheimnis verbreite oder ganz auf die Feindseite übertrete), so soll mich der Tod erreichen und ich allgemeiner Verachtung verfallen.»

169 UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

Die Organisation hatte bereits Beziehungen zu Ostarbeitern aufgenommen und unter ihnen Flugblätter mit der Unterschrift «Komitee zum Kampf gegen den Faschismus» verbreitet. Die Ostarbeiter waren aufgefordert worden, Dreier-Gruppen zu bilden und Sabotageakte auszuführen. Karten von dem Gebiet der Reichswerke «Hermann Göring» mit den in den Werken befindlichen Flakstellungen konnten sichergestellt werden. Den Anlass zur Bildung der Organisation soll der inzwischen im Kriegsgefangenenlager Fallingbostal verstorbene sowjetrussische Kriegsgefangene Arzt Ananjew gegeben haben. Da das Lager Fallingbostal als Durchgangsstation für den grössten Teil der Kriegsgefangenen anzusehen ist, besteht der dringende Verdacht, dass durch die Agitation des Ananjew in vielen anderen Kriegsgefangenenlagern gleiche Organisationen gebildet worden sind.

Bundesarchiv Berlin, R 58/213

**1.1.3 Auszug aus den Meldungen des Reichssicherheitshauptamtes über die
Enttarnung einer Widerstandsgruppe in einem Offizierskommando**

Streng vertraulich!

Reichssicherheitshauptamt
Amt IV

Meldung
wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse

Nr. 2

vom 11. August 1944.

Die Stapoleitstelle Hannover hat in einem sowjetrussischen Offizierskriegsgefangenenlager eine Untergruppe des «Zentralkomitees der sowjetrussischen Kriegsgefangenen» ausgehoben. Die Zentrale befand sich im Stalag XI B. 14 SU-Offiziere, 2 Soldaten, 2 polnische Zivilarbeiter, 4 Ostarbeiter und 5 Ostarbeiterinnen wurden festgenommen.

Decknamen und Mitgliedsnummern wurden geführt. So hatte z.B. das Offiziersgefangenenlager die geraden Zahlen der Ziffernreihe 134-178.

Das Programm sah Hilfe für Luftlandetruppen, Aufstand, Waffenbeschaffungspläne, Propaganda, Sabotage, Fluchtvorbereitungen und Führungnahme mit deutschen Kommunisten vor.

Das «Zentralkomitee» ist angeblich im Dezember 1943 in Deutschland gegründet worden. Die Stapoleitstelle Hamburg führt die Ermittlungen im Stalag XI B.

Bundesarchiv Berlin, R 58/213

1.1.4 Anordnung der Gestapo Braunschweig zur Überführung von Mitgliedern der Widerstandsorganisation «Komitee zum Kampf gegen den Faschismus» in das Konzentrationslager Sachsenhausen

Geheime Staatspolizei
- Staatspolizeistelle Braunschweig –
- IV 6 b –

Braunschweig, den 31.8.1944
Leopoldstr. 24/25

An das
Strafgefängnis Wolfenbüttel
in Wolfenbüttel

Betrifft: Überführung sowjetrussischer Kriegsgefangener in das
Konzentrationslager Sachsenhausen.

Anlagen: 3 Transportzettel.

Ich bitte, die Überführung der nachstehend aufgeführten Schutzhäftlinge in das Konzentrationslager Sachsenhausen gefasst mit den beiliegenden Transportzetteln von dortaus durchzuführen und mir vom Abtransport Mitteilung zu machen.

- 1 .) Iwan Wo r o b j o w, geb. 14.9.1921 in Nataljino,
- 2 .) Nikolaj N a j d i o n o w, geb. 4.12.1921 in Swerdlowsk,
- 3 .) Wetschislaw Bostnikow, geb. 28.2.1922 in Leningrad,
- 4 .) Valentin Kazik, geb. 20.8.1912 in Leningrad,
- 5 .) Michael Bojarski, geb. 28.9.1916 in Alabucha,
- 6 .) Alexi Zacharow, geb. 17.3.1920 in Wzejedy,
- 7 .) Nikolai Koschelkow, geb. 20.12.1918 in Wad,
- 8 .) Wasil Ziuzginenko, geb. 14.1.1917 in Prochorowka,
- 9 .) Wasyl Sawtschenko, geb. 1.3.1918 in Marjewka,
- 10 .) Wassilij Kuleschow, geb. 22.4.1919 in Roschdestwenka,
- 11 .) Lew P i t j a, geb. 26.1.1921 in Schuby,
- 12 .) Stefan Tschapijew, geb. 14.10.1920 in Karakol,
- 13 .) Iwan Kolozej ew, geb. 6.10.1921 in Schulgino,
- 14 .) Nikolay Kasjanenko, geb. 14.12.1912 in Nagaino,
- 15 .) Alexy Roschin, geb. 26.2.1914 in Jaganowka,
- 16 .) Nikolej Baburkin, geb. 3.5.1916 in Kursk,
- 17 .) Iwan Ruskewitsch, geb. 7.1.1918 in Powastschicy,
- 18 .) Wassilij Nossow, geb. 28.2.1921 in Orel,
- 19 .) Wassilij Prikaschtschikow, geb. 26.8.12 Leningrad,

DOKUMENTE

- 20 .) Nikolej Sokolow, geb. 25.1.1910 in Tschelabinsk,
- 21 .) Michael Minakow, geb. 2.6.1914 in Witebsk,
- 22 .) Arkardi Alalykin, geb. 3.1.1912 in Turuschla,
- 23 .) Wassili Morosow, geb. 2.8.1906 in Nikolskaja, und
- 24 .) Pawel Podalka, geb. 14.2.1908.

Nach Rücksprache mit dem Polizeipräsidium Braunschweig (Transportbehörde – Tacke –) ist für den Transport der 7.9.1944 vorgesehen.

Im Auftrage: [Unterschrift]¹⁷⁰

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Wolfenbüttel, 43 A Neu Nr. 93/1944

170 unleserlich

4.10.8 Übersicht des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis VI über Widerstandsgruppen unter den Kriegsgefangenen

Geheim!

Soest i/W, den 16.9.1944.

Betr.: Widerstandsbewegung unter den Kriegsgefangenen.

Als Anlage erhalten die Lager eine Zusammenstellung der bisher im Wehrkreis VI festgestellten Widerstandsbewegungen und illegalen Organisationen unter den Kgf. Die Übersicht gibt ein Bild von der geheimen Tätigkeit der Kr.Gef.. Da anzunehmen ist, dass infolge der Feindpropaganda die Kgf. in ihren Vorbereitungen zum Zusammenschluss nicht nachlassen werden, ist grösste Aufmerksamkeit aller an der Kriegsgefangenenbewachung beteiligten Organe zwingend notwendig. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Abwehr muss auf das Erkennen der illegalen Organisationen abgestellt sein. Die Bemühungen der Abwehr müssen von allen Offizieren und Wachmannschaften unterstützt werden.

Die im Wachdienst eingesetzten Offz. sind über die bisherigen Feststellungen zu unterrichten. Für die abwehrmässige Schulung der Wachmannschaften ist das Material in geeigneter Form zu verwerten.

Im Entwurf gez.

Klemm.

Anlagen.

Übersicht der bisher im Wehrkreis VI festgestellten Widerstandsgruppen und illegalen Organisationen unter Kr.Gef.

1. Kommunistische Gruppe der serb. Kr.Gef.

[...]

2. Französische Widerstandsbewegung

[...]

3. Widerstandsbewegung unter den sowj. Kr.Gef.

Die in anderen Wehrkreisen festgestellte illegale Organisation «Brüderliche Mitarbeiterschaft aller Kgf.» hat folgendes Ziel:

«Schädigung der militärischen Wirtschaftskraft Deutschlands. Erweisung einer Hilfe der Arbeiterschaft Deutschlands zum bewaffneten Aufstand, zur Vernichtung Hitlers und Durchführung einer Revolution in Europa.» Die bisher durchgeführten Ermittlungen haben keine Anhaltspunkte einer Verbindung der sowj. Kgf. des Wehrkreises zu dieser Organisation erbracht. Dagegen sind im Wkrs. VI folgende Widerstandsorganisationen festgestellt worden:

- a) Unter den kgf. sowj. Offz. eines Sonderkdos hat sich eine Widerstandsgruppe gebildet. Die Gruppe ist tätlich gegen solche kgf. Offiz. vorgegangen, die ihrer pro deutschen Gesinnung Ausdruck oder durch gute Arbeitsleistung zu erkennen gegeben haben. 8 sowj. Offz. konnten als Rädelsführer ermittelt und die Organisation zerschlagen werden. Verbindung in den zivilen Sektor ist nicht festgestellt worden.

- b) Versuch der Bildung einer Geheimorganisation.

V-Leute stellten in einem Stalag¹⁷¹ eine Geheimorganisation fest. Das Ziel war:

- 1 .) Wühlarbeit und Sabotage auf den Arbeitsstellen.
- 2 .) Organisation von Massenfluchten.
- 3 .) Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes

Sitz dieser Organisation war das Lagerlazarett. Das Losungswort der Organisation war: «Michail Kolzow». 5 sowj. Kgf., darunter 2 Ärzten, konnte die Beteiligung an dieser Organisation nachgewiesen werden. Verbindung in den zivilen Sektor ist nicht festgestellt worden.

- c) Geplante Widerstandsbewegung in einem Arb.Kdo.

Nach Mitteilung von V-Leuten haben sowj. Kgf. eines Kgf. Arb.Kdos, das einem Oflag angegliedert ist, Verbindung mit kgf. franz. Offz. aufgenommen. Die sowj. Kgf. sollten zur gegebenen Zeit die Erledigung der deutschen Wachmannschaften zur Befreiung der kgf. franz. Offz. übernehmen. Die Organisation konnte zerschlagen werden.

171 Stalag VI K (326) Senne

d) Organisation «Kampf gegen den Faschismus»

Die Organisation hat ein fest umrissenes Programm mit folgenden Punkten:

- 1 .) Langsames Arbeiten.
- 2 .) Nichtausführung übertragener Arbeiten (z.B. Nichtmelken der Kühe).
- 3 .) Feststellung der Lage von Munitionsdepots.
- 4 .) Überfälle auf Wachmannschaften.
- 5 .) Verbindungsaufnahme mit Fallschirmagenten.
- 6 .) Verbindungsaufnahme mit deutschen kommunistisch gesinnten Elementen.
- 7 .) Beihilfe zur Flucht.
- 8 .) Erkundung von Verstecken für Agenten und Flüchtlinge.
- 9 .) Werbung von Mitgliedern
- 10 .) Bereithaltung für den Kampf an der Seite von Sowjet- oder Invasionsarmeen.

(X-Fall).

Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen haben die Bewegung an sowj. Kgf. eines Arb.Kdos. herangetragen. Im Arb.Kdo. hatte sich eine Zelle von 15 Kgf. gebildet, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zugesichert hatten. Die Zellenbildung wurde zerschlagen.

- e) Durch V-Leute wurde die gleiche Widerstandsbewegung in einem anderen Stalagbereich festgestellt. Ostarbeiterinnen haben die Bewegung an ein Kgf. Arb.Kdo mit sowj. Kgf. herangetragen. Kgf. verliessen in der Dunkelheit vorübergehend ihre Arbeitsplätze und begaben sich in das Ostarbeiterinnen-Lager. Durch sofortigen Zugriff in Zusammenarbeit mit der Gestapo konnten 3 sowj. Kgf. als Rädelsführer, sowie sämtliche führenden Angehörigen der Bewegung aus dem zivilen Sektor festgenommen werden.
- f) In einem Kgf. Bergbau Arb.Kdo wurde eine Widerstandsgruppe festgestellt, die es sich zur Aufgabe gestellt hatte, Sabotage zu betreiben, Waffen zu besorgen, Lebensmittellager zu erkunden und Verbindung mit Ostarbeitern aufzunehmen. Eine sofort mit Kripo und Gestapo vorgenommene Durchsuchung im Kr.Gef.- und Ostarbeiter-Lager förderten im Kgf. Arb. Kdo Briefe von Ostarbeiterinnen, Ausweise, Führerscheine usw. zutage. Gefunden wurden weiter selbstgefertigte Messer, Meissel, Zangen usw. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen hatten 3 Ostarbeiter und 14 sowj. Kgf. die Absicht, eine Widerstandsbewegung zu organisieren, die bei Näherücken der feindl. Armee aktiv werden sollte. Die Bewegung wurde durch schnelles Zugreifen zerschlagen.

- g) Bei einer Durchsuchung des Sanitätspersonals in einem Stalag wurde bei einem sowj. Feldscher u.a. eine Skizze und eine Anzahl Fotografien von sowj. Kgf. gefunden. Die Beschriftung der Skizze war verschlüsselt. Die Entschlüsselung ergab, dass alle militärisch und wirtschaftlich wichtigen Punkte der Gegend verzeichnet waren. Die vorgefundenen Fotografien stellten in der überwiegenden Mehrzahl bisher deutschfreundlich eingestellte Kgf. des Lagerpersonals dar. Sie waren von der Personalkarte I abgetrennt worden. In der Kartei sind sowj. Kgf. beschäftigt. Der Inhalt der vorgefundenen Briefe lässt eine Zellenbildung, die in Arb.Kdos hinüberreicht, erkennen. Die Ermittlungen, in Zusammenarbeit mit der Gestapo, sind noch im Gange.
4. Widerstandsbewegung unter sowj. und serb. Kgf.
Durch Einsatz von V-Leuten ist eine Widerstandsbewegung unter den sowj. Kgf. eines Stalag, der Flak, den kgf. serb. Offz. eines Oflag¹⁷² und Ostarbeitern festgestellt worden mit dem Ziel, im gegebenen Augenblick als Kampforganisation aufzutreten. Die Führung dieser Bewegung hatte ein bei der Luftwaffe als Flakhelfer eingesetzter sowj. Kgf. Er rechnete mit einem Zusammenschluss von 8.000 Kgf. und Ostarbeitern. Verbindungspersonen zwischen den sowj. Kgf. der Flak, den Kgf. des Arbeits-kdos. und den kgf. serb. Offz. des Oflag sowie den Ostarbeitern waren im Res.Laz. eingesetzte Ostarbeiterinnen. Die Nachrichtenübermittlung erfolgte gelegentlich der ambulanten Behandlung. Nachrichtenübermittler zwischen den Kgf. des Arb.Kdos und den kgf. Offz. des Oflag war ausserdem eine als Brotfahrer zwischen Oflag und Heeresverpflegungsamt tätige kgf. Ordonnanz. An der Bewegung waren aus dem Bereich des Stalag 13 sowj. Kgf. und vom Oflag 8 serb. Kgf. Offz. beteiligt. Die Bewegung wurde rechtzeitig erkannt und zerschlagen.
5. Polnische Widerstandsbewegung «ZZ» und «PAP»
6. Es liegen weitere Meldungen vor über die Bildung einer «Union freier russ. Leute» im oberbergischen Kreise und über Zellenbildung in den Lagerlazaretten der Stalag, an der führend kgf. sowj. Ärzte beteiligt sind. Die Ermittlungen hierüber schweben.

5. Anhang

Übersicht der Dokumente

4.1 Organisation und Durchführung des Arbeitseinsatzes

- | | | |
|--------|--|------------|
| 4.1.1 | Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen, dass sowjetische Kriegsgefangene vorerst nicht zugewiesen werden können | 22.7.1941 |
| 4.1.2 | Hinweis des Arbeitsamtes Emden, dass sowjetische Kriegsgefangene nur in geschlossenen Kolonnen ohne Kontakt zur Zivilbevölkerung eingesetzt werden dürfen | 28.7.1941 |
| 4.1.3 | Anforderung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch das Domänenrent- und Bauamt Norden | 28.7.1941 |
| 4.1.4 | Auszug aus dem Lagebericht der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis XI zur vorgesehenen Ablösung französischer durch sowjetische Kriegsgefangene | 12.8.1941 |
| 4.1.5 | Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die Bedingungen des Arbeitseinsatzes sowjetischer Kriegsgefangener | 13.8.1941 |
| 4.1.6 | Schreiben des Regierungspräsidenten in Aurich über Möglichkeiten des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener in Ostfriesland | 22.8.1941 |
| 4.1.7 | Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über den Austausch von französischen gegen sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitskommando Kossentanne (Kreis Meppen) | 31.8.1941 |
| 4.1.8 | Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Prüfungskommission der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis XI in Hannover vom 8. Oktober 1941 über den geplanten Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Rüstungsindustrie | 8.10.1941 |
| 4.1.9 | Vermerk des Regierungspräsidenten in Stade über den vorgesehenen Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Teufelsmoor (Kreis Osterholz) | 9.10.1941 |
| 4.1.10 | Überlassungsvertrag zwischen dem Stalag VI B Neu-Versen und dem Wasserstraßen-Neubauamt in Meppen | 16.10.1941 |
| 4.1.11 | Auszug aus dem Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion für den Wehrkreis VI in Münster betr. erste Erfahrungen mit sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz im Monat Oktober 1941 | Okt. 1941 |
| 4.1.12 | Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über den vorrangigen Einsatz von Kriegsgefangenen bei Erntearbeiten | 4.11.1941 |
| 4.1.13 | Mitteilung des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die bevorstehende Zuweisung von 300 sowjetischen Kriegsgefangenen für Meliorationsarbeiten im Kreis Norden | 4.11.1941 |

- 4.I.14 Mitteilung des Landrates in Norden über die Arbeitslage im Landkreis und die ausgebliebene Zuweisung von sowjetischen Kriegsgefangenen 17.2.1942
- 4.I.15 Mitteilungen des Senators für das Bauwesen der Hansestadt Bremen über den hohen Krankenstand und die große Zahl von Todesfällen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitskommando Grambker Heerstraße 1.II.1941
19.II.1941
- 4.I.16 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig zur Arbeitseinsatzlage im Volkswagenwerk 4.II.1941
- 4.I.17 Schreiben des Arbeitsamtes Stade über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft 6.II.1941
- 4.I.18 Auszug aus dem Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Bremen über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener bei den Francke-Werken in Bremen 27.I2.1941
- 4.I.19 Bericht des Sonderausschusses VI Panzerwagen über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Volkswagenwerk 10.I.1942
- 4.I.20 Bescheid des Regierungspräsidenten in Aurich, dass bis auf Weiteres keine sowjetischen Kriegsgefangenen zugewiesen werden können 6.3.1942
- 4.I.21 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig vom 27. März 1942 zur Arbeitseinsatzlage 27.3.1942
- 4.I.22 Mitteilung des Landrates in Verden, dass sowjetische Kriegsgefangene unter bestimmten Voraussetzungen auch einzeln in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt werden dürfen 13.4.1942
- 4.I.23 Mitteilung des Arbeitsamtes Wilhelmshaven, dass der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener nur bei dringlichen und notwendigen Arbeiten erfolgen kann 8.5.1942
- 4.I.24 Anforderung von sowjetischen Kriegsgefangenen für Arbeiten auf dem städtischen Müllablageplatz in Bremen, Duckwitzstraße 5.6.1942
- 4.I.25 Bitte der Staatlichen Mooradministration Darlaten (Kreis Nienburg/Weser) um Aufhebung der Arbeitszeitbeschränkung für sowjetische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft 9.6.1942
- 4.I.26 Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, sowjetische Kriegsgefangene zeitweise anderen Arbeitgebern überlassen zu dürfen 18.6.1942
und Zustimmung des Regierungspräsidenten 26.6.1942
- 4.I.27 Bitte des Forstamtes Axstedt (Kreis Wesermünde) um Ersatz für erkrankte bzw. geflohene sowjetische Kriegsgefangene 5.10.1942
Absage des Stalag X B Sandbostel 6.3.1942
- 4.I.28 Meldung des Forstamtes Altenau über den unangekündigten Abzug eines Kriegsgefangenen 9.4.1943

- 4.1.29 Schreiben des Landrates in Nienburg/Weser über die Abgabe sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Lager Balge an Nachbargemeinden 24.8.1943
- 4.1.30 Bericht des OKW/Abteilung Wehrmachtpropaganda über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Luftgau XI 17.12.1943
- 4.1.31 Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, von der Umsetzung eines Kriegsgefangenen Abstand zu nehmen 19.3.1944
- 4.1.32 Mitteilung des Stalag XI B Fallingb.ostel, dass im Lager keine einsatzfähigen Kriegsgefangenen mehr zur Verfügung stehen 21.4.1944
- 4.1.33 Mitteilung des Arbeitsamtes Goslar über die Rückführung genesener Kriegsgefangener aus dem Lazarett in die Arbeitsstellen 11.5.1944
- 4.1.34 Anweisung des Wehrkreiskommandos X an das Forstamt Varel zur Unterbringung von beim Ersatzheer beschäftigten sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager Bockhorn 7.6.1944
- 4.1.35 Mitteilung des Forstamtes Varel über die Gründe, warum eine Unterbringung im Lager Bockhorn nicht möglich ist 15.6.1944
- 4.1.36 Mitteilung des Landforstmeisters in Oldenburg, dass der Sonderanschlag von Generatorholz durch die beim Ersatzheer eingesetzten Kriegsgefangenen aufgrund fehlender Unterkunftsmöglichkeiten nicht durchgeführt werden kann 22.6.1944
- 4.1.37 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig über die Abgabe von sowjetischen Kriegsgefangenen an die Luftwaffe 17.7.1944
- 4.1.38 Ablehnung des Stalag XI B Fallingb.ostel, sowjetische Offiziere in der Forstwirtschaft einzusetzen 1.8.1944
- 4.1.39 Beschwerde des Forstamtes Knobben in Uslar über den ständigen Austausch der Gefangenen im Lager Vahle (Kreis Northeim) 8.2.1945

4.2 Unterbringung der Gefangenen

- 4.2.1 Vermerk des Landrates in Westerstede über die Besichtigung sowjetischer Arbeitskommandos im Landkreis Cloppenburg und geplante Lager im Landkreis Ammerland 9.12.1941
- 4.2.2 Schriftwechsel zwischen dem Bürgermeister der Stadt Bückeburg, dem Stalag XI B Fallingb.ostel und der Firma Harmening in Bückeburg zur Einrichtung eines Lagers für sowjetische Kriegsgefangene auf dem Gelände des Maschvorwerks 19.2.1942-24.3.1942
- 4.2.3 Anfrage des Forstamtes Hardeggen bezüglich der Errichtung einer Baracke in Fredelsloh 10.3.1942
- 4.2.4 Schreiben des Domänenrent- und Bauamtes in Norden über die Schwierigkeiten, Stacheldraht für die Umzäunung der Lager zu beziehen 25.3.1942

- 4.2.5 Mitteilung des Stalag X C Nienburg, dass kein Vorrat an Stachel-
draht vorhanden ist 30.3.1942
- 4.2.6 Schreiben des Kontrolloffiziers für den Bezirk Northeim über die
Gründe für den Abzug der sowjetischen Kriegsgefangenen aus
dem Lager Brackenberg (Kreis Göttingen) 11.5.1942
- 4.2.7 Merkblatt des Stalag XI B Fallingb. zur Einrichtung von Un-
terkünften für Arbeitskommandos mit sowjetischen Kriegsgefan-
genen 15.5.1942
- 4.2.8 Bericht der Staatlichen Mooradministration Darlaten (Kreis Nien-
burg/Weser) über die Schaffung einer Unterkunft für sowjetische
Kriegsgefangene 10.6.1942
- 4.2.9 Mitteilung des Regierungsforstamtes Hildesheim, dass für die Zu-
teilung von sowjetischen Kriegsgefangenen die Zustimmung
durch den zuständigen Kontrolloffizier erforderlich ist. 3.7.1942
- 4.2.10 Schreiben der Landesforstverwaltung in Braunschweig über den
Austausch französischer gegen sowjetische Kriegsgefangene und
die erforderliche Sicherung der Lager 15.7.1942
- 4.2.11 Vertrag über die Vermietung von Räumlichkeiten zur Einrichtung
eines Kriegsgefangenenlagers für das Forstamt Spießingshol in
Wendthagen (Kreis Stadthagen) 24.7.1942
- 4.2.12 Aufstellung des Domänenrent- und Bauamtes Norden über die
Betriebskosten des Kriegsgefangenenlagers in Schoonorthor Polder
(Kreis Norden) 6.8.1942
- 4.2.13 Schreiben des Forstamtes Sankt Andreasberg (Kreis Goslar) über
die Eignung des Lagers Oderteich 8.12.1942
- 4.2.14 Aufforderung des Kontrolloffiziers in Northeim, die Kriegsgefan-
genen im Arbeitskommando Neue Mühle (Kreis Zellerfeld) mit
Bettwäsche und Handtüchern auszustatten 9.1.1943
- 4.2.15 Anfrage der Mühlenbau und Industrie Aktiengesellschaft (MIAG)
betr. Unterbringung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager
des Forstamtes Bad Lauterberg (Kreis Osterode) 25.9.1944

4.3 Bewachung

- 4.3.1 Bitte der Arbeitsgemeinschaft Straßenbau Osterholz um Locke-
rung der Bewachungsvorschriften für den Einsatz sowjetischer
Kriegsgefangener 1.10.1941
- 4.3.2 Schreiben des Direktors Dr. Rheinländer der Reichswerke »Her-
mann Göring« in Watenstedt über die mangelnde Zusammenar-
beit zwischen Wachmannschaften und Betrieben 25.3.1942
- 4.3.3 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu In-
landsfragen vom 2. September 1943 2.9.1943

- 4.3.4 Schreiben des Landrates in Vechta über die Beaufsichtigung sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft 27.7.1944
- 4.3.5 Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD betr. die Beaufsichtigung sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft 2.10.1944
- 4.3.6 Schreiben des Gendarmeriepostens in Apensen (Kreis Stade) über die nachlässige Bewachung der Kriegsgefangenen 26.11.1944

4.4 Verpflegung

- 4.4.1 Mitteilung des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Anhebung der Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene 29.8.1941
- 4.4.2 Bericht des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Folgen der unzureichenden Verpflegungssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen 9.9.1941
- 4.4.3 Schreiben des Regierungspräsidenten in Osnabrück über die schlechte körperliche Verfassung der sowjetischen Kriegsgefangenen 9.10.1941
- 4.4.4 Schreiben der Rechtsbeistände Albers & Fink betr. Entschädigung für einen von sowjetischen Kriegsgefangenen verursachten Flurschaden in Sande (Kreis Friesland) 1.11.1941
und Antwort des Minister des Inneren in Oldenburg 25.11.1941
- 4.4.5 Mitteilung des Ernährungsamtes des Kreises Grafschaft Diepholz über die Ausgabe minderwertiger Fleischwaren an sowjetische Kriegsgefangene 15.11.1941
- 4.4.6 Empfehlung des Stalag VI B Neu-Versen, den sowjetischen Kriegsgefangenen Zusatzverpflegung zu gewähren 3.12.1941
- 4.4.7 Schreiben des Stalag X B Sandbostel über die Verpflegung der Kriegsgefangenen mit Pferde- und Freibankfleisch 9.4.1942
- 4.4.8 Beschwerde des Bürgermeisters in Bückeburg über die »überhöhten« Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter 17.7.1942
- 4.4.9 Mitteilung des Oberpräsidenten in Hannover über die Verwendung von Fuchsfleisch als Zusatzverpflegung für sowjetische Kriegsgefangene 10.11.1942
- 4.4.10 Schreiben des Regierungsforstamtes Hildesheim über die Ernährungslage der Kriegsgefangenen in der Forstwirtschaft 15.1.1943
- 4.4.11 Schreiben des Forstamtes Hardeggen (Kreis Northeim) über Möglichkeiten zur Verbesserung der Ernährungssituation der sowjetischen Kriegsgefangenen 1.2.1943

- 4.4.12 Bitte des Ersatzverpflegungsmagazins Bremen um Prüfung einer Beschwerde über die Einmischung von Polizeibeamten in Belange der Wehrmacht 2.2.1943
- 4.4.13 Aufforderung des Wehrkreiskommandos VI, den sowjetischen Kriegsgefangenen eine angemessene Fürsorge zukommen zu lassen 25.5.1943
- 4.4.14 Beschwerde des Viehwirtschaftsverbandes Weser-Ems über die Qualität des Freibankfleisches für sowjetische Kriegsgefangene 7.10.1943
- 4.4.15 Antwort des Städtischen Schlacht- und Viehhofes Bremen auf die Beschwerde o. D.
- 4.4.16 Bitte an die Ilseder Hütte um Entschädigung für einen durch sowjetische Kriegsgefangene verursachten Flurschaden 17.5.1944
- 4.4.17 Ablehnung der Ilseder Hütte, den Schaden zu erstatten 22.5.1944

4.5 Krankheit und Tod

- 4.5.1 Merkblatt über den Sanitätsdienst für sowjetische Kriegsgefangene in den Arbeitskommandos im Wehrkreis X o. D.
- 4.5.2 Zwei Vermerke aus den Akten des Bremer Bausenators über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener 22.10.1941
11.12.1941
- 4.5.3 Vermerke des Senators für das Bauwesen über die Bestattung sowjetischer Kriegsgefangener in Bremen 27.-30.10.1941
- 4.5.4 Schreiben des Bürgermeisters von Langeoog (Kreis Wittmund) über die Anlage eines separaten Friedhofes für sowjetische Kriegsgefangene 4.11.1941
- 4.5.5 Mitteilung des Landrates im Kreis Grafschaft Diepholz über die Bestattung verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener 11.11.1941
- 4.5.6 Bitte des Kontrolloffiziers in Northeim um Ausstellung eines Totenscheines für einen im Reservelazarett Göttingen verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen 26.11.1941
- 4.5.7 Mitteilung des Staatlichen Gesundheitsamtes des Kreises Cloppenburg über Fleckfiebererkrankungen in der Gemeinde Lönigen 1.12.1941
- 4.5.8 Anforderung eines Wehrmachtssanitäts-offiziers durch den Landrat in Cloppenburg 2.12.1941
- 4.5.9 Bericht des Gesundheitsamtes Wilhelmshaven über Fleckfiebererkrankungen im Kriegsgefangenenlager Schwarzer Weg 12.12.1941
- 4.5.10 Mitteilung des Ministers des Innern in Oldenburg über Fleckfiebererkrankungen in den Lagern Helmighausen (Kreis Cloppenburg) und Wilhelmshaven 15.12.1941
- 4.5.11 Schreiben des Ministers des Innern in Oldenburg über die Rückführung der an Fleckfieber erkrankten sowjetischen Kriegsgefangenen aus den Arbeitskommandos im Landkreis Cloppenburg in das Stalag X D (310) Wietzen-dorf 19.12.1941

- 4.5.12 Schreiben des Landrates in Gifhorn über die Einrichtung von Entlausungsanstalten 23.12.1941
- 4.5.13 Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes in Lüneburg über die Notwendigkeit der Entlassung sowjetischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft 30.12.1941
- 4.5.14 Schreiben des Gesundheitsamtes Cloppenburg über den Stand der Fleckfiebererkrankungen im Lager Helmighausen 3.1.1942
- 4.5.15 Mitteilung des Gesundheitsamtes Wilhelmshaven über die Rückführung erkrankter Kriegsgefangener in das Stalag X D (310) Wietzendorf 5.1.1942
- 4.5.16 Schreiben des Landrates in Gifhorn über die ärztliche Betreuung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Volkswagenwerk 16.1.1942
- 4.5.17 Bericht des Landrates in Gifhorn über Fleckfiebererkrankungen im Volkswagenwerk 20.1.1942
- 4.5.18 Mitteilung des Landrates in Gifhorn über den Abtransport von erkrankten sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Arbeitskommando beim Volkswagenwerk 21.1.1942
- 4.5.19 Korrespondenz der Reichswerke »Hermann Göring« mit den Behörden über die beabsichtigte Errichtung eines Krematoriums für die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen im Salzgittergebiet 3.2.1942-11.8.1942
- 4.5.20 Beschwerde des Stalag X D (310) Wietzendorf über den Transport erkrankter Kriegsgefangener auf offenen Lastwagen 16.2.1942
- 4.5.21 Antwort der Stadtverwaltung Bremen auf die Beschwerde des Stalag X D (310) Wietzendorf 25.2.1942
- 4.5.22 Anfrage des Domänenrent- und Bauamtes Norden über die Bedingungen für die Anlegung eines Begräbnisplatzes für sowjetische Kriegsgefangene 21.3.1942
- 4.5.23 Bitte des Bürgermeisters der Stadt des KdF-Wagens (Kreis Gifhorn) um Genehmigung eines Begräbnisplatzes für sowjetische Kriegsgefangene 25.3.1942
- 4.5.24 Beschwerde des Forstamtes in Bad Grund über den katastrophalen körperlichen Zustand der zum Holzeinschlag zugewiesenen sowjetischen Kriegsgefangenen 10.12.1942
- 4.5.25 Schreiben des Landesarbeitsamtes Niedersachsen über die Rücksendung »arbeitsunfähiger« Kriegsgefangener in die Stammlager 22.1.1943
- 4.5.26 Gutachten des Universitäts-Krankenhauses Hamburg-Eppendorf über den Ernährungszustand der sowjetischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter der Marine-Oberbauleitung Bremen 4.3.1944

4.6 Entlohnung

- | | | |
|-------|--|---------------------------|
| 4.6.1 | Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über die Vergütung der Kriegsgefangenenarbeit | 14.10.1941 |
| 4.6.2 | Auseinandersetzung zwischen den Reichswerken »Hermann Göring« in Salzgitter und der Wehrmacht über die Zahlung der Lohnsätze für sowjetische Kriegsgefangene | 17.II.1941-
23.10.1942 |
| 4.6.3 | Mitteilung des Stalag VI B Neu-Versen über die vorübergehende Herabsetzung der Lohnsätze für sowjetische Kriegsgefangene | 6.1.1942 |
| 4.6.4 | Mitteilung der Bezirksstelle Oldenburg des Stalag X C über die Herabsetzung der Lohnsätze für sowjetische Kriegsgefangene | 10.4.1942 |
| 4.6.5 | Beschwerde der Firma F. & J. Heinke über die unterdurchschnittliche Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen | 10.4.1942 |
| 4.6.6 | Stellungnahme des Staatlichen Straßenbauamtes Oldenburg-Ost zur Beschwerde der Firma F. & J. Heinke | 30.4.1942 |
| 4.6.7 | Bitte des Domänenrent- und Bauamtes Norden, den sowjetischen Kriegsgefangenen Schwerarbeiterzulagen zu gewähren | 4.6.1942 |
| 4.6.8 | Schreiben des Arbeitsamtes Uelzen über die Aussetzung der Lohnzahlung für »aufpöppelungsbedürftige« Kriegsgefangene | 25.3.1943 |
| 4.6.9 | Anfrage des Domänenrent- und Bauamtes Norden, ob »aufpöppelungsfähigen« Gefangenen Lohn gezahlt werden dürfe und Genehmigung des Stalag X C Nienburg | 9.7.1943
14.7.1943 |

4.7 Maßnahmen zur Leistungssteigerung

- | | | |
|-------|---|------------|
| 4.7.1 | Schreiben des Forstamtes Schulenberg (Kreis Zellerfeld) zur Abgabe von Rauchwaren an sowjetische Kriegsgefangene | 20.7.1942 |
| 4.7.2 | Schreiben des Forstamtes Reinhausen (Kreis Göttingen) über die Auswirkung von Leistungszulagen für deutsche Waldarbeiter und die Notwendigkeit der Beschäftigung eingearbeiteter Kriegsgefangener | 1.10.1942 |
| 4.7.3 | Anordnung des Stalag XI B Fallingbostal über die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen mit Tabakwaren | 13.10.1942 |
| 4.7.4 | Mitteilung des Stalag XI B Fallingbostal über Leistungszulagen für sowjetische Kriegsgefangene | 14.10.1942 |
| 4.7.5 | Bericht des Forstamtes Hardeggen (Kreis Northeim) über die Steigerung der Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch den Einsatz von Hilfswachmännern sowie durch Nahrungsentzug | 23.8.1943 |
| 4.7.6 | Bericht des Forstamtes Altenau (Kreis Zellerfeld) über den Einfluss der Wachmannschaften auf die Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen | 23.8.1943 |

- 4.7.7 Bericht des Forstamtes Harsefeld (Kreis Stade) über Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen 24.8.1943
- 4.7.8 Bericht des Regierungsforstamtes in Stade über die Arbeitsleistung sowjetischer Kriegsgefangener in der Forstwirtschaft 30.8.1943
- 4.7.9 Schreiben des Stalag XI B Fallingbostal über die »Erziehung« der Kriegsgefangenen zu höheren Arbeitsleistungen 9.12.1943
- 4.7.10 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig mit der Bitte um Prüfung der Vorwürfe gegen die Dynamit AG in Vienenburg (Kreis Goslar), dass deren Arbeitskräfte »faul« seien 10.3.1944
- 4.7.11 Schreiben des Gauarbeitsamtes Südhannover-Braunschweig betr. die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen auf verschiedenen Baustellen der Fa. Karl Schaare, Braunschweig 3.5.1944

4.8 Schlaglichter zur Arbeits- und Lebenssituation

- 4.8.1 Mitteilung des Reichsverteidigungskommissars für den Bereich des Wehrkreises VI über das Verbot, Lager mit sowjetischen Kriegsgefangenen zu betreten 30.8.1941
- 4.8.2 Schreiben des Stalag VI B Neu-Versen über das Verbot, sowjetische Kriegsgefangene regelmäßig sonntags zur Arbeit einzusetzen 5.12.1941
- 4.8.3 Schreiben des Senators für das Bauwesen der Hansestadt Bremen über die Verwendung der Bekleidung verstorbener Kriegsgefangener aus dem Lager Grambker Heerstraße 3.1.1942
- 4.8.4 Auszug aus dem Bericht des Rüstungskommandos Braunschweig vom 3. Februar 1942 zur Arbeitseinsatzlage im Volkswagenwerk 3.2.1942
- 4.8.5 Mitteilung des Landrates des Kreises Grafschaft Diepholz über die Arbeitszeiten von Kriegsgefangenen in den Meliorationsgebieten 21.3.1942
- 4.8.6 Aufforderung der Reichswerke »Hermann Göring« Salzgitter, den Umgang der sowjetischen Kriegsgefangenen mit anderen Nationalitäten zu unterbinden 23.3.1942
- 4.8.7 Schreiben des Kreisbauamtes Fallingbostal über die Anhebung der Arbeitszeiten für sowjetische Kriegsgefangene in Meliorationsgebieten 18.8.1942
- 4.8.8 Beschwerde des Forstamtes Harsefeld über das Verbot, die vom Forstamt eingerichteten Lager für sowjetische Kriegsgefangene zu betreten 21.8.1942
- 4.8.9 Rundschreiben des Führers des Arbeitskommandos Uchte (Kreis Nienburg/Weser) über Grundsätze des Einsatzes und der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen 12.10.1942
- 4.8.10 Schreiben des Regierungsforstamtes Hildesheim über die Einrichtung einer Schuhmacher-Werkstatt beim Forstamt Weenzen (Kreis Hannover) 11.3.1943

- 4.8.11 Beschwerde eines Anwohners über Flöhe im Kriegsgefangenenlager Nordsode (Kreis Osterholz) 25.3.1943
- 4.8.12 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu Inlandsfragen vom 2. September 1943 2.9.1943
- 4.8.13 Bericht des Stalag XI B Fallingb. über den tödlichen Unfall eines sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Arbeitskommando Fallersleben 9.11.1943
- 4.8.14 Anfrage des Forstamtes Boffzen (Kreis Holzminden), ob sowjetische Kriegsgefangene kurzfristig für andere Arbeiten eingesetzt werden dürfen 22.11.1943
- 4.8.15 Mitteilung der Landesregierung Bückeburg betr. Übernahme der Kosten für die medizinische Behandlung eines Kriegsgefangenen 21.3.1944
- 4.8.16 Bitte des Forstamtes Sankt Andreasberg (Kreis Goslar) um Flickmaterial für die sowjetischen Kriegsgefangenen 9.4.1944
- 4.8.17 Bericht des Gendarmeriepostens in Sauensiek (Kreis Stade) über Schusswaffengebrauch bei Arbeitsverweigerung eines sowjetischen Kriegsgefangenen 28.6.1944
- 4.8.18 Bericht über den Waffengebrauch eines Forstlehrlings gegen einen Kriegsgefangenen 18.7.1944
- 4.8.19 Verwarnung des Bauern Mennerich in Hohnstorf (Kreis Lüneburg) wegen mangelnder Beaufsichtigung der sowjetischen Kriegsgefangenen 8.8.1944
- 4.8.20 Anforderung von Lederstiefeln für die sowjetischen Gefangenen in den Arbeitskommandos der Ilseder Hütte 21.8.1944
- 4.8.21 Mitteilung des Gendarmeriepostens in Sauensiek (Kreis Stade) über unerlaubte Beziehungen zwischen einem sowjetischen Kriegsgefangenen und einer polnischen Zwangsarbeiterin 6.1.1945
- 4.8.22 Anzeige vom Januar 1945 gegen vier sowjetische Kriegsgefangene wegen Diebstahls jan. 1945
- 4.8.23 Mitteilung des Stalag XB Sandb. über die Entlassung von drei sowjetischen Kriegsgefangenen aus der Kriegsgefangenschaft und Überweisung an die Gestapo 22.3.1945

4.9 Flucht

- 4.9.1 Mitteilung des Landrates in Nienburg/Weser über die Flucht von drei sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Glissen (Kreis Nienburg/Weser) 5.9.1941
- 4.9.2 Mitteilung des Landrates in Nienburg/Weser über die Flucht von weiteren drei Kriegsgefangenen aus dem Lager Glissen 8.9.1941
- 4.9.3 Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Osthannover über das Verhalten flüchtiger sowjetischer Kriegsgefangener 19.9.1941

- 4.9.4 Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Weser-Ems über Fluchten sowjetischer Kriegsgefangener im Emsland 19.9.1941
- 4.9.5 Mitteilung des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XI über den Umgang mit geflohenen Kriegsgefangenen (Auszug) 3.10.1941
- 4.9.6 Mitteilung des Wehrkreiskommandos X über die Auszahlung einer Belohnung für die Wiederergriffung geflohener sowjetischer Kriegsgefangener 12.11.1941
- 4.9.7 Mitteilung der Staatsverwaltung Hamburg über die Herabsetzung der Belohnung für die Wiederergriffung 12.1.1942
- 4.9.8 Schreiben des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis VI betr. die Unterstützung geflohener sowjetischer Kriegsgefangener durch die Zivilbevölkerung 14.1.1942
- 4.9.9 Anregung des OKW, ungenutzte Forsthütten aus Sicherheitsgründen abzureißen 7.7.1942
- 4.9.10 Mitteilung des Oberpräsidenten Hannover über den Gebrauch von Schusswaffen gegen sowjetische Kriegsgefangene 27.7.1942
- 4.9.11 Bericht des Stalag XI B Fallingb. über die Erschießung eines flüchtigen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Offizierskommando III in Uslar (Kreis Northeim) 16.12.1942
- 4.9.12 Meldung des Gendarmeriepostens Georgsmarienhütte über die Ergreifung eines geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen durch einen Landwachtposten 6.6.1943
- 4.9.13 Vernehmung des Vorarbeiters August S. wegen der Häufung von Fluchtversuchen sowjetischer Kriegsgefangener im Steinbruch Marienhagen (Kreis Alfeld/Leine) 3.8.1943
- 4.9.14 Meldung des Stalag XI B Fallingb. über die Tötung eines flüchtenden sowjetischen Kriegsgefangenen in Braunschweig 13.8.1943
- 4.9.15 Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD über Anordnungen des OKW zur Verhinderung von Fluchten kriegsgefangener sowjetischer Offiziere 20.8.1943
- 4.9.16 Mitteilung des Landrates des Kreises Bersenbrück über die geplante Flucht sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Arbeitskommando 139 in Settrup 15.4.1944
- 4.9.17 Mitteilung des Stabes der Flakuntergruppe Oldenburg über die Flucht eines Kriegsgefangenen aus einer Flakstellung der Luftwaffe 20.9.1944
- 4.9.18 Bericht des Forstamtes Schulenberg (Kreis Zellerfeld) über die Umstände der Flucht zweier sowjetischer Kriegsgefangener 6.11.1944
- 4.9.19 Aussage des Wachmannes Oskar Gerlach über die Flucht eines sowjetischen Kriegsgefangenen in Osnabrück 4.1.1945

4.10 Widerstand und Kollaboration

- 4.10.1 Mitteilung des Kontrolloffiziers des Stalag XI B Fallingbostal über den Einsatz eines sowjetischen Kriegsgefangenen als «Propagandist» in den Arbeitskommandos des Bezirks Alfeld 19.2.1943
- 4.10.2 Schreiben des Arbeitsamtes Bremen über den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen als «Freiwillige Propagandisten» 27.8.1943
- 4.10.3 Auszug aus den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS zu Inlandsfragen vom 2. September 1943 2.9.1943
- 4.10.4 Anzeige der Gestapo Braunschweig über die Einlieferung des Kriegsgefangenen Iwan Worobjow in das Gefängnis Wolfenbüttel 27.5.1944
- 4.10.5 Auszug aus den Meldungen des Reichssicherheitshauptamtes über die Aufdeckung einer Widerstandsorganisation im Stalag XI B Fallingbostal und im Arbeitskommando Salzgitter-Drütte 9.6.1944
- 4.10.6 Auszug aus den Meldungen des Reichssicherheitshauptamtes über die Enttarnung einer Widerstandsgruppe in einem Offizierskommando 11.8.1944
- 4.10.7 Anordnung der Gestapo Braunschweig zur Überführung von Mitgliedern der Widerstandsorganisation «Komitee zum Kampf gegen den Faschismus» in das Konzentrationslager Sachsenhausen 31.8.1944
- 4.10.8 Übersicht des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis VI über Widerstandsgruppen unter den Kriegsgefangenen 16.9.1944

Register der Arbeitskommandos und Einsatzorte

- Altenau 4.1.28, 4.7.6
 Apen 4.2.1
 Apensen 4.3.6, 4.8.22
 Aschen 4.4.5
 Backenberg 4.5.6
 Bad Grund 4.5.24
 Bad Lauterberg 4.2.15
 Balge 4.1.29
 Barnstorf 4.4.5
 Beckdorf 4.1.17, 4.8.17, 4.8.21
 Bockhorn 4.1.34, 4.1.35, 4.1.36
 Bossel 4.1.17
 Brackenberg 4.2.6
 Braunschweig 4.2.15, 4.8.12, 4.9.14
 Bremen/Blumenthal 4.4.14, 4.4.15, 4.5.26
 Bremen/Grambker Heerstrasse 4.1.15, 4.5.2, 4.5.3, 4.8.3, 4.10.2
 Bremen/Duckwitzstrasse 4.1.24, 4.5.20, 4.5.21
 Bremen/Francke-Werke 4.1.18
 Bremen/Vulkan 4.4.14
 Bückeburg 4.2.2
 Buxtehude 4.8.22
 Clausthal 4.1.38
 Cuxhaven 4.3.3
 Dangenstorf 4.6.8
 Darlaten 4.1.25, 4.2.8
 Delliehausen 4.4.11
 Diepholz (Landkreis) 4.4.2
 Dollern 4.1.17
 Drütte 4.6.2, 4.10.4, 4.10.5 (siehe auch Salzgitter/Reichswerke «Hermann Göring»)
 Escholt 4.4.5
 Fallersleben 4.1.19, 4.8.13 (siehe auch Stadt des KdF-Wagens/Volkswagenwerk)
 Fohlenplacken 4.1.37
 Fredelsloh 4.2.3
 Garrel 4.2.1
 Glissen 4.9.1, 4.9.2
 Gross Bünten 4.4.16, 4.4.17
 Gross Giesen 4.8.12
 Gross Ilsede 4.8.20
 Grünendeich 4.1.17
 Güntersen 4.5.6
 Hardeggen 4.7.5
 Harsefeld 4.7.7
 Heede 4.4.5
 Helmighausen 4.5.7, 4.5.10, 4.5.11, 4.5.14
 Hepstedt 4.8.8
 Hilligensehl 4.8.7
 Hohnstorf 4.8.19
 Hollriede 4.2.1
 Hüde 4.4.5
 Hüttendorf 4.3.1
 Hüttenbusch 4.3.1
 Ihlbrock 4.4.5
 Jeddeloh 4.2.1
 Karlshorst 4.1.27
 Kossentanne 4.1.7, 4.1.10, 4.6.1, 4.8.2
 Kuhla 4.1.17
 Langeoog 4.5.4
 Lohhof 4.8.9
 Lönningen 4.5.7, 4.5.14
 Lüneburg 4.8.23
 Marienhagen 4.9.13
 Nauerberg 4.8.18
 Neue Mühle 4.2.14, 4.5.24, 4.10.3
 Nindorf 4.3.6
 Nordsode 4.8.11
 Oderteich 4.2.13
 Ohrwege 4.2.1
 Oldenburg 4.6.4, 4.6.5, 4.6.6, 4.9.17, 4.9.19
 Osnabrück 4.9.12, 4.9.19
 Ossenbeck 4.4.5
 Osteel 4.1.31
 Ottendorf 4.1.17
 Ottensen 4.1.17, 4.3.6
 Reinhausen 4.2.6, 4.7.2
 Reppner 4.6.2 (siehe auch Salzgitter/Reichswerke «Hermann Göring»)
 Rottmünde 4.8.14
 Rüningen 4.7.11
 Salzgitter/ Reichswerke «Hermann Göring» 4.1.8, 4.3.2, 4.5.19, 4.6.2, 4.8.6, 4.8.14, 4.10.5

ANHANG

- Sande 4.4.4
Sankt Andreasberg 4.8.16
Schoonorther Polder 4.1.26, 4.1.31, 4.2.12,
4.5.23, 4.6.7, 4.6.9
Schulenberg 4.7.1, 4.9.18
Schwegermoor 4.4.3
Settrup 4.9.16
Sieber 4.1.39
St. Hülfers-Bruch 4.4.5
Stadt des KdF-Wagens/Volkswagenwerk
4.1.8, 4.1.16, 4.1.19, 4.5.12, 4.5.16, 4.5.17,
4.5.18, 4.5.22, 4.8.4
Stadtoldendorf 4.1.37

Tarbarg 4.2.1
Teufelsmoor 4.1.9
Torfhaus 4.1.39

Uchte 4.1.25, 4.2.8, 4.8.9
Uslar 4.7.9, 4.9.11

Vahle 4.1.39
Vienenburg 4.7.10, 4.7.11

Watenstedt siehe Salzgitter/ Reichswerke
«Hermann Göring»
Weenzen 4.8.10
Wendthagen 4.2.11
Westerstede 4.4.12
Wetscherbruch 4.4.5
Wilhelmshaven/Schwarzer Weg 4.5.9, 4-5-
10, 4.5.11, 4.5.15
Wolfsburg siehe Stadt des KdF-Wagens/
Volkswagenwerk

Zuordnung der Archive und Dokumente

Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk

4.8.13, 4.9.11, 4.9.14

Bundesarchiv Berlin

4.1.30, 4.9.3, 4.9.4, 4.10.5, 4.10.6

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg

4.1.4, 4.1.8, 4.1.11, 4.1.16, 4.1.18, 4.1.21, 4.8.4, 4.10.8

Deutsche Dienststelle (WASt), Berlin

4.5.6, 4.8.23

Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover

4.1.12, 4.1.28, 4.1.32, 4.1.33, 4.1.37, 4.1.38, 4.1.39, 4.2.3, 4.2.6, 4.2.9, 4.2.13, 4.2.14, 4.2.15,
4.4.2, 4.4.3, 4.4.10, 4.4.11, 4.5.12, 4.5.13, 4.5.16, 4.5.17, 4.5.18, 4.5.23, 4.5.24, 4.7.1, 4.7.2,
4.7.5, 4.7.6, 4.7.7, 4.7.8, 4.7.9, 4.7.10, 4.7.11, 4.8.8, 4.8.10, 4.8.14, 4.8.16, 4.9.1, 4.9.2, 4.9.8,
4.9.9, 4.9.10, 4.9.18, 4.10.1

sowie die Faksimile-Abbildung auf den Seiten 38-40

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Aurich

4.1.1, 4.1.2, 4.1.3, 4.1.5, 4.1.6, 4.1.13, 4.1.14, 4.1.20, 4.1.26, 4.1.31, 4.2.4, 4.2.5, 4.2.12, 4.5.22,
4.5.25, 4.6.7, 4.6.9, 4.9.15

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Bückeburg

4.2.2, 4.2.11, 4.4.8, 4.4.9, 4.7.4, 4.8.15, 4.9.5

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Oldenburg

4.1.23, 4.1.34, 4.1.35, 4.1.36, 4.2.1, 4.3.4, 4.3.5, 4.4.4, 4.4.12, 4.5.7, 4.5.8, 4.5.9, 4.5.10, 4.5.11,
4.5.14, 4.5.15, 4.6.4, 4.6.5, 4.6.6, 4.9.6, 4.9.7, 4.9.17

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Osnabrück

4.1.7, 4.1.10, 4.4.6, 4.4.13, 4.6.1, 4.6.3, 4.8.1, 4.8.2, 4.9.12, 4.9.16, 4.9.19

sowie die Faksimile-Abbildung auf Seite 47

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Stade

4.1.9, 4.1.17, 4.1.27, 4.3.1, 4.3.6, 4.4.7, 4.8.11, 4.8.17, 4.8.21, 4.8.22

Niedersächsisches Landesarchiv – Staatsarchiv Wolfenbüttel

4.2.7, 4.2.10, 4.3.2, 4.4.16, 4.4.17, 4.5.19, 4.6.2, 4.7.3, 4.8.6, 4.8.18, 4.8.20, 4.9.13, 4.10.4,
4.10.7

Staatsarchiv Bremen

4.1.15, 4.1.24, 4.4.14, 4.4.15, 4.5.2, 4.5.3, 4.5.20, 4.5.21, 4.8.3, 4.10.2

Staatsarchiv Nürnberg

4.1.19

Kreisarchiv Heidekreis Bad Fallingbommel

4-8-7

ANHANG

Kreisarchiv Diepholz
4-4-1

Kreisarchiv Nienburg
4.1.29

Stadtarchiv Diepholz
4.4.5, 4.5.5, 4.8.5

Gemeindearchiv Thedinghausen
4.1.22

Archiv Samtgemeinde Uchte
4.1.25, 4.2.8, 4.8.9

Archiv Inselgemeinde Langeoog
4-5-4

Landwirtschaftsmuseum Lüneburger Heide, Hösseringen
4.8.19

Museum Wustrow, NS-Wendlandarchiv
4.6.8

Denkort Bunker Valentin, Bremen
4.5.26

Gedenkstätte Lager Sandbostel
4.5.1